

ZUR PROGRAMMDISKUSSION DER PARTEI DIE LINKE



INHALT

SCHWIERIGKEITEN MIT DEM PROGRAMM Erhard Crome	3	SOLIDARISCHE MODERNE Birgit Mahnkopf, Hermann Scheer, Werner Dreibus	43
OFFENE FRAGEN DER LINKEN Michael Brie	5	DEMOKRATISCHER SOZIALISMUS – EINE WORTHÜLSE? Gerhard Armanski	46
SYSTEMHOPPING ODER REFORMISMUS Mario Candeias	8	MILITÄREINSÄTZEN NICHT ZUSTIMMEN Gregor Schirmer	48
DIE LINKE UND DAS EIGENTUM Dieter Klein	10	DER DEUTSCHE SONDERWEG Lorenz Knorr	49
LINKE KLASSENPOLITIK? Christiane Kaindl	13	KAPITALISMUS UND STAAT Michael Heinrich	51
LINKE REGIERUNG Cornelia Hildebrandt, Meinhard Meuche-Mäker	15	GLEICHHEIT UND GESCHLECHTER- GERECHTIGKEIT – WAS WILL FRAU MEHR? Margarete Tjaden-Steinhauer	53
KRIEG DARF KEIN MITTEL DER POLITIK SEIN Herbert Wulf, Johannes M. Becker	18	GEGEN DIE MILITARISIERUNG DER DEUTSCHEN POLITIK Christine Buchholz	55
DISKUSSION STATT DOGMEN Heinz Vietze	20	AVANTGARDE DES SELBSTVERZICHTS Hans Janosch	58
EINE MERKWÜRDIGE IGNORANZ Herbert Schwenk	22	INTERNATIONALISMUS ALS GRUNDLAGE Bodo Zeuner	60
ÖKOLOGISCHER UMBAU DER WIRTSCHAFT Franz Groll	25	AUF DER SUCHE NACH EINEM FEMINISTISCHEN PROJEKT Regina Stosch	62
DIE ÖKOLOGISCHE REVOLUTION UND DIE LINKEN Hubert Fetzner	26	FREIHEIT DURCH SOZIALISMUS? André Brie	65
DIE REPRODUKTIONSFRAGE Georg Fülberth	28	DIE VERGESELLSCHAFTUNG DER BANKEN KONKRET DENKEN Axel Troost	67
KANN DIE LINKE WACHSTUM WOLLEN Elmar Altvater	30	EIN PAAR BESSERE REGELN REICHEN NICHT Sahra Wagenknecht	70
NICHT AUF DER HÖHE DER ZEIT Katja Kipping	33	GRETCHENFRAGE FÜR DIE LINKE Raju Sharma	72
DIE «TRANSFORMATION» Walter Baier	35	NEUSTART ERFORDERLICH Halina Wawzyniak, Sebastian Koch, Katja Jösting	74
BEIM EIGENTUM ZU KURZ GEGRIFFEN Klaus Lederer	37	PLÄDOYER FÜR EINE LINKE EUROPÄISCHE PERSPEKTIVE Gabi Zimmer	77
AUF DEM WEG ZU EINER NEUEN VISION Marco Berlinguer	39	ÜBER DIE FRIEDLICHE BEILEGUNG VON STREITIGKEITEN Jan van Aken	79
GEWERKSCHAFTEN SIND WICHTIGE PARTNER Sabine Zimmermann	40		
DIE REALITÄT ZUR KENNTNIS NEHMEN Ralf Krämer, Harald Schindel, Horst Schmitthener	42		

Die Partei DIE LINKE hat im März 2010 ihren ersten Entwurf eines Grundsatzprogramms veröffentlicht. Das Programm soll im Herbst 2011 beschlossen, der Entwurf zuvor auf einem Konvent Anfang November 2010 beraten werden. Aus diesem Anlass drucken wir in dieser Broschüre eine Sammlung von Artikeln nach, die seit Vorlage des Programmentwurfs in der Tageszeitung Neues Deutschland erschienen sind. Die Serie «Offene Fragen der Linken» – bewusst nicht in der versalen Schreibweise der Partei – wurde vom Neuen Deutschland (ND) in Kooperation mit der Rosa-Luxemburg-Stiftung konzipiert. Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Rosa-Luxemburg-Stiftung waren es auch, die mit ihren Beiträgen für den Diskussionseinstieg sorgten, bevor wir weitere Autorinnen und Autoren dazu einluden.

Die Serie «Offene Fragen der Linken» wird nun zunächst beendet. Das ND wird die Programmdebatte auch weiter redaktionell und mit Debattenbeiträgen begleiten, nach dem Programmkonvent jedoch nicht mehr in wöchentlicher Folge.

Die Herausgeber

IMPRESSUM

Herausgeber: Neues Deutschland Druckerei und Verlag GmbH,
Rosa-Luxemburg-Stiftung – Gesellschaftsanalyse und politische Bildung e.V.
Beide: Franz-Mehring-Platz 1, 10243 Berlin
V.i.S.d.P.: Jürgen Reents
Layout, Satz und Druck: MediaService GmbH Druck und Kommunikation, Berlin
Auflage: 3.000 Exemplare
Schutzgebühr: 2,50 Euro

SCHWIERIGKEITEN MIT DEM PROGRAMM

Von Erhard Crome

Wann ist eine linke Partei reif für eine Programmdebatte? Ganz am Anfang, wenn nach der Neugründung das Licht des neuen Tages durch die Fenster strömt und Aufbruchstimmung das Herz erwärmt? Oder wenn alles erreicht ist? Sofern weder das eine noch das andere zutrifft, stoßen sich Programmfragen und Realitäten des politischen Alltagsgeschäfts oft im Raum. Zugleich sind Programmfragen immer auch Politik- und Machtfragen – in der Partei und in der Gesellschaft. Damit sind sie aber nicht in erster Linie Theoriefragen.

EIN HISTORISCHER BLICK

1875 waren die Sozialdemokratische Arbeiterpartei (SDAP, Eisenacher) und der Allgemeine Deutsche Arbeiterverein (ADAV, Lassalleaner) übereingekommen, beide Parteien zu vereinigen. Gemeinsame Arbeiterversammlungen forderten die Vereinigung. Eine Vorkonferenz von je neun Vertretern beider Seiten traf sich im Februar in Gotha, um die Entwürfe für Programm und Statut zu erarbeiten, die am 7. März 1875 veröffentlicht wurden. August Bebel, der im Gefängnis saß, sah sich übergangen und erklärte sich nicht einverstanden. Marx und Engels, die ebenfalls nicht einbezogen waren, wurden um Stellungnahme gebeten. Ergebnis waren ein Brief von Engels an Bebel vom März und Marxens berühmte «Randglossen zum Programm der deutschen Arbeiterpartei» vom Mai 1875. Darin warfen beide den Programmschreibern vor, wichtige Positionen, die die SDAP bereits gehabt hatte, aufgegeben zu haben zugunsten der Einheit, räumten aber ein: «Jeder Schritt wirklicher Bewegung ist wichtiger als ein Dutzend Programme» (Marx), bzw. «Im allgemeinen kommt es weniger auf das offizielle Programm einer Partei an, als auf das, was sie tut» (Engels).

Anders, als man aus heutiger Sicht erwarten sollte, wurden die Kritiken nicht lauthals in die politische Arena gebracht – das hätte den realen Vereinigungsprozess zur neuen gemeinsamen Arbeiterpartei stören können. Statt dessen kursierten sie nur in engstem Kreise; Marx' Kritik wurde wunschgemäß an diesen zurückgesandt. Erst nachdem mit dem Fall des Sozialisten-Gesetzes eine neue politische Situation entstand und auf dem Hallenser Parteitag der Sozialdemokratie 1890 beschlossen worden war, ein neues Parteiprogramm zu erarbeiten, publizierte Engels Anfang 1891 Marx' Randglossen als Beitrag zur nun folgenden Programmdebatte. Engels' Brief veröffentlichte Bebel in seinem autobiographischen Buch «Aus meinem Leben» 1911. Die Hauptakteure damals wussten, dass sie sich im Raum der Politik in einer Welt des Meinens befin-

den, in der auch die Anhängerschaft und die Wähler mehrheitlich nicht auf Grund wissenschaftlicher Wahrheiten, sondern wegen ihrer Einstellung die sozialistische Partei unterstützen. Insofern waren Kritiken, es sei mit den Lassalleanern falsch verhandelt worden, solche an die Adresse der Parteiführung, nicht an die der Mitglieder; und Kritik am Programmwurf hätte politisch gegen die Einheit gewirkt. Es war folgerichtig, die Kritiken in der Schublade verschwinden zu lassen, bis die realen politischen Auseinandersetzungen ihrer wieder bedurften.

LINKE EIGENHEITEN

Vor etlichen Jahren referierte Wolfgang Schäuble aus der Sicht des damaligen Verhandlungsführers der Bundesrepublik gegenüber der DDR über die deutsche Einheit. Auf den Hinweis, die Schubladen seien doch leer gewesen, entgegnete er: «Aber wir wussten doch, was wir wollten». Und so wurde die Einheit gemacht: Entindustrialisierung statt «blühender Landschaften», dauerhaft hohe Arbeitslosigkeit und anhaltende Abwanderung aus dem Osten. Nutznießer waren die Kapitaleigner aus dem Westen. Bei der Aufteilung des Produktivvermögens der DDR gingen 85 Prozent an westdeutsche Bewerber und neun Prozent an Interessenten aus dem Ausland; nur sechs Prozent an solche aus dem Osten. Dies ist die Eigenart jeder rechten bzw. bürgerlichen Politik. Liberal-parlamentarische Verhältnisse vorausgesetzt, ist bei bürgerlichen Parteien der geistige Gehalt von Parteiprogrammen von deklaratorischem Rang; niemand erwartet von der CDU eine Politik der «Solidarität» und «Gerechtigkeit», obgleich das in ihrem Programm steht.

Bei einer linken Partei dagegen ist das Parteiprogramm auf eine grundsätzlichere Weise Frage der politischen Orientierung, die mit weltanschaulichen Positionen und Identitätsbestimmungen zu tun hat. Das politisch zu vertretende Interesse selbst muss über einen theoretischen und politischen Reflexionsprozess identifiziert, definiert und begründet werden. Das führt zu einer oft unnötigen Zuspitzung. Manche Diskutanten sehen in dem anderen nicht den Genossen an der Seite, der diese oder jene Frage anders bewertet, sondern den «Abweichler» oder «Verräter», dessen falsche Position die Partei bedrohe. Jene, die lautstark von neuen theoretischen Herangehensweisen reden, meinen oft milde Absolution für angepasstes Alltagshandeln; selbsternannte Parteitheoretiker verweisen auf jenen Alltag, und meinen recht eigentlich, dass nur ihre ureigene Idee, wenn sie die Partei ergreift, auch die Weltgeschichte retten werde. Wenn das zusammenkommt, führen Programmdebatten zu

Gezänk, Wortklaubereien, Türenknallen, gegenseitigen Unterstellungen, Parteiaustritten und Plattformbildungen «in großer Sorge». Das hat sich die PDS zweimal geleistet und sollte jetzt nicht wiederholt werden. Aufrichtiges Herangehen an theoretisch-politische Fragen und gegenseitiges Grundvertrauen sind unverzichtbar. Die jetzige Programmdiskussion der Linken kann gelingen, indem sie an die politischen Erfolge der vergangenen Jahre anknüpft und die Erfahrungen des politischen Neuansatzes in theoretisch fundierte und politisch relevante Positionierungen überträgt.

THEORIE UND GESCHICHTE

Zuweilen taucht der Vorwurf auf, politischer Pluralismus der Linken sei möglich, theoretischer nicht. Hier kommt die alte, bereits auf Marx zurückgehende Position zum Ausdruck, es gäbe so etwas wie die eine Wahrheit, aus der dann eine richtige, «wissenschaftlich begründete» Politik abgeleitet werden könne. So fand eine Metamorphose statt: Aus den gesellschaftskritischen, streitbaren Ideen von Karl Marx machten Friedrich Engels und die Führer der alten Sozialdemokratie den «Marxismus» der Arbeiterbewegung. War dieser innerparteilich und gesellschaftspolitisch noch demokratisch angelegt, so formte Lenin daraus den Bolschewismus, der mit dem Prinzip des «demokratischen Zentralismus» die Partei zu einer quasi-militärischen Kampforganisation machte. Stalin nannte dies dann «Leninismus» und trennte die kommunistische Ideologie in der mit seinem Namen verbundenen Variante komplett von ihren demokratischen Wurzeln.

Jeder Schritt dieser Metamorphosen ist bewusst vollzogen worden. Es gab natürlich jeweils andere Möglichkeiten des Theorie- und Politikverständnisses. Die gesamte Geschichte des Parteimarxismus ist auch eine Geschichte von Parteigerichten, der Verfolgung Andersdenkender und von Abspaltungen. Deren Erbe, wie das von Rosa Luxemburg, Paul Levi, Trotzki und Gramsci, wurde bewusst in die Tradition gestellt, auf die die PDS sich bezog. Außerdem waren feministische oder postkoloniale Gesellschaftskritik nicht mit herkömmlicher marxistischer Klassen- oder Kapitalanalyse in eins zu setzen; «bürgerliche Fachwissenschaften» und sozialdemokratische Traditionen waren in den Blick zu nehmen.

Vor diesem Hintergrund bedeutete das Ende der Partei als sozialistische Staatspartei nicht nur den Bruch mit dem Stalinismus als Herrschafts- und Denksystem und mit dem Leninschen (oder Trotzki-schen) Verständnis der Avantgarde-Partei, sondern auch den Bruch mit dem bereits auf Marx zurückgehenden Politikverständnis als angewandte Wissenschaft. Der Pluralismus der PDS nach 1989 war die Konsequenz. Und der konnte von Anfang an nicht nur ein politischer, sondern musste auch

theoretischer und weltanschaulicher Pluralismus sein. Die Vereinigung mit der WASG hat den pluralen Charakter der neuen Partei nicht verengt, sondern erweitert.

PARTEIPOLITISCHES

Die Politikwissenschaft hat das Entstehen politischer Parteien entlang von historischen Konflikt- bzw. Bruchlinien erklärt. In Europa waren Industrialisierung, Nationwerdung, Säkularisation und die Ausdehnung des Wahlrechtes auf immer größere Teile der erwachsenen Bevölkerung bestimmend. Die traditionellen Parteien, von den konservativen über liberale, christlich-demokratische und Parteien nationaler, kultureller oder religiöser Minderheiten sowie Bauernparteien bis hin zu den sozialdemokratischen bzw. sozialistischen Parteien lassen sich anhand dieser interessenkonstituierenden Konfliktlinien sozialhistorisch erklären. Zusätzlich wurde in der zweiten Hälfte des vorigen Jahrhunderts ein «Wertewandel» von eher traditionellen bzw. «materialistischen» Werten hin zu «postmaterialistischen» ausgemacht. Dies meint kulturelle, soziale, schließlich intellektuelle Bedürfnisse und deren Befriedigung, die allerdings stets befriedigte physiologische und physische Bedürfnisse voraussetzt. Von daher wurde dann das Aufkommen der Grünen Parteien in Europa erklärt.

Innerhalb des «sozialistischen Lagers» (so der Politikwissenschaftler Karl Rohe) hatte sich im Gefolge des ersten Weltkrieges zusätzlich eine Bruchlinie Reformismus versus Revolutionarismus ausgebildet, die die Ausdifferenzierung von sozialdemokratischen Parteien einerseits und kommunistischen andererseits zur Folge hatte. Diese war mit dem Ende des Realsozialismus 1989 historisch erledigt. Die Sozialdemokratie unter Schröder hatte jedoch die regierende SPD mittig positioniert und ihre Ende der 1990er Jahre noch vorhandene soziale und politische Basis in erheblichem Maße verstoßen. Durch Agenda 2010 und «Hartz-Gesetze» wurde versäumt, die politische Koalition mit den früheren Wählersegmenten zu erneuern. Es kam eine neue politische Bruchlinie hinzu, Neoliberalismus versus Soziale Verantwortung, entlang derer sich DIE LINKE ausformte. Damit haben wir es mit einer neuen Spaltung innerhalb des «sozialistischen Lagers» zu tun.

Klassenlagen und materielle Interessen setzen sich nicht eins zu eins in Parteipräferenzen und Wählerverhalten um. Sie bedürfen der Interpretation, die als Sinn- und Deutungsangebote zu Tage treten. Dabei dienen Parteiprogramme eher der Integration der Parteimitglieder, so die Politikwissenschaft, als der Mobilisierung der Wähler, die besonders auf den symbolischen Gehalt der Politik reagieren – was die Partei tut und noch stärker, was sie nie tun wird. Insofern sind unterschiedliche Poli-

kansätze innerhalb der Partei in der Bildungspolitik oder Sozialpolitik möglich, hinsichtlich des Verkaufs der Wohnungen einer ganzen Stadt oder von Kriegseinsätzen der Bundeswehr aber nicht. Hier schließt sich der Kreis zwischen Programm und Tagespolitik: das Parteiprogramm muss der praktischen Politik Orientierung geben, ohne dass es über oder neben der Politik steht.

Das macht auch den Unterschied aus zwischen dem, was die Programmdebatte der Partei zu leisten hat, und dem, was das «Institut Solidarische Moderne» und andere Cross-Over-Projekte zwischen Linker, SPD und Grünen wollen. Letztere wollen ausloten, welche inhaltlich-politischen Vorhaben möglich sein können in einer bundespolitischen Konstellation diesseits von Schwarz-Gelb. Die Programmdebatte dagegen zielt darauf, nicht nur konkrete Politikansätze, sondern das gesellschaftspolitische

Gesamtziel und die Identität der Linken längerfristig zu bestimmen. Diese vorausseilend auf den geistig-politischen Zustand der derzeitigen SPD trimmen zu wollen, von der niemand weiß, in welchem Zustand sie 2013 oder 2017 ist, würde die historische und programmatische Selbstaufgabe der Linken bedeuten. Diese ist aber nicht entstanden, weil sie sich selbst braucht, sondern weil dieses Land eine solche Partei braucht. Je stärker die eigene Identität und Programmatik ausgeprägt ist, um so selbstbewusster lässt sich auch über mögliche alternative Regierungsprojekte reden. Auf Knien lässt sich der Neoliberalismus zwar bejammern, bekämpfen dagegen nicht.

ND vom 15.3.2010

Erhard Crome ist Mitarbeiter des Instituts für Gesellschaftsanalyse der Rosa-Luxemburg-Stiftung.

OFFENE FRAGEN DER LINKEN

Von Michael Brie

«Lasset die Geister aufeinander plätzen, aber Eure Fäuste haltet still.» Martin Luther

Die programmatische Diskussion ist Teil der Auseinandersetzung in der Linken insgesamt und in der Partei DIE LINKE im Besonderen um ihre strategischen Aufgaben. Die Hauptkonflikte konzentrieren sich auf die wesentlichen Ziele und die Wege für einen grundlegenden Richtungswechsel der Politik.

ERSTENS: DIE KAPITALISMUSFRAGE

Nichts ist in der Linken selbstverständlicher als das Bewusstsein, im Kapitalismus zu leben und sich mit ihm auseinanderzusetzen. Und doch scheiden sich auch hier die Geister. Zunächst bei der ganz einfachen Frage der ungeheuren Entwicklungs- und Innovationsfähigkeit dieser Ordnung, die Marx im «Manifest» so plastisch beschrieb. Ist sie bloß der Ausbeutung der Arbeiter, der Natur, der unterdrückten Völker zu verdanken oder basiert sie auch auf der Fähigkeit und dem Zwang, ständig auf neue Weise Produktionsmittel und Arbeitskraft zu neuen Produkten, Technologien, Produktions- und Lebensweisen zusammenzuführen?

Ist Kapitalismus nur Unterdrückung, so ist seine bloße Beseitigung sicherlich eine hinreichende Bedingung von Befreiung. Ist er aber mehr, dann müsste dieses «Mehr» in einer neuen, einer sozialistischen Gesellschaft bewahrt werden, um nicht wieder mit wachsender Ineffizienz und wirtschaftlicher wie sozialer Stagnation konfrontiert zu sein

wie im späten Staatssozialismus. Ständige Erneuerung aller Lebensbedingungen ergibt sich – so die historische Erfahrung – keineswegs von selbst, sondern muss auch institutionell gesichert werden. Aber wie? Ist die unternehmerische Selbstständigkeit dafür eine Voraussetzung oder führt sie zwangsläufig immer wieder zu kapitalistischer Vorherrschaft des Profits um jeden Preis und kann davon auch nicht abgetrennt werden?

Der unterschiedliche Blick auf die gegenwärtige Gesellschaft geht aber weiter: Sind die sozialen, rechtsstaatlichen und demokratischen Errungenschaften nur eine zeitweilige Abkehr von kapitalistischer «Normalität» oder ist die Normalität kapitalistisch geprägter Gesellschaften gerade durch die immer wieder umkämpften Verhältnisse zwischen Profitdominanz und Sozialstaatlichkeit, zwischen Vorherrschaft einer kapitalistischen Oligarchie und demokratischen Kräften, zwischen kapitalistischer Enteignung und sozialer und demokratischer Teilhabe geprägt? Gibt es nur die eine Logik der Kapitalverwertung oder aber sind die heutigen Gesellschaften «Bindestrichgesellschaften» (Thomas H. Marshall), die kapitalistische, bürgerlich-demokratische und sozialstaatliche Tendenzen unter der Vorherrschaft des Profits vereinigen?

Gibt es nur die eine Logik, so müsste die sozialistische Strategie ausschließlich auf den revolutionären Bruch zielen. Die Verteidigung bestimmter unübersehbarer Errungenschaften früherer Kämpfe wäre wichtig, hätte aber vor allem die Bedeutung, die Kampfbedingungen für den Bruch zu verbesser-

sern. Gäbe es jedoch mehrere Tendenzen, so wäre sozialistische Transformation erstens Ausbau vorhandener Tendenzen und Elemente (der Demokratie und Sozialstaatlichkeit), zweitens die Zurückdrängung der Kapitaldominanz und drittens die Schaffung neuer Ansätze und Bereiche.

ZWEITENS: DIE EIGENTUMSFRAGE

Ein Hauptkonflikt in den programmatischen Diskussionen der Linken entzündet sich daran, ob die Aufhebung der kapitalistischen Eigentumsordnung mit der Überführung aller wesentlichen Unternehmen in den Schlüsselsektoren bzw. aller strukturbestimmenden Unternehmen einhergehen muss oder nicht. Es gibt Einigkeit, dass die großen Anbieter in den Bereichen der öffentlichen Daseinsvorsorge, der Infrastruktur, der Netze von Energie und Information sowie im Finanzsystem in öffentliches Eigentum überführt werden sollen. Einigkeit besteht auch bei der Frage einer gestärkten Mitbestimmung der Belegschaften, wenn es um wirtschaftliche Grundentscheidungen geht, die die Zukunft der Arbeitsplätze des Unternehmens betrifft (Belegschaftsentscheid bei drohenden Massenentlassungen und Betriebsschließungen in gewinnbringenden Unternehmen). Konsens sind auch die demokratische Rahmensetzung und die Steuerung von langfristigen Strukturentwicklungen sowie die Einbeziehung von Wirtschafts- und Sozialräten, in denen auch Umweltverbände vertreten sein sollen, um beratend tätig zu sein und gegen sozial und ökologisch schädliche Vorhaben auch mit einem Veto vorgehen zu können.

Ein Teil der Linken will das öffentliche Eigentum aber möglichst weit ausdehnen und möglichst alle relevanten Unternehmen der Produktionsmittel- und Konsumgüterproduktion sowie wesentlicher Dienstleistungen überhaupt vergesellschaften und sieht dies als das eigentliche Kriterium des Sozialismus an. Teilweise wird auch die Position vertreten, dass letztlich die Belegschaften zu den eigentlichen Eigentümern der Betriebe werden sollten. Der Bruch mit dem Kapitalismus wird vor allem durch die Dominanz eines anderen Eigentumstyps (Vorrherrschaft des öffentlichen bzw. des Belegschaftseigentums) markiert.

Ein anderer Teil der Linken strebt eine solidarisch verfasste Mischwirtschaft an. Dazu gehören die (Rück-)Überführung der oben genannten Sektoren öffentlicher Daseinsvorsorge, Netze und der Kernbereiche der Finanzen in die öffentliche Hand bzw. ihre Stärkung als öffentliche Einrichtungen, die einer anderen Logik als der der Betriebswirtschaft folgen. Diese Linke will aber auch einen unternehmerischen Sektor gestalten, in dem dezentrale und im Wettbewerb stehende Wirtschaftseinheiten in eigener Verantwortung und auf eigene Rechnung agieren. Monopole und Vermachtung der Märkte sollen

vor allem durch Entflechtung und strikte Kartellgesetzgebung sowie Stärkung der Verbraucher verhindert werden. Die Steuerung in diesem Bereich soll sich vornehmlich indirekter Formen (Steuern, Subventionen, Projektförderung, Staatsaufträge) bedienen. Der Unterschied zum Kapitalismus (Dominanz der Kapitalverwertung über Wirtschaft und Gesellschaft) wird – auf der Grundlage einer pluralen Wirtschafts- und Eigentumsordnung – vor allem in der Durchsetzung der Dominanz anderer Ziele (der sozialen Gerechtigkeit und ökologischen Nachhaltigkeit) gesehen.

Die Eigentumsfrage ist ganz offensichtlich wichtig; daran entscheidet sich nicht zuletzt, was unter Sozialismus verstanden wird. Denn wo liegt das Wesen einer sozialistischen Eigentumsordnung: In der Überführung aller wesentlichen Produktionsmittel in öffentliches Eigentum oder in der demokratischen Kontrolle einer Mehrsektorenwirtschaft mit einem starken öffentlichen Bereich? Und was heißt öffentliches Eigentum konkret: Sind Inhabere und Verfügung vorrangig staatlich oder gesellschaftlich (Genossenschaften, Belegschaften usw.) organisiert?

DRITTENS: DIE KLASSENFRAGE

Zweifelsohne ist die Mittelstandsgesellschaft, soweit es sie je gegeben hat, im Orkus der neoliberalen Konterreformen verschwunden. Die Herrschenden geben sich nicht einmal den Anschein, als würden sie nach den Normen einer guten Mitte entscheiden und leben; zugleich hat sich der soziale Abgrund geöffnet. Aber auch die Arbeiterklasse, früher mehrheitlich geeint in Gewerkschaften, politisch vertreten in einer Klassenpartei, gibt es so nicht mehr, auch wenn der Anteil der Lohnabhängigen an der erwerbstätigen Bevölkerung in den hoch entwickelten Ländern bei rund 85 Prozent liegt. Außerdem sinkt in vielen Staaten der Anteil der Erwerbstätigen an der Gesamtbevölkerung. Die innere Differenzierung erzeugt Interessenwidersprüche. DIE LINKE steht deshalb vor der Aufgabe, Interessen von konkreten, differenzierten gesellschaftlichen Gruppen zu vertreten und sie zugleich dadurch zusammenzuführen. Die Belegschaft von Opel, um nur das prominenteste Beispiel von 2009 zu nennen, verdient Solidarität. Aber es waren die Leiharbeiter, die zuerst und ungehört ihre Arbeit verloren. Und wieso sollten Arbeitsplätze verteidigt werden, die ganz offensichtlich ökologisch zerstörerisch sind? Zudem verdienen die Beschäftigten in den Exportsektoren deutlich mehr als die mit gleichwertiger Tätigkeit im öffentlichen Dienst. Was also ist DIE LINKE: Interessenorganisation (ohne borniert Sonderinteressen gegeneinander auszuspielen) oder Vertreterin von Gesamtinteressen der großen Mehrheit der Bevölkerung, nachwachsender Generationen oder des

globalen Südens (ohne abstrakt auf Menschheitsinteressen zu verweisen)? Eines ist klar: Die Vorherrschaft (Hegemonie) einer Linken entsteht aus der Artikulation der verschiedenen Interessen und ihrer Bündelung.

VIERTENS: DIE FRAGE DES PARLAMENTARISMUS UND DER REGIERUNGSBETEILIGUNG

Neben der sektiererischen Schwäche scheint auch die realpolitische Stärke die Linken immer wieder zu spalten. So wurden die einflussreichen Gewerkschaften dann von links kritisiert, wenn sie vor allem um Lohnerhöhungen und verbesserte Arbeitsbedingungen kämpften, die gesamtgesellschaftliche Veränderung aber in den Hintergrund treten ließen. Und es ging immer wieder um die Frage der Regierungsbeteiligung linker Parteien. Reformistische und revolutionäre Positionen schieden sich an beiden Problemen: Wie ist eine andere Politik am besten zu erreichen: Durch den Kampf um jeden Fortschritt überall dort, wo er gerade möglich ist, oder durch die Sammlung aus der Opposition heraus, weder in Verhandlung mit den Arbeitgebern noch als Teil einer Regierung, die man nicht dominiert? Ist parlamentarische Arbeit auch Vorbereitung linker Regierungen oder nur eine Bühne der politischen Auseinandersetzung?

Und wenn es schon um die Teilnahme an Regierungen geht, welche Stoppschilder sollten davor aufgebaut werden: Kein Arbeitsplatzabbau im öffentlichen Dienst unter keinen Bedingungen oder vor allem Sicherung der öffentlichen Dienstleistungen auf hohem Niveau? Keine Privatisierung keiner einzigen Immobilie oder Erhalt eines handlungsfähigen kommunalen Sektors? Und was soll getan werden, wenn bundespolitische Gesetzgebungen und Steuerbeschlüsse Haushaltskürzungen unvermeidlich machen? Zu welchen Konditionen ist die Beteiligung an Landesregierungen dann noch möglich? Auf Bundesebene stellt sich die Frage, ob der unmittelbare Austritt aus der NATO oder jedenfalls die Suspendierung der deutschen Integration in die Militärstrukturen der NATO Vorbedingung werden soll. Und wie ginge eine Regierung, an der sich linke politische Kräfte beteiligen, mit dem Lissabon-Vertrag um? Kann überhaupt verhindert werden, dass eine Regierungsbeteiligung den kapitalismuskritischen oder antikapitalistischen Charakter der Linken beschädigt?

Jenseits dieser Differenzen geht es aber vor allem darum, wo und wie am stärksten dazu beigetragen werden kann, die Voraussetzungen für einen Richtungswechsel der Politik zu schaffen – außerparlamentarisch und/oder parlamentarisch, durch Gewerkschaften oder soziale Bewegungen bzw. linke Parteien, in Opposition oder Regierung? Wie kann eine parlamentarisch erfolgreiche Partei, ggf.

sogar in einer Regierung, es erreichen, dass sie sich nicht auf diese Funktion reduziert, sondern zugleich außerparlamentarisch und zivilgesellschaftlich stark bleibt oder wird? Wie einflussreich werden jene in der Partei bleiben, die keine parlamentarischen oder Regierungsämter haben, sondern für Handeln «von unten» stehen? Es gibt auch Differenzen, wo gegenwärtig mehr erreicht werden kann – auf der nationalen oder auf der europäischen bzw. globalen Ebene? Welche Bedeutung haben die jeweiligen Handlungsfelder? Und wenn die Alternativen so nicht stehen: Wie kann erreicht werden, dass die verschiedenen Kämpfe sich wechselseitig verstärken und nicht immer wieder schwächen?

FÜNFTENS: DIE MILITÄR- UND SICHERHEITSFRAGE

Die Ablehnung von Kampfeinsätzen der Bundeswehr einschließlich von militärischen Einsätzen nach Kapitel VII der UN-Charta (Einsatz von Luft-, See- oder Landstreitkräften «zur Wahrung oder Wiederherstellung des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit») ist weitgehend Konsens in der Linken. Auch die Orientierung auf kollektive Sicherheit, Abrüstung und gemeinsame Entwicklung vereint. Differenzen entstehen vor allem im Verhältnis zur NATO und der Frage, wie ein gesamteuropäisches Sicherheitssystem unter Einschluss Russlands geschaffen werden kann. Liegt das Primat vor allem im Kampf gegen die existierenden militärischen Strukturen oder sollte es nicht eher auf das Wirken für neue Sicherheitssysteme gerichtet sein, die überholte und kontraproduktive Institutionen wie die NATO überflüssig machen? Aber auch die Frage, wie den Menschenrechten universell Geltung verschafft werden soll, ist offen: Wo ist die Grenze zur Einmischung in die inneren Angelegenheiten souveräner Staaten? Wann sind Sanktionen berechtigt und sinnvoll? Inwieweit soll Kritik an linken Regierungen geäußert werden? Und natürlich bleibt das Problem, ob es nicht im Ausnahmefall militärische Interventionen geben kann, die auch durch DIE LINKE gefordert werden können. Das Eingreifen Vietnams in Kambodscha wird dafür oft als Beispiel genannt.

SECHSTENS: DIE FRAGE POLITISCHER KULTUR

Die Kunst der Politik besteht selten in einem einfachen Entweder-Oder. Und linke Politik zudem, die aus der Schwäche der abhängigen sozialen Gruppen heraus Gesellschaft verändern will, ist dazu verdammt, die Gegensätze so zusammenzuführen, dass ein gemeinsames Segeln gegen den Wind möglich wird. Walter Benjamin hat dafür die Fähigkeit zur Dialektik, zum gekonnten Segel-Setzen, eingefordert. Dies ist eine Aufgabe politischer

Kultur und politischen Könnens. Da geht es dann nicht darum, den Segelgefährten schweigend oder lauthals schreiend über Bord zu werfen, sondern sich hartnäckig zu bemühen, in Anerkennung der unterschiedlichen Stärken und Schwächen kollektiv zu wirken, streitend über Ziele und Wege,

kooperativ auf der Basis gefundener nächster Aufgaben – bis zum nächsten produktiven Streit.

ND vom 22.3.2010

Michael Brie ist Direktor des Instituts für Gesellschaftsanalyse der Rosa-Luxemburg-Stiftung.

SYSTEMHOPPING ODER REFORMISMUS

AUF DER SUCHE NACH EINEM PROJEKT, DAS DEN KAPITALISMUS TRANSFORMIERT

Von Mario Candeias

An der Frage, ob Kapitalismus zu reformieren oder grundlegend zu bekämpfen ist, teilen und spalten sich linke Bewegungen, Gruppen und Parteien. Dabei ist die Alternative falsch gestellt: Einen Sprung in das «ganz andere» kann es nicht geben. Strategien der Transformation beginnen immer in der Reform. Ob sie allerdings den Weg in eine andere Gesellschaft ebnen und wie sich kurzfristige und langfristige Perspektiven zueinander verhalten, muss immer wieder neu bestimmt werden.

Für viele ist der Kapitalismus ein System der Ausbeutung, des Krieges, der Verelendung von Mensch und Natur. Dieses System sei nicht reformierbar, nicht wirklich. Zu oft sind Reformen genutzt worden, um Ausbeutungsstrategien zu differenzieren, subtiler zu arrangieren, Gewaltverhältnisse auf Kosten anderer Teile der Welt (Bevölkerung) nur zu verschieben. Anderen fällt es schwer, überhaupt noch eine Alternative dazu zu denken. Zu oft haben sich die linken Gegenmodelle als untauglich erwiesen, zu sehr beeindruckt die innovative kapitalistische Dynamik, Alternativen niederzuwalzen und sich immer wieder selbst zu erneuern.

Kapitalismus ist nicht gleich Kapitalismus. Und mit der gegenwärtigen Krise stehen wir am Beginn einer Transformation im Kapitalismus, einer Revolutionierung der Produktions- und Lebensweise im Sinne der Herrschenden. Im Anschluss an Antonio Gramsci stellen solche «passiven Revolutionen» nicht nur die brüchig gewordene Herrschaft wieder her. Indem alle Verhältnisse revolutioniert werden, treiben sie die Entwicklung bürgerlich kapitalistischer Herrschaft, die Gesellschaft aktiv voran. Passiv (gehalten) sind die Subalternen, die untergeordneten Gruppen und Klassen, während ihre Interessen, Ideen, Intellektuellen und politischen Führer – herrschaftsförmig – integriert werden. So bleiben die untergeordneten Gruppen fern der Macht, politisch geschwächt.

GRÜNER KAPITALISMUS ODER GREEN NEW DEAL?

In der Krisenbearbeitung drängen reformorientierte Kräfte in Richtung «post-neoliberaler» Projekte:

angefangen bei einem neuen Staatsinterventionismus, über einen Public New Deal bis hin zu den umfassenden Initiativen für einen Green New Deal. Die Projekte sind stark umkämpft. Die Neoliberalen sind noch stark genug, um weitergehende Reformen und Transformationen zu blockieren. Die Projekte selbst sind widersprüchlich, beinhalten jeweils linke wie rechte Optionen.

Staatsinterventionismus kann heißen, dass die Bedingungen der Kapitalakkumulation (auch gegen einzelne Fraktionen des Kapitals) autoritär gewährleistet werden und repressiv (auch mit beschränkten zusätzlichen sozialen Maßnahmen) die gesellschaftliche Ordnung gesichert wird – oder er kann als linkes Staatsprojekt realisiert werden, in dem die Macht von Markt und Kapital eingeschränkt, der Staat selbst demokratisiert wird und durch erweiterte Teilhaberechte «in die Gesellschaft zurückgeholt» wird.

Ein New Public Deal kann bedeuten, in einem solchen Staatsprojekt das Öffentliche zu stärken und nicht-warenförmige, allgemein zugängliche Reproduktionsbedingungen bereit zu stellen (und öffentliche Beschäftigung zu fördern). Von rechts kann ein solcher Deal bedeuten, die öffentliche Dienstleistungen zwar auszuweiten, aber über so genannte Public Private Partnerships weiter zur Ware zu machen. Der Zugang zu diesen Dienstleistungen wäre nicht demokratisch und auf Verminderung von sozialen Unterschieden gerichtet, sondern würde über höhere Gebühren reguliert, die notwendig ausschließend wirken. Der Einfluss der Bevölkerung wäre auf ihre Konsumentenfunktion beschränkt und Beschäftigung würde weiter flexibilisiert.

Mit einem Green New Deal könnte die Produktions- und Lebensweise wirklich transformiert werden, er könnte auf Reproduktion statt auf Wachstum orientieren, die Logik der Kapitalakkumulation in Frage stellen. Oder aber ein solcher Deal wirkt als neuer Schub für die Kapitalakkumulation, als erneute «passive Revolution» von oben mit Konsensangeboten an die untergeordneten Gruppen. Die ungleichen Folgen eines grünen Kapitalismus und

ökologischer Krise würden darin letztlich autoritär bearbeitet und die Handlungs- und Politikfähigkeit der Menschen beschnitten. Nichts ist entschieden. Wie jede Reform, sind auch die hart erkämpften Erregenschaften wie Begrenzungen der Arbeitszeit, steigende Löhne, soziale Sicherungssysteme, ökologische Modernisierung, emanzipative Reformen und Demokratisierungsschritte fragile Kompromisse mit widersprüchlicher Form. Sie kamen im Zuge sozialer Kämpfe zustande, weil sie in die kapitalistische Dynamik integriert werden konnten. Diese progressiven Elemente sind bedroht, wenn die Akkumulation stockt oder Kräfteverhältnisse sich verschieben. Weitergehende Maßnahmen scheitern, sofern sie die Profitrate drücken, das Kapital zuviel kosten, seine Macht bedrohen. Der Kampf um Reformen ist unverzichtbar, aber beschränkt auf ein vordefiniertes Terrain, im Rahmen der Vereinbarkeit mit kapitalistischer Verwertungslogik.

GRENZEN DES REFORMISMUS

Die Perspektive der Einschränkung der damit verbundenen sozial und ökologisch zerstörerischen Dynamiken ist alternativlos – stößt jedoch an Grenzen: Der bürgerliche Staat ist mit dem Staatstheoretiker Nicos Poulantzas als die Verdichtung gesellschaftlicher Kräfteverhältnisse zu begreifen und daher reformierbar. Er muss aber zwei Funktionen erfüllen: die allgemeine, den sozialen Zusammenhalt in einer in Klassen gespaltenen Gesellschaft zu sichern, und die besondere, die allgemeinen Reproduktionsbedingungen der Kapitalakkumulation (die zugleich seine steuerliche Existenzgrundlage darstellt) zu gewährleisten. Diese Funktionen herrschen den Reformen innerhalb des Kapitalismus Grenzen auf.

Sobald eine der Funktionen nicht mehr erfüllt ist, verliert der Staat seine Legitimation und Funktionsfähigkeit. Ähnlich verhält es sich mit den Grenzen der Regulierung des Marktes. Der Markt ist zwar immer ein politisch konstituierter, jedoch kann er nicht nach Belieben reguliert, in seiner Wirkung soweit eingeschränkt werden, dass seine negativen Effekte ausbleiben, ohne dass er zugleich seine Funktionsfähigkeit einbüßen würde (hier haben die Neoliberalen ab einem bestimmten Grad recht).

Auch die Kapitalfunktion basiert nicht nur auf der innovativen und effizienten (Re)Kombination von Arbeitskräften, Produktionsmitteln und Ressourcen, sondern auf Produktion eines wachsenden Mehrwerts, also Ausbeutung, und fortwährender Akkumulation, also Wachstum. Sofern eines von beiden eingeschränkt wird, verliert das Kapital seine Existenzgrundlagen, also auch seine «innovativen» Momente. Es gibt einen Gegensatz zwischen kapitalistischer Produktion und Ökologie, es gibt Grenzen der Sozialstaatlichkeit im Kapitalismus. Linke Politik muss ausloten, wie innerhalb dieser Begrenzungen

Politik gemacht werden kann, wie die Begrenzungen zu überwinden sind und dabei die «innovativen» Momente aus der Kapitalform herausgelöst und neu organisiert werden können.

TRANSFORMATORISCHE PERSPEKTIVEN

Ein Systemhopping gibt es nicht. Es braucht also transformatorischer Schritte, die sofort umsetzbar sind, unmittelbar die Bedingungen der Einzelnen verbessern können bzw. für Menschen, die etwa von (notwendigen) Arbeitsplatzverlusten in der Automobilindustrie bedroht werden, Übergänge schaffen. Zugleich müssen diese Sofortmaßnahmen eine Perspektive weisen und die nächsten Schritte andeuten, hin zu einer weitgehenden ökologischen und sozialistischen Transformation der gesamten Gesellschaft.

Die Opel-Rettung kann hier als Beispiel dienen: die staatliche Kapitalhilfe hätte an Konzepte alternativer Entwicklungswege und Konversion geknüpft werden können. Es wäre denkbar gewesen, Beteiligungen am Eigentum zur Bedingung zu machen oder Unternehmen vollständig zu vergesellschaften. Die Beteiligung hätte die Form von erweiterter Partizipation von Beschäftigten, Gewerkschaften und Region haben können, z. B. in regionalen Räten, die über konkrete Schritte einer Konversion des Automobilkonzerns in einen ökologisch orientierten Dienstleister für öffentliche Mobilität entscheiden. Die Interessen der Beschäftigten hätten so gewahrt, aber dennoch die Weichen für eine soziale und ökologische Konversion gestellt werden können.

Eingebettet in eine makroökonomische Orientierung würde Konversion bedeuten, unsere wachstumsorientierte kapitalistische Ökonomie in eine «Reproduktionsökonomie» zu transformieren, die sich zu beschränken weiß und zugleich neuen Reichtum schafft. Konzentrieren wir uns auf eine bedürfnisorientierte solidarische «Care Economy», in der Menschen füreinander sorgen: öffentliche Gesundheit, Erziehung und Bildung, Forschung, soziale Dienste, Ernährung (soouveränität), Pflege und Schutz unserer natürlichen Umwelten. Das sind zentrale Bedürfnisse, in denen alle Mangel beklagen.

Das wäre ein Beitrag zu einer wirklich ökologischen Produktions- und Lebensweise: die Arbeit mit Menschen und am Erhalt der Natur bringt wenig Umweltzerstörung mit sich. Die Krisen von Arbeit und Reproduktion könnten so bearbeitet werden – schon jetzt sind dies die einzigen Bereiche mit kontinuierlichem Beschäftigungsaufbau. Eine emanzipative Gestaltung der Geschlechterverhältnisse wäre so möglich; und die Entwicklung einer Praxis des «*buena vivir*» (guten Lebens), wie sie nicht nur in Lateinamerika erprobt wird. Damit geht eine Orientierung auf Binnenmarkt und -produktion einher. Die Tendenz zu Deglobalisierung und Regionalisierung der

Wirtschaft trägt auch zum Abbau von Leistungsbilanzungleichgewichten und der Exportfixierung bei. Mit dem (nicht-warenförmigen) Ausbau des Öffentlichen werden Märkte und Privatisierung zurückgedrängt.

Die Reproduktionsarbeit im weiten Sinne ins Zentrum eines Transformationsprojektes zu stellen, ermöglicht eine Abkehr vom Fetisch Wachstum – und stellt damit zugleich mittelfristig die kapitalistische Produktionsweise in Frage. Letztlich wird damit die Frage aufgeworfen, wer über den Einsatz der Ressourcen in der Gesellschaft entscheidet und welche Arbeiten gesellschaftlich notwendig sind. Dazu braucht es auch Elemente partizipativer Planungsprozesse. Es geht um eine radikale Demokratisierung von staatlichen wie ökonomischen Entscheidungen.

Nur in einer transformatorischen Perspektive lassen sich die unterschiedlichen, zum Teil gegensätzlichen Interessen zu einem gemeinsamen Projekt verbinden. Ein sozial-ökologisches Projekt wird auf Widerstände treffen. Doch auch ein konsequenter Green New Deal wird auf Abwehr stoßen. Umso wichtiger ist es, gemeinsam Druck aufzubauen, um die Grundlage für notwendige Kompromisse mit den Anhängern alternativer Konzepte zu schaffen. Nicht schon wieder getrennt aktiv sein, die Bewegung zu spalten, sich mit subalternen Positionen an der Tafel der Herrschenden zu begnügen.

REVOLUTIONÄRE REALPOLITIK

Revolutionäre Realpolitik im Sinne Luxemburgs hebt den falschen Gegensatz zwischen Reform und Revolution auf. «Revolutionär» bezieht sich auf den umwälzenden, transformatorischen und an die Wurzel gehenden Charakter einer Politik, weniger auf den gewaltsamen Umschlagspunkt revolutionärer Machtergreifung. Einen solchen herbeizuwünschen oder herbeizureden ist unmöglich. Sich auf den Bruch zu konzentrieren hieße, sich politisch handlungsunfähig zu machen und zum «revolutionären Warten» zu verdammen. Was radikal wirkt, taugt dann nicht mehr zur Intervention. Der

Verweis auf Realismus bedeutet: in Kenntnis der gesellschaftlichen Kräfteverhältnisse agieren, aber in der Perspektive ihrer Verschiebung; anknüpfen an den realen Bedingungen und Widersprüchen, in denen sich jede und jeder bewegen muss, den Sorgen und alltäglichen Interessen der Einzelnen; ansetzen an den Eigeninteressen und Leidenschaften, sie aber so zu reformulieren und verallgemeinern («ethisch-politisch» nennt es Gramsci), dass die unmittelbaren Interessen der verschiedenen Gruppen überschritten und universell zu den Interessen anderer Gruppen und Klassenfraktionen werden können. Die Verbindung, die Perspektive der Überwindung zu entwickeln, dafür steht «revolutionär».

Es geht ums Ganze, um die Frage der gemeinsamen Verfügung über die unmittelbaren Lebensbedingungen, um die Gestaltung von Zukünften. Das ist mehr, als ein hübsches Fernziel, vielmehr ein notwendiges Element, um die Verengung oder den Rückfall auf korporatistische, also enge Gruppeninteressen, zu vermeiden. Wenn Kämpfe oder Einzelreformen nicht als Hegemonialkonflikte um die gesellschaftliche Anordnung selbst begriffen werden, droht Verschärfung von Unterordnung, die partikulare, kompromissförmige Integration in den herrschenden Block. Der Gesamtzusammenhang wird vom herrschenden Machtblock immer wieder parzelliert, um gesellschaftliche Probleme und Veränderungen zu entnennen, die Probleme und sozialen Gruppen zu vereinzeln.

Eine Reihe anti-systemischer Forderungen mag vor Vereinnahmung schützen, allerdings auf Kosten einer isolierten, nicht anschlussfähigen Randposition. Es bedarf eines positiven, transformatorischen und integrierenden Projekts, das von Reformen im Kapitalismus ausgeht, aber diesen eine bestimmte Richtung verleiht – und Brüche mit dem Bestehenden zu denken und herbeizuführen vermag.

ND vom 29.3.2010

Mario Candeias ist Mitarbeiter des Instituts für Gesellschaftsanalyse der Rosa-Luxemburg-Stiftung.

DIE LINKE UND DAS EIGENTUM

WIE KANN DIE DOMINANZ DES PROFITS ÜBERWUNDEN WERDEN?

Von Professor Dieter Klein

Ein alternatives Gesellschaftsprojekt fordert der Linken neue eigene Antworten auf die alte Eigentumsfrage ab. Im Entwurf für ein neues Parteiprogramm der Linken heißt es dazu: «Wir wollen eine radikale Erneuerung der Demokratie, die sich auch auf wirtschaftliche Entscheidungen erstreckt und

sämtliche Eigentumsformen emanzipatorischen, sozialen und ökologischen Maßstäben unterwirft.»

ERNEUERUNG DER DEMOKRATIE

Eine weitgehende Erneuerung der Demokratie ist die erste Antwort der Linken auf die Eigentums-

frage. Nur dies kann alle Formen des Eigentums in einer solidarischen Mehrsektorenwirtschaft nach Maßstäben des Gemeinwohls unterwerfen – wenn auch stärker durchsetzbar bei öffentlichem Eigentum als bei transnationalen Konzernen. Aber Demokratie an sich ist kein ausreichender Maßstab einer funktionsfähigen Wirtschafts- und Eigentumsordnung. Diese muss die Bedürfnisse der Bürgerinnen und Bürger befriedigen und vor allem die Lage der sozial Schwächeren verbessern. Sie muss ökologisch nachhaltig wirken, hohe Ressourcenproduktivität sichern und innovativ auf neue Herausforderungen reagieren. Das staatssozialistische Eigentum konnte diesen Anforderungen nicht entsprechen. Aber auch das Kapitaleigentum stößt an soziale und ökologische Grenzen. Die kapitalistische Innovationskraft im technologischen Bereich findet keine Entsprechung, wenn es um die großen Menschheitsfragen der Zukunft geht.

Für deren Bewältigung bedarf es internationaler Kooperation, einer gesetzlichen Rahmgebung, gerechter Steuer- und Finanzpolitik, strategischer Struktur- und Forschungspolitik. Dafür ist eine Wirtschaftsdemokratie erforderlich, die den Gewerkschaften und Belegschaften realen Einfluss auf wichtige Unternehmensentscheidungen sichert. Generell können Runde Tische oder Wirtschafts- und Sozialräte die parlamentarische Struktur auf allen Ebenen ergänzen und Gewerkschaften, Kommunen, Verbraucherinnen und Verbrauchern sowie sozialen und ökologischen Bewegungen Einfluss auf wichtige Wirtschaftsentscheidungen ermöglichen.

ÖFFENTLICHES EIGENTUM

Die zweite Antwort der Linken auf die Eigentumsfrage ist, dass Gerechtigkeit und Demokratie erheblicher Stärkung des Öffentlichen bedürfen:

Öffentliche Daseinsvorsorge: Dort, wo für jede Bürgerin und jeden Bürger gleiche Teilhabe an Gütern und Leistungen unabhängig von individueller Zahlungsfähigkeit verwirklicht werden soll, versagt das private Kapitaleigentum. Das Kapital flieht seiner innersten Natur gemäß unrentable Sphären. Deshalb zielt die neoliberale Politik im Rahmen des Allgemeinen Abkommens über den Handel mit Dienstleistungen (GATS) und in der Europäischen Union auf Privatisierungen in Bildung, Gesundheitswesen und insgesamt 155 Teilsektoren von Daseinsvorsorge und Dienstleistungen. DIE LINKE tritt für die Verteidigung und Auswertung der öffentlichen Daseinsvorsorge in Bildung und Gesundheit, Mobilität und Versorgungsinfrastruktur, für Energie, Wasser und Entsorgung und für öffentliches Eigentum in diesen Bereichen ein. Das ist auch in der Wohnungswirtschaft für die Begrenzung des Profitstrebens privater Immobilieneigentümer durch eine soziale Wohnungspolitik unverzichtbar. Als ei-

ne der Bedingungen für Regierungsbeteiligungen der Linken wird daher im Programmentwurf die Ablehnung von Privatisierungen genannt. Die Ablehnung jeglicher Privatisierung ist nach der Interpretation mancher Linker ein kategorischer Imperativ ohne Wenn und Aber. Doch Eigentumspolitik ist nicht Dogmenvollzug. Ein kommunales Grundstück zur Ansiedlung eines kleinen oder mittleren Unternehmens zu verkaufen, um damit dem Ort Beschäftigung und Steuereinnahmen zu sichern, ist keine Privatisierungspolitik. Auch der Verkauf verstreut gelegener kommunaler Wohnhäuser beispielsweise, für deren aufwendige Verwaltung und Sanierung die Gemeinde die Mittel nicht hat, kann sinnvoll sein. An wichtigen Aufgaben der Daseinsvorsorge werden auch künftig Privatunternehmen beteiligt sein. Der Staat hat dann ihre Leistungen zu sozial und ökologisch akzeptablen Bedingungen zu gewährleisten.

Finanzsektor: Das spektakuläre, verlustreiche und auch für die breite Öffentlichkeit unübersehbare Versagen der großen Finanzakteure in der jüngsten Krise hat die Vergesellschaftung von Großbanken als Gebot der Erfahrung und Vernunft deutlich erkennbar gemacht.

Energiewirtschaft: Das Versagen der Energiekonzerne zeichnet sich nicht so abrupt wie das der Banken in der Finanzkrise ab, wohl aber umso gefährlicher in der Bedrohung der Lebensgrundlagen von Hunderten Millionen Menschen durch ihre fossilistisch-atomare Energie- und Klimapolitik. Es fordert auch in der Energiewirtschaft gesellschaftliches Eigentum insbesondere an den Netzen heraus. Bundesweite Netze der Stromversorgung, der Telekommunikation, des Eisenbahnverkehrs und anderer Dienste bilden natürliche Monopole. In privater Hand tendiert solches Monopol zu Preiswucher und Vernachlässigung von Wartung und Instandhaltung mit negativen Langzeitfolgen. Netzgebundene Dienstleistungen sollten daher in öffentlicher Hand bleiben oder in öffentliches Eigentum überführt werden. Netze dürfen nicht genutzt werden, um den allgemeinen Zugang zu Wissen und Information zu beschränken.

Sicher wird die Überwindung der Dominanz des Profits in der Gesellschaft öffentliches Eigentum in weiteren Sphären erfordern. Nicht überall etwa und nicht aus Gründen einer DDR-Nostalgie, sondern als Erfordernis der Gerechtigkeit und ökonomischer, sozialer und ökologischer Rationalität. Es sind die gegenwärtigen Eigentumsverhältnisse, von denen das Investment-Serviceunternehmen Merrill Lynch und der Management-Dienstleister Capgemini in ihrem 13. Weltreichtumsbericht erwarten, dass die derzeit 8,6 Millionen Multi-Millionäre ihren Reichtum von 32,8 Billionen US-Dollar im Jahr 2008 auf 48,5 Billionen im Jahr 2013 steigern werden. Deutschland liegt auf dem dritten Platz nach der Zahl seiner Milliardä-

re – und nach dem Umfang seiner Rüstungsexporte. 2,5 Millionen Kinder leben in der Bundesrepublik in Armutsverhältnissen. Die Bundesregierung bereitet im Gesundheitswesen die Einführung einer gleichen Pro-Kopf-Pauschale für alle vor, für Millionäre wie für Niedrigverdienende – bei voraussehbar niedrigem Sozialausgleich. Weltweit ist die Zahl der Hungernen im Jahr 2009 auf über eine Milliarde gestiegen. Im Programmentwurf heißt es angesichts solcher sozialen Klüfte, dass «strukturbestimmende Großbetriebe» in «demokratische gesellschaftliche Eigentumsformen» überführt werden sollen.

Wie dies jedoch aufzufassen ist, bedarf weiterer Diskussionen. Für eine Strömung in der Linken ist demokratischer Sozialismus vor allem eine Eigentumsordnung, bestimmt durch öffentliches Eigentum – und zwar so umfassend wie möglich. Doch die skandalöse Verstrickung von staatlichen Landesbanken in spekulative Finanzgeschäfte mit Milliardenverlusten zu Lasten der Steuerzahlerinnen und Steuerzahler oder das Herunterwirtschaften der Berliner S-Bahn zugunsten von Profiten der Muttergesellschaft Deutsche Bahn, um den Staatskonzern attraktiv für seine Teilprivatisierung in einem Börsengang zu machen, zeigen deutlich: Allein die Form des Eigentums, ob öffentlich oder privat, entscheidet nicht über die soziale und ökologische Qualität der Entwicklung. Möglichst viele Großunternehmen in öffentliche Hand zu übernehmen, würde nicht selbstläufig eine sozialökologisch funktionsfähige flexible Wirtschaftsregulierung hervorbringen, ganz abgesehen von dem durch die Kräfteverhältnisse gebotenen Realismus programmatischer Eigentumskonzepte. Deshalb wird im Programmentwurf der Überlegung zur Vergesellschaftung von weiteren Großbetrieben hinzugefügt: «Auf welche Bereiche, Unternehmen und Betriebe sich die demokratische Vergesellschaftung erstrecken und in welchen öffentlichen oder kollektiven Eigentumsformen sie sich vollziehen soll, muss im demokratischen Prozess entschieden werden.»

Einer anderen Strömung in der Linken gilt als die erste Leitidee des demokratischen Sozialismus individuelle Freiheit, Entfaltung der Persönlichkeit jeder und jedes Einzelnen durch soziale Gleichheit der Teilhabe an den Grundbedingungen eines selbstbestimmten Lebens in Solidarität mit anderen. Als zweite gleichrangige Leitidee muss die Unterordnung von Wirtschaft und Lebensweisen unter den Erhalt der Natur betrachtet werden – zu verwirklichen durch einen sozial-ökologischen Umbau zu nachhaltiger Entwicklung. Und abgeleitet davon ist zu fragen, welche Eigentumsformen welchen spezifischen gesellschaftlichen Aufgaben am meisten gemäß sind.

SOLIDARISCHE MISCHWIRTSCHAFT

Die dritte Antwort der Linken auf die Eigentumsfrage lautet im Programmentwurf: «In einer solidari-

schen Wirtschaftsordnung, wie DIE LINKE sie anstrebt, haben verschiedene Eigentumsformen Platz, staatliche und kommunale, gesellschaftliche und private, genossenschaftliche und andere Formen des Eigentums.»

Sie werden so zu einer Mischwirtschaft zu kombinieren sein, dass sie eine funktionsfähige Regulierung durch das Zusammenwirken von staatlicher Wirtschaftspolitik, zivilgesellschaftlichem Einfluss und Marktmechanismen ermöglichen. Sie sollten 1. auf einem starken Gewicht öffentlichen Eigentums beruhen, 2. auf privatem Eigentum unter strikter Wettbewerbskontrolle, 3. auf wirksamen Mitbestimmungsrechten, auf Belegschaftseigentum, das in überbetriebliche Gemeinwohlinteressen eingebunden werden muss, auf Genossenschaftseigentum und 4. auf demokratischer sozialökologischer Rahmumgebung für alle Eigentumsformen und strategischer Strukturpolitik des Staates.

TRANSFORMATORISCHER PROZESS

Doch der Herausbildung einer sozialökologischen Mischwirtschaft unter demokratischer Kontrolle stehen die realen Machtverhältnisse entgegen. Wahrscheinlich wird ein Bruch mit den kapitalistischen Eigentumsverhältnissen selbst in wenigen zentralen Bereichen der Wirtschaft kaum als ein einziger großer Akt vor sich gehen – auch wenn «jähle Wendungen» nicht auszuschließen sind. Viel eher ist dieser Bruch als ein längerer transformatorischer Prozess vorstellbar, in dem Schritt für Schritt die Verfügung destruktiv handelnder kapitalistischer Großeigentümer über ihr Eigentum derart eingengt und umgelenkt wird, dass dies zu einer Veränderung des Eigentums selbst führt. Wie dies geschieht, wird in den vor uns liegenden außerparlamentarischen, parlamentarischen und betrieblichen Kämpfen entschieden.

Die Verfügung über Eigentum wird sich durch das Zusammenwirken vieler Faktoren verändern: durch wachsende Gewerkschaftsmacht und erweiterte Mitbestimmung; durch die Verwandlung von staatlichen Hilfen für Unternehmen in Staatsanteile am Betriebsvermögen und öffentlichen Einfluss; durch Sozial- und Umweltgesetze, die die Profitdominanz zurückdrängen; durch Gebote und Verbote; durch öffentliche Finanzaufsicht und -kontrolle; durch Institutionen staatlicher Energiepolitik; durch staatliche Sanktionen bei Missbrauch; durch die Re-Kommunalisierung von privatisierten Kommunalunternehmen und nicht zuletzt durch die Verstaatlichung beispielsweise von Großbanken – wie in den USA und Großbritannien in jüngster Zeit bereits geschehen –, die allerdings nur ein Ausgangspunkt wirklicher Vergesellschaftung ist.

Selbst die Ausweitung von öffentlichem Eigentum ist aber nicht die ganze Lösung. Zur realen Vergesell-

schaftung von Eigentum gehört, die Wirtschaftstätigkeit von Unternehmen tatsächlich am Gemeinwohl zu orientieren, eine neue Balance von ökologischen Standards, betriebswirtschaftlicher Effizienz, guter Arbeit für die Belegschaft, Geschlechtergerechtigkeit, betrieblicher Mitbestimmung sowie Interessen der Kommunen oder Regionen zu finden sowie Transparenz und öffentliche Kontrolle herzustellen.

Für den notwendigen Wandel der Eigentumsverhältnisse gilt also wie insgesamt für den Übergang zu einem alternativen Gesellschaftsprojekt einer solidarischen Gesellschaft oder des demokratischen Sozialismus, dass dieser Wandel als ein voraussichtlich langer transformatorischer Prozess vieler kleiner und größerer Schritte und Brüche zu

erwarten ist. DIE LINKE wird in möglichst breiten Allianzen dafür kämpfen, in eine solche sozialökologische Reformalternative zunehmend Elemente des demokratischen Sozialismus hineinzuholen, um sie für die Überwindung des Kapitalismus zu öffnen. Die große Transformation des 21. Jahrhunderts wird nach dieser Erwartung Reformen im Kapitalismus mit weiterreichenden Brüchen von revolutionärer Tiefe verbinden, die zu einer solidarischen Gesellschaft, zu einem demokratischen Sozialismus führen.

ND vom 6.4.2010

Professor Dieter Klein ist Mitglied des Vorstandes der Rosa-Luxemburg-Stiftung.

LINKE KLASSENPOLITIK?

DAS ZIEL: SOLIDARITÄT DER VERSCHIEDENEN GRUPPEN DER LOHNABHÄNGIGEN MITEINANDER

Von Christina Kaindl

Wenn die Herrschenden vom Ende der Klassengesellschaft sprechen, so im Interesse der Herrschaft: Die Ungerechtigkeit der systematischen Spaltung der Gesellschaft möchte bitte unsichtbar werden. Im Blick zurück scheint die Bestimmung der Arbeiterklasse zu früheren Zeiten einfacher: die Heerscharen von Arbeitern, die bald das Heer der Soldaten stellten, sind ins kollektive Geschichtsbild eingegangen. Die Mobilisierung gegen Krieg und Hunger reichte immerhin für eine Revolution. Letztlich war sie nicht von Dauer, haben die Bürger (mit der Reaktion) gesiegt. Wichtige Fragen lassen sich daraus ziehen: Folgt aus der Klassenanalyse schon, wer politisches Subjekt für eine Transformation über den Kapitalismus hinaus sein kann? Und wenn die «Klasse» kein Bezugspunkt von politischen Mobilisierungen oder geteilter Erfahrung ist – macht das Klassenanalysen für DIE LINKE überflüssig?

Zunächst: Wenn wir glauben, die Arbeiterklasse sei zu Marx' Zeiten eine einheitliche Fraktion gewesen, sitzen wir den verschobenen (oft wohlmeinenden) Bildern aus Film, Theater und Politik auf. Die Vielfalt von prekären Beschäftigungsformen, Tagelöhnern, Landarbeitern, Knechten, Mägden, Dienstmädchen, kleinstselbstständigen Handwerkern, die Unterschicht der «Lumpen», erzwungene Arbeit im Armenhaus, unterbezahlten Migrantinnen und überausgebeuteten Frauen wird darin unsichtbar.

Anders als der Blick auf die (kapitalistische) Nachkriegszeit oft nahe legt, war die Arbeiterklasse auch im Fordismus mit seinem Verhandlungsdreieck aus Gewerkschaften, Staat und Kapital nicht einheitlich: In der globalen Arbeitsteilung, in der ethnischen

Unterschichtung – also der Zuweisung der unteren gesellschaftlichen Positionen an Migrantinnen und Migranten – und der Ungleichstellung der Frauen war auch diese homogen wirkende Arbeiterklasse diffus, nicht geeint, sondern gespalten.

Zwar spricht Marx im Kommunistischen Manifest davon, dass die Klassenverhältnisse sich vereinfachen werden, zuspitzen auf die Widersprüche zwischen Kapital und Arbeit, die dem letzten Kampf entgegen sehen. Er unterscheidet die Klassen nach der Stellung zum Eigentum (an Produktionsmitteln) und der Produktion von Mehrwert, sowie nach der Trennung von planenden und ausführenden Tätigkeiten. Doch in seinen Analysen von Kämpfen, Arbeitsgesetzgebungen, in seinen Beschreibungen der «Lage der Arbeiterklasse» wird deutlich, dass die Klasse tatsächlich aus Fraktionen und Fraktionierungen zusammengesetzt ist. Konkrete Klassen sind vielfältig und unübersichtlich, der Bezug auf die strukturierenden Momente von Arbeit und Kapital sind wichtig für die Analyse – und für die Richtung der Transformation.

Kann heute sinnvoll von «Klassen» gesprochen werden? Zu unklar scheinen Vielen die Abgrenzungen, zu grob die Kategorien von «Lohnarbeit» und «Kapital». Verlaufen die Spaltungen nicht eher entlang von denen, die (noch) Arbeit haben, und denen, die von Lohnarbeit dauerhaft ausgegrenzt sind? Sind Selbstständige Teil der Arbeiterklasse, werden Arbeiter Kapitalisten, wenn sie Anteile am Aktienvermögen «ihres» Betriebes erhalten? Lassen sich die feinen und groben Unterschiede der Menschen in unsicherer Beschäftigung, der Prekarisierten im

Niedriglohn wie im High-Tech als Klassen – als eine Klasse – fassen?

Und zu wem sprechen die Begriffe? «Erkennen» die Menschen ihre «Lage» in diesen Begriffen und sind sie deshalb nicht aufzuhalten? Auf dem Weg wohin? Hier beginnt das Ringen um linke Politik und das Schmieden von Bündnissen, die bei allen Unterschieden gemeinsame Perspektiven für eine Transformation ausweisen.

Welche Teile der Bevölkerung, wessen Interessen sind Bezugspunkte linker (Partei-)Politik und wie soll sie mit diesen Interessen umgehen? Muss sie vor allem auf Seiten der Ärmsten stehen oder sich an einer «Mehrheit» der Bevölkerung orientieren? Können die unterschiedlichen kulturellen, ökonomischen und politischen Orientierungen der Menschen, die vom Kapital abhängen, ohne über es zu verfügen, in ein gemeinsames politisches Programm gegossen werden – und wie sähe dies aus? Eine Kunst von Herrschaft und Hegemonie des Kapitals ist es, die unteren Klassen von ihren gemeinsamen Interessen abzulösen und sie – einzeln, zersplittert und entsolidarisiert – einzubinden: männliche Berufsgruppen gegen weibliche, Einheimische gegen Migranten, fest Angestellte gegen Leiharbeiter, besser Verdienende gegen die mit niedrigem Lohn, die Automobilarbeiter gegen die Beschäftigten im Handel usw. So können die konkreten Interessen von Teilen der Klasse in Gegensatz zu ihren allgemeinen Klasseninteressen gebracht werden. Auf demselben Feld bewegen sich linke Politiken: Sie müssen konkrete Klassenformationen ausmachen und ihre Interessen in Politikprojekte einbringen, die auch die allgemeine Klassenlage der vom Kapital Abhängigen verbessern. Die Splitter – genügend für ein gesellschaftliches Projekt – müssen zusammengefügt werden. Die Repräsentation von Klasseninteressen muss gleichzeitig bedeuten, die Zusammensetzung der Klasse zu verändern. Darin liegen Herausforderungen für linke Politik: Das eine tun – die Interessen der Unteren stützen und sie in hegemoniefähige Bündnisse bringen. Und das andere nicht lassen – diese Politik in einen Horizont stellen, der an der Aufhebung der Klassen festhält.

Der «nivellierten Mittelstandsgesellschaft» wurde von oben der Klassenkampf angesagt, als in der Krise des Fordismus die Stunde des Neoliberalismus schlug. Der Wert der Ware Arbeitskraft wird im globalen Maßstab verhandelt. Damit drückt die Ungerechtigkeit der Weltgesellschaft unmittelbar auf die Löhne der bisherigen Zentren des Kapitalismus. Neoliberale Politik höhlt die sozialen Sicherungssysteme aus und verschiebt die sozialdemokratischen Diskurse um «Vollbeschäftigung» zur Einführung eines umfänglichen Niedriglohnsektors. Die Zusammensetzung der Klasse wandelt sich: die kreative, mehr oder weniger verarmte Bohème wurde ge-

schaffen und der Niedriglohnbereich der working poor. Der Wert der Arbeitskraft ist im Bereich der persönlichen Dienstleistungen so weit gedrückt worden, dass mehr Frauen in prekäre Lohnarbeit und Selbstständigkeit gehen – und das auch müssen, um die gesunkenen Einkommen auszugleichen. Feministische Solidarität und antirassistische Arbeit kommen nicht ohne einen klassenpolitischen Zugang aus, wollen sie darauf linke Antworten finden. Die Ausweitung der Leiharbeit setzt Kernbelegschaften unter Druck, was Löhne, Standards, Kampfbereitschaft angeht. Zusammen mit dem Druck der Weltkonkurrenz macht sie das anfälliger für Anrufungen von oben, bindet sie stärker an «ihr» – jeweiliges – Kapital. Ohne Sicherheitsnetz und vermittelt über Markt und Konkurrenz werden die neuen Anforderungen als Verletzung von Gerechtigkeitsvorstellungen wahrgenommen. Die Abgrenzungen nach «unten», zu sozial Schwachen und Menschen, die auf Transferleistungen vom Staat angewiesen sind, sind unter Gewerkschaftsmitgliedern nicht geringer, eher höher, als im Rest der Gesellschaft.

Die Krise hat weitere Probleme deutlich gemacht: Ist der Kampf um die unmittelbaren Interessen der Arbeitnehmer (Löhne, Arbeitsplätze, Rente) automatisch «linke» Politik? Wie lassen sich linke Positionen finden, zur Arbeitnehmerschaft der Automobilindustrie, die für den Erhalt von umweltzerstörenden Überkapazitäten kämpfen? Sie werden eingebunden in ein Projekt der Stabilisierung neoliberaler Politik und verschärfen die Konkurrenz zu Teilen der Arbeiterklasse, die über weniger Verhandlungsmacht verfügen, etwa in Pflege oder im Handel. Die Spaltung in Stammbesetzungen und Leiharbeiter bleibt. Die Herrschenden verteilen Wohltaten ausgehend von ihren Machtinteressen. Zwischen die soziale und die ökologische Frage wird ein Keil getrieben.

Klassenpolitik kann also nicht allein als Vertretung von Interessen einer Beschäftigtengruppe verstanden werden. Es geht darum, sie als gesellschaftliche Politik zu verstehen. Dies verlangt, Solidarität der verschiedenen Gruppen der Lohnabhängigen miteinander herzustellen. Die unmittelbaren Interessen müssen in einem umfassenden Kampf für gesellschaftliche Transformation «aufgehoben» werden. Interessen des Arbeitsplatzerhaltes, Interessen, die eigene Kreativität zu testen, sich selbst im eigenen Leben als «am Steuer», als handlungsmächtig zu empfinden – sie alle sind berechtigt. Sie bedürfen einer politischen Repräsentation, damit sie wirkmächtig werden können. Im Prozess ihrer Realisierung allerdings können sie – und müssen unter Umständen – sich verändern. Linke Politik kann das nicht «von oben» steuern, sondern nur mit den Menschen in den Kämpfen entwickeln. Sie muss aber gesellschaftliche Transformations-

konzepte mit erarbeiten, in denen neue Formen überhaupt denkbar werden. Solidaritäten über Segmente der Beschäftigten (und Nicht-Beschäftigten) hinweg, entlang von Produktions- und Verwertungsketten, gar über nationale Grenzen hinaus sind nur schwer herzustellen. Zwar mag es angemessen scheinen, dass DIE LINKE sich vorrangig als Fürsprecher der am meisten prekarierten und machtlosen Gruppen der Gesellschaft versteht. Doch es genügt nicht, sich auf nur eine Fraktion der neuen Klassenzusammensetzung zu beziehen. Weder analytisch noch politisch: Niedriglohn und Leiharbeit stehen ebenso wie die erschütterten sozialen Sicherungssysteme im Zusammenhang mit den Interessen der Kernbelegschaften. Das lässt sich leicht ablesen, wenn die Verhandlungspositionen von zehntausenden Beschäftigten durch einige hundert Leiharbeiter im Betrieb verunsichert werden. Die Forderungen der Erwerbslosenproteste (ALG-II-Regelsatz von 500 Euro, 30 Stundenwoche mit vollem Lohnausgleich, 10 Euro Mindestlohn) sind Ergebnis eines Bündnisses von Armenbewegungen und Linksgewerkschaften. Die Kernbelegschaften etwa der Automobilindustrie sehen sich darin oft nicht repräsentiert: Die Armutssicherung wird potenziell als Absenken ihrer Standards wahrgenommen. Gegen die Spaltung der Unteren anzuarbeiten, ist eine konzeptionelle Herausforderung: Die Gemeinsamkeiten sind gegen das herrschende Denken zu entwickeln. Die Alternative «Klasseninteressen oder die Mehrheit der Bevölkerung vertreten» ist falsch gestellt.

Alternative Konzepte, eine Diskussion um was, wie, durch wen und in welcher Zeit produziert werden

soll, gilt Vielen als unrealistisch und daher nicht in ihrem Interesse. Ob sich interessengeleitete, handlungsfähige neue «Subjekte» konstituieren, wird sich weisen. DIE LINKE muss die unterschiedlichen Kämpfe, Selbstorganisationsformen und Interessen der Gruppen «lesen» können, muss ihre Sprache sprechen und sich an ihren Kämpfen beteiligen. Nur aus dieser Perspektive wird eine Verbindung von «Kybertariat» und «Prekariat» mit der «Kernbelegschaft» gelingen können. Die Interessen der Automobilarbeiter z. B. sind aufzunehmen und gegen die Vereinnahmung von Staat und Kapital zu verteidigen. Darüber hinaus müssen sie mit den Interessen «der Klasse» insgesamt vermittelt werden und mit ökologischen Überlebensinteressen: eine Transformation der Beschäftigungs- und der Produktionsstruktur muss zusammen gehen. Links und solidarisch können nur Modelle sein, die die politische Handlungsfähigkeit der Menschen in diesem Prozess vergrößern, nicht wie jüngst verringern. Linke Klassenpolitik und die Entwicklung von demokratischen Formen und neuen Eigentumsmodellen sind gemeinsam zu entwickeln. Linke Politik muss die alltäglichen Erfahrungen, das Leiden und die Widersprüche der Produktionsweise repräsentieren und zugleich Perspektiven auf die nach-kapitalistische Gesellschaft eröffnen: Der Horizont bleibt eine Gesellschaft, in der die Teilung in Klassen und die (herrschaftliche) Trennung von planenden und ausführenden Handlungen aufgehoben ist.

ND vom 12.4.2010

Christina Kaindl ist verantwortliche Redakteurin der Zeitschrift «LuXemburg» der Rosa-Luxemburg-Stiftung.

LINKE REGIERUNG

CHANCEN UND HERAUSFORDERUNGEN RADIKALER REALPOLITIK

Von Cornelia Hildebrandt und Meinhard Meuche-Mäker

Die Frage linker Regierungsbeteiligungen ist nicht nur in Deutschland von zentraler Bedeutung. Angesichts der Erfahrungen in Norwegen, Frankreich, Spanien oder Italien bzw. Lateinamerika oder Asien und Afrika stellt sich die Frage, unter welchen Bedingungen linkes Regieren erfolgreich sein kann und was die Maßstäbe des Erfolges sind.

Fünf Einwände, so Michael Brie, werden gegen Regierungsbeteiligungen formuliert: erstens, der Kapitalismus könne nicht wesentlich verändert werden; zweitens, nur eine Revolution könne die Probleme lösen; drittens, der heutige Staat sei ausschließlich Machtinstrument der herrschenden Klasse, man könne sich daran nicht beteiligen; viertens schwä-

che die Regierungsbeteiligung zwangsläufig die Linken; fünftens werde durch linke Regierungsbeteiligung die Fortsetzung rechter Politik ermöglicht. Verändern erkämpfte Errungenschaften wie der Sozialstaat wesentliche Seiten des Kapitalismus und schaffen Bedingungen seiner Zurückdrängung und Überwindung oder sind diese zwangsläufig nur systemimmanente Reformen, die letztlich einem sozialistischen Ziel sogar schaden? Und können solche Reformen den Herrschenden nicht besser aus der Opposition abgenötigt werden? Müssen die Linken auf den Bruch zielen oder müssen sie ihre Strategie und Programmatik auf die Zurückdrängung der Profitdominanz des Kapitalismus konzentrieren?

Im Programmentwurf ist vom transformatorischen Prozess die Rede, der von vielen kleinen und großen Reformschritten, von Brüchen und Umwälzungen mit revolutionärer Tiefe gekennzeichnet sein wird. Hierzu benennt der Entwurf vier zentrale Reformprojekte: Gute Arbeit, Demokratisierung der Gesellschaft, sozial-ökologischer Umbau sowie Abrüstung und die Schaffung eines Systems kollektiver Sicherheit – Forderungen, die auch Ziele linker Regierens beschreiben. Zugleich findet sich der Verweis auf notwendige Mehrheiten zur Durchsetzung linker Reformprojekte. Sie müssen erst geschaffen werden. Sie waren 2008 in Hessen nicht gegeben und fehlten letztlich auch in Thüringen und im Saarland 2009, waren aber in Brandenburg vorhanden. Im Programmentwurf wird betont, dass Regierungsbeteiligungen nur dann sinnvoll sind, wenn eine Abkehr vom neoliberalen Politikmodell durchsetzbar sei sowie ein sozial-ökologischer Umbau eingeleitet werden könne. Regierungsbeteiligungen sind an verbindliche Kriterien zu knüpfen und unter konkreten Bedingungen zu diskutieren und zu entscheiden. Beides zugleich ist nicht ohne Widerspruch zu haben.

Mit den Anforderungen an Regierungsbeteiligungen beschreibt die Linkspartei ein Konfliktfeld zwischen gesellschaftlicher «Einflusslogik», die sich aus den realen Kräfteverhältnissen und konkreten Rahmenbedingungen ableitet, und einer internen «Parteienlogik». Angesichts der Notwendigkeit, dass Parteien ihre Identitäten bzw. «Markenkerne» sichern müssen, ist es sinnvoll, Ansprüche zu formulieren, die unabhängig von der konkret gegebenen Situation einzuhalten sind. Landespolitik gehört aber in die politische Verantwortung der Landesverbände, denn sie kennen die Situation vor Ort. Dass sie zugleich auch bundespolitische Verantwortung tragen und den «Markenkern» der Linken schützen müssen, ist selbstverständlich und doch nicht immer leicht.

Es ist sinnvoll, die Unterschiedlichkeit der Bedingungen zu berücksichtigen. In den ostdeutschen Bundesländern gehört dazu z. B. die Abwanderung – per saldo sind es jährlich rund 50 Tausend, viele Junge und viele Frauen. Die Zahl der Arbeitslosen ist noch immer doppelt so hoch, das Verdienstniveau liegt bei siebzig Prozent, die Gewerkschaften sind wesentlich schwächer. Das Armutsrisiko liegt in Baden-Württemberg bei zehn Prozent und in Mecklenburg-Vorpommern bei fast dreißig.

In vielen westdeutschen Ländern – das Saarland ist noch ein Sonderfall – hat die Linkspartei mit ihren vier bis acht Prozent sehr spezifische Interessen konkreter Wählergruppen zu vertreten, ist aber zugleich vor die Aufgabe gestellt, diese in umfassendere Reformprojekte einzuordnen. Im Osten Deutschlands erhält die Linkspartei 20 bis 30 Prozent der Wählerstimmen. Sie muss dort sofort sehr breite Interessen aufgreifen und als linke

Volkspartei agieren. Die Beteiligung an Regierungen auf Länderebene stellt sich deshalb in Ost und West jeweils anders dar.

Die gemeinsame Aufgabe ist es, das Ziel der Verbesserung der realen Lebensbedingungen mit konkreten Projekten zu untersetzen. Woran also will sich DIE LINKE unter keinen Umständen beteiligen und vor allem was kann und was will sie im Unterschied zu anderen Parteien? Ihre Projekte müssen real durchsetzbar sein. Das erwarten jene Bürgerinnen und Bürger, die «ihre» Partei in Regierungsverantwortung sehen wollen – und dies ist die Mehrheit der Wählerinnen und Wähler der Linkspartei.

Dass DIE LINKE als Partei sozialer Gerechtigkeit erkennbar bleiben muss, war eine bittere Erfahrung für die Berliner Linken. 2006 verlor sie gegenüber 2001 fast die Hälfte ihrer Wähler. Die Konsolidierung des Landeshaushalts mit einer Schuldenlast (mehr als das Zweifache des Landeshaushalts) dominierte die Landespolitik.

Bereits 2005 verwies Rolf Reißig in seiner Analyse der Berliner Regierungspolitik auf die Notwendigkeit eines klaren Profils und erkennbarer linker Projekte. Für die zweite Regierungsperiode formulierte die Berliner Linkspartei im Vorfeld von Sondierungsgesprächen ihre linken Projekte: Einstieg in den öffentlich geförderten Beschäftigungssektor (ÖBS), Modellprojekte für eine Gemeinschaftsschule sowie Erhalt der öffentlichen Infrastrukturunternehmen der Daseinsvorsorge. Priorität habe – so der Berliner Koalitionsvertrag – die Schaffung existenzsichernder Arbeitsplätze und ein gebührenfreier Zugang zu Bildung. Umgesetzt wurde u. a. eine Neuberechnung der Wohnkosten, um Massenumzüge zu vermeiden, das Sozialticket, ein Kulturticket und ein Berlin-Pass, mit dem alle, die Hartz IV, Sozialhilfe, Grundsicherung oder Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz erhalten, vergünstigten Eintritt bei Kultur, Sport und Freizeit erhalten. Über 7.500 Berlinerinnen und Berliner arbeiten mittlerweile im öffentlich geförderten Beschäftigungssektor. Seit 2005 gibt es keine Privatisierung von Infrastrukturen der öffentlichen Daseinsvorsorge. DIE LINKE in der Regierung muss die Qualität öffentlicher Güter und Infrastruktur, Effizienz im Umgang mit öffentlichen Geldern, tarifgerechte Löhne und letztlich die Kontrolle über das Funktionieren der öffentlichen Daseinsvorsorge sicherstellen. Das ist ohne Konflikte der Beteiligten nicht möglich.

Die Berliner Linksfraction beschloss im Februar 2010 ihr Konzept für einen sozial-ökologischen Umbau. Auch die Brandenburger Linke legte einen Schwerpunkt auf sozial-ökologische Fragen, konnte sich jedoch bei der Beendigung des Braunkohleabbaus nicht durchsetzen. Hier reichte weder die politische Kraft der Linkspartei noch der außerparlamentarische, gesellschaftliche Druck. Dennoch be-

schluss der Landesparteitag den Weg in die rot-rote Koalition. Inwieweit sie dort linke Politik durchsetzen kann, ist angesichts der Abwälzung der Krisenlasten auch auf Länder und Kommunen eine offene Frage. Eine strategische Verknüpfung der Initiativen zwischen Bund und Land ist erforderlich.

Linke in Landesregierungen sind Chance und Herausforderung für die Gesamtpartei. Landespolitik ist eines der wichtigsten Experimentierfelder radikaler Realpolitik, selbst wenn sie scheitert. Hier kann und muss DIE LINKE beweisen, dass sie für den Schutz sozial Benachteiligter, für soziale, politische und kulturelle Teilhabe steht, für konkrete Projekte sozial-ökologischer Entwicklung. Hier muss sie zeigen, wie sie in einer Koalitionsregierung ihr politisches Profil stärken und zugleich die hierzu notwendige Kooperations- und Kompromissfähigkeit entwickeln kann. Auf kommunaler und Länderebene zeigt sich, wie Volksbegehren und Volksentscheide, unter vereinfachten Nutzungsbedingungen von den Linken durchgesetzt und in der Verfassung verankert, auch zur Herausforderung für die Linken werden. Gefragt ist eine Parlamentsarbeit, die repräsentative parlamentarische Demokratie mit Formen direkter Demokratie sowie einer Entwicklung von Wirtschafts- und Geschlechterdemokratie verknüpft. Linkes Regieren muss mit der Weitergabe (Abgabe) von Macht, also der Stärkung und Beförderung von außerparlamentarischen Initiativen, Einrichtungen und Gremien verbunden werden. Und dies nicht erst in der Regierung.

Eines der wichtigsten Ergebnisse linker Regierungspolitik auf Landesebene sind praktische Kenntnisse über Prozesse politischer Steuerung und das Funktionieren staatlicher Institutionen, insbesondere von Verwaltungen, die politische Akteure sind. Das wird von Linken immer wieder unterschätzt. Auch die Linken neigen in Opposition wie auch in Regierungen zum separierten Denken in den Ressorts von Verwaltungen und entwickeln darin ihre alternativen Lösungsansätze, statt auch deren Strukturen zu hinterfragen und ressortübergreifende Projekte zu entwickeln. Ein Neuansatz hierfür sind die gesellschaftlich erarbeiteten Landesentwicklungspläne unter Einbeziehung der Verwaltungsstrukturen in ostdeutschen Bundesländern. In Brandenburg wird sich zeigen, was davon in Regierungsverantwortung umgesetzt werden kann.

DIE LINKE steht vor der Aufgabe, Systemkritik mit radikaler Realpolitik zu verbinden und hierfür gesellschaftliche Akzeptanz zu schaffen. Dies ist eine anspruchsvolle Aufgabe. Bisher wurde ein Politikwechsel in jenen Bundesländern, in denen Linke in Regierungen waren oder sind, nicht erreicht. Oft blieb es (immerhin!) bei der Veränderung des Stils von Politik. Ob die Richtung der Politik auf Länderebene verändert werden kann, ist noch eine offene Frage. Auf der Bundesebene wird der

Richtungswechsel der Politik zur zentralen Frage. Die Erfahrungen in Italien haben gezeigt, dass der Eintritt in eine Mitte-Links-Regierung zur Verhinderung einer Rechtsregierung von Berlusconi allein nicht ausreichte. Keines der gestellten Ziele wurde erreicht, die Fragen der sozialen Umverteilung wurden nicht angepackt. Es gab kein gemeinsames linkes Projekt, getragen von den Koalitionspartnern, von außerparlamentarischen Bewegungen, Gewerkschaften – ganz anders als in Norwegen. Die Wirtschaftspolitik verblieb im neoliberalen Rahmen. Eigene Gesetzesvorhaben der Rifondazione Comunista zu Einwanderung und Arbeitsmarkt und zur Begrenzung der Medienmacht Berlusconis wurden vertagt. Und: die verschiedenen Kämpfe an verschiedenen Fronten in den Kommunen oder gegen Militäreinsätze etc. wurden nicht zu einem breiten Bündnis zusammengebracht, die Entfremdung zur eigenen Partei wuchs.

Alle Parteien sind damit konfrontiert, dass die Macht in den Fraktionen konzentriert wird, auch die Linken. In Italien scheiterten die Linken 2008 nicht nur an der fehlenden gesellschaftlichen Verankerung der Wahl-Koalition, dem fehlenden sozialen Profil als Regierungspartei, sondern an der völligen Abkopplung von den außerparlamentarischen Parteistrukturen. Gerade dann, wenn die Kompetenzen auf der parlamentarischen Ebene zunehmen, wächst die Notwendigkeit der Parteientwicklung, um immer wieder den parlamentarischen Verselbständigungsprozessen entgegenzuwirken.

Wenn die Frage linker Regierungsbeteiligung – erst recht auf nationaler Ebene – gestellt wird, muss es sich um den Eintritt in eine dezidiert linke Regierung handeln. Voraussetzung sind politische und gesellschaftliche Bündnisse. Dies beginnt mit der Arbeit an einem linken, politisch tragfähigen Programm, der Formulierung eines linken Projektes, das von der Gesellschaft mehrheitlich mitgetragen werden kann, das sich orientiert an einem sozial-ökologischen Umbau, hinter dem Gewerkschaften, soziale Bewegungen und große Teile der Bevölkerung stehen. Von ihm muss die Faszination eines gesellschaftlichen Ausbruchs ausgehen. Dazu werden Gesellschaftsprojekte gebraucht, die von verschiedenen sozialen Klassen und Schichten getragen werden, für diese attraktiv sind, in die sie sich einbringen können. Für einen Politikwechsel muss DIE LINKE von den Lebensweisen ausgehen, von den konkreten Hoffnungen und Bedürfnissen. Nur so wird ein Ganzes von gesellschaftlicher Umgestaltung und Veränderung im Alltag daraus.

ND vom 19.4.2010

Cornelia Hildebrandt ist Mitarbeiterin des Instituts für Gesellschaftsanalyse der Rosa-Luxemburg-Stiftung; Meinhard Meuche-Mäker leitet das Regionalbüro Hamburg der Rosa-Luxemburg-Stiftung.

KRIEG DARF KEIN MITTEL DER POLITIK SEIN

Von Herbert Wulf und Johannes M. Becker

Die aktuelle offizielle Friedens- und Sicherheitspolitik der Bundesrepublik Deutschland droht vorrangig zur ausschließlichen Militärpolitik zu verkommen. Zwar ist weiterhin von internationaler Verantwortung für den Frieden, von der Notwendigkeit der Abrüstung und Rüstungskontrolle, von ziviler Krisenprävention, vom Schutz der Menschenrechte und von Entwicklungszusammenarbeit als Instrument zur Überwindung von Armut und Konflikten die Rede, doch in der Praxis sind die Prioritäten eindeutig zugunsten des Einsatzes von Streitkräften gesetzt.

Heute werden weltweit über 1.500 Milliarden US-Dollar für Rüstung aufgewendet – zwölf mal mehr als die offizielle Entwicklungshilfe. Und die Rüstungsetats steigen weiter. Wenn auch Länder wie China, Russland und Indien hohe Zuwachsraten ihrer Militärhaushalte aufweisen, so sind es dennoch die NATO-Länder, die für fast zwei Drittel der weltweiten Ressourcenverschwendung für das Militär verantwortlich sind. Konkrete Abrüstungsschritte, ob bei den Militärausgaben oder bei den Atomwaffen, müssen vor allem bei den Ländern erfolgen, die am meisten für das Militär ausgeben und über Atomwaffen verfügen.

Es reicht nicht, vor den Gefahren der Nuklearproliferation (Iran, Nordkorea, Pakistan, Terrorgruppen) zu warnen und diese Länder und Netzwerke an den Pranger zu stellen; es ist vor allem erforderlich, vor der eigenen Haustür zu kehren und endlich damit zu beginnen, was bereits im Atomwaffensperrvertrag im Jahr 1970 vereinbart wurde, nämlich ernsthaft über die Abschaffung aller Atomwaffen zu verhandeln. Die Europäische Union, die sich selbst gerne als Friedensmacht tituliert, sollte hier eine kraftvolle Initiative ergreifen. Auch die französischen und britischen Atomwaffen – ein Tabuthema in der EU – gehören auf die friedenspolitische Tagesordnung. Dies würde die Glaubwürdigkeit der geäußerten Sorgen z. B. betreffend Iran enorm erhöhen.

Deutschland hat in den vergangenen zwei Jahrzehnten seine Rüstung enorm effektiviert und auf die Herstellung einer umfassenden Interventionsfähigkeit umgestellt; diese Politik geht auch in der tiefen Krise des Kapitalismus und der öffentlichen Haushalte weiter, während beispielsweise im Bildungssektor tiefe Einschnitte vonstatten gehen.

Unser Land liegt seit einigen Jahren im Export großer Waffensysteme nach den Statistiken des Stockholmer Friedensforschungsinstitutes SIPRI weltweit nach den USA und Russland an dritter Stelle – und dies bei angeblich restriktiven Rüstungsexportregelungen. Deutsche Waffen werden heute auch in Krisenregionen exportiert, so beispielsweise auch

an einige Länder im Nahen und Mittleren Osten. Es bedarf einer radikalen Revision der deutschen Rüstungsexportpolitik mit einem strikten Verbot von Exporten in Krisengebiete, um glaubhaft eine auf Solidarität beruhende internationale Friedenspolitik vertreten zu können.

SYSTEM FÜR FRIEDEN UND SICHERHEIT

Die NATO ist als militärisches Bündnis seit dem Ende des Kalten Krieges obsolet. Diesem Bündnis weltweite Interventionsaufgaben zuzuordnen, konkurriert sowohl die Bemühungen der Vereinten Nationen, als einzig legitime Autorität für Frieden und Sicherheit in der Welt tätig zu sein, als auch ein europäisches Sicherheitssystem aller europäischen Länder einschließlich Russlands. Die Schaffung einer europäischen Friedens- und Sicherheitsarchitektur muss Vorrang haben, statt weiterhin die NATO zu stärken. Dies dient sowohl dem Ziel, den Krieg in Europa unmöglich zu machen, als auch die Mittel für Streitkräfte drastisch zu kürzen und für die dringenden Aufgaben der Zivilgesellschaft zur Verfügung zu stellen.

Die Europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik, so wie sie in den vergangenen Jahren forciert und nun im Lissabonvertrag festgeschrieben wurde, besteht weitgehend aus Rüstungslobbyismus zur Förderung der Rüstungsindustrie und der Ambition zum Aufbau global einsetzbarer europäischer Streitkräfte. Wenn es bislang auch längst noch nicht gelungen ist, ein solches europäisches Expeditionskorps zu schaffen (auch das Satellitensystem «Galileo» scheint zum Scheitern verurteilt), so liegt dies weniger daran, dass bei den Vertretern der offiziellen Politik Bedenken gegen ein derartiges Instrument zur Intervention bestünden, als vielmehr an weiterhin vorhandenen konkurrierenden nationalen Interessen und Egoismen in den meisten EU-Mitgliedsländern.

Nur durch eine deutliche Stärkung der Demokratie in Europa – nach wie vor ist das Europäische Parlament zahnlos in der Außen- und Sicherheitspolitik – kann es zu einer europäischen Politik kommen, die den Namen Friedenspolitik verdient. Während der Ausbau der europäischen Streitkräfte vorangetrieben wird, fehlen demokratische Kontrollen auf der europäischen Ebene. Und auch der Lissabonvertrag beseitigt das Demokratiedefizit in der Sicherheitspolitik nicht. Die EU sollte gerade die aktuelle Weltwirtschaftskrise zum Anlass nehmen, nicht weiter den US-Weg der Aufrüstung und des «divide et impera» gegenüber den Entwicklungsländern zu kopieren, sondern sie sollte den Weg der Begründung neuer «terms of trade» gehen. Der Ham-

burger «Arbeitskreis Kriegsursachenforschung» (AKUF) macht für das absolute Gros der Konflikte auf der Erde die unterschiedliche Verteilung des Reichtums aus. Die vielfältigen Handelsrestriktionen, die ein Vielfaches der «Entwicklungshilfe» ausmachen, sollten folglich abgebaut werden, Aufrüstung und Rüstungsexport sollten gestoppt, das Gewaltmonopol der UNO übertragen werden: So würde die EU zum Modell einer neuen Weltordnung.

EINSATZ VON UN-STREITKRÄFTEN

Die Charta der Vereinten Nationen regelt die Rolle der Weltgemeinschaft für die Erhaltung von Frieden und Sicherheit. Es besteht ein klar festgelegtes Gewaltverbot für die internationalen Beziehungen. Die Diskussionen um sogenannte «humanitäre Interventionen» und die «Schutzverantwortung» (responsibility to protect) werden heute zumeist dazu genutzt, Interventionsinteressen zu verschleiern. Eine tiefe Ursachenanalyse von innerstaatlichen Konflikten und Menschenrechtsverletzungen, eingeschlossen die Rolle der hochgerüsteten Industrieländer, unterbleibt zumeist.

Die mehrfache Verletzung der UN-Charta macht die Weltorganisation und ihr Gewaltmonopol nicht obsolet. Aber die heutige Zusammensetzung des UN-Sicherheitsrates, der die Machtverhältnisse in der Welt aus der Zeit von vor 60 Jahren widerspiegelt, garantiert kein faires und solidarisches Verfahren zur Mandatsfindung. Einige mächtige Länder, Wirtschaftsmächte, Atomwaffenbesitzer, Rüstungsexporteur, dominieren heute den Sicherheitsrat auf unakzeptable Weise. Entscheidungen zum Schutze der Menschheit und Demokratie kommen keineswegs demokratisch zustande. Deshalb ist eine Reform des UN-Sicherheitsrates und eine Demokratisierung der Vereinten Nationen, eingeschlossen die unbedingt erforderliche Stärkung der Nicht-Regierungs-Organisationen (NGO), dringend erforderlich.

ZIVILE KRISENPRÄVENTION

Krieg darf kein Mittel der Politik sein. Zivile Konfliktprävention und Konfliktlösungen müssen Priorität haben. Krisenprävention liegt an der Schnittstelle von Außen-, Sicherheits- und Entwicklungspolitik. Im Zeitalter der Globalisierung hat sich Außen- und Sicherheitspolitik generell gewandelt. Friedenspolitik kann nicht von einer Regierung oder gar einem Ministerium gesteuert werden. Heute ist eine Vielzahl staatlicher und nichtstaatlicher Akteure friedenspolitisch aktiv. Sie arbeiten mit unterschiedlichen Strategien und bemühen sich darum, dass Konflikte nicht in Gewalt eskalieren und dass bewaffnete Auseinandersetzungen vermieden oder beigelegt werden. Zum Teil agieren die verschiedenen Akteure allerdings mit konkurrierenden Inter-

essen. Um zivile Krisenprävention zu einem wirksamen Instrument zu machen, bedarf es zum einen dringend zusätzlicher Ressourcen; derzeit wird beispielsweise in Afghanistan für den Krieg ca. 50 mal mehr aufgewandt als für den zivilen Wiederaufbau. Zum anderen geht es um eine bessere Koordination auf deutscher, europäischer und globaler Ebene. Dies ist eine Voraussetzung, um Maßnahmen nach dem Konzept des «do no harm» («Richte keinen Schaden an») durchführen zu können.

Die neue Afghanistanstrategie der Bundesregierung, mit mehr Soldaten und mehr zivilen Mitteln (die Entwicklungshilfe für Afghanistan soll verdoppelt werden) eine Wende zu erreichen, zeigt nicht nur eine verfehlte Konzeption, sondern auch, wie sich Politiken gegenseitig behindern. Statt eindeutig auf einen zivilen Aufbau zu setzen, soll die zivilmilitärische Zusammenarbeit gestärkt werden. In der Vergangenheit ging dieses Konzept eindeutig zu Lasten der zivilen Arbeit. Entwicklungsleistungen wurden zum Büttel militärischer Konzepte degradiert und in vielen Fällen verunmöglicht. Es gilt, das Gegenteil einer sogenannten «vernetzten» (zivilmilitärischen) Sicherheitspolitik zu verwirklichen.

Es gilt, die Strukturen der zivilen Krisenprävention und durch enge Zusammenarbeit zwischen den verschiedenen Akteuren die Kohärenz ziviler Friedenspolitik zu stärken, um so Voraussetzungen für effektive Krisenprävention zu schaffen. Es müssen die Institutionen für ein Frühwarnsystem ausgebaut und die Entwicklungszusammenarbeit von kurzfristigen eigenen wirtschaftlichen Interessen befreit werden, um die im Rahmen der Vereinten Nationen erkannten Ziele (vor allem Armutsbekämpfung) zu verwirklichen. Wirtschaftliche und soziale Entwicklung und Frieden bedingen einander. Voraussetzung für eine friedliche Entwicklung ist vor allem auch eine solidarische Wirtschaftsordnung, die dafür sorgt, dass Entwicklungszusammenarbeit nicht zum Pflaster für die vom Kapitalismus geschlagenen Wunden verkommt und auf Staatsverfall dann mit militärischen Maßnahmen reagiert wird. Mit solchen Maßnahmen sollte die EU eine Vorreiterrolle spielen, um ihrem Anspruch, Friedensmacht zu sein, näher zu kommen.

ZUM VORLIEGENDEN PROGRAMMENTWURF

Viele unserer Positionen sind wohlthuend vorzufinden im 1. Programmentwurf der Linken vom März 2010. Es sollte nicht die Frage einer möglichen Koalitionsfähigkeit im Vordergrund stehen, sondern die Formulierung klarer Positionen für eine kriegs- und waffenfreie Welt. Ein «Umbau der Streitkräfte auf der Basis strikter Defensivpotenziale» kann nur als Zwischenschritt auf dem Weg einer Abschaffung des Militärs formuliert werden; dies gehört u. E. in ein visionäres Parteiprogramm.

Da der Sozialismus nicht auf der Tagesordnung steht, gilt es Wege zur Zivilisierung des Kapitalismus zu erarbeiten. Kriege sind nicht unvermeidlich, die Kriegsursachen können auch im herrschenden System benannt und bekämpft werden – allein schon, um die Basis für eine andere Gesellschaftsordnung zu schaffen. Der Begriff des «neuen Imperialismus» scheint uns einer weiteren Klärung zu bedürfen. Was bedeutet seine neue Qualität für die Frage von Krieg und Frieden? In der Aufzählung der Protagonisten «präventiver Angriffskriege» sollte auch Russland seinen Platz finden.

Das Phänomen «Terrorismus» findet seinen Niederschlag nur unzureichend. Er ist ein reales Problem der Sicherheitspolitik, wenngleich er zumeist legitimatorisch zur Anzettlung von Aggressionen genutzt wird. Terrorismus sollte benannt werden in seinen Ursachen, Erscheinungsformen und den

Möglichkeiten, ihn zu bekämpfen, nämlich durch polizeiliche, ggf. geheimdienstliche, nicht zu vergessen kultur- und sozialpolitische Mittel und nicht durch Kriege. Schließlich sollte die Verknüpfung von externer Aggression und interner Repression im Programm benannt werden. Die schleichende Militarisierung unserer Gesellschaft und die spürbare Einschränkung wesentlicher Grundrechte im Zusammenhang mit dem «Kampf gegen den internationalen Terrorismus», mit dem Afghanistaneinsatz der Bundeswehr oder auch dem Einsatz vor der Küste Somalias geben Lehrbeispiele hierfür.

ND vom 26.4.2010

Professor Herbert Wulf ist ehemaliger Leiter des Internationalen Konversionszentrums Bonn (BICC); Johannes M. Becker ist Geschäftsführer des Zentrums für Konfliktforschung an der Universität Marburg.

DISKUSSION STATT DOGMEN

Von Heinz Vietze

2005: Landtagwahlen in NRW. Die neugegründete WASG will die Fünfprozent-Hürde überwinden. Die PDS hofft nach erfolgreichen Landtagwahlen in Brandenburg und Sachsen auf einen deutlichen Stimmenzuwachs. Der Wahltag bringt Ernüchterung. Beide Parteien verfehlen deutlich ihr Ziel. Und Bundeskanzler Schröder erhält die Quittung für seine Agenda 2010 Politik. Sein Agieren führt zu vorgezogenen Bundestagswahlen.

Eine Chance für die Linken in Ost und West? Die Zeit ist knapp. Oskar Lafontaine und Gregor Gysi erklären sich bereit, für eine gemeinsam antretende Linke für den Bundestag zu kandidieren. Zwischen den Vorständen von WASG und PDS werden trotz erheblicher Vorbehalte Gespräche aufgenommen. Die Verständigung zu den wichtigsten Zielen beider Parteien offenbart viele Gemeinsamkeiten. Kontroversen werden benannt, aber zurückgestellt. Die PDS stellt auf ihren Wahllisten für die Kandidatinnen und Kandidaten der WASG und parteilose Persönlichkeiten aussichtsreiche Plätze zur Verfügung. Eine repräsentative Bundestagsfraktion kommt zustande. Eine gemeinsame Wahl- und Arbeitsplattform entsteht. Die neue Linke platziert sich erfolgreich auf der politischen Bühne der Bundesrepublik. Aufbruchstimmung herrscht. Noch vor der formalen Gründung der Partei gelingt es ihr, im Mai 2007 in die Bremer Bürgerschaft einzuziehen.

Es folgen Wahlerfolge in Hessen, Niedersachsen, Hamburg, im Saarland und Schleswig Holstein. Im Wahljahr 2009 bleibt Sachsen stabil, in Thüringen und Brandenburg legt DIE LINKE noch einmal zu.

Auch das Bundestagswahlergebnis löst Freude aus. DIE LINKE ist plötzlich bei den Wahlen weit erfolgreicher als man es ihr – und als wir es uns selbst zugetraut hatten. Dies hatte auch mit der außerparlamentarischen Präsenz, mit dem engagierten Agieren der Mitgliedschaft vor Ort zu tun. Wir erzielen Erfolge und müssen lernen, damit verantwortungsbewusst umzugehen. Vertrauen wächst und die Erwartung an Verlässlichkeit im Handeln. 2010: Wieder stehen Landtagwahlen an. Wieder in NRW. Ich teile die Überzeugung, dass der Einzug der Linken in das Landesparlament des einwohnerstärksten Landes der Bundesrepublik bevorsteht. Der permanente Wahlkampf hat Spuren hinterlassen. Wir haben erlebt, wie wichtig richtige Wahlbotschaften sind. Die neue Linke hat keine Probleme mit einer Verständigung auf konkrete Forderungen. Dennoch wurde sichtbar, dass Wahlbotschaften – und seien sie noch so richtig – nicht ausreichen. Die Bürgerinnen und Bürger erwarten zu Recht ein darüber hinausgehendes Angebot zu den Vorstellungen der Linken für die künftige gesellschaftliche Entwicklung. Deshalb brauchen wir ein Programm und eine breite Diskussion darüber. DIE LINKE benötigt die Grundsatzdebatte aber auch, um weiter zusammenzuwachsen. Es besteht dringender Handlungsbedarf.

Die Mitglieder der Programmkommission haben sich unter Leitung von Oskar Lafontaine und Lothar Bisky neben den ständigen Wahlkämpfen auf allen Ebenen der Erarbeitung des Programmwerfs gestellt. Es war kein leichter Weg. Zumal wir

selbstverständlich erreichen wollten, dass dieser Entwurf Aussicht auf Akzeptanz in einer plural agierenden Mitgliedschaft und in der demokratischen Öffentlichkeit hat. Dabei ging es vor allem um drei Ziele: Erstens musste der Programmentwurf eine konsensfähige Bewertung des neoliberalen Kapitalismus zeichnen, sich mit dem Kapitalismus in neuem Gewand des finanzmarktgetriebenen Kapitalismus auseinandersetzen. Zweitens musste er eine Auseinandersetzung mit dem gescheiterten Sozialismusversuch enthalten, denn ohne eine selbstkritische Haltung wäre ein Plädoyer für eine grundlegende Gesellschaftsveränderung nicht überzeugend. Und drittens musste der Programmentwurf ein modernes Politikkonzept vorstellen, wesentliche Reformprojekte enthalten, die gleichwohl mit anderen gesellschaftlichen Kräften zu einer Veränderung gesellschaftlicher Verhältnisse beitragen können. Dabei war für uns wichtig, den unter Linken gegebenen Konsens zu wesentlichen Positionen festzuhalten, aber auch, die unter den Linken existierenden grundsätzlichen Kontroversen aufzuzeigen. Bei letzterem ging es vor allem um die Fragen, welche Alternativen es zur bestehenden Eigentumsordnung gibt, wie mit dem Verhältnis von Gleichheit und Freiheit umzugehen ist, welche Rolle die öffentlichen Güter in einer demokratischen Ordnung haben, wie die Systemfrage formuliert werden muss, damit sie realpolitisch beantwortet werden kann, und welche Voraussetzungen zum Mitregieren der Linken gegeben sein müssen.

Wir wollten kein Programm, welches die spezifischen Zielstellungen der verschiedenen Strömungen, Plattformen und Gesprächskreise beinhaltet. Wir wollten ein streitbares Papier, welches Zusammenwachsen und gesellschaftliche Akzeptanz fördert und nicht die eigenen Reihen spaltet. Ein jeder von uns hat gelernt, sich zurückzunehmen, Formulierungsvorschläge abzuwägen und zu akzeptieren. Keiner hatte die Chance, all seine klugen, weitsichtigen, ja einzigartigen Vorstellungen und Formulierungen eins zu eins durchzusetzen. Pragmatische Antworten sind aus meiner Sicht nur möglich, wenn im Grundsatz Übereinstimmung besteht. Im ND haben in den vergangenen sechs Wochen Mitstreiterinnen und Mitstreiter der Rosa-Luxemburg-Stiftung Standpunkte und Anregungen zu wichtigen Konfliktpunkten veröffentlicht. Wir wollten damit zur Diskussion anregen und nicht Ergebnisse unseres Diskussionsprozesses als Dogma vorgeben. Die Debatte wird nun zeigen, wie verantwortungsbewusst jede und jeder mit den unterschiedlichen Denkansätzen bei Wahrung seiner Erfahrungen und Vorstellungen umgeht. Wir wollen eine ehrliche, von einem Grundvertrauen geleitete Debatte, in der wir lesen, nachdenken, Argumente bündeln, offen sind für die Überlegungen und Anregungen der jeweils anderen, was zur

Voraussetzung hat, dass wir zuhören und wieder nachdenken. Möglicherweise kommen wir in die Situation, eigene Auffassungen zu präzisieren oder auch zu ändern und mit dem Erkenntniszuwachs das Programm insgesamt zu bereichern.

Der veröffentlichte Programmentwurf erfuhr bislang interessante Reaktionen. Es war alles dabei, von «Endlich blickt DIE LINKE über den Tellerrand der eigenen Befindlichkeit» bis hin zu «Die Erwartung auf moderne Antworten auf Zukunftsfragen wurde nicht erfüllt».

Deutlich wurde jedoch auch: Seit der Vereinigung der ostlinken PDS und der westlinken WASG hat die daraus hervorgegangene neue Linke viel Terrain und programmatische Klarheit gewonnen. Es gibt eine einzigartige Mischung verschiedener Erfahrungswelten, eine interessante, manchmal auch gewöhnungsbedürftige Kultur. Insgesamt erweist sich diese neue Linke als eine wirksame politische Produktivkraft. Andererseits treten aber auch bestimmte Erscheinungen zu Tage, die eigentlich bei Linken nichts zu suchen hätten, wie Besserwisseri, Abwesenheit von Ehrlichkeit, Wichtigtuerei, Denunziantentum. Da hilft auch nicht der Hinweis darauf, dass es so etwas auch in anderen Parteien gibt, da wir uns doch von allen anderen Parteien unterscheiden wollen.

Es geht bei der Vereinigung unserer Partei auch und gerade um das Zusammenwachsen von Ost und West. Es geht um die Zusammenführung unterschiedlicher Traditionen, Kultur, struktureller Unterschiede. Es geht um die Zusammenführung der Volkspartei im Osten und im Saarland und den von (ausschließlich) oppositionellen Interessen geprägten anderen Teilen der Partei. Diese Verschiedenartigkeit sollten wir positiv annehmen. Auch und gerade weil wir mit marxistischer Dogmatik, postmoderner Beliebigkeit, Sektierertum, aber auch offenem Geist konfrontiert sind. Weil wir es mit der unterschiedlichen sozialen Situation von Hartz IV-Empfängern bis hin zu Unternehmern, ausgegrenzten Osis, diffamierten oder enttäuschten Wessis zu tun haben. Mit dem ganz normalen Leben also. Aber einfacher ist es nun mal nicht zu haben.

Einen wichtigen Aspekt hat Gregor Gysi am 11. Januar 2010 betont. «Ich möchte nicht, dass die PDS über die WASG siegt und ich möchte nicht, dass die WASG über die PDS siegt. Ich möchte das Neue, DIE LINKE». Für diese Position bekam er viel Beifall. Im Übrigen kenne ich keinen, der öffentlich die Übernahme der einen durch die andere Quellpartei fordert. Trotzdem wird darüber geredet, wird eine solche Situation befürchtet. Und so gibt es neben den großen Chancen auch Gefahrenmomente für die neue LINKE. Zumal diese Vereinigung der beiden linken Parteien nach anderen demokratischen Spielregeln erfolgt als die unkritische Übernahme der anderen Ostparteien durch die bundesdeut-

sche CDU, FDP und Grüne. Und das ist gut so. Insofern wäre es unredlich mit Blick auf den Rostocker Parteitag, wenn sich nur eine Minderheit von 10 Kandidatinnen und Kandidaten aus den Reihen der ehemaligen PDS zur Wahl stellt, um hinterher im Brustton der Überzeugung zu erklären, dass zu viele aus den Altbundesländern gewählt wurden. Das wäre keine Übernahme, sondern unredlicher Selbstverzicht.

DIE LINKE ist eine plurale Partei. Sie hat Flügel, Plattformen und Strömungen und derzeit ein unterentwickeltes Zentrum. Doch jede Partei benötigt ein von der Mitgliedschaft akzeptiertes Zentrum, eine politische Führung. Die uns vorgelegte Paketlösung für die zu besetzenden Spitzenpositionen hat keine Begeisterung bei den Mitgliedern hervorgerufen. Dies lag sicher an der nicht ausreichenden Vorbereitung. Aber am Ende ist sie trotzdem eine demokratische Form. Die Frage, wer künftig den Ton angibt, verleitet darüber nachzudenken, ob die eigene Strömung, Plattform, Gruppierung diesen wichtigen Platz ausfüllen sollte. Ich denke, Strömungen sollen Strömungen, Flügel Flügel und Plattformen Plattformen bleiben und als solche ihre – die Partei bereichernden – Empfehlungen geben.

Wenn wir über Gefahren reden, sollten wir uns auf Max Weber besinnen, der in seiner Schrift «Politik als Beruf» bemerkte: «Man kann sagen, dass drei Qualitäten vornehmlich entscheidend sind für den Politiker. Leidenschaft – Verantwortungsgefühl – Augenmaß. Leidenschaft im Sinn von Sachlichkeit, leidenschaftlicher Hingabe an eine Sache, Verantwortungsgefühl, denn mit der bloßen als noch so echt empfundenen Leidenschaft ist es freilich nicht getan. Sie macht nicht zum Politiker, wenn sie nicht als Dienst an einer Sache auch die Verantwortlichkeiten gegenüber eben dieser Sache zum entscheidenden Leitstern des Handelns macht. Das

Augenmaß, die Fähigkeit, die Realitäten mit innerer Sammlung und Ruhe auf sich wirken zu lassen. Die Stärke einer politischen Persönlichkeit bedeutet in allererster Linie den Besitz dieser Qualitäten.»

Max Weber verweist weiter darauf, dass ein Politiker täglich und stündlich einen ganz trivialen, allzu menschlichen Feind in sich zu überwinden hat, die ganz gemeine Eitelkeit. Es ist auch bedenklich, wenn Lothar Bisky über den Genossen Spaltpilz spricht, der – so sagt er – darüber nachdenkt, wie er den anderen Genossen Mitstreiter klein kriegt, wie er diesen in die Ecke drängen kann. Bisky beschreibt auch eine Art Verdächtigungskultur, die niemals Motor für Entwicklung ist, im Gegenteil. Entwicklung abwürgt. Doch auch die Art und Weise, wie wir die Diskussion führen, wie wir die Kontroverse austragen, bleibt nicht unbeobachtet. Journalistinnen und Journalisten begleiten uns ausgiebig. Sie erkennen persönliche Aversionen, selbstdarstellerischen Ehrgeiz, fundamentalistische Prinzipienreiter, neidvolles Geschwätz, einen die Würde und Persönlichkeit der Linken missachtenden Stil und schreiben darüber. Es ist an uns, dies zu beenden. Das setzt aber voraus, dass wir das, was wir für die Gesellschaft anstreben, in einem aufgeschlossenen, solidarischen, würdevollen Umgang miteinander selbst praktizieren. Gregor Gysi hat einmal den Wunsch geäußert, dass sich das Maß der Selbstbeschäftigung in unserer Partei auf 10 Prozent reduzieren möge, im Übrigen aber Politik gemacht werden solle. Ich finde, er hat recht. Und ich bin zuversichtlich, dass wir diese Hürde nehmen können. Sozial und solidarisch. Besonnen und ehrlich.

ND vom 3.5.2010

Heinz Vietze ist Vorstandsvorsitzender der Rosa-Luxemburg-Stiftung und Mitglied der Programmkommission der Linken.

EINE MERKWÜRDIGE IGNORANZ

Von Herbert Schwenk

«Macht man aber Prinzipienprogramme», schrieb Karl Marx am 5. Mai 1875 an den deutschen Sozialisten Wilhelm Bracke, «so errichtet man vor aller Welt Marksteine, an denen sie die Höhe der Parteibewegung misst.» (MEW, Bd. 34, S.137/38) Dies auch 135 Jahre später als Messlatte an den 1. Entwurf für ein Programm der Partei DIE LINKE gelegt, kann der Teil II «Krisen des Kapitalismus – Krisen der Zivilisation» (und nur dieser Teil kann hier Gegenstand der Kritik sein) noch nicht bestehen. Und das trotz klarer Benennung und Beschreibung wesentlicher Vorgänge um die jüngste Finanz- und Wirt-

schaftskrise und der großen Gefahren, die der zählebige und langlebige Kapitalismus zu Beginn des 21. Jahrhunderts für die Menschheit und unseren Planeten heraufbeschworen hat. Aber der Entwurf offenbart in der Kapitalismusfrage einige unerklärliche Schwächen, die sich aus einer merkwürdigen Ignoranz früherer Erkenntnisse der marxistischen Kapitalismustheorie ergeben. Und das vor allem in dreifacher Hinsicht.

Erstens entsteht im Programmentwurf eine Schiefelage, weil der Kapitalismus fast nur auf die destruktiven Seiten eines Nur-Krisenkapitalismus beschränkt

wird. Mit dem Krisenbegriff wird nahezu inflationär umgegangen. Einige Formulierungen sind in ihrer Absolutheit nicht haltbar: «Er (der Kapitalismus) unterminiert auch die produktiven Grundlagen der Ökonomie. Er führt zu einer systematischen Fehlsteuerung der Wirtschaft ... (Er zerstört) Produktion und Produktivität ... Er ruiniert die Mittelschichten ... ». Es wird gemutmaßt, dass sich die gegenwärtige Krise «zur Katastrophe auswachsen kann»; das bisherige globale Modell sei «an seine Grenzen» gelangt; der «globale Kapitalismus versagt».

Bei solchen düsteren Koma- und Endzeit-Szenarien tauchen die alten – wie man heute weiß – Irrtümer aus dem 20. Jahrhundert wieder auf: von Rosa Luxemburgs «Schlussphase des Kapitalismus» als «Periode der Katastrophen» (1913) über W. I. Lenins «sterbenden Kapitalismus» (1916), J. W. Stalins «Ära des Zusammenbruchs des Kapitalismus» (1927) und Mao Tsetungs «Papiertiger» (1946) bis zum KPdSU-Programm von 1961: «Der Kapitalismus ist von der Basis bis zur Spitze von einem unabwendbaren Zersetzungsprozess befallen.» Aber war und ist denn das der ganze Kapitalismus? Seit Marx ist bekannt: Krisenprozesse stehen in unlösbarem Zusammenhang mit dem Zentrum kapitalistischer Produktionsweise, der Profitjagd mit ihrem Zwang zur unablässigen Akkumulation von Kapital. Aber das bringt nicht nur Krisen hervor, sondern auch Wachstum, Entwicklung und Veränderung. Dass die kapitalistische Gesellschaft «kein fester Kristall, sondern ein umwandlungsfähiger und beständig im Prozess der Umwandlung begriffener Organismus ist» (Marx, MEW, Bd. 23, S. 16), war in der langen Geschichte links orientierter Parteien und Bewegungen immer wieder unterschätzt worden.

Vor allem unter dem Stalinismus wurde die Reproduktions- und Akkumulationsfähigkeit «auf wachsender Stufenleiter» als Kern der strukturellen Zählebigkeit des «Rest»-Weltkapitalismus zugunsten einer «Epoche der allgemeinen Krise des Kapitalismus» verdrängt. Stalins Dogmen vom schrumpfenden Potenzial des Weltkapitalismus blieben in der kommunistischen Weltbewegung und in den realsozialistischen Ländern bis weit in die zweite Hälfte des 20. Jahrhunderts tief verwurzelt.

Auch in der DDR erschienen nicht wenige Publikationen, in denen einer hypertrophierten Krisen- und Endzeitbeschwörung breiter Raum gegeben wurde, verbunden mit dem Wunsch nach einem baldigen Ende des «Dahinsiechens» eines «verwesenden, Kinder quälenden und mordenden Kapitalismus» (Jürgen Kuczynski: System gegen die Menschlichkeit, Berlin 1972, S. 166). Es scheint sogar, als fälle der Programmentwurf in diesem Punkt wieder hinter die 1987 im SED-SPD-Dokument «Der Streit der Ideologien und die gemeinsame Sicherheit» getroffene Feststellung zurück: «Gesellschaftssysteme

sind nichts Statisches ... Beide Gesellschaftssysteme müssen einander Entwicklungsfähigkeit und Reformfähigkeit zugestehen.»

Zweitens steht die Verabsolutierung der Krisenprozesse im Programmentwurf im Zusammenhang mit einer erneuten Unterschätzung des Wachstumspotenzials im Kapitalismus. Der Entwurf vermeidet die Aussage, dass zur kapitalistischen «Normalität» nicht nur «periodisch auftretende Krisen- und Stagnationsphasen», sondern auch weiterhin periodisch auftretende Aufschwungphasen gehören. Ansonsten wäre der zyklische Verlauf des Reproduktionsprozesses passé, die Stalinsche «Depression besonderer Art» wieder auferstanden!

Ergänzt wird dieser Mangel durch die Formulierung von einer «Krise der Reproduktion». Sie lässt auf Ignoranz eines weiteren Bestandteiles der marxistischen Theorie schließen: der zwei Wege der «Reproduktion auf erweiterter Stufenleiter; extensiv, wenn das Produktionsfeld ausgedehnt; intensiv, wenn das Produktionsmittel wirksamer gemacht» wird (Marx, MEW, Bd. 24, S. 172). Beim intensiven Reproduktionstyp macht sich das Kapital den höheren Wertschöpfungseffekt qualifizierter Arbeitskraft bei Verrichtung komplizierter Arbeit in ihrer ganzen Bandbreite von einfachen Formen bis zur wissenschaftlichen Arbeit als Quelle der Profitsteigerung zunutze. Die wissenschaftlich-technische und elektronische Revolution haben den intensiven Reproduktionstyp enorm vorangetrieben. Er eröffnet dem Großkapital eine steigende Mehrwertproduktion «in die Tiefe» auch ohne Erweiterung des Produktionsfeldes «in die Breite» – eine nicht unbedeutende Chance für einen «grünen» Kapitalismus, weil Wirtschaftswachstum auf diesem Wege auch bei weiterer Ressourcenverknappung und Umweltschonung möglich ist.

Die vermeintliche «Krise der Reproduktion» ist ganz offensichtlich eine Krise des extensiven Reproduktionstyps und kann so nicht auch für die intensiv (qualitativ) erweiterte Reproduktion von Kapital und Arbeitskraft im heutigen Kapitalismus gelten. Denn die aktuellen Anstrengungen in den führenden Industrieländern belegen, dass unter dem Druck der Krise die Ausgaben für Bildung, Qualifikation und Wissenschaft weiter forciert werden.

Allein 2008 stiegen die Neuinvestitionen in Forschung und Entwicklung in der EU um 8,1 Prozent, in den USA um 5,7 und in Japan um 4,4 Prozent im Vergleich zum Vorjahr. Der Anteil der einfachen, rasch erlernbaren Arbeit liegt im Durchschnitt der deutschen Industrie nur noch bei 23 Prozent, im Maschinenbau sogar bei 12,6 Prozent (2007). In der deutschen Wirtschaft waren 2009 trotz der Krise im Schnitt 34.000 Technikerstellen unbesetzt; die Arbeitslosenquote betrug bei Ingenieuren nur 2,4 Prozent; durch den Ingenieurmangel entgingen der Wirtschaft rund drei Milliarden Euro an

Wertschöpfung. Drittens schließlich erhält der Programmmentwurf seine bisherige Schiefelage durch die unerklärliche Ignoranz der Rolle des Staates im kapitalistischen Reproduktionsprozess. Was jahrzehntelang die Kapitalismusforschung beschäftigt hat, wird zugunsten einer einseitigen Fixierung auf den Neoliberalismus samt «Deregulierung» komplett ausgeblendet. Dabei ist die ökonomische Tätigkeit des Staates seit den Spätwerken von Marx und Engels Bestandteil der marxistischen Ökonomie. Es zeigte sich, dass die Stufen der Evolution des Kapitalismus auch Stufen der Entfaltung des Verhältnisses von Staat und Wirtschaft sind. Aus einer zeitweiligen und partiellen «Staatseinmischung» und «Regulierung der Produktion» (vgl. u. a. Marx, MEW, Bd. 25, S. 453f) wurde eine wachsende Verankerung des Staates im Reproduktionsprozess. Lenin nannte dies «staatsmonopolistischen Kapitalismus» (u. a. Werke, Bd. 25, S. 395). Aber der so beschriebene Ansatz konnte erst nach dem Tode Stalins und in zähen Auseinandersetzungen mit dem Stalinismus weitergeführt werden, so auch in der DDR gegen orthodoxen Widerstand aus Politik und Theorie (u. a. Schmähung als «revisionistisches modernes Blech»). Quintessenz jener Erkenntnisse war, dass sich die Verflechtung von Konzern- und Staatsmacht «endgültig zu einem festen System und einheitlichen Apparat» entwickelt hat und zur Existenzbedingung des Kapitalismus geworden ist. Auch der Neoliberalismus vermochte dies seit dem Wechsel in der Wirtschaftspolitik von Margaret Thatcher und Ronald Reagan in den 1980er Jahren nicht aus der Welt zu schaffen. Im Programmmentwurf hingegen wird die ständige Verflechtung von Staats- und Konzernmacht umgangen mit einer einseitigen Fixierung auf den «neoliberalen Kapitalismus». Indes blieben die schon vor Jahrzehnten als «Stamokap» beschriebenen Realitäten auch unter neuen globalen Bedingungen bestehen, trotz «Deregulierung» und vermeintlichem «Rückzug des Staates aus der Wirtschaft».

Es geht aber nicht um einen «Rückzug» des Staates aus der Wirtschaft, betont Jörg Goldberg, «sondern um soziale Inhalte» (ND 24.4.2009). Denn was sollte das für ein «Rückzug» sein, wenn unvermindert ein enges Interessengeflecht von Staat und Konzernen gigantische Summen aus dem Staatshaushalt – bei wachsender Staatsverschuldung – im Interesse des Großkapitals umverteilt, z.B. Jahrzehntelang für die Atomindustrie (das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung errechnete 40 Milliarden Euro allein an Bundesausgaben)? Und was sollte das für ein «Rückzug» sein, wenn das Zusammenspiel von Wirtschafts- und Staatsmacht über vielfältige Schaltstellen bei ständigem Personenwechsel permanent funktioniert? Signifikante Beispiele dafür lieferten Gerhard Schröder, Martin Bangemann, Matthias Wissmann und Wolfgang Clement, jüngst auch

Dieter Althaus, der nun als Manager des Magna-Konzerns die Kontakte zur Politik pflegt. Auch die Aussage von der «allmählichen Zerstörung des europäischen Sozialmodells» verkennt, dass die heutige staatliche Sozialpolitik – bei aller notwendigen Kritik an ihren Mängeln – ein dauerhaftes Reproduktionserfordernis und Ergebnis eines über 150 Jahre langen Kampfes der Arbeiterbewegung für sozialen Fortschritt ist, für «Kontrolle sozialer Produktion durch soziale Ein- und Vorsicht, welche die politische Ökonomie der Arbeiterklasse bildet» (Marx, MEW, Bd. 16, S. 11). So müssen über den Staatshaushalt ständig Milliardensummen an Produktions-, Reproduktions- und Reparationskosten für das Arbeitskräftepotenzial eingesetzt werden; allein im Etat des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales sind mit 143 Milliarden Euro für 2010 rund 45 Prozent des gesamten Bundeshaushalts eingestellt.

Besonders unter dem Einfluss der jüngsten Finanz- und Wirtschaftskrise kommt es zu einem weiteren Ausbau der ökonomischen Tätigkeit des Staates, was im Programmmentwurf völlig übergangen wird. Politik und Staat sind in bislang nicht gekannter Weise bemüht, unter dem Druck der Finanz- und Wirtschaftskrise ihren Einfluss auf die Wirtschaft auch global dauerhaft zu etablieren. Ein Wirtschaftsgipfel zur internationalen Abstimmung staatlicher Eingriffs- und Regulierungsmaßnahmen jagt den anderen. Die EU beeilte sich jüngst, einen neuen Zehnjahresplan «Strategie Europa 2020» vorzulegen. Der ohne jede Transparenz und Kontrolle agierende Lobbyismus erlangt internationales Gewicht: Allein etwa 1.200 von Konzernen gesteuerte Expertengremien arbeiten in Brüssel im Auftrag der EU-Kommission an den EU-Gesetzen, beim Europäischen Parlament sind knapp 5.000 Personen als «Interessenvertreter» registriert. Die früheren Erkenntnisse der Stamokap-Theorie bleiben also weiter aktuell. Es versteht sich, dass sie weiterentwickelt und alte Verabsolutierungen über Bord geworfen werden müssen.

Bleibt als Fazit: Ohne Beachtung aller gesicherten Erkenntnisse aus der Vergangenheit ist ein realistisches Bild vom heutigen Kapitalismus kaum vorstellbar. Wunschdenken ist darin ebenso fehl am Platz wie Ignoranz. Beschwörung von Destruktion und Verfall, «Krisenkapitalismus», «Endzeit», und «Katastrophen» reichen für eine konstruktive linke Politik nicht aus. Tempus edax rerum – die Zeit zernagt die Dinge, wusste Ovid schon vor etwa 2.000 Jahren. Das gilt auch heute noch für vieles, aber nicht für die gesicherten Erkenntnisse über den Kapitalismus.

ND vom 10.5.2010

Professor Herbert Schwenk ist Gesellschaftswissenschaftler und Buchautor.

ÖKOLOGISCHER UMBAU DER WIRTSCHAFT

Von Franz Groll

Der Genosse Michael Brie hat einen (fast) guten Auftakt gemacht (ND vom 22.3.), er hat jedoch eine ganz wesentliche siebte Frage nicht angeführt, nämlich die Wachstumsfrage. Mario Candeias hat in seinem Artikel zur Kapitalismusfrage (ND vom 29.3.) auch die Wachstumsfrage ein wenig gestreift, aber nicht wirklich behandelt. Am Ende dieses Artikels will ich auf diesen Punkt näher eingehen. Davor möchte ich aber den Blick auf Candeias' letzten Abschnitt lenken, in dem er im Sinne Luxemburgs zum revolutionären Denken über die Grundlagen unserer Politik auffordert. Das ist nach meiner Überzeugung der Schlüssel zum Erfolg jeder Linken Politik und dazu will ich einen konkreten Beitrag leisten: Seit Adam Smith glauben wir, dass nicht nur die Arbeit der Menschen und die natürlichen Ressourcen Produktionsfaktoren sind, (sie werden auch als die knappen Güter bezeichnet), sondern auch das (Geld-) Kapital. Dieses Axiom hinterfragen wir gar nicht mehr, es ist selbstverständlicher Bestandteil unseres Denkens geworden; es ist jedoch – nach meiner Meinung – grundfalsch und leitet uns völlig in die Irre. In Wirklichkeit ist es so, dass nur die Arbeit und die natürlichen Ressourcen bei der Herstellung einer Ware oder bei der Erbringung einer Dienstleistung verbraucht werden. Und nur was verbraucht wird, kann auch knapp werden. (Geld-) Kapital wird dagegen überhaupt nicht verbraucht, im Gegenteil, es wird durch den Gewinn oder den Zins sogar bei seiner Benützung vermehrt. Da alles, was nicht verbraucht wird, auch gar nicht knapp werden kann, ist es völlig falsch, (Geld-) Kapital als ein knappes Gut, bzw. als einen Produktionsfaktor zu definieren. (Geld-) Kapital übt nur eine Überbrückungsfunktion aus (Binswanger nennt es einen Promotionsfaktor), damit die Produktionsfaktoren optimal eingesetzt werden können. (Geld-) Kapital ist auch deshalb kein knappes Gut, weil es in jeder erforderlichen Menge aus dem Nichts geschöpft werden kann. Sein Einsatz wird nur durch die Verfügbarkeit der knappen Güter Arbeit und natürliche Ressourcen limitiert. Realkapitalien, die, wie Marx sagt, «geronnene Arbeit (und natürliche Ressourcen) sind», wird zwar auch verbraucht, aber nur mit ihren Anteilen an Arbeit und natürlichen Ressourcen, im Normalfall wird aber das dazu vorübergehend eingesetzte Geldkapital vermehrt. Daraus wird auch klar, dass allein durch die Arbeit alle Güter und Dienstleistungen erzeugt werden, wobei Arbeit alles beinhaltet, von der Raumpflegekraft bis zum Unternehmer, der (s)ein Unternehmen leitet. Wenn wir uns darüber im Klaren sind, dann gibt es für eine zukünftige, zukunftsfähige und gerechte Wirtschafts- und Gesellschaftsform vier grundsätzliche Forderungen:

1. Wir müssen nur die Arbeitsleistung entlohnen, nicht aber das Kapital.
2. Wenn Kapital nicht entlohnt wird, muss jegliche Spekulation, die zu einer Kapitalvermehrung führt, unterbunden werden.
3. Die natürlichen Ressourcen (dazu gehört auch das Klima) müssen geschützt werden, und da sie endlich sind, können sie nicht frei zugänglich sein.
4. Wenn alle Werte durch die Arbeit geschaffen werden, dann müssen auch alle Arbeitskräfte einer Firma oder einer Einrichtung ein Mitspracherecht haben.

Mit dieser Revolution der Grundsätze lassen sich ganz neue Lösungsansätze für eine solidarische Gesellschaft ableiten, die allen Menschen ein menschenwürdiges Leben sichert.

Auch bei der Wachstumsfrage müssen wir an die Wurzel gehen. Nicht nur der Klimawandel und die Knappheit des Öls zwingen uns zu einer ganz neuen Wirtschafts- und Konsumweise, es ist auch die Knappheit vieler wichtiger Metalle, die uns unweigerlich zu einem grundsätzlichen Umdenken zwingt. In der Vergangenheit haben viele unserer Ingenieure und Techniker darüber nachdenken müssen/dürfen, wie wir unsere Arbeit produktiver machen können. In Zukunft müssen sie intensivst daran arbeiten, wie wir mit immer weniger natürlichen Ressourcen auskommen. Und die größte Herausforderung ist die Reduzierung des jährlichen CO₂-Ausstoßes von 12,3 auf 2 Tonnen pro Person! Dieses Ziel werden wir nur dann erreichen können, wenn wir bei allem, was wir tun oder kaufen, ganz genau wissen, wie hoch wir damit unsere Umwelt belasten. Dann und nur dann, können wir alle – Unternehmer und Konsumenten – den erforderlichen Beitrag zum Klima- und Ressourcenschutz leisten. Die Erreichung dieses Ziels erfordert auch sehr hohe Investitionen, die sich aber nur z. T. durch Kosteneinsparungen amortisieren lassen; wenn sie sich «rechnen» würden, wären diese Investitionen schon in der Vergangenheit getätigt worden. Den Klima- und Ressourcenschutz gibt es deshalb nicht zum Nulltarif. Im heutigen System wird er zu Preissteigerungen und Reallohnkürzungen führen, bei gleichzeitigem Anstieg der Kapitaleinkommen. Wir brauchen deshalb ein neues System, das folgende Forderungen erfüllen muss:

1. Es darf die Energie bei unterem und mittlerem Verbrauch nicht verteuern und es muss für diesen Personenkreis die Preissteigerung, die durch die Investitionen für den Klima- und Ressourcenschutz entstehen, ausgleichen.
2. Es muss bei allen Produkten und Dienstleistungen die volle Transparenz über die bei ihrer Herstellung verbrauchten Menge an Energierohstoffen ermög-

lichen (tatsächlicher Energie-«footprint»), damit wir alle, als Konsumenten und als Produzenten, mit unserer ganzen Kreativität unseren Beitrag zum Klimaschutz leisten können.

3. Es muss die Limitierung des Energieverbrauchs, bzw. des CO₂-Ausstoßes ermöglichen.

4. Wir benötigen ein neues System, das die Öffnung der Einkommensschere reduziert und das auch ohne wirtschaftliches Wachstum stabil ist. Die ersten drei Ziele werden durch die Weiterentwicklung des Vorschlages von Prof. Aubauer aus Wien erreicht, es ist die Einführung einer parallelen Währung, mit der der Verbrauch an Energierohstoffen bezahlt werden muss. Dieses System verbindet in fast idealer Weise die Vorteile der Marktwirtschaft (Freisetzung der Kreativität), mit der Durchsetzungskraft von ordnungspolitischen Maßnahmen. Die Wirkung dieses Vorschlags ist in allerhöchstem Maße gerecht, denn für die Nutzung der natürlichen

Ressourcen, im besonderen der Energieressourcen, haben alle Menschen, die heute und die zukünftig lebenden, das gleiche Anrecht. Deswegen ist es gerecht, wenn der Ressourcenverbrauch nicht frei ist und ein hoher Verbrauch mit steigenden Kosten verbunden ist.

Dieses System ist auch ein ganz neuer Typ eines bedingungslosen Grundeinkommens, das nicht durch höhere Steuern oder Abgaben finanziert werden muss.

Der ökologische Umbau der Wirtschaft wird mit diesem System durch Einsparungen beim Rohstoffverbrauch, durch eine höhere Belastung der vermögenden Vielverbraucher und durch den Abbau der Arbeitslosigkeit finanziert.

ND vom 17.5.2010

Franz Groll ist Mitglied von attac und der LINKEN in Baden-Württemberg.

DIE ÖKOLOGISCHE REVOLUTION UND DIE LINKEN

Hubert Fetzer

«Soweit der Arbeitsprozeß nur ein bloßer Prozeß zwischen Mensch und Natur ist, bleiben seine einfachen Elemente allen gesellschaftlichen Entwicklungsformen desselben gemein. Aber jede bestimmte historische Form dieses Prozesses entwickelt weiter die materiellen Grundlagen und gesellschaftlichen Formen desselben. Auf einer gewissen Stufe der Reife angelangt, wird die bestimmte historische Form abgestreift und macht einer höheren Platz. Daß der Moment einer solchen Krise gekommen, zeigt sich, sobald der Widerspruch und Gegensatz zwischen den Verteilungsverhältnissen, daher auch der bestimmten historischen Gestalt der ihnen entsprechenden Produktionsverhältnisse einerseits, und den Produktivkräften, der Produktionsfähigkeit und der Entwicklung ihrer Agentien andererseits, Breite und Tiefe gewinnt. Es tritt dann ein Konflikt zwischen der materiellen Entwicklung der Produktion und ihrer gesellschaftlichen Form ein.» Karl Marx: Das Kapital. Dritter Band, in: MEW, Bd. 25, S. 890 f. Marx entdeckte, dass sich menschliche Gesellschaften grundlegend verändern, indem die herrschenden Produktionsverhältnisse aus Entwicklungsformen zu Fesseln der Produktivkräfte werden und schließlich durch neue Produktionsverhältnisse ersetzt werden, die eine weitere Entwicklung der Produktivkräfte ermöglichen. Das Marxsche Konzept der Dialektik von Produktivkräften und Produktionsverhältnissen wurde durch die Industrielle Revolution und die ursprüngliche Akkumulation des Kapitals als Wegbereiter des Über-

gangs vom Feudalismus zum Kapitalismus bestätigt. Uns Heutigen stellt sich die Frage: Hat Marx auch in Bezug auf das historische Schicksal des Kapitalismus recht?

Die bisherigen Produktivkraftveränderungen im Kapitalismus erfolgten im Einklang mit den herrschenden Produktionsverhältnissen. Sie waren auf Arbeitersparnis gerichtet, nicht auf Naturersparnis. Die Natur ist für das Kapital Gebrauchswert, der nur insoweit Wert ist, wie sein Nutzen für den Menschen durch Arbeit vermittelt ist. Daher wurden Produktivkräfte entwickelt, die für die Herstellung eines Gebrauchsguts immer weniger Arbeit benötigen, aber immer mehr Naturressourcen vergeuden und zerstören.

Im Unterschied dazu entstehen gegenwärtig Produktivkräfte, die nicht einseitig auf Arbeitersparnis gerichtet sind, sondern auch auf Naturerhaltung. So beginnt der Übergang von der fossilen und atomaren zur regenerativen Energie. In der Industrie gewinnen ressourcensparende gegenüber naturzerstörerischen Technologien an Boden. In der Landwirtschaft verschärft sich die Auseinandersetzung zwischen dem Agrarkapital, das mit Monokultur die Bodenfruchtbarkeit zerstört, und den Kleinbauern, die traditionell naturnahe Landwirtschaft betreiben. Die auf Naturerhaltung gerichtete Grundtendenz dieser neuen Produktivkräfte lässt den Schluss zu, dass es sich um eine Produktivkraftrevolution handelt, die einen neuen Produktivitätstyp verkörpert, der nicht nur die Produktivität der lebendigen und

vergegenständlichten Arbeit beinhaltet, sondern auch die Ressourcenproduktivität als Ausdruck des Naturanteils. Für diese neue Qualität der Produktivkräfte bietet sich der Begriff Ökologische Revolution an, der das Wesen der für die weitere Existenz der Menschheit notwendigen Veränderung ihres Verhältnisses zur Natur präzise widerspiegelt.

Die Ökologische Revolution schafft in den einzelnen Wirtschaftsbereichen in unterschiedlicher Weise die materiellen Voraussetzungen für die Überwindung der kapitalistischen Produktionsverhältnisse. In der Energiewirtschaft wird es durch den Übergang vom fossil-atomaren zum regenerativen Energiesystem möglich, das bisher zentralistische Energieregime durch eine dezentrale Energieversorgung zu ersetzen. Da die Erzeuger von regenerativer Energie nicht mehr von der Lieferung fossiler Energieträger abhängen, deren Lagerstätten nur an einigen Stellen des Erdkörpers vorhanden sind, haben sie die Chance, sich aus der Abhängigkeit von den Energiekonzernen zu lösen, den genossenschaftlichen Weg zu beschreiten oder kommunales Eigentum zu schaffen bzw. wiederherzustellen. In der industriellen Produktion außerhalb der Energiewirtschaft wird die Ökologische Revolution längere Zeit im Einklang mit den kapitalistischen Produktionsverhältnissen bleiben, weil dieselben Kapitalisten, die bisher naturzerstörerische Technologien anwendeten, jetzt zu ressourcenschonenden Technologien übergehen, um Kosten zu sparen. Die Industrie als Kernbereich kapitalistischer Ökonomie erweckt damit den Eindruck des Hineinwachsens in einen grünen Kapitalismus, der den Sünden des bisherigen Kapitalismus gegenüber der Natur abschwört.

Dieser Anschein trügt, wie die Analyse der Industrieproduktion entwickelter kapitalistischer Volkswirtschaften zeigt. Die Naturzerstörung geht trotz sich erhöhender Ressourcenproduktivität weiter. Die Ursache ist das kapital-getriebene Produktionswachstum, das den positiven Effekt erhöhter Ressourcenproduktivität für die Natur zunichte macht. Tendenziell treibt die kapitalistische Industrie auf einen Punkt zu, wo die Natur nicht mehr in der Lage ist, der Produktion die Gegenstände zu liefern und deren Abfälle aufzunehmen. Spätestens dann wird die Menschheit die kapitalistische Produktions- und Lebensweise hinter sich lassen müssen, um zu überleben.

In der Landwirtschaft entwickelt sich die Ökologische Revolution in dem Maße, wie die traditionellen Erfahrungen der Kleinbauern mit den wissenschaftlichen Methoden der Agroökologie verbunden werden und der Versuch des Agrarkapitals, mit Hilfe der sogenannten Grünen Revolution die Kleinbauern in Abhängigkeit von den Saatgut- und Kunstdüngerkonzernen zu bringen, scheitert. Die Fortschritte bei der Entwicklung nachhaltiger Landwirtschaft

sind untrennbar verbunden mit den Erfolgen bei der Bodenreform von unten durch die Landlosenbewegung und bei der Verteidigung der Rechte der Kleinbauern durch Via Campesina. Damit ist der Weg vorgezeichnet zur Ersetzung des monopolistischen industriellen Agrarkomplexes durch ein agroökologisches Landwirtschaftssystem, das die Ernährungssouveränität der Menschen in ihren Regionen ermöglicht und in der Lage ist, die Menschheit auch in Zukunft zu ernähren.

Da die Ökologische Revolution nicht nur ein gesellschaftlicher Prozess ist, der auf die Erhaltung der Natur gerichtet ist, sondern die materielle Voraussetzung für die Überwindung der kapitalistischen Produktionsverhältnisse liefert, ergeben sich einige Konsequenzen für die Linken: Erstens sollte darüber nachgedacht werden, welchen Stellenwert die Ökologische Revolution in der Strategie der Linken hat. Bislang rangierte die Aufgabe der Naturerhaltung als eine Aufgabe unter vielen. Wenn es zutrifft, dass die Ökologische Revolution die materielle Grundlage für die Überwindung der kapitalistischen Produktionsverhältnisse schafft, dann rückt ihre Durchsetzung in den Mittelpunkt des strategischen Interesses der Linken und wird neben der Verteidigung öffentlichen Eigentums zum ökonomischen Hauptkampfgebiet für die sozialistische Gesellschaft. Zweitens ist die Durchsetzung der Ökologischen Revolution im Energiebereich und in der Landwirtschaft mit teilweise radikalen gesellschaftlichen Auseinandersetzungen verbunden, die in der Landwirtschaft den Charakter eines globalen sozialen Kampfes um die Ernährungssicherheit der Menschheit annehmen. Die kapitalistischen Gegner der Ökologischen Revolution in der Energie und Landwirtschaft und ihre politischen Erfüllungsgehilfen nehmen die Klimakatastrophe, die globale Wasserkrise, den Welthunger und das Risiko eines zweiten Tschernobyl in Kauf, um die Macht der alten Energiekonzerne und des Agrarkapitals zu retten. Die Linken müssen sich dieser Auseinandersetzung stellen, nicht nur um der Naturzerstörung entgegenzuwirken, sondern um die Dominanz des Kapitals in der Energie- und Landwirtschaft letztlich zu brechen. In der Industrie geht der Klassenkampf um die Bedingungen des Verkaufs der Ware Arbeitskraft unvermindert weiter, bis auch dort die Voraussetzungen für die Überwindung der kapitalistischen Produktionsverhältnisse geschaffen sein werden. Drittens müssen die Linken dort, wo die Ökologische Revolution die Möglichkeit schafft, sich aus der Abhängigkeit von den Energie- bzw. Agrarkonzernen zu lösen, den betreffenden Menschen helfen, dies zu tun. Das betrifft im Energiebereich die dezentralen Erzeuger regenerativer Energie, die sich zu Genossenschaften zusammenschließen oder kommunales Eigentum schaffen bzw. wiederherstellen. Das betrifft

in der Landwirtschaft die Millionen Landlosen, die verlassenen Boden besetzen, wie auch die unzähligen Kleinbauern, die sich der Attacken der Grünen Revolution erwehren, sich die agroökologischen Methoden zu Eigen machen und Ernährungssouveränität für ihre Region anstreben. Wenn die Linken die Durchsetzung der Ökologischen Revolution in der Energie- und Landwirtschaft neben der Verteidigung öffentlichen Eigentums ins Zentrum ihres gegenwärtigen Kampfes um die Überwindung der kapitalistischen Produktionsverhältnisse rücken, begeben sie sich nicht auf Randgebiete, sondern dorthin, wo entschieden wird, ob die

Menschheit in Zukunft in Eintracht mit der Natur leben kann und genügend Energie und Nahrung als Grundlage ihrer weiteren Existenz zur Verfügung hat.

Was die eingangs gestellte Frage angeht, so deutet vieles darauf hin, dass das Marxsche Konzept der Dialektik von Produktivkräften und Produktionsverhältnissen auch auf das historische Schicksal des Kapitalismus zutrifft.

ND vom 31.5.2010

Hubert Fetzter ist ehemaliger Gesellschaftswissenschaftler an der Akademie der Wissenschaften der DDR.

DIE REPRODUKTIONSFRAGE

Von Georg Fülberth

Programmdiskussionen sind gewiss wichtig, allzu innovativ dürfen sie nicht sein. In ihnen wird nämlich erörtert und entschieden, was in einer Organisation bislang kontrovers, deshalb eben aber auch schon einigermaßen bekannt war. Am Ende steht entweder eine Richtungsentscheidung oder ein Kompromiss. Das ist dann jeweils Ergebnis des innerparteilichen Kräfteverhältnisses. Undenkbar ist, dass in einem Programm plötzlich ganz neue Gesichtspunkte auftauchen oder gar überwiegen, das wäre sogar ein Fehler: die Mitglieder fänden dann ihre eigenen Erfahrungen und das, was sie in ihrer bisherigen politischen Aktivität umgetrieben hat, nicht wieder.

Nehmen wir die offenen Fragen der Linken, die Michael Brie vorgegeben hat. Sein Katalog gibt ziemlich genau wieder, womit die seit 2007 bestehende Partei sich herumgeschlagen hat und worüber sie sich in den nächsten Jahren weiterhin auseinandersetzen muss. Das ist unvermeidlich und sinnvoll. Sie würde aber austrocknen, beschränkte sie sich darauf. Jenseits der Entscheidungen, die jetzt wohl getroffen werden mögen, muss es Neuland geben, sonst wird es wirklich langweilig und steril zugehen. Innovation kann allerdings auch darin bestehen, dass Vernachlässigtes endlich seinen angemessenen Platz erhält.

PRODUKTIONSFIXIERUNG

Hierzu gehört der Reproduktionsbereich. Was ist das? Bei Marx kann man lesen, dass die Menschen ihre Lebensbedingungen selbst produzieren. Im Kapitalismus geschieht dies durch die Herstellung von Waren. Lateinisch «producere» bedeutet im engsten Wortsinn: hervorbringen, also herstellen. Gesellschaft wird laut Marx konstituiert durch die Produktionsverhältnisse.

Es fragt sich, ob es sich nicht um eine Verengung handelt. Margarete Tjaden-Steinhauer und Karl Hermann Tjaden versuchen seit mindestens eineinhalb Jahrzehnten darauf hinzuweisen, dass Gesellschaft mehr ist als nur Produktion und Verteilung. Sie nennen zwei Bereiche, die sie ausmachen:

1. Subsistenz: Hier wird das Lebensnotwendige durch Arbeit bereitgestellt. Ob dies ausschließlich durch Produktion geschieht, müsste gefragt werden.
2. Familie: Hier ist nicht ein Rechtsinstitut gemeint, sondern die Verfasstheit des Geschlechter- und Generationsverhältnisses.

Ein dritter Bereich, der von Tjaden-Steinhauer und Tjaden aufgeführt wird, die Politik, soll hier nicht eigens behandelt werden, da er nicht unmittelbar die materielle Grundlage der Gesellschaft betrifft.

Dass Sicherung der Subsistenz – des Lebensnotwendigen – eine Voraussetzung von Gesellschaft bildet, ist so evident, dass es fast trivial klingen mag. Bei Marx und Engels wird sie weithin auf die Produktion beschränkt: Arbeit sei Produktionsarbeit. «Daß jede Nation verrecken würde, die, ich will nicht sagen für ein Jahr, sondern für ein paar Wochen die Arbeit einstellte, weiß jedes Kind» – so steht es in einem Brief an Louis Kugelmann.

Gerade jedes Kind hat aber schon erfahren, dass diese Arbeit nicht nur Produktionsarbeit ist, sondern Pflege. Sie gehört zur Subsistenz und wird nicht in Fabriken geleistet, sondern in Familien (im oben dargelegten weiten Sinn) und spezifischen Institutionen. Bei Marx gibt es das auch: als Reproduktion der «Gattung» und der Ware Arbeitskraft. Letztere produziert in seinem Konzept Güter. Zugleich aber reproduziert sie sich selbst: einerseits durch die Erarbeitung ihres Lohns (wenn es sich um abhängige Arbeit handelt), die es ihr erlaubt, sich wiederherzustellen, andererseits auch durch andere Tätigkei-

ten, die durchaus als Arbeit gelten müssen, ohne zugleich Produktion zu sein.

Familiale Arbeit zum Beispiel – gleichgültig, von wem sie verrichtet wird – ist zweifellos Arbeit, aber es wird nicht immer etwas hergestellt, schon gar nicht eine sofort verkaufbare Ware.

ERSTE EINSICHT: ÖKOLOGIE

«Die kapitalistische Produktion entwickelt daher nur die Technik und Kombination des gesellschaftlichen Produktionsprozesses, indem sie zugleich die Springquellen alles Reichtums untergräbt: die Erde und den Arbeiter.» So Marx im ersten Band des «Kapitals». In seiner Kritik des Gothaer Programms von 1875 sollte er später darauf hinweisen, dass nicht nur die Arbeit, sondern auch die Natur zu den Voraussetzungen des gesellschaftlichen Reichtums gehört. Die Arbeitskraft muss reproduziert werden. Lohnarbeit in der Produktion soll die hierfür nötigen Mittel bereitstellen.

Das ist aber nur der erste Teil der Reproduktion. Der zweite besteht im Konsum dieser Mittel, dieser findet in der Regel außerhalb der Produktion statt – oft in der Familie oder durch bezahlte Dienstleistung, die keine Waren-Produktion ist, sondern – in Anlehnung an die marxistische Terminologie – «Reproduktionsarbeit».

Warenproduktion greift in der Regel die natürliche Umwelt an: durch den Verbrauch von Ressourcen und durch die Belastung von Senken (Boden, Wasser, Luft). Dies kann, wenn aufs Äußerste zugespitzt, kapitalistisches Wirtschaften beeinträchtigen: wenn erhebliche Teile des konstanten Kapitals – zum Beispiel Rohstoffe – nur noch unter erschwerten Bedingungen gewonnen werden können und wenn die Entsorgung von Abwasser, Abstoffen und Abluft die materiellen Grundlagen der Profit-Gewinnung angreift. Hierzu gehört auch die Gesundheitsschädigung der Arbeitskräfte. Die Ökologiebewegung gewinnt ihre systemimmanente Funktion dadurch, dass sie für eine Reproduktion dieser gefährdeten Materialien und menschlichen Ressourcen eintritt. Zugleich zeigt sich hier schon eine Grenze des Reproduktionsbegriffs: Schutz der natürlichen und gebauten Umwelt sowie der Gesundheit der Menschen ist mehr als die Wiederherstellung von Produktionsgrundlagen, sie dient auch unabhängig davon der Lebensqualität. Dieser Überschuss wird uns in den Bereichen, denen wir uns im Folgenden zuwenden, ebenfalls beschäftigen.

FAMILIEN- UND BILDUNGSPOLITIK

Familien- und Bildungspolitik ist der staatlich organisierte Versuch der Beschaffung und Qualifizierung von Arbeitskraft – immer wieder einmal reduziert auf Bevölkerungspolitik: Geburtenförderung, Verbot der Abtreibung, durchaus auch Ermutigung von Immigration, Errichtung von Schulen. Hier wird Ar-

beitskraft angelockt, produziert und reproduziert. Die immer neuen und immer wieder ungenügenden Versuche in der Bundesrepublik, die Geburtenrate zu steigern, Familien zu fördern, (zaghaft) ausgewählte Immigrationsgruppen anzuwerben und die vorschulische Erziehung zu verbessern, gehören einerseits in diesen Kontext und unterliegen andererseits Restriktionen: Budgetzwängen und der engen Bindung an das Ziel, Arbeitskräfte bereitzustellen, zu qualifizieren und zu konditionieren. Im Vergleich zu anderen Ländern – zum Beispiel Nordeuropas – werden solche Bemühungen selbst diesem eingeschränkten Anspruch nur unzureichend gerecht. Die Umsetzung der UN-Konvention über die Rechte der Menschen mit Behinderungen, seit 2009 auch für Deutschland geltendes Recht, im Vorschul- und Schulbereich greift weit darüber hinaus (ebenso wie generell eine Umsetzung dieser Normen zugunsten aller Behinderten eine Perspektive weit jenseits der Produktion von Waren und der Reproduktion der warenproduzierenden Arbeit eröffnet).

DIE ALTEN

Wenn lohn- und gehaltsabhängig Beschäftigte einerseits, Unternehmer andererseits in die gesetzliche Altersversicherung einzahlen, geschieht dies nicht zum Zweck der Reproduktion der Arbeitskraft, sondern mit dem Ziel, gerade ein menschenwürdiges Leben nach der Phase der Produktionsarbeit zu ermöglichen. Wieder einmal überschreiten wir also hier die Grenzen des Reproduktionsbegriffs. Der technische Fortschritt ermöglicht die Verkürzung der Lebensarbeitszeit, der medizinische die Verlängerung der Periode jenseits der Produktion. Eine hoch entwickelte Gesellschaft, die die Altersgrenze heraufsetzt und die Finanzierbarkeit von Rentensystemen, die allen Menschen gerecht wird, zunehmend in Frage stellt, fällt sozial immer weiter hinter ihre Möglichkeiten zurück. Was den Einzelnen nach wie vor erstrebenswert ist (und früheren Generationen nachgerade utopisch erschien): ein langes Leben in Gesundheit und guter materieller Ausstattung, wird versicherungsmathematisch zum Risiko. Es besteht ein Widerspruch zwischen technisch und medizinisch möglichen Lebenschancen einerseits und andererseits – ja: weiterhin den kapitalistischen Produktionsverhältnissen in ihrer gegenwärtigen Verfasstheit.

PINK-GREY-RED

Dass mit der natürlichen Umwelt nicht so weitergewirtschaftet werden kann wie bisher, ist mittlerweile allgemein anerkannt, die Konsequenzen bleiben bisher weitgehend aus. Insofern ist es richtig, dass der Programmentwurf der Partei DIE LINKE die Zentralität der Ökologiefrage hervorhebt. Andererseits macht dieses Thema nicht die Spezifik dieser Partei aus. In ein Programm gehört es,

denn sein Fehlen würde nicht nur eine Blindstelle bedeuten, sondern das Nachdenken über die gesellschaftlichen Verhältnisse, die ökologischen Notwendigkeiten gerecht wird, blockieren. Hier könnte dann doch wieder die eigene Aufgabe einer linken Partei bestehen: sie betrifft einen Teil der Reproduktionsfrage und der Entfaltung menschlicher Möglichkeiten auch jenseits der Produktion.

Erschließung von Potentialen durch Bildung und Erziehung gehört ebenfalls zum Kanon parteienübergreifender Bekenntnisse. Wie in der Ökologie wird deren Umsetzung durch die Fixierung auf die Erfordernisse kapitalistischen Wirtschaftens (Produktion und ihr angepasste Reproduktion) behindert. Selbstbestimmung und erfülltes Leben der Alten entzieht sich dieser Logik völlig – mit einer Ausnahme: als wachsender Markt, der aber ebenfalls bisher durch die Budgetierungszwänge einer angebotsorientierten Politik eingeschränkt wird. Setzen wir die gemeinplätzig Akzeptanz der Ökologie voraus («Green New Deal»), dann könnte eine «Pink Grey Red Revolution» ein neues Thema sein. Hier kommt die Übersetzung: Pink (nach der Farbe, die früher die Baby-Wäsche hatte) – das wären riesige Investitionen in die jüngsten Menschen, von der Geburt über den Vorschulbereich bis zum Ende des Grundschulalters. Grey: Dies sind die grauen oder kahlköpfigen Alten. Die Sorge für sie ist zur Zeit als eine Art Notfallbereich konzipiert. Massenhaft werden Altenpfleger(innen) ausgebildet. Die Bezahlung liegt überwiegend im Armutsbereich, die Pflege-Einrichtungen sind meist unterfinanziert. Um dies zu ändern, wären weitere Milliarden-Investitionen nötig, und zwar – wie auch bei Pink – auf Dauer.

Red: Dies sind die arbeitenden Generationen zwischen Pink und Grey, deren Löhne endlich nicht mehr sinken dürfen, sondern steigen müssen. Zentral müsste hier die Wiederaufnahme des Kampfes um Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohnausgleich stehen. Von Ricardo bis Marx und darüber hinaus wurde das Existenzminimum als Maß des Lohnes definiert. Seine Höhe sei durch ein «historisch-moralisches Moment» bestimmt, aber immer in den Grenzen des zur Reproduktion der Arbeitskraft Nötigen. Es wäre zu überlegen, ob ein anderes, darüber hinausgehendes Maß angelegt werden sollte.

Weshalb aber wird im Zusammenhang mit Pink-Grey-Red das Reizwort «Revolution» verwandt? Antwort: Weil die hier vorgeschlagenen innerkapitalistischen Reformen nicht um eine Modifikation der Eigentumsordnung herum kommen, und sei es auch nur auf die zivilste Art und Weise – durch eine neue Steuerpolitik mit scharfer Progression.

EINORDNUNG IN DIE «OFFENEN FRAGEN»

Die hoch entwickelten kapitalistischen Gesellschaften haben kein Produktions-, sondern ein Reproduktionsproblem. Sie versagen völlig vor der Möglichkeit erweiterter Lebenschancen über Produktion und Reproduktion hinaus. Ob sie innerhalb des Kapitalismus überhaupt wahrgenommen werden kann: das ist Teil der Kapitalismusfrage. Dies ist auch eine Sache der Verteilung, gehört mithin zur Klassenfrage.

ND vom 7.6.2010

Georg Fülberth ist Politikwissenschaftler in Marburg und Mitglied der DKP.

KANN DIE LINKE WACHSTUM WOLLEN

Von Elmar Altvater

Gewerkschafter und linke Ökologen, «Modernisierer» und «Traditionslinke», West-Linke mit sozialdemokratischer oder grüner und Ost-Linke mit DDR-Vergangenheit werden sich nicht leicht über ein zentrales Thema bei der Entwicklung strategischer Optionen zur Bewältigung der vielfachen Krisen verständigen können. Ist eine kapitalistische Wirtschaft ohne Wachstum vorstellbar? Hat expansive Kapitalakkumulation auf einem endlichen Planeten Erde eine Zukunft? Kann eine postkapitalistische Wirtschaft, kann der im Entwurf des Grundsatprogramms angesprochene «Sozialismus des 21. Jahrhunderts» ohne Wachstum auskommen? Kurz: Kann DIE LINKE Wachstum wollen? Mit einer wachsenden Wirtschaft scheinen viele der drängenden Probleme der Menschheit lösbar. Die

Wirtschaft könnte aus den immensen Schulden, die die Staaten zur Rettung der Finanzvermögen derzeit machen, herauswachsen. Auf expandierenden Märkten können mehr Waren abgesetzt und zu deren Produktion neue Arbeitsplätze geschaffen werden. Der Kampf gegen Armut und Hunger wäre vielleicht doch noch erfolgreich und die Millenniums-Entwicklungsziele der UNO aus dem Jahr 2000 wären vielleicht zu erreichen. So wichtig ist Wachstum, dass die FAZ in einem Artikel am 25. März 2010 bittelt: «Ach, gäbe es doch nur ein kräftiges Wirtschaftswachstum!»

SINKENDE WACHSTUMSRATEN

Doch entgegen aller Wachstumsbeschwörung sind die Wachstumsraten überall in der Welt rückläufig.

In Deutschland wuchs das Bruttoinlandsprodukt in den 1950er Jahren mit mehr als 8 Prozent pro Jahr. Die Zuwachsraten halbierten sich im nächsten Jahrzehnt auf etwas mehr als 4 Prozent, um in den folgenden Jahrzehnten nochmals auf fast die Hälfte, nämlich 2,6 Prozent abzusacken. In den 1990er Jahren waren es dann nur noch die Hälfte von der Hälfte, nämlich 1,2 Prozent und die werden im ersten Jahrzehnt des 21. Jahrhunderts mit Sicherheit nicht erreicht. Eine deutsche Krankheit oder Symptom der «Eurosklерose»? Nein, für die in der längerfristigen Perspektive tendenziell abnehmenden Wachstumsraten der Wirtschaft gibt es eine Reihe von nachvollziehbaren Gründen.

Einige sind trivial. Allein die Aufrechterhaltung von konstanten Wachstumsraten verlangt zusammen mit der Niveausteigerung immer höhere absolute Zuwächse des Bruttoinlandsprodukts. Das gilt auch für den Verbrauch von Ressourcen und für die Emissionen von Schadstoffen. Wenn die globalen Ölressourcen gerade angezapft worden sind, ist die Steigerung der Ölförderung problemlos möglich, weil ja durch Exploration immer neue Reserven hinzukommen. Jenseits eines Höhepunktes (der als «Peak Oil» diskutiert wird) jedoch gehen die Reserven nach und nach zur Neige. Neue Ölfelder werden nicht mehr gefunden. Die Erde ist bereits gelöchert wie ein Schweizer Käse. Und die Förderung von so genanntem «nicht-konventionellem» Öl, z. B. aus der Tiefsee, ist teuer und extrem gefährlich. Das beweist die Havarie der Ölplattform Deepsea Horizon vor der Südküste der USA. Dann entsteht Wachstum durch die Aufräumarbeiten, aber ein überzeugender Beleg für mehr Wohlstand ist das nicht.

Wachstum ist also an den Grenzen des Umweltraums kein Rezept ohne gefährliche Nebenwirkungen. Können die in Kauf genommen werden, weil doch Arbeitsplätze entstehen? Unter kapitalistischen Verhältnissen werden Arbeitskräfte nur eingestellt, wenn mit ihnen Gewinn gemacht werden kann. Die Produkte ihrer Arbeit müssen als Waren auf globalen Märkten konkurrenzfähig sein. Preis und Qualität müssen stimmen und die Nachfrage muss da sein. Daher kommt es immer auch auf die Arbeitsproduktivität und die Einkommensverteilung an, wenn die Beschäftigung gesteigert werden soll.

Die Erhöhung der Produktivität der Arbeit ihrerseits ist ein höchst komplexer Prozess. Er verlangt nicht nur technischen Fortschritt, sondern Bildung und Ausbildung der Arbeitskräfte, neue soziale und organisatorische Arrangements, entsprechende politische Rahmenbedingungen, auch kulturelle Veränderungen. Der Markt ist dazu wenig geeignet, da Marktakteure kurzfristig und nicht weitsichtig sind und sich von kurzfristigen Profiterwartungen treiben und nicht von langfristigen Entwicklungsperspektiven leiten lassen.

Auch sind ökonomische Abschreibungen veralteter und Investitionen in neue Anlagen notwendig. In aller Regel steigt die Arbeitsproduktivität, aber zugleich auch die Kapitalintensität (Kapitaleinsatz je Arbeitskraft) – oder in der Begrifflichkeit von Karl Marx: die organische Zusammensetzung des Kapitals. Daher kann mit der Steigerung der Produktivität die Wachstumsrate der Wirtschaft angehoben werden, zumal dann, wenn die Produktion konkurrenzfähig ist. Doch die steigende organische Kapitalzusammensetzung lässt die Profitrate sinken. Wenn dies dann dazu führt, dass weniger investiert wird, nimmt die Akkumulationsrate ab. Liquidies Kapital wird dann auf liberalisierten Kapitalmärkten eher im Finanzsektor als in der realen Wirtschaft investiert. Dann gehen im weiteren Verlauf der Entwicklung die realen Überschüsse zurück, während die finanziellen Forderungen steigen. Das ist eine Konstellation, in der die Finanzkrise nahezu unvermeidlich wird, wie die Erfahrung der Gegenwart lehrt.

Die Erhöhung der Produktivität der Arbeit hat die Steigerung des «Wohlstands der Nationen» zur Folge. Doch die unvermeidliche Kehrseite ist die Freisetzung von Arbeitskräften. David Ricardo, ein Klassiker der Politischen Ökonomie, bezeichnet die Freigesetzten als «Überflussbevölkerung» («redundant population»). Das sind die prekär Beschäftigten, die Arbeitslosen und informell Arbeitenden unserer Tage. Als Folge des Produktivitätsfortschritts ist von allem zu viel da, die Kaufkraft hält nicht mit und die Zahl der normal beschäftigten Arbeitskräfte auch nicht.

VERKÜRZUNG DER ARBEITSZEIT

Die Annahme, dass die «Überflussbevölkerung» durch Wachstum (durch eine Ausdehnung des Arbeitsvolumens) wieder beschäftigt werden könne, hatte schon Marx in seiner Auseinandersetzung mit der «Kompensationstheorie» kritisiert. Denn die Kapitalisten wollen bezahlte Arbeit einsparen und daher muss der Freisetzungseffekt größer sein als die Ausweitung der Produktion. Die volle Kompensation der Freisetzung würde den Zweck, nämlich Arbeitskosten zu senken, hintertreiben.

Heute ist anders als im Kapitalismus des 19. Jahrhunderts eine andere «Kompensation» in der Diskussion, und das ist die Arbeitszeitverkürzung. Tatsächlich ist diese die einzige Möglichkeit, um das Anwachsen der «Überflussbevölkerung» als Folge des Produktivitätsfortschritts zu vermeiden.

Die Arbeitszeitverkürzung in der Arbeitsgesellschaft verlangt eine kleine Kulturrevolution: statt Wachstum die Reduktion der Arbeitszeit, also die Transformation von fremdbestimmten Zeiten in Eigenzeit, eine Reorganisation von Arbeit, die Ausdehnung von Freizeit und Gemeinwesenarbeit, eine grundlegende Veränderung des Verhältnisses zur äußeren und zur inneren Natur.

Gleichzeitig aber ist von allem zu wenig da, vor allem zu geringe Kaufkraft. Der Ökonom Joseph A. Schumpeter hat zu Beginn des 20. Jahrhunderts ironisch darauf hingewiesen, dass im modernen Kapitalismus nicht für Königinnen, sondern für den Bedarf von Arbeiterinnen produziert werde. Damit deren Bedarf sich in kaufkräftige Nachfrage verwandelt, brauchen sie entsprechende Einkommen, die aber von Kapital und konservativer Regierung als «Arbeitskosten» gekappt werden.

Daher ist es nicht verwunderlich, dass wirtschaftliches Wachstum noch niemals in der Geschichte des kapitalistischen Systems eine dauerhafte Steigerung der Beschäftigung oder gar Vollbeschäftigung gesichert hat. Ausnahmen waren die Jahre der Wirtschaftswunder und der Aufholjagd einiger Schwellenländer.

DER «ÖKOLOGISCHE FUSSABDRUCK»

Jede und jeder weiß, dass Bäume nicht in den Himmel wachsen, dass die Natur zwar eine Wachstumsgrenze kennt, aber weder Schuldenbremse noch gesetzlich verordnete Wachstumsbeschleunigung. Die schwarz-gelben Vorhaben sind widernatürlich und schon deshalb zum Scheitern verurteilt. Ein linkes Projekt, dies wäre die Konsequenz, muss anders aussehen, es muss sich im Einklang mit der Natur befinden und die Grenzen des Wachstums, von denen spätestens seit der Publikation des ersten Berichts des Club of Rome zu Beginn der 1970er Jahre die Rede ist, anerkennen.

Die natürlichen Grenzen des kapitalistischen Reproduktionsprozesses geraten ins Blickfeld, wenn wir den von Marx so genannten «Springpunkt» jeder politisch-ökonomischen Analyse beachten, den Doppelcharakter der Arbeit, der Produktion, der Waren, ja allen Wirtschaftens. Wirtschaften ist Wertbildung und Verwertung, aber auch Transformation von Stoffen und Energie, Naturverbrauch. Der lässt sich messen. Studien über den «ökologischen Fußabdruck» oder über den genutzten Umweltraum zeigen unmissverständlich, dass wir schon heute mehr Ressourcen verbrauchen und Ökosysteme mit Schadstoffen belasten, als der Planet Erde auf Dauer, also auch für die nachfolgenden Generationen, darzubieten hat. Insbesondere in den reichen Industrieländern leben wir ökologisch weit über unsere Verhältnisse. Unser Wohlstand ist der absehbare Missstand nachfolgender Generationen. Einige Schlaumeier meinen nun, dass zur Vermeidung der Negativeffekte der wachsenden Wirtschaft hohe Umweltschutz-Investitionen anstehen und schon deshalb Wachstum unvermeidlich sei. Investitionen erhöhen schließlich den «Kapitalstock» und die laufenden Einkommen. Das

ist richtig. Doch haben die Investitionen, wenn sie erfolgreich sind, eine Absenkung des Stoff- und Energiedurchsatzes in Produktion und Konsumtion zur Folge, und dann könnte monetäres Wachstum nur noch zustande kommen, wenn der Geldwert inflationär aufgebläht wird.

Andere meinen, dass das Wachstum nicht materiell, sondern virtuell sein könne. In einer postmaterialistischen Dienstleistungsökonomie sei der Naturverbrauch gering. Doch mache man sich keine Illusionen. Die meisten «post-materiellen» Dienstleistungen lösen erhebliche Materialströme und den dazugehörigen Energieverbrauch aus. Man kann zwar in der Internet-Apotheke per Mausclick Arzneien bestellen, aber dann müssen diese doch zum Kunden transportiert werden, und dabei verlängern sich die Wege oftmals beträchtlich. Zwar werden in Bruchteilen von Sekunden Milliardenbeträge um die Erde geschickt. Doch die dabei virtuell gemachten Spekulationsgewinne können sich nur materialisieren, wenn ein Überschuss produziert wird – ganz materiell durch Wachstum.

Wir befinden uns also in der Wachstumsfalle. Einerseits ist der Wachstumszwang im modernen Kapitalismus präsent. Andererseits wissen wir von den natürlichen Grenzen des Wachstums. Die Wachstumswirtschaft kann nicht auf Dauer fortgesetzt werden. Dieser «ehernen» Tatsache muss eine linke Partei Rechnung tragen und akzeptieren, dass Politik an den Grenzen des Umweltraums schwieriger zu gestalten ist als weit davon entfernt. Das zeigt sich auch in der gegenwärtigen Krise. Noch vor 80 Jahren war es möglich, in einem «New Deal» wie in den USA mit Investitionen Wachstum anzuregen und Arbeitsplätze zu schaffen, auch wenn weniger ein «welfare capitalism» als ein «warfare capitalism» das Ergebnis war. Die heutige Finanz- und Wirtschaftskrise hat mahnende Begleiter, die vor acht Jahrzehnten noch nicht dabei waren: die Energie-, Ernährungs- und Klimakrise. Ein politisches Projekt gegen die Krise kann nicht auf Wachstum setzen, wenn dadurch Energiekonflikte geschürt, die Klimakrise zugespitzt und die Ernährung von Menschen gefährdet werden.

DIE LINKE kann also nicht einfach «Wachstum wollen». Sie kann aber auch nicht ratlos an den Grenzen des Wachstums verharren. Die Grenzen, die uns die Natur setzt, müssen respektiert werden. Dann ist es aber zwingend notwendig, die Gesellschaft so umzugestalten, dass in diesen Grenzen das gute Leben für alle Menschen möglich ist.

ND vom 14.6.2010

Elmar Altwater ist Politikwissenschaftler und Gründungsmitglied des Instituts Solidarische Moderne.

NICHT AUF DER HÖHE DER ZEIT

Von Katja Kipping

Ein linkes Programm sollte auf der Höhe der Zeit sein. Es sollte Erkenntnisse linker Bewegungen aufnehmen und sie zu einem Cocktail zusammenführen, der die Verhältnisse zum Tanzen bringt. Programme haben einen Zeitkern: Wollen sie Orientierung im Kampf um gesellschaftliche Veränderung anbieten, dann müssen sie gesellschaftliche Realitäten zur Kenntnis nehmen. Darum ging es nicht zuletzt bei Karl Marx: Wissenschaftlicher Sozialismus ist bei ihm die Chiffre für eine solche Gegenwarts- und Fortschrittsorientierung. Das Problem des Programmentwurfs ist, dass er strikt an jenen Widerspruchskonstellationen vorbeirrt, die Ansatzpunkte für einen durchaus radikalen, demokratisch-sozialistischen Systemwechsel bieten würden. Der Programmentwurf ist nicht auf der Höhe der Zeit und er ist nicht zu, sondern viel zu wenig radikal. Inhaltlich bleibt er einer Wirtschafts- und Sozialpolitik verhaftet, die den Anforderungen an eine feministische Kapitalismuskritik keine Rechnung trägt. Zudem verharrt das Dokument bei einer positiven Bezugnahme auf die real existierende DGB-Politik statt Konturen einer alternativen, sozialistischen Gewerkschaftspolitik aufzuzeigen. Gesellschaftspolitisch zeichnet sich der Programmentwurf dadurch aus, dass er zentrale Diskussionen um eine neue soziale Idee, wie sie beispielsweise in der Forderung nach einem bedingungslosen Grundeinkommen zum Ausdruck kommen, ignoriert.

ARBEITSBEGRIFF AUS DEM

17. JAHRHUNDERT

Gegen manche Kritik muss man den Programmentwurf verteidigen, z. B. gegen den Vorwurf, mit diesem Programm wolle DIE LINKE zurück in die 1970er Jahre. Das ist eine Fehleinschätzung.

Zumindest wenn es um den Arbeitsbegriff geht, der den Geist des Entwurfs prägt. Hier sind nicht die 1970er Jahre, sondern der Diskussionsstand des 17. Jahrhunderts maßgeblich. Der Vertragstheoretiker John Locke hatte schon im 17. Jahrhundert die ideologische Begleitmusik zum Aufstieg des Bürgertums bereitgestellt. Für ihn waren, wie Hannah Arendt in ihrer Locke-Rekonstruktion beschreibt, einzig die direkt «aneignenden Tätigkeiten» der Privatbürger auf dem kapitalistischen Markt die Quelle gesellschaftlichen Reichtums. John Locke ging es bei der Verherrlichung von Arbeit vor allem um eines: um die Rechtfertigung des Privateigentums im Sinne der im 17. Jahrhundert aufstrebenden Bourgeoisie.

Der Programmentwurf scheint sich dieser Sichtweise anzuschließen: «Einkommen und Vermögen werden durch Arbeit erzeugt und sollen daher ent-

sprechend dem Beitrag zum gesellschaftlichen Arbeitsprozess sowie nach Bedürftigkeit verteilt werden (...) Die Grundlage für die Entwicklung der Produktivkräfte ist heute und auf absehbare Zeit die Erwerbsarbeit.»

Problematisch an dieser Aussage ist nicht die Forderung nach Umverteilung von Einkommen und Vermögen. Problematisch ist, dass allein Erwerbsarbeit als Quelle von gesellschaftlichem Reichtum angesehen wird. Statt mit Marx und dem zeitgenössischen Feminismus deutlich hervorzuheben, dass die kapitalistische Gesellschaft auf einer gesellschaftlichen Arbeitsteilung beruht, die sowohl die Erwerbsarbeit als auch die Reproduktionsarbeit in Familie, Kindererziehung, Pflege, ehrenamtlichem Engagement in der Zivilgesellschaft usw. erfasst. Der kapitalistische Markt kann nur funktionieren, wenn Kinder gewickelt, Großväter gepflegt, Kartoffeln geschält und Räume geputzt werden.

Diese Einsichten einer kritischen Gesellschaftsanalyse sind auch empirisch nachvollzogen worden.

Dank der Erhebungen des Statistischen Bundesamtes wissen wir: Pro Jahr werden rund 96 Milliarden Stunden unbezahlter Arbeit erbracht. Das ist fast doppelt so viel Zeit, wie die bezahlte Arbeit ausmacht – namentlich 56 Milliarden Stunden. Allein vom Umfang her sind demnach unbezahlte Tätigkeiten die tragenden Säulen unserer Gesellschaft und nicht Erwerbsarbeit. Frauen leisten übrigens im Durchschnitt wöchentlich 31 Stunden unbezahlte Arbeit, Männer lediglich 19,5 Stunden. Empirisch ist ergo die Aussage, Erwerbsarbeit habe eine herausgehobene Bedeutung, nicht haltbar.

Halten wir fest: Der Programmentwurf nimmt das Marxsche Projekt einer Kritik der gesellschaftlichen Arbeitsteilung nicht auf und fällt insbesondere hinter Erkenntnisse des modernen Feminismus zurück. Nicht gerade rühmlich für eine demokratisch-sozialistische Partei im 21. Jahrhundert!

FÜR EINE MOSAIK-LINKE

Die strategische Orientierung des Programmentwurfs fällt hinter die Diskussionen der gesellschaftlichen Linken über die Bedingungen für gemeinsames politisches Handeln zurück. Die DGB-Gewerkschaften werden kritiklos zum privilegierten Bündnispartner einer linken Politik erhoben: «Besonders wichtig sind dabei starke, aktive, kämpferische und politisch eigenständig handelnde Gewerkschaften. Sie unterscheiden sich von allen anderen sozialen Kräften und Bewegungen dadurch, dass sie nicht nur in der Zivilgesellschaft agieren, sondern ihre Verankerung in der Arbeitswelt haben. Dies verleiht den gewerkschaftlich organisierten Beschäftigten

eine gesellschaftliche Machtposition, die andere soziale Gruppen nicht haben und die von zentraler Bedeutung für die Durchsetzung sozialer und sozialistischer Umgestaltungen ist.»

Nun wäre nichts einzuwenden gegen eine Analyse der Stärken und Schwächen unterschiedlicher Akteure bzw. Subjekte. Marx und Engels haben im Kommunistischen Manifest und in Schriften wie «Die Klassenkämpfe in Frankreich» immer wieder diskutiert, in welchem Verhältnis die Organisationen der Subalternen zum Emanzipationsprojekt stehen. Vor allem haben sie dabei aber immer auf die Ambivalenzen der unterschiedlichen Gruppen hingewiesen, auf ihre Potentiale und auf ihre Grenzen. Doch wenn es um eine solche Analyse gegangen wäre, dann müsste der Programmentwurf auch die Stärken anderer Akteure gleichberechtigt würdigen. So hätte sich der Entwurf mit den besonderen Potentialen der netzwerkartig organisierten Bewegungen auseinandersetzen können, wie z. B. der globalisierungskritischen Bewegung, der es gelungen ist, den vermeintlichen Sachzwang Globalisierung, der für die neoliberale Hegemonie zentral ist, zu hinterfragen. Auf den Camps der Gipfelproteste 2007 konnte man zudem erleben, dass diese Bewegung auch zu einem Laboratorium von alternativen Formen des gemeinsamen Lebens wurde. Oder man hätte auf die Antifa-Gruppen hinweisen können, denen es gelungen ist, die Methode der friedlichen Blockade als Form des zivilen Widerstandes gegen Nazi-Aufmärsche zu etablieren. Eine Form des Widerstandes, die – auch wenn sie nicht im Erwerbsarbeitsbereich verankert ist – zentral ist in hegemonialen Auseinandersetzungen. Aber leider gibt es nur einen außerparlamentarischen Akteur, dessen Stärke im Programmentwurf eine besondere Würdigung erfährt: die Gewerkschaften. Versuche, einzelnen Akteuren eine Avantgardestellung zuzuschreiben, sind in der linken Geschichte nichts Neues. Allerdings gehörten diese Ansätze eher zum unrühmlichen Teil linker Geschichte und sollten nicht durch die Hintertür wieder salonfähig werden.

Mit einem Gewerkschaftsavantgardismus im Programm würde DIE LINKE weit hinter die Praxis zurückfallen, die sich in den letzten Jahrzehnten in der internationalen globalisierungskritischen Bewegung etabliert hat. Michael Hardt und Antonio Negri beschreiben das neue historische Subjekt als «Multitude» (etwa: Vielheit), der Vize-Vorsitzende der IG Metall, Hans-Jürgen Urban, hat jüngst die «Mosaik-Linke» zum Leitbild geadelt.

Die Multitude hat – wie Sonja Buckel im aktuellen «prager frühling» treffend schreibt – «kein Steuerzentrum, sondern greift von vielen Punkten aus an.» Mit genau dieser Methode der gleichen Augenhöhe, des gegenseitigen Respekts, wie sie in den Vorstellungen der Mosaik-Linken sowie der

Multitude zum Ausdruck kommt, war die globalisierungskritische Bewegung in den letzten Jahren erfolgreich darin, der neoliberalen Hegemonie starke Risse zuzufügen. Der Programmentwurf fällt in beschämender Weise dahinter zurück und arbeitet somit nicht auf der Höhe der Zeit.

SOZIALISTISCHE GEWERKSCHAFTSPOLITIK?

Nun gehört in einen Programmentwurf, der sich mit einem Sozialismus des 21. Jahrhunderts auseinandersetzt, tatsächlich ein Kapitel zur Frage, wie eine neue Arbeiterinnen- und Arbeiterbewegung aussehen könnte. Was würde eine sozialistische Gewerkschaftspolitik im 21. Jahrhundert bedeuten? Doch dazu gehört eine kritische Auseinandersetzung mit der Entwicklung der DGB-Gewerkschaften.

Zwar haben sich Ablösungstendenzen von der SPD gezeigt, doch dies ist kein Garant für eine progressive Ausrichtung. Man darf nicht dazu schweigen, dass sich auch in den DGB-Gewerkschaften Ständedünkel und Standortchauvinismus breit machen. Eine sozialistische Gewerkschaftspolitik müsste zeigen, wie sie damit umgeht, und den Mut aufbringen, zu einem erneuerten Solidaritätsbegriff zwischen all jenen zu kommen, die nur ihre Arbeitskraft als Ware haben, also zwischen Beschäftigten, Prekären, Erwerbslosen und Soloselbstständigen. Solche Erörterungen fehlen im Programmentwurf. Stattdessen wird – vollkommen unkritisch gegenüber der real existierenden Gewerkschaftspolitik – das hohe Lied der besonderen Bedeutung der Gewerkschaften gesungen. Dabei gibt es seit Jahrzehnten wirklich kluge Beiträge zur Debatte über die strategische Ausrichtung der Gewerkschaften. Einer, der sich diesbezüglich immer wieder konstruktiv-kritisch zu Wort gemeldet hat, ist Oskar Negt, der noch bei Theodor W. Adorno studierte und Assistent bei Jürgen Habermas war. Erst kürzlich forderte er in einem in www.workezeitung.ch publizierten Interview anlässlich des 1. Mai die Gewerkschaften auf, sich grundlegend zu ändern: «Im veränderten Kapitalismus genügen bloße Verteidigungskämpfe nicht mehr. Ich plädiere dafür, dass die Gewerkschaften wieder eine starke Gesellschaftsutopie entwickeln.» Negt plädiert für die Erweiterung des gewerkschaftlichen Mandats: «Erstens müssen sie ihren Begriff von Arbeit erweitern. Lohnarbeit ist nur eine Form der Arbeit.» Negts Plädoyer für «gewerkschaftlichen Offensivgeist» mündet in der Forderung nach einem bedingungslosen Grundeinkommen: «Wir sollten auf ein Grundeinkommen für alle drängen. Das Geld ist da. Es wird nur falsch verteilt. Ein bedingungsloses Grundeinkommen ist die einzige vertretbare Form, das Problem in einer Demokratie zu lösen. Bedingungen darf es nicht geben. Sonst beginnt der Überwachungsstaat.»

FEHLENDE OFFENHEIT

Von diesen Anregungen findet sich im vorliegenden Programmentwurf wenig bis nichts: Nichts zur Erweiterung des gewerkschaftlichen Mandats. Nichts zum Grundeinkommen. Nun wird bekanntermaßen über die Idee des bedingungslosen Grundeinkommens landauf, landab, sogar weltweit diskutiert. Es gibt vehemente Gegner und begeisterte Befürworterinnen und Befürworter wie mich, die im Grundeinkommen ein zentrales Transformationsprojekt sehen. Diese lebhaften Diskussionen sind Ausdruck einer veränderten Arbeits- und Lebenswelt. Dies gilt es anzuerkennen, statt zu ignorieren. Eine linke Partei sollte sich nicht per Programmabschluss von zentralen gesellschaftspolitischen Diskussionen isolieren. Die programmatischen Eckpunkte

trugen dem Rechnung mit der Aussage, dass man mit gesellschaftlichen Akteuren in Diskussion bleibe über die Idee des Grundeinkommens. Das war zwar kein Bekenntnis zum Grundeinkommen, aber immerhin Ausdruck einer diskursiven Offenheit. Doch an solch Offenheit mangelt es der Mehrheit der Programmkommission ganz offensichtlich, denn noch nicht einmal die Debatte zum Grundeinkommen wird im Programmentwurf erwähnt. Sollte DIE LINKE sich tatsächlich – nur drei Jahre nach ihrer Gründung – so gründlich der Tugend der diskursiven Offenheit entledigt haben?

Erschienen am 21.6.2010

Katja Kipping ist Bundestagsabgeordnete und stellvertretende Vorsitzende der Partei DIE LINKE.

DIE «TRANSFORMATION»

Von Walter Baier

Alles deutet darauf hin, dass wir es heute mit einer systemischen Krise des Kapitalismus zu tun haben. Damit treten wir möglicherweise auch in eine längere Phase der sozialen und politischen Instabilität ein, eingerahmt in einem Prozesses, in dem die weltwirtschaftliche und weltpolitische Bedeutung Europas insgesamt abnimmt. In einer solchen «organischen Krise» (Antonio Gramsci) entstünden, so kann man annehmen, neue Möglichkeiten für die Verbreitung einer Theorie der sozialen Veränderung. Andererseits aber steht der Krise der herrschenden Hegemonie zurzeit keine konsensfähige Gegenhegemonie gegenüber, und so bestehen auch beträchtliche Risiken. «Wenn diese Krisen eintreten, wird die unmittelbare Situation heikel», warnt Gramsci im 1932–1934 verfassten, 13. Heft der «Quaderni del carcere» (Gefängnishefte), «weil das Feld frei ist für die Gewaltlösungen, für die Aktivität obskurer Mächte, repräsentiert durch die Männer der Vorsehung oder mit Charisma.» Die Gefahr besteht also darin, die Widersprüchlichkeit und Dramatik des historischen Augenblicks zu unterschätzen.

Das 20. Jahrhunderts hat der Linken in Europa die organisatorische Spaltung der Arbeiterbewegung in einen gemäßigten und radikalen Flügel hinterlassen, oder positiv formuliert: die Existenz von Massenparteien, mit eigener Kultur und institutioneller Verankerung, die die radikaleren Strömungen der Arbeiterbewegung unabhängig und oft in scharfem Gegensatz zur sozialdemokratischen Mehrheitsströmung repräsentieren. Obwohl von der Russischen Oktoberrevolution inspiriert, konnten sie nur dadurch zu relevanten politischen Größen werden, dass sie die fundamentale Unübertragbarkeit des

russischen Revolutionsmodells akzeptierten. Dieses war durch eine gesellschaftliche Wirklichkeit geprägt, in der, wie Gramsci schreibt, «der Staat alles, die Zivilgesellschaft allerdings erst in ihren Anfängen und gallertenhaft war». Jeder Versuch, es im Westen anzuwenden, wo «zwischen Staat und Zivilgesellschaft ein richtiges Verhältnis bestand», und das System sich als «robust» erwies, konnte nur zu Niederlagen führen.

BRUCH DER KOMMUNISTISCHEN IDENTITÄT

«Der Übergang vom Bewegungskrieg zum Stellungskrieg», von Gramsci als das wichtigste zeitgenössische «Problem der politischen Theorie» bezeichnet, stellte den ersten historischen Bruch der kommunistischen Identität her. Gramsci reflektierte übrigens nicht nur, wie vereinfachend unterstellt wird, das Abebben der revolutionären Nachkriegskrise. Der Zeitpunkt der Niederschrift legt vielmehr nahe, dass er auf aktuelle Parteifragen Bezug nahm: die von Stalin 1928 in der Kommunistischen Internationale eingeleitete Wendung zu sektiererischen und autoritären Politikformen, deren negative Auswirkungen sich in der Weltwirtschaftskrise erwiesen und in der Niederlage der deutschen Arbeiterbewegung manifestierten. Man sollte sich in Erinnerung rufen, dass mit Gramsci zu argumentieren zweierlei bedeutet: Erstens macht der Begriff «Hegemonie» nur Sinn in Bezug auf «gesellschaftliche Hauptgruppen». Von «Hegemonie» im Sinne von Gramsci zu sprechen, impliziert daher, mit Marx, die Geschichte als «eine Geschichte von Klassenkämpfen» zu interpretieren. Zweitens aber, da – wie Gramsci unterstreicht – «die Menschen

sich des Konflikts zwischen Inhalt und Form der Produktionswelt auf dem Terrain der Ideologien bewusst werden», muss eine politische Hauptgruppe, um führend zu werden, «den Umkreis der ökonomischen Gruppierung überschreiten», und sich auf dem Gebiet der Ideologie und Kultur behaupten und durchsetzen.

Die Komplikation besteht darin, dass der Begriff «Hegemonie» nicht nur äußere Bündnisbeziehungen meint, sondern die innere Verfasstheit der «Hauptgruppe», ihre Subjektivität betrifft, nämlich ihre Eignung zu einer geistig und moralischen Führung der Gesellschaft.

Die bekannte Formel, der zufolge der Staat im integralen Sinn mit Zwang gepanzerte Hegemonie sei – man beachte: nicht ein durch Hegemonie gemilderter oder getarnter Zwang –, muss auf diesem Hintergrund interpretiert werden.

SELBST-TRANSFORMATION DER BENACHTEILIGTEN

Damit wird auch dem Begriff der «Transformation», mit dem in der politischen Alltagssprache zumeist ein über Etappen und langwierige Auseinandersetzungen führender Umbau der Gesellschaft gemeint ist, ein weiterer Aspekt hinzugefügt: die Subjektivität. «Warum», fragt Gramsci mit Blick auf «ökonomistische» Richtungen der Arbeiterbewegung, «schließt man die Transformation der untergeordneten in eine herrschende Gruppierung aus?» Die Selbst-Transformation der unterdrückten in eine zur Herrschaft befähigte Klasse wäre eine daraus abzuleitende These.

Marx und Engels hatten in der «Deutschen Ideologie» Ähnliches geschrieben: «Der Kommunismus ist für uns nicht ein Zustand, der hergestellt werden soll, ein Ideal, wonach die Wirklichkeit sich zu richten haben (wird). Wir nennen Kommunismus die wirkliche Bewegung, welche den jetzigen Zustand aufhebt.» Gramscis Hegemonie-Vorstellung schwebt nicht frei im Politologen-Himmel, sondern wurzelt in den materiellen Widersprüchen der Gesellschaft. Besonders klar wird dies mit dem Begriff des «Geschichtlichen Blocks», womit ein Ganzes gemeint ist, das sich aus «Struktur und Superstrukturen» zusammensetzt, wobei das komplexe und widersprüchliche Ensemble der Superstrukturen «der Reflex des Ensembles der gesellschaftlichen Produktionsverhältnisse ist».

Während also im allgemeinen politischen Sprachgebrauch mit einem «sozialen» oder «politischen Block» eine Allianz unterschiedlicher Gruppierungen auf Grundlage konvergenter Interessen gemeint ist, bedeutet «Geschichtlicher Block» hier etwas Prinzipielles, nämlich die Fähigkeit, soziale und politische Kräfte gemäß den grundlegenden und langfristigen Entwicklungserfordernissen einer Epoche zu mobilisieren. Dies stelle auch die ei-

gentliche Funktion und Existenzberechtigung politischer Bewegungen dar. Politische Parteien von geschichtlicher Bedeutung wären daher in erster Linie über den historischen Block, an dessen Konstruktion sie mehr oder weniger bewusst arbeiten, identifizierbar.

Dieselbe Dialektik von «Struktur und Superstruktur» entwickelt der österreichische Sozialist Karl Polanyi in einem nahezu zur selben Zeit verfassten Text, der sich an christliche Linke richtet: Es sei ein Missverständnis, führt er aus, dass es die wirtschaftlichen Interessen der Klasse wären, die die letzte treibende Kraft der Geschichte darstellten. «In der Tat (aber) behauptet die Marx'sche Theorie, dass die Interessen der Gesellschaft als Ganzer die entscheidenden Faktoren in der Geschichte sind; dass diese Interessen mit dem bestmöglichen Gebrauch der Produktionsmittel zusammenfallen; dass daher die Klasse dazu bestimmt ist, die Gesellschaft zu führen, die die beste Produktionsmethode sicherstellen kann. (...) In anderen Worten, nicht Klasseninteressen, sondern die Interessen der Gesellschaft als Ganzer sind der letzte Agent in der gesellschaftlichen Geschichte.» Damit ist das Feld der Geschichtsphilosophie als einer «Grundlagenwissenschaft» der Politik betreten. «Der Satz, dass die Gesellschaft sich keine Aufgabe stellt, für deren Lösung nicht die materiellen Bedingungen schon vorhanden sind», schreibt Gramsci, verweise «auf das Problem der Herausbildung eines neuen Kollektivwillens, das unmittelbar von dieser Aussage abhängt, und kritisch analysieren, was die Aussage bedeutet, heißt erforschen, wie sich genau die dauerhaften Kollektivwillen herausbilden und als solche Willen sich konkrete und unmittelbare und mittelbare Ziele, also eine kollektive Linie des Handelns setzen ... Es ist das Problem, das sich modern in Begriffen der Partei oder der Koalition miteinander verwandter Parteien ausdrückt: wie wird die Konstitution einer Partei initiiert, wie entwickelt sich ihre organisierte und sie zu gesellschaftlichem Einfluss befähigende Kraft usw.»

DIE HEUTIGE

«GREAT TRANSFORMATION»

Karl Polanyi verdanken wir den Begriff der «Großen Transformation», mit dem er den komplexen Übergang der Feudalgesellschaften zur kapitalistischen Marktwirtschaft vor mehr als 300 Jahren bezeichnete und in Beziehung zur großen ökonomischen und politischen Krise der 20er und 30er Jahre setzte: «Der Faschismus war ebenso wie der Sozialismus in einer Marktgesellschaft verwurzelt, die nicht funktionieren wollte. Er war daher weltumspannend, allumfassend und universal in der Anwendungsmöglichkeit; die Probleme wirkten über den ökonomischen Bereich hinaus und bewirkten eine allgemeine Umwälzung deutlich sozialer Art. Er

griff in praktisch alle Bereiche menschlichen Tuns ein, sei es Politik und Wirtschaft, Kultur und Philosophie, Kunst und Religion.»

Vorgeschlagen wird, auch die heutige Krise, die wir in Europa durchleben, in diesem Sinne als eine Krise der kapitalistischen Lebensform zu interpretieren. Die Verteidigung des Lebensstandards und der Sozialstaaten angesichts der Offensive der herrschenden Klasse muss in solcher Lage verbunden werden mit der kulturellen und psychologischen Vorbereitung der Menschen und der arbeitenden Klassen auf eine global geänderte Wirklichkeit. Ein Prozess den Gramsci als den «Übergang vom bloß ökonomischen zum ethisch politischen Moment», als eine «Katharsis» bezeichnet.

Dabei soll als eine weitere Ausgangsbedingung genannt werden: Seit 1970 ist nicht nur der Staatssozialismus in Osteuropa verschwunden, sondern hat sich auch der wahlpolitische Einfluss der Linken im kapitalistischen Europa von 15 Prozent auf 7 Prozent reduziert. Dazu kommt eine bemerkenswerte qualitative Veränderung. Bildeten in den 40er und 50er Jahren große kommunistische Parteien die Flaggschiffe der europäischen Linken, so hat sich deren Einfluss in zwei Etappen, den 70er und den 90er Jahren, stark verkleinert. Gestiegen ist hingegen das Gewicht von neuen Linksparteien, linkssozialistischen, linksökologischen oder linkspluralistischen Zuschnitts. Sie spiegeln in hohem Maße die politischen Kulturen ihrer jeweiligen Länder wider, stellen aber noch nicht ein verallgemeinerbares Modell einer neuen Formation der Linken dar.

Was ist die heutige Linke der Linken also, wenn sie das Prinzip des Stellungskriegs und der Hegemonie als ihre Prämissen akzeptiert? Eine Sozialdemokratie mit einer radikaleren Sprache, was Bruno Kreisky dem Eurokommunismus vorausgesagt hat? Auch dieses Problem lässt sich mit Gramsci denken. «Ein Problem ist folgendes», schreibt er: seien nicht im Kampf «der passive Revolution-Stellungskrieg» und der «Volksinitiative-Bewegungskrieg» beide «im genau gleichem Maß unabdingbar», sodass sich erst aus deren «Zusammenfließen» ein ratio-

nales Gleichgewicht in der Strategie ableiten lasse? Gramsci ist diese Frage wichtig genug, «zu prüfen, ob sich hieraus nicht irgendein allgemeines Prinzip politischer Wissenschaft und Kunst gewinnen lässt».

Die Lösung bestehe in der Herstellung einer produktiven Dialektik zwischen reformistischem und revolutionärem Sozialismus, wobei «jedes Glied des dialektischen Gegensatzes» versuchen müsse, ganz es selbst zu sein, und alle eigenen politischen und moralischen «Ressourcen» in den Kampf werfen muss, und dass es nur so eine wirkliche Aufhebung gibt.» Die Parallele zum «Integralen Sozialismus» Otto Bauers ist unübersehbar, und, möchte man auch fragen, entstehen Schwierigkeiten, Paradoxien und Spannungen aus der Beteiligung linker Parteien an Regierungen nicht gerade aus mangelnder Fähigkeit oder auch Möglichkeit, ein solches Gleichgewicht herzustellen? «Ganz es selbst zu sein», verweist wiederum auf die oben skizzierte Formel: die Fähigkeit, an der Bildung eines historischen Blocks mitzuwirken, meint die Fähigkeit, an der Konstituierung einer fortschrittlichen Klasse mitzuwirken, bedeutet im historischen Sinn, eine politische Partei oder ein Bündnis zu bilden.

Tatsächlich stehen angesichts der heute im Gang befindlichen «Großen Transformation» alle politischen und kulturellen Kräfte vor der Aufgabe, mit Gramsci gesprochen, «zur Geburt einer neuen Zivilisation zu führen ... um «Freiheit» werden zu lassen, was heute «Notwendigkeit» ist.» Die Erinnerung an Gramsci und Polanyi ist dabei von doppeltem Nutzen: zum einen, weil allein schon die exaktere Bestimmung ihrer Kategorien die Debatte erleichtert. Zum zweiten aber, weil sie uns aufgrund ihres zeitgeschichtlichen Zusammenhangs mit der Großen Krise und der Niederlage der europäischen Linken in den 30er Jahren helfen können, heutige Widersprüche und Gefahren besser zu verstehen.

ND vom 28.6.2010

Walter Baier ist Koordinator des europäischen Netzwerks «transform!».

BEIM EIGENTUM ZU KURZ GEGRIFFEN

Von Klaus Lederer

«Wir kämpfen für einen Richtungswechsel der Politik, der den Weg zu einer grundlegenden Umgestaltung der Gesellschaft eröffnet, die den Kapitalismus überwindet», heißt es im Programmentwurf. Dabei wird die Notwendigkeit betont, einen sozial-ökologischen Umbau der Gesellschaft voranzutreiben, in Richtung eines nachhaltigen, ressourcenspa-

renden und umweltbewahrenden Wirtschaftens und Lebens. Zu Recht wird auf die Konsequenzen der herrschenden ökonomischen Dynamik verwiesen. Wenn die Kapitalakkumulation eine immer schnellere Umschlaggeschwindigkeit in der gesellschaftlichen Reproduktion erzwingt, bezieht sich das auch auf ihre zerstörerischen Tendenzen:

Umweltvernichtung, soziale Deklassierung und Ausgrenzung von Millionen, Verschärfung des Gegensatzes zwischen Arm und Reich, Nord und Süd. Gesellschaftliche Veränderungen hin zu einem sozial-ökologischen Richtungswechsel erfordern eine eingreifende, gestaltende Politik, die «den globalen Kapitalismus» perspektivisch überwindet. Wie aber soll das aussehen?

Zunächst geht der Entwurf davon aus, dass die Frage des Eigentums an Produktionsmitteln ein zentrales Element einer Strategie gesellschaftlicher Veränderung ist. Das ist richtig. Wer will, dass sich eine andere gesellschaftliche Entwicklungslogik durchsetzt, kann über die herrschende ökonomische Basis der Gesellschaft nicht schweigen. Richtig ist auch, dass die gegenwärtig dominierende finanzmarktgetriebene kapitalistische Gesellschaftsreproduktion die Demokratie aushöhlt und politische Gestaltungsräume tendenziell unter sich subsumiert.

Wo der Programmentwurf aber auf die Eigentumsfrage zu sprechen kommt, greift er zu kurz und hinterlässt in Bezug auf die konkrete Veränderungsperspektive eine irritierende Leerstelle. «In einer solidarischen Wirtschaftsordnung, wie sie DIE LINKE anstrebt», heißt es da, «haben verschiedene Eigentumsformen Platz: staatliche und kommunale, gesellschaftliche und private, genossenschaftliche und andere Formen des Eigentums.» Für diverse besonders wichtige Wirtschaftsbereiche, auch die klassische Daseinsvorsorge, fordert der Entwurf öffentliches Eigentum und demokratische Kontrolle. Durch Institutionalisierung von Verbraucherverbänden und Belegschaften soll demokratische Mitsprache und Partizipation gesichert werden. Strukturbestimmende Großbetriebe sind in demokratische gesellschaftliche Eigentumsformen zu überführen. Welche Bereiche, Unternehmen und Betriebe das sind, soll jedoch der «demokratische Prozess» klären. Diese Auslassung erstaunt. Gerade ein Parteiprogramm ist doch der Platz, um die Positionen festzuhalten, die DIE LINKE in diesen demokratischen Prozess einbringen will, der Entwurf das Medium, über das die innerparteiliche Selbstverständigung zu genau dieser Frage bewerkstelligt werden soll.

Offen bleibt auch, was sich das Publikum unter einer «demokratischen Vergesellschaftung» vorzustellen hat. Die Anknüpfungspunkte im Entwurf sind vage. Sie deuten aber darauf hin, dass nicht so sehr «der Kapitalismus» – das Herrschafts- und Aneignungsverhältnis – als das entscheidende Problem angesehen wird, sondern die juristische Form des Eigentums, die Inhaberschaft an den Unternehmen. Ferner bleibt die programmatische Beschreibung im nationalstaatlichen Rahmen verhaftet. Angesichts der globalisierten ökonomischen Prozesse und der Nord-Süd-Spaltung ist das bedenklich.

Der «globale Kapitalismus» erscheint im Entwurf «personifiziert», subjektiviert, als sei «er» ein handelnder Akteur. Aber der Kapitalismus ist kein Subjekt, sondern ein komplexes und widerspruchsvolles gesellschaftliches Verhältnis, getrieben durch das Handeln konkreter Menschen in konkreten Zwängen und Verhältnissen, und äußerst wandlungs- und entwicklungsfähig. Kleine und große Kämpfe, politische Interventionen und Entscheidungen im räumlich konkreten Zusammenhang geben ihm sein spezifisches Antlitz. Die Gier einzelner «Privater» ist nicht Ursache, sondern Ausdruck des Problems: Manager und Aktionäre der großen Konzerne sind nicht «der Kapitalismus». Der gesellschaftliche Reproduktionsmechanismus der Kapitalverwertung herrscht den Handelnden seine Zwänge auf und wird durch ihr Handeln gleichzeitig am Laufen gehalten.

Wie soll das geändert werden? Die Entgegensetzung von privatem und kollektivem Eigentum, die im Entwurf überall durchschimmert, führt hier nicht weiter. Anstelle des – vom Gesellschaftlichen abgeordneten – Privateigentums an Produktionsmitteln wird das Publikum nur auf andere, aber ebenfalls vom Gesellschaftlichen «abgesonderte» Eigentumsformen verwiesen. Der Entwurf spricht von «vergesellschafteten», «unter öffentlicher Kontrolle stehenden» Bereichen, meint aber damit im Wesentlichen staatliche Eigentumsformen – das alles soll neben dem Privateigentum an Produktionsmitteln existieren. Der Entwurf behauptet, dass damit die Dominanz des kapitalistischen gesellschaftlichen Verhältnisses gebrochen werden könne. Er lässt aber völlig offen, warum und wie eine solche «Vergesellschaftung» ungeklärten Ausmaßes zur Überwindung des Systems Kapitalismus, zur Brechung des Profitprinzips, beitragen kann. Es ist kein Wunder, dass – nach dem Scheitern des Staatssozialismus – die Frage aufgeworfen wird, welche Ökonomie hier entstehen soll. Eine Ökonomie der VEBs? Wird nun darauf verwiesen, dass das alles selbstverständlich mit «demokratischer Kontrolle» verbunden sein werde, so ist das nicht trivial. Der moderne bürgerliche Staat ist nicht die Verkörperung des Gemeinwohls, sondern tragender, nur relativ abgesonderter Teil des Kapitalverhältnisses. Und wie schnell der Anspruch «gesellschaftlicher Kontrolle» in den Mühlen der Interessen und Machtverhältnisse zerrieben ist, zeigt nicht nur die gescheiterte DDR. Es zeigt auch die Realität des öffentlichen Unternehmenssektors, wenn wir genau hinsehen. Schon die Formulierung im Programmentwurf, Belegschaften und Betroffene sollen (letztlich nur) «eine starke demokratische Mitsprache» haben, lässt aufhorchen. Offenbar wird – trotz des verheißungsvollen Begriffes der «Vergesellschaftung» – nicht die Aufhebung der Absonderung «des Eigentums» von der Gesellschaft angestrebt. Staatliches Eigentum ist nun einmal nicht der sozialistische Gegensatz

zum kapitalistischen Privateigentum. Im Gegenteil, Staatseigentum war und ist mit kapitalistischer Reproduktion verbunden. Nicht selten wurde mit dem Ziel der Stabilisierung und Beförderung der Kapitalreproduktion verstaatlicht, wie wir gerade aktuell wieder sehen können. Daran ändert zunächst auch Belegschaftseigentum oder ein mit Vetorechten ausgestatteter «Runder Tisch» nichts. Wie würde sich unter gegenwärtigen ökonomischen Verhältnissen wohl die Belegschaft eines Atomkraftwerks oder einer Rüstungsfabrik entscheiden, wenn es an die Schließung des Unternehmens geht? Und wie würde sich die Eigentümerin eines Stadtwerks entscheiden, wenn die Alternative zum Bankrott in der aggressiven Ausweitung der Geschäftstätigkeit im internationalen Maßstab besteht? Vergessen wir nicht: auch Vattenfall ist ein Staatskonzern.

Ich will damit nicht sagen, dass die Ansätze des Entwurfs allesamt reformpolitisch falsch sind. Aber sie behandeln nicht das programmatische Perspektivenproblem. Nicht in neben dem privaten existierenden staatlichen Eigentum liegt der Schlüssel zur Lösung der Eigentumsfrage, sondern in der «Vergesellschaftung» der Ökonomie als solcher: In der demokratischen Entscheidung der Gesellschaft über die Rahmenbedingungen, unter denen gewirtschaftet wird, weil und soweit alle von Praxis und Folgen dieses Wirtschaftens betroffen sind. Also in der Entscheidung über das Grundsätzliche, im Primat der Politik über die ökonomische Reproduktionsweise, über Investitionen, Arbeitsbedingungen, Wertschöpfungsmodus, über die Verwendung des Mehrprodukts jeglicher Arbeit, egal ob in staatlichen, genossenschaftlichen oder privaten Unternehmen. Eine neue Gesellschaft entsteht, wenn in der alten Gesellschaft ihre Elemente bereits in einer Weise angelegt sind, dass deren Hülle gesprengt wird. Das passiert nicht im Selbstlauf. Wir kommen nicht umhin, in den vorgefundenen Verhältnissen die Anknüpfungspunkte für die Gesellschaftsveränderung, den sozial-ökologischen Umbau, zu suchen – und für die bevorstehenden Auseinandersetzungen

sehr konkrete gesellschaftliche Bündnisse zu erarbeiten. Dazu muss DIE LINKE ihren Standort ebenso konkret bestimmen. Die wichtigste und mächtigste reale und potenzielle Gegentendenz zum «Totalitarismus der Ökonomie», zu den zerstörerischen Tendenzen des Kapitalismus, ist der demokratische Prozess, so unvollkommen er auch sein mag. Wenn der Entwurf festhält, «wo vor allem der Profit regiert», bliebe «kein Raum für Demokratie», führt das in die Irre. Gerade Demokratie ist das Schlüsselement für die Lösung der Eigentumsfrage, in ihrem institutionellen Raum streiten die «Klassen» die zentralen Kämpfe aus. Der Entwurf hält fest, dass das Kapital die Demokratie bedrohe. Das ist richtig. Aber wir dürfen auch nicht vergessen, dass «der Kapitalismus» erst den Rahmen für die Erkämpfung moderner demokratischer Formen gebildet hat. Sie sind ein Element des Neuen, das über das Bestehende hinausweist. Nicht die Lösung der Eigentumsfrage ist Voraussetzung für eine «richtige» Demokratie im Morgen. Die heutige Demokratie ist Voraussetzung und Schlüssel zur Lösung der Eigentumsfrage. Kapitalistisches Privateigentum an Produktionsmitteln ist kein juristischer Titel, dessen Zuweisung an den Staatsapparat «den Kapitalismus» aufhebt. Das kapitalistische Privateigentum an Produktionsmitteln ist ein gesellschaftliches Verhältnis, in dem die Verfügung über gesellschaftliche Entscheidungsfragen privatisiert ist. Eigentümer ist, wer über etwas verfügen kann. Vergesellschaftet ist folglich, was in allgemeiner Verfügung liegt. Hier liegt das Kampffeld, in dem in Suchbewegungen die Verfügung aller über das Eigentum erlangt, die ökonomische Zwangsherrschaft überwunden werden kann. Der im Entwurf vertretene Ansatz birgt die Gefahr, dass dieses Bewusstsein in den Hintergrund gerät und durch staatssozialistische Illusionen verschüttet wird.

ND vom 5.7.2010

Klaus Lederer ist Landesvorsitzender der LINKEN und Mitglied des Abgeordnetenhauses in Berlin.

AUF DEM WEG ZU EINER NEUEN VISION

Von Marco Berlinguer

Je mehr sich die globale Finanzkrise verschärft, desto schwächer scheint DIE LINKE zu werden. Italien zumindest ist ein Beispiel für diesen Trend. Dennoch konstatieren wir eine qualitative Veränderung. Ob zum Guten oder zum Schlechten, steht noch aus. Fakt ist: Wir stehen an einem Wendepunkt. Mit Giovanni Arrighi ließe sich sagen, wir seien an die Grenzen des «langen Zyklus finanzieller Expansio-

nen» gestoßen und das System der Staaten investiere und desorganisiere sich nun im eigenen Zentrum. Orientierungslos sind dieses Mal vor allem die Gesellschaften im Norden der Welt. Sie sind in der Hand der herrschenden Klasse, die nur noch improvisiert. Ihr einziges Projekt konzentriert sich auf den verzweifelten Versuch, die alte «Normalität» wieder herzustellen. Ihre Liste außergewöhnlicher, hete-

rodoxer und nie zuvor gesehener Maßnahmen ist bereits jetzt beeindruckend lang. Doch wir können sicher sein, dass sie noch längst nicht erschöpft ist. Um diese «Mission Impossible» ermessen zu können, sollten wir fragen, wie intensiv und zerstörerisch die «Akkumulation durch Enteignung» (David Harvey) werden wird, die die heute schon schwächelnden und unter Legitimitätsverlust leidenden Staaten durchsetzen müssen, damit der Glaube an die Pyramide des «fiktiven Kapitals» (von Schulden und geschrumpften Finanzwerten), das in den vergangenen Dekaden angehäuft wurde und nun wegschmilzt, erhalten bleibt. Der Rettungsversuch wird jedoch nicht nur zu mehr Ungleichheit, Verarmung und Ausgrenzung führen; er bringt weitere ökonomische Depression und verschlimmert die Finanzkrise der Staaten.

Das beschämende Endspiel, dem wir beiwohnen, in dem Nationen und Zentralbanken mit allen möglichen Tricks das Finanzkapital künstlich am Leben halten, während dieses zum spekulativen Spiel zurückkehrt und auf das Scheitern der Staaten – und damit ihrer eigenen letzten Stütze – setzt, ist Ausdruck eines Systems, das schlicht verrückt wird. Verwirrung und Frustration sind die Folge der scheinbar ausgewegenen Lage, in der wir uns befinden. Dies könnte unsere Gesellschaften weiter in die Arme irrationaler und desintegrierender Kräfte treiben. Doch gerade hier – in der zunehmend als systemisch wahrgenommenen Natur der Krise – liegt auch eine Chance.

Verzichten wir also auf Verzagtheit und intellektuelle Subalternität! Trennen wir uns von den Ideen, die unseren Geist gefangen halten oder, wie Keynes sagen würde, «versklaven»! Gäbe es heute eine politische Führung, müsste sie mit Priorität ein herausragendes intellektuelles Bemühen fördern, die fundamentalen Veränderungen im Panzer der Finanzwelt zu erfassen und neu darzustellen, deren wichtigste die digitale Revolution ist und das, was

der spanische Soziologe Manuel Castells als «Informationalismus» bezeichnet.

Wie in den 1930er Jahren, wenngleich in ganz anderer Form, brauchen wir dringend einen neuen institutionellen Rahmen, um die von Karl Polanyi beschriebene neue «Einbettung» der Ökonomie in die Gesellschaft zu steuern und den Warencharakter in zentralen Bereichen zu überwinden (Dekommodifikation). Im Mittelpunkt steht dabei vermutlich das Geld. Der Verfall des Finanzsystems und seiner unhaltbaren Widersprüche und Irrationalitäten sollte uns unmittelbar und mutig die private Aneignung und die kapitalistische Verabsolutierung der Geldschaffung in Frage stellen lassen, die die Grundlage der neoliberalen Wende und ihrer katastrophalen Folgen sind.

Jenseits der politischen Systeme zeichnet sich eine zunehmend verbreitete, neue, kritische Suche ab. In nie dagewesener Weise mischen sich in ihr Traditionen, soziale Kräfte, intellektuelle und kreative Fähigkeiten. Als Schwarm attackiert sie aus unterschiedlichen Ecken grundlegende Konzepte, auf denen das bestehende institutionelle und ideologische Rahmenwerk beruht. Wir müssen unser Verständnis von Reichtum, Wert, Entwicklung, Wohlstand hinterfragen und neue Wege des Verstehens und Regulierens kollektiver Koordination, Aktion und Produktion erkunden.

Wir müssen unsere Vorstellung von den Abhängigkeiten, denen wir als Menschen und als Teil der Natur unterliegen, erweitern und transformieren. Wenn es heute eine Chance gibt, dann liegt sie hier: in der Verdichtung dieser diffusen, doch noch schwachen, zerstreuten, neuen, kritischen Untersuchung auf dem Weg hin zu einer neuen politischen Vision.

ND vom 5.7.2010

Marco Berlinguer ist Journalist und Mitarbeiter des Netzwerks «Transform! Italia».

GEWERKSCHAFTEN SIND WICHTIGE PARTNER

Von Sabine Zimmermann

«Nicht auf der Höhe der Zeit» sieht Katja Kipping den Programmentwurf der Linken und kritisiert dabei, dass die strategische Orientierung des Programmentwurfs hinter die Diskussionen der gesellschaftlichen Linken über die Bedingungen für gemeinsames politisches Handeln zurückfalle. Im Kampf um gesellschaftliche Veränderung würden die gesellschaftlichen Realitäten nicht zur Kenntnis genommen, insbesondere würden die «DGB-Gewerkschaften ... kritiklos zum privilegierten Bünd-

nispartner einer linken Politik erhoben.» Eine derart harsche Kritik muss angesichts der tatsächlichen Inhalte des Programmentwurfs allerdings verwundern, da DIE LINKE nach dem Entwurf sehr wohl ein breites linkes Bündnis anstrebt, um die gesellschaftlichen Verhältnisse zu verändern.

Zu einem solchen Bündnis gehören natürlich auch Gewerkschaften, ebenso wie viele andere. Gleich zu Beginn in der Präambel ist zu lesen: «Gemeinsam mit gewerkschaftlichen Kräften, sozialen Bewegungen,

mit anderen linken Parteien, mit Bürgerinnen und Bürgern in Deutschland, Europa und weltweit sind wir auf der Suche nach einer gesellschaftlichen Alternative.» In dem darauffolgenden Kapitel «Woher wir kommen, wer wir sind» werden gleichwertig benannt: Gewerkschaften, Frauenbewegung, Umweltbewegung, Friedensbewegung, an späteren Stellen weitere Akteure. Zum Ende des Programmentwurfes heißt es noch einmal: «Wir wollen ein Bündnis von Gewerkschaften, globalisierungskritischen und gesellschaftskritischen Initiativen, sozialen Bewegungen, progressiven Menschen aus Wissenschaft und Kultur und der parteipolitischen Linken entwickeln.» Die Vielfalt der Bewegungen wird also im Programmentwurf durchaus abgebildet.

Nur an einer einzigen Stelle benennt der Entwurf explizit die gesellschaftliche Bedeutung der Gewerkschaften: «Besonders wichtig sind (dabei) starke, aktive, kämpferische und politisch eigenständig handelnde Gewerkschaften. Sie unterscheiden sich von allen anderen sozialen Kräften und Bewegungen dadurch, dass sie nicht nur in der Zivilgesellschaft agieren, sondern ihre Verankerung in der Arbeitswelt haben. Dies verleiht den gewerkschaftlich organisierten Beschäftigten eine gesellschaftliche Machtposition, die andere soziale Gruppen nicht haben und die von zentraler Bedeutung für die Durchsetzung sozialer und sozialistischer Umgestaltungen ist.» Themen wie Mindestlöhne, Gute Arbeit, Gegen die Rente ab 67 weisen nicht nur politische Schnittmengen auf, sondern berühren den Markenkern der Linken, dem sie einen wichtigen, wenn auch nicht alleinigen, Teil ihres Erfolges verdankt. Das macht die Gewerkschaften zu einem wichtigen Partner, hebt sie aber noch lange nicht, wie von Katja Kipping behauptet, auf den Sockel einer Avantgarde.

Genauso wenig lässt sich eine solche Aussage auf eine «positive Bezugnahme auf die real existierende DGB-Politik» reduzieren. Im Gegenteil wird hier ein linker Anspruch an die Gewerkschaften formuliert, für den viele Gewerkschaftsmitglieder unabhängig von ihrer Parteizugehörigkeit streiten. Gewerkschaften darauf zu reduzieren, dass sich in ihnen «auch Ständedünkel und Standortchauvinismus breitmachen», übersieht die Pluralität und Heterogenität der Gewerkschaftsbewegung. DIE LINKE ist besser beraten, sich in gewerkschaftlichen Auseinandersetzungen konstruktiv-kritisch und solidarisch einzubringen, statt von Außen den Oberlehrer zu geben. Mitglieder der LINKEN sind zudem auch Mitglieder von sozialen Bewegungen. Ob Mitglied der Friedensbewegung, der Anti-AKW-Bewegung, der Frauenbewegung oder eben der Gewerkschaften, das Ziel kann nicht in einer systemischen Abgrenzung der LINKEN zu anderen Organisationen und Bewegungen liegen, sondern der Anspruch muss vielmehr sein, die Chance des sich Mitein-

bringens zu nutzen, so auch in die real existierende Gewerkschaftspolitik. Was aber keinesfalls ignoriert werden darf, Gewerkschaften haben aufgrund ihrer Verankerung in der Arbeitswelt das Potential für eine besondere gesellschaftliche Gegenmacht, können mit kollektiven Aktionen besonderen ökonomischen und politischen Druck ausüben. Diese Erkenntnis gehört nicht nur zur Tradition der sozialistischen Bewegung, sondern wird auch durch jüngste Erfahrungen belegt. Die gewerkschaftliche Mobilisierung 1996 gegen das Sparpaket der Regierung Kohl und die Streiks gegen die beabsichtigte Kürzung der Lohnfortzahlung im Krankheitsfall waren der Anfang vom Ende der letzten schwarz-gelben Regierung unter Kanzler Kohl. Dass die Gewerkschaften es nicht vermocht haben, sich mit allen Gliederungen und in Gänze vehement gegen die Einführung der Agenda 2010 zu stemmen, war wiederum eine Ursache dafür, dass 2004 die Montagsdemos gegen Hartz IV trotz einer ungeheuren Dynamik letztlich nicht erfolgreich waren. Die Frage, inwiefern es gelingt, eine breite gewerkschaftliche Mobilisierung gegen das derzeit geplante Kürzungsprogramm zu erreichen, wird entscheidend sein für den Erfolg der aktuellen Proteste. Natürlich gehört zur gewerkschaftlichen Realität auch, dass es Kräfte gibt, die veränderte Rahmenbedingungen mit Zeitverzug reflektieren und sich neuen sozialen Fragen nur bedingt öffnen. Den Gewerkschaften sollte man aber zugestehen, dass es sich auch bei ihnen um lernende Organisationen handelt, die sich insbesondere in den letzten Jahren in einem Erneuerungsprozess befinden, der auch neue Konzepte aufgreift, etwa das Organizing oder eine stärkere Mitgliederorientierung und -einbeziehung. Kampagnen wie die gegen die Leiharbeit beim Discounter Schlecker, die eine Entrechtung von tausenden Verkäuferinnen erfolgreich verhinderte und auf die Selbstorganisation der Beschäftigten setzte, sind ein Beispiel für ein gewandeltes Selbstverständnis. Und es gibt eben auch Debatten um eine notwendige Öffnung der Gewerkschaften als Teil einer breiten Mosaik-Linken. Es ist richtig, sich im Programmentwurf auf diese progressiven Kräfte zu beziehen. Eine Diskussion der Stärken und Schwächen der gewerkschaftlichen Bewegung ist im Programm jedoch ebenso wenig zu leisten, wie bei anderen im Programm genannten sozialen Bewegungen.

Der Erfolg der LINKEN besteht gerade darin, dass es ihr gelungen ist, mit der sozialen Frage zentrale Anliegen der Arbeitnehmerschaft und ihrer Gewerkschaften aufzugreifen. Dieses Zugehen auf Gewerkschaften gehört zur Identität der LINKEN und sollte unserem Engagement in der Friedens-, Umwelt- oder Frauenbewegung nicht gegenübergestellt werden. Das wäre ebenso falsch wie töricht. Letztlich sind Gewerkschaften und viele ihrer Mitglieder

oftmals wichtige Mitstreiterinnen und Mitstreiter dieser Bewegungen. Ob DIE LINKE ihre Ziele erfolgreich umsetzen kann, wird stark davon abhängen, ob es gelingt, relevante Teile der Gewerkschaftsbewegung zusammen mit vielen anderen Akteuren für gemeinsame Aktivitäten zu gewinnen. Zu Recht gibt es deshalb eine besondere strategische Ausrichtung auf die Gewerkschaftsbewegung. Die Debatte darüber sollte intensiv geführt werden. Bei

all dem sollten wir aber nicht die praktische Politik vergessen. Wie schrieb Marx in der Kritik des Gothaer Programms: «Jeder Schritt wirklicher Bewegung ist wichtiger als ein Dutzend Programme.»

ND vom 12.7.2010

Sabine Zimmermann ist DGB-Vorsitzende der Region Vogtland-Zwickau und Abgeordnete der LINKEN im Bundestag.

DIE REALITÄT ZUR KENNNTNIS NEHMEN

Von Ralf Krämer, Harald Schindel und Horst Schmitthenner

Katja Kipping sollte darauf verzichten, die Programmdebatte mit Fehlinterpretationen und falschen Unterstellungen zu führen. So unterschiebt sie dem Programmentwurf einen Arbeitsbegriff und eine «Verherrlichung der Arbeit», der es um die «Rechtfertigung des Privateigentums der Bourgeoisie» gehe. Einen Beleg für diese Behauptung gibt es nicht. Tatsächlich ist im Entwurf mehrfach von «Erwerbsarbeit und anderen gesellschaftlich notwendigen Arbeiten» die Rede, von «Arbeit in der Familie» und vom Ziel der «gerechten Verteilung von Erwerbs- und Familienarbeit auf Männer und Frauen». Das macht ja wohl nur Sinn, wenn nicht nur die Erwerbsarbeit als Arbeit betrachtet wird. Im Programmentwurf steht: «Einkommen und Vermögen werden durch Arbeit erzeugt und sollen daher entsprechend dem Beitrag zum gesellschaftlichen Arbeitsprozess sowie nach Bedürftigkeit verteilt werden.» Katja macht daraus, «dass allein Erwerbsarbeit als Quelle von gesellschaftlichem Reichtum angesehen wird». Dies ist eine zweifache Verfälschung: Im Entwurf steht «Arbeit» und nicht «Erwerbsarbeit», und es steht «Einkommen und Vermögen» und nicht «Reichtum». Dies ist wichtig, denn die Natur ist ebenso wie die Arbeit Quelle des stofflichen Reichtums – aber nicht des Vermögens, also des Eigentums, und des Einkommens. Beim Einkommen als einer Wert- oder Geldgröße wäre es sogar richtig zu sagen, dass nur die Erwerbsarbeit (oder mit Marx: die abstrakte Arbeit) seine Quelle ist. Auch der Satz des Entwurfs «Die Grundlage für die Entwicklung der Produktivkräfte ist heute und auf absehbare Zeit die Erwerbsarbeit» wird von Katja Kipping missinterpretiert. Es scheint sinnvoll, ihn im überarbeiteten Entwurf mehr zu erklären. Die Betonung liegt auf der Entwicklung der Produktivkräfte, ihrer Dynamik. Diese entsteht in der gesellschaftlich organisierten Arbeit, im Rahmen gesellschaftlicher und globaler Arbeitsteilung und objektiver Vergesellschaftung der Forschung, Entwicklung und Produktion. Und diese gesellschaftlich orga-

nisierte Arbeit vollzieht sich ganz überwiegend in Formen von Erwerbsarbeit, vor allem Lohnarbeit. Es kommt darauf an, diesen gesellschaftlichen Arbeitsprozess von der Herrschaft des Kapitals zu befreien und ihn demokratisch zu gestalten, statt das Heil in der Flucht zu suchen. Es ist dieser gesellschaftlich organisierte Arbeits- und Produktionsprozess, in dem sich die Dynamik abspielt, und der auch die Bedingungen für die Arbeit in den privaten Haushalten umwälzt. Weder Waschmaschine noch Heimcomputer wurden in der Familie erfunden und produziert, sondern in der Industrie. Die Autorin kritisiert dann, dass der Entwurf für linke Politik «starke, aktive, kämpferische und politisch eigenständig handelnde Gewerkschaften» für besonders wichtig hält. Sie behauptet sogar, der Programmentwurf würde den Gewerkschaften eine «Avantgardestellung» zuschreiben, was frei erfunden ist. Dass andere Kräfte und Bewegungen zwar genannt, aber weniger betont werden, widerspiegelt nur die Realität. Die Gewerkschaften sind von ihrer Massenbasis, Organisations- und Mobilisierungskraft und ihren politischen Machtressourcen her weitaus stärker als alle anderen sozialen Bewegungen. Und nur sie und nicht andere Bewegungen haben die potenzielle Macht, durch die Organisation von Streiks der Macht des Kapitals etwas Gleichwertiges entgegenzusetzen. «Auf der Höhe der Zeit» zu sein, ist etwas anderes, als kritiklos modischen Thesen von «Multitude» aufzusitzen. Katja Kipping vermisst auch eine Kritik der gegenwärtigen DGB-Politik. Aber wir diskutieren ja ein Programm für DIE LINKE und nicht für die Gewerkschaften, die Irrungen anderer Bewegungen werden ebenso wenig behandelt, und das ist auch besser so. Katja bemerkt anscheinend nicht, dass die Formulierung «starke, aktive, kämpferische und politisch eigenständig handelnde Gewerkschaften» durchaus Kritik beinhaltet und dass die konkreten Forderungen des Programmentwurfs nicht alle oder irgendwelche, sondern spezifisch links-gewerkschaftliche Positionen aufgreifen.

Abschließend beklagt Katja Kipping, dass das bedingungslose Grundeinkommen im Programm-entwurf keine Berücksichtigung findet. Das liegt daran, dass viele andere in der LINKEN dieses Modell für einen falschen und desorientierenden Vorschlag halten. Diese Forderung spaltet die Partei und ist schon deshalb nicht geeignet, als Position der LINKEN im Grundsatzprogramm verankert zu werden. Selbstverständlich jedoch kann sie in der LINKEN vertreten und weiter diskutiert werden. Schließlich bedeutet Nichterwähnung auch, dass

diese Forderung nicht ausdrücklich verworfen wird. Ein «Ende diskursiver Offenheit» wäre das nur bei einem hochgradig autoritären Parteiverständnis, dass nur diskutiert werden darf, was im Programm steht. Wir haben ein solches Verständnis nicht.

ND vom 12.7.2010

Ralf Krämer und Harald Schmitthener sind Mitglieder, Harald Schindel ist Sekretär der Programmkommission der LINKEN.

SOLIDARISCHE MODERNE – DREI INTERVENTIONEN

Von Birgit Mahnkopf

Wir haben einiges zu tun, um die Köpfe wiederzugewinnen, in die der Neoliberalismus sehr erfolgreich eindringen konnte. Seine Botschaft war, dass Märkte darüber zu entscheiden haben, was gut ist für eine Gesellschaft. Und die Märkte kennen nur ein Prinzip: das Prinzip des Preises bzw. das Prinzip der Bestenauslese. So aber können Gesellschaften nicht funktionieren. Gesellschaften brauchen Zusammenhalt, sie brauchen Solidarität, sie brauchen Gerechtigkeit. All das können Märkte nicht leisten. Es gibt für uns – für linke Parteien, soziale Bewegungen, für Künstler, Kirchen und viele andere – eine Menge Herausforderungen. Die wichtigste ist, deutlich zu machen, dass uns nicht Wettbewerb, sondern Kooperation voranbringt. Solidarität bedeutet: Diejenigen, die stark sind, müssen nach ihrer Leistungsfähigkeit geben und bekommen nur das heraus, was ihr tatsächlicher Bedarf ist. Keine Gesellschaft kann sich allein auf eine Ökonomie gründen, die nur für die Leistungsfähigen etwas abwirft. Das aber heißt: Wir müssen uns von dem heute dominanten Gedanken der globalen Märkte abwenden. Wir müssen uns auf das besinnen, wovon die meisten Menschen abhängig sind, nämlich auf die Ökonomie dort, wo sie leben. Es muss überall ein würdiges Leben möglich sein. Die Krise, in der wir uns befinden, ist nicht nur eine Finanz- und Wirtschaftskrise. Sie ist vielfach längst eine Krise von Staatshaushalten und wird zu einer Krise unserer gesamten gesellschaftlichen Entwicklung. Nicht Wachstum, wie wir es in der Vergangenheit hatten, sondern Umverteilung muss zum Motor der weiteren Entwicklung werden. Das betrifft insbesondere unseren Umgang mit den natürlichen Ressourcen. Es geht nicht allein darum, die CO₂-Emissionen auf ein Zehntel dessen zu reduzieren, was wir in Deutschland jährlich pro Kopf verbrauchen. Wir benötigen fast ebenso weitgehende Reduktionen

bei den Stoffströmen und diese lassen sich nicht allein durch eine effizientere Verwendung von Ressourcen erreichen, wir müssen unseren Verbrauch einschränken. Hinzu kommt eine in vielen Ländern der südlichen Hemisphäre sich zuspitzende Ernährungs- und Klimakrise, für deren Entstehung wir direkt und indirekt verantwortlich sind. Mit diesen vielfältigen Krisen zu Rande zu kommen, wird nur gelingen, wenn wir einen anderen gesellschaftlichen Entwicklungspfad beschreiten, – einen, der auf Kooperation und Solidarität und nicht auf Konkurrenz als dem wesentlichem Prinzip gründet. Aber was macht es den Kräften, die das wissen oder zumindest ahnen, so schwer, gemeinsam etwas zu tun? Schauen wir auf das politische Feld in der Bundesrepublik. Wir haben eine SPD in einer tiefen Identitätskrise, weil sie sich der sozialen Frage auf eine sehr brutale Art und Weise entledigt hat. Wir haben eine grüne Partei, die eine Art FDP der aufgeklärten bürgerlichen Schichten sein möchte, wenngleich auch viele ihrer Mitglieder von einer Vergrünung des Kapitalismus träumen und sich vom neoliberalen Strom abgrenzen. Wir haben eine LINKE, die sich arg mit sich selbst beschäftigt und sehr wenig in die Gesellschaft hineinwirkt. Die Gewerkschaften versuchen vor allem, in der Krise den Korporatismus irgendwie zu retten. Sie gehen dabei in eine Duckhaltung und hoffen, mit dem alten Modell – Sicherung der Wettbewerbsfähigkeit durch Lohnverzicht – über die Krise und den damit verbundenen Abbau von Arbeitsplätzen hinwegzukommen. Schließlich die sozialen Bewegungen: Ihnen fehlt im Augenblick der entscheidende Drive. Für ihre Forderung nach einer Finanztransaktionssteuer gibt es derzeit keine parlamentarischen Mehrheiten, die diese – auch auf europäischer Ebene – in Gesetze umsetzt. In der Folge verbreitet sich auch bei sozialen Bewegungen Ratlosigkeit. Sie können zwar in einigen

Bereichen gut mobilisieren, benötigen aber für die Umsetzung ihrer Forderungen einen Adressaten im parlamentarischen Raum, dem sie Druck machen können und der auf diesen Druck auch reagiert. Niemand ist momentan also gut darauf vorbereitet, den zunehmend für Veränderungen empfänglichen Menschen eine Perspektive zu weisen, für die diese sich hoffnungsvoll mit engagieren würden. Das ist es, was wir alle überwinden müssen, und was

wir nur gemeinsam überwinden können. Eine Voraussetzung dafür ist: Wir müssen uns zuhören und respektieren lernen, statt den Weg ständiger Abgrenzung zu gehen. Das ist für mich die Idee und das Projekt der Solidarischen Moderne.

ND vom 19.7.2010

Birgit Mahnkopf ist Kuratoriumssprecherin des Instituts Solidarische Moderne.

Von Hermann Scheer

Nach meinem Staatsverständnis muss der Staat die Agentur für die Allgemeininteressen sein, nicht eine Agentur für die Interessen einer mächtigen Elite. Er muss dafür sorgen, dass nicht immer mehr Menschen ins Uferlose fallen und für sich keine Perspektive mehr sehen. In den Zeiten hohen wirtschaftlichen Wachstums war das weniger ein Problem. Es herrschte die Ideologie, die Gewinne von heute sind die Arbeitsplätze und die Steuermittel von morgen. Das wurde zwar nicht generell so gehandhabt, aber die weniger Begüterten bekamen ihre kleinen Brocken ab. Diese Phase ist ökonomisch zuende. Jetzt müsste der Staat etwas tun, was er nie geschafft hat: Er müsste eine andere Steuer- und Umverteilungspolitik angehen, um auch bei geringerem Wachstum soziale Ausgaben finanzieren zu können. Da er das nicht tut, entzündet sich Protest. Auch die Linken haben sich in wirtschaftlichen Wachstumszeiten daran gewöhnt, dass der Staat sich um das kümmert, was ihre Anliegen sind. Zur Familie der linken Parteien gehörten früher viele Formen der Selbstorganisation. Das waren Konsumvereine, die Arbeiterwohlfahrt und ein ziemlich weit verbreitetes Genossenschaftswesen bis hin zu Kreditgenossenschaften. Sie hielten die irgendwann nicht mehr für nötig, ließen sie einschlafen. Die Deaktivierung solcher Organisationsformen und Kontakte hat mit zu dem Entfremdungsprozess beigetragen, den wir heute z. B. in Gestalt einer Nichtteilnahme bei Wahlen erleben: DIE LINKE hat sich so selbst geschwächt. Einen Ausweg sehe ich nur darin, in der Breite der Gesellschaft, in den Stadtgebieten und ländlichen Räumen sich wieder mehr um die Alltagsprobleme zu kümmern und Selbstorganisationsformen zu fördern, in enger Verbindung mit den linken Parteien. Es ist kein Ersatz für Forderungen, die an den Staat zu richten sind, sondern der Boden, auf dem sie erfolgreicher wachsen können. Die Linken müssen darauf drängen, den Sozialstaat gerechter zu machen. Er muss nicht mehr kosten, aber gerechter sein. Wir brauchen einen Schritt weg von der

individuellen Monetarisierung von Sozialleistungen, hin zu wirklichen Kollektivfinanzierungen. Es wäre z. B. besser, Kinderkrippen, Kindergärten und Vorschulen direkt zu finanzieren und ausreichend auszustatten, statt individuell das Kindergeld zu erhöhen. Wir müssen Modelle, die über Jahrzehnte praktiziert wurden, von Grund auf überprüfen. Die neoliberalen Attacken bestanden darin, zu verschlanken, Leistungen zu kürzen und obendrein noch Beiträge zu erhöhen. Das hat den Groll auf die gesamte Politik erhöht: Zu recht fragen sich die Leute, warum sie eigentlich immer mehr zahlen sollen, wenn sie immer weniger erhalten. Hier muss DIE LINKE mit kreativen neuen Konzepten eingreifen. Dabei kommt es auch darauf an, die Grenzen der eigenen Partei zu überschreiten, vor allem das Schweigen untereinander zu durchbrechen. Egon Bahr hat vor über 30 Jahren mal gesagt: Wer alles für richtig erklärt, was die eigene Partei macht, der ist entweder stohdumm oder total verlogen. Wir brauchen keine Kadaverloyalität, sondern eine Diskussion, die Trennungen aufheben kann. Das Gift jeder Diskssion ist, unkritisch gegenüber dem Eigenen und überkritisch gegenüber dem Anderen zu sein. Wenn man Querschnittswähler der SPD, der Grünen oder der Linkspartei nach ihren politischen Vorstellungen befragen würde, wären sie sich vermutlich sehr schnell über die Notwendigkeit von Rot-Grün-Rot einig. Aber die Repräsentanten der Parteien gefallen sich mehr in Funkstille untereinander oder gar Abgrenzung voneinander. Das haben wir wieder bei den Spiegelfechtereien in Nordrhein-Westfalen gesehen, die Koalitionsverhandlungen gar nicht erst möglich machten, weil der Linkspartei abverlangt wurde, erst mal die für NRW so wichtige Frage ihres Verhältnisses zur verblichenen DDR zu klären. Das sehen wir bei der Linkspartei, die seit 2005 sehr viel Selbstverständnis und Mobilisierungsabsicht damit verknüpft hat, sich besonders hart von der SPD abzugrenzen. Das sehen wir auch bei den Grünen, die manchmal wie ein Huhn

auf ihrem Öko-Ei sitzen, an das niemand ran darf, damit es ihres bleibt. Was also not tut: Die Linken müssen sich wieder eine gemeinsame Kommunikationsbasis schaffen.

ND vom 19.7.2010

Hermann Scheer war SPD-Bundestagsabgeordneter und Kurator des Instituts Solidarische Moderne.

Er starb am 14. Oktober 2010.

Von Werner Dreibus

Wir erleben derzeit einen vielleicht in diesem Ausmaß noch nie gespürten Gegensatz. Unser Wirtschafts- und Gesellschaftssystem steht vor drei zentralen Fragen – der sozialen Frage, der ökologischen Frage und der Friedensfrage. Aber der real existierende Kapitalismus hat offensichtlich keine Antworten dafür. Sehr viele Menschen erleben dies täglich bitter, insbesondere in sozialer Hinsicht. Dennoch ist die Menschheit derzeit nicht in einer Verfassung, diesen Widerspruch organisiert, gemeinsam aufzulösen.

In Deutschland hatten wir zumindest in den letzten hundert Jahren kaum eine vergleichbare Situation der Entwicklung von Armut auf der einen Seite und der massenhaften Zunahme des Reichtums bei einer relativ kleinen Schicht der Bevölkerung auf der anderen Seite. Dies hat sich in den letzten zehn Jahren beschleunigt. Der Lohndruck auf die noch Beschäftigten nimmt stetig zu. In hohem Maße erodiert die so genannte Mittelschicht und die sozialen Abstiegsängste machen sie hochanfällig für politische Lösungen, die einem gesellschaftlichen Aufbruch entgegenstehen. Es gibt wenig gesellschaftlichen Konsens darüber, welche grundsätzlichen Veränderungen nötig sind, wie und in welchen Schritten sie bewerkstelligt werden könnten. Die politischen Formationen im rot-rot-grünen Spektrum wie auch die Gewerkschaften haben für Teile der genannten zentralen Fragen durchaus vernünftige und an vielen Stellen auch zueinander passende Antworten gefunden – die Gewerkschaften in den sozialen Fragen, die Friedensbewegung in der Friedensfrage, die ökologische Bewegung, die Anti-Globalisierungsbewegung und die Frauenbewegung in einer Reihe weiterer Fragen. Aber es gelingt noch nicht, aus diesen Bewegungen heraus einen gesellschaftlichen Impuls für reale Veränderungen zu setzen.

Das spüren natürlich auch die Parteien, die die Adressaten für ein gesellschaftsveränderndes Projekt sein könnten: DIE LINKE, die Grünen und die SPD. Wir schaffen es derzeit nicht, ein Cross-Over-Projekt zwischen diesen Parteien zu entwickeln, erleben hier und da sogar Rückschläge – siehe Nordrhein-Westfalen, siehe die Wahl eines neuen Bundespräsidenten. Das rot-rot-grüne Spek-

trum agiert nicht gemeinsam. Allerdings werden die Parteien allein ein solches Cross-Over-Projekt auch nicht voranbringen können. Es bedarf dafür eines sehr viel stärkeren gesellschaftlichen Fundaments, einer gesellschaftlichen Grundstimmung, die sich gegen den Mainstream des neoliberalen Denkens artikuliert und auf gesellschaftliche Veränderungen drängt. Ein solches Projekt muss eine kulturelle und eine wissenschaftliche Dimension haben, und es braucht eben auch eine sehr breite Bündnisdimension. Wir müssen uns alle bemühen, Schritte und Ideen zu entwickeln, wie wir diese Situation in den nächsten Jahren auflösen können. Aktuell müssten sich die Akteure eines Cross-Over-Projekts in den nächsten Wochen darauf verständigen, der schwarz-gelben Haushaltssanierung auf Kosten der ganz Schwachen und Armen in unserer Gesellschaft massenhaften Widerstand entgegenzusetzen. Die so genannten Sparbeschlüsse werden mit der Beratung des Bundeshaushalts 2011 im September bis November real. Wir brauchen deswegen sehr schnell einen Verständigungsprozess zwischen Gewerkschaften, Attac, sozialen Bewegungen, SPD, Grünen und der LINKEN, wer welchen Beitrag zur Information, Aufklärung und Mobilisierung in unserem Land leisten kann. Und dies dürfen wir nicht in Konkurrenz zueinander tun, auch nicht, indem wir in denselben Zielgruppen mehr oder weniger fischen. Wir müssen gemeinsam überlegen, welche der Organisationen und Parteien wen am erfolgreichsten ansprechen und mitziehen kann. Allen muss bewusst sein, dass wir im Herbst massenhafte Aktivitäten und Aktionen brauchen, wenn wir den Widerstand gegen die schwarz-gelben Attacken organisieren wollen. Wir müssen uns dabei so begreifen, wie Hans-Jürgen Urban, geschäftsführendes Vorstandsmitglied der IG Metall, es genannt hat: als Mosaik-Linke. Da hat jedes Teil des Mosaiks seine eigene Farbe und seine Souveränität, aber erst zusammen ergibt es ein Bild mit einer Ausstrahlungskraft.

ND vom 19.7.2010

Werner Dreibus ist Bundesgeschäftsführer der LINKEN und Vizevorsitzender der Linksfraktion im Bundestag.

DEMOKRATISCHER SOZIALISMUS – EINE WORTHÜLSE?

Von Gerhard Armanski

Ein linkes Programm ist an die gesellschaftliche Bewegung anzubinden und nicht umgekehrt. Des weiteren hat es die soziale, wirtschaftliche und politische Realität wie das herrschende Bewusstsein mindestens in Umrissen zu benennen. Ein gewisses Maß an theoretischer Triftigkeit sollte es nicht vermissen lassen. Schließlich ist anzugeben, an welchen Bruchstellen linke Aktivitäten greifen können und es sollte über die Verteidigung des Istzustandes bzw. Sozialreform in die sozialistische Richtung weisen. Die den Programmentwurf durchaus markierenden und beachtenswerten antikapitalistischen Aussagen bleiben dabei stehen. Die Autoren machen sich leider nicht die Mühe, die herrschenden Bedingungen zu skizzieren. Dabei ist das für jeden Ansatz linker Politik unverzichtbar. Für die BRD und weithin die westliche Welt gilt, dass das Kapital im wesentlichen unangefochten im Sattel sitzt und die Lohnarbeiter sowie andere abhängige Schichten sich damit wohl oder übel arrangieren. Trotz allen Murrens und gelegentlich aufflackern den Widerstands haben sie ein entpolitisertes Bewusstsein. Die Arbeiterklasse an sich ist meilenweit davon entfernt, zur Klasse für sich zu werden. Sie weiß sehr wohl, dass sie im historischen und internationalen Vergleich trotz aller Unbill relativ gut da steht, hat insofern mehr zu verlieren als ihre Ketten. Eine nach vorn drängende Bewegung in ihr ist nur in einer Minderheit auszumachen.

Was sich sonst in der Gesellschaft umtut, ist um «single point-issues» (Einpunkt-Themen) gruppiert, von wenigen Ausnahmen wie Attac und eben DIE LINKE abgesehen. Der Programmentwurf nimmt nicht einmal das wenige, was ihm der gesellschaftliche Prozeß zuspießt, auf und flüchtet daher in die Ausmalung idealer Zustände, der jede/r Linke und sogar Linkliberale zustimmen kann. Mehr noch, er versucht, den hochgemuten Schein der bürgerlichen Gesellschaft gegen sie zu wenden – vermutlich in der Hoffnung, dass dies der Köder sei, an dem die Fische anbeissen. Ich möchte Revue passieren lassen, wie dünn die theoretisch-politische Grundlage ist, auf die sich der Programmentwurf stützt. Er bezieht sich weit weniger auf Marx als auf die französischen Sozialisten des 18. Jahrhunderts sowie auf Wilhelm Weitling, Rudolf Hilferding und Viktor Agartz.

Das ist keine Geschmacksfrage, sondern eine des Tiefgangs. So werden weder der Staat als politische Formation noch sein Verhältnis zur Ökonomie in den Blick genommen. Die Machtfrage, vor der früher oder später jede sozialistische Bewegung steht, wird mit Begriffen wie «Zurückdrängung» oder «Überwindung» der Kapitalherrschaft mehr vernebelt als geklärt. Überhaupt ist im Programmentwurf

das Politische in der Dialektik von Unterdrückung und Befreiung unterbelichtet, wie auch zentrale Fragen etwa des brisanten Verhältnisses von Individuum und Kollektiv gar nicht erst auftauchen.

KLEINE UND DOCH WICHTIGE DIFFERENZEN

Schon auf Seite 3 (alle Seitenziffern nach der ND-Beilage vom 27./28.3.2010) heißt es: «Die ungebändigte Freiheit der Finanzhaie bedeutet Unfreiheit für die Mehrheit der Menschen» – ein sprachlich und sachlich hinkender Satz. Der Verdacht drängt sich auf und wird im folgenden mehrfach bestätigt, dass es nicht um die gewöhnliche und alltägliche Ausbeutung im Kapitalismus geht, sondern um seine neoliberalen «Auswüchse», die es zu bekämpfen gelte. Diese verschärfen die Lage der abhängig Erwerbstätigen, wohl wahr, aber jene geht darin nicht auf. So bleibt auch die postulierte «nachhaltige Entwicklung anstelle profitorientierten Wachstums» trotz aller Wortkaskaden merkwürdig blass.

Der nachfolgenden Auflistung der Ziele der LINKEN kann man ohne weiteres zustimmen, Wichtiges und Richtiges ist darin angepeilt. Das gilt auch für den historischen Abschnitt. Dass es allerdings die Friedensbewegung war, welche die Blockkonfrontation des Kalten Krieges aufweichte, ist wohl doch etwas hoch gehängt. Die Zeilen über den Sozialismus in der SU und DDR eiern um die historischen Bedingungen, unter denen er belastet und gewagt war, herum. Was als Lehre und Substanz dieser Erfahrungen anzusehen ist, wird nicht gesagt. Stattdessen wird «eine Gesellschaft im Einklang mit der Natur, die sich auf Freiheit und Gleichheit gründet, eine Gesellschaft ohne Ausbeutung und Unterdrückung» in den Himmel sozialistischer Träume gehängt. (S. 5) In den Ausführungen zur Wirtschaftskrise kriegen Finanzkapital und Neoliberalismus ihr Fett ab. Es stimmt, dass sich das anlagesuchende Kapital vermehrt in die Finanzmärkte wirft und damit ein dramatisches Übergewicht gegenüber dem realwirtschaftlichen Kapital erhält. Seine so erscheinende selbsttätige Bewegung ist nur möglich und nötig, weil das Kapital in seiner hohen Ausbeutungsrate und ständigen Vergrößerung an die Grenze der zahlungsfähigen Nachfrage stößt und somit in die Krise samt den bekannten Folgen gerät, die vom spekulativen Kapital und seinen hoch geschraubten Renditeerwartungen ausgelöst und verschärft, aber nicht verursacht wird. Es ist daher auch nicht der Neoliberalismus, der eine «Krise der Zivilisation» (S. 7) bewirkt; vielmehr begleitet diese den Kapitalismus von Anbeginn. «Die Staaten und die Weltgesellschaft bleiben Geiseln der Vermö-

gensbesitzer und Spekulanten» (S. 7) – das waren sie allerdings auch schon vorher im «normalen» industriellen Kapitalismus und werden es auch im postmodernen sein, wenn ihnen nicht gegen das gewöhnliche und spekulative Kapital aufgeholfen wird. Das trifft ebenfalls auf die kapitalistische Inwertsetzung natürlicher Ressourcen zu, die sich «Monsieur le Capital» von «Madame la Terre» aneignet. Nach dem Programmentwurf ist es übrigens die ökologische Malaise, welche die «Systemfrage» (S. 8) stellt, nicht etwa die Destruktivität des Kapitalismus als Produktionsform überhaupt. Es ist daher auch kein Zufall, dass die entfremdeten und teilweise elenden Arbeits- und Lebensbedingungen der arbeitenden Bevölkerung hierzulande und anderwärts im Visier der demokratischen Sozialisten gar nicht erst auftauchen.

Diese benennen ihre Vorstellungen vom 21. Jahrhundert, die um die «Veränderung der Eigentumsverhältnisse» und «eine radikale Erneuerung der Demokratie» (S. 9) kreisen. Ich erpare es mir hier, auf die Vorschläge im einzelnen einzugehen. Ihre Realisierung «wird von vielen kleinen und großen Reformschritten, von Brüchen und Umwälzungen von revolutionärer Tiefe gekennzeichnet» (S. 9). Das hätte man schon gern etwas genauer gewusst! Im folgenden (S. 10–17) wimmelt es von floskelhaften Schlagworten, deren beliebteste «demokratisch», «öffentlich» und «gerecht» sind, ohne dass auch nur einmal ausgeführt wird, was das inhaltlich bedeutet und wie es vor sich geht. Diese Wunschliste kann im Grunde jede/r Progressive unterschreiben, ohne dass er damit schlauer wäre.

Merkwürdigerweise erscheinen nicht einmal in Ansätzen zwei der zentralen Probleme des zeitgenössischen und wahrscheinlich zukünftigen Kapitalismus, die der Programmentwurf entweder ausblendet oder bieder arbeitsorientiert beantwortet. Das ist erstens das «Recht auf Faulheit» (Lafargue gegen Marx) oder, vornehmer und richtiger ausgedrückt, das Recht auf Muße und selbstbestimmte Tätigkeit. Das ist zweitens die vermutlich nicht umkehrbare Entwicklung, dass im hochproduktiven Kapitalismus eine relativ schrumpfende Erwerbsbevölkerung einen mindestens konstanten Anteil Erwerbsloser alimentiert. Darin zeigt sich nichts weniger als die strukturelle Krise der kapitalistischen Produktionsverhältnisse.

«In dem Maße aber, wie die große Industrie sich entwickelt, wird die Schöpfung des wirklichen Reichtums abhängig weniger von der Arbeitszeit und dem Quantum angewandter Arbeit, als von der Macht der Agentien, die während der Arbeitszeit in Bewegung gesetzt werden ... und die selbst wieder in keinem Verhältnis steht zur unmittelbaren Arbeitszeit, die ihre Produktion kostet, sondern vielmehr abhängt vom allgemeinen Stand der Wissenschaft und dem Fortschritt der Technologie.» (Marx, Grundrisse

der Kritik der politischen Ökonomie, Seite 592) und daher beständig Arbeitskräfte freisetzt. In beiden Momenten liegt ein systemsprengendes Potential. Der letzte Abschnitt «Gemeinsam für einen Politikwechsel und eine bessere Gesellschaft» (17 f.) kann nach dem Gesagten keine großen Überraschungen mehr bergen. Man strebe «ein breites gesellschaftliches Bündnis gegen Neoliberalismus und Kapitalherrschaft» an und trete «für eine linke demokratische, soziale, ökologische und friedliche Politik zur solidarischen Umgestaltung der Gesellschaft» ein. Es ist unklar, an wen man damit wie anknüpfen will und bleibt schließlich an der «Entwicklung von langfristigen Reformalternativen» hängen.

Letztendlich geht es dem Programmentwurf genau darum: den Sozialstaat wieder zu gewinnen und auszubauen, ohne auch nur ein Wort darüber zu verlieren, dass er sich einer spezifischen historischpolitischen Konstellation verdankte, die sich heute in ihr Gegenteil verkehrt hat und nur – wenn überhaupt – mit einer gewaltigen Kraftanstrengung wieder herzustellen wäre. Der postulierte Druck außerparlamentarischer Bewegungen auf linke Parlamentarier ist allerdings nicht zu sehen. Diese agieren weitgehend allein im parlamentarischen Raum – und es ist noch gar nicht ausgemacht, dass er sie nicht schlucken wird. Das System, um Goethes «Faust» zu zitieren, hat «einen großen Magen», der auch bereits die Grünen verdaut. So bleibt letztendlich offen, was das heisst: «Gemeinsam können wir dieses Land verändern und eine bessere Gesellschaft aufbauen.» (S. 18)

POSTMODERNE JAKOBINER

Wann hätten sich Kapitalismus und bürgerliche Demokratie je durch ihren idealen Schein von ihren alltäglichen und strategischen Interessen abhalten lassen? Sie akzeptieren ihn, so lange er ihre Kreise nicht stört und ihnen obendrein höhere Weihen verleiht. Wenn sich allerdings ökonomische und politische Krisen auch nur am Horizont abzeichnen, können sie sehr ungemütlich werden, wie ihre Geschichte und heutige Politik weidlich beweist. Gleichwohl ist es richtig, an den hehren Postulaten des Grundgesetzes festzuhalten, obgleich diese (vgl. Verbot des Angriffskriegs und das Asylrecht) immer wieder durchlöchert werden. Es liegt in dieser Konfrontation durchaus ein grenzüberschreitendes Moment, wie Rosa Luxemburg betonte: Denn eine wirkliche soziale Demokratie ist nur im Sozialismus möglich und muss erkämpft werden. Das Grundgesetz wie bürgerliche Verfassungen überhaupt sind daher bloß Ausgangs-, nicht Endpunkt der sozialistischen politischen Bewegung.

Wohin es führt, wenn man die Idee einer Sache für die Wirklichkeit hält, lässt sich in der Geschichte besichtigen. Die französischen radikalen Republikaner – Sansculottes oder Jakobiner – gedach-

ten, die Losungen der Revolution kompromisslos durchzusetzen. Sie endeten im egalistischen Terror; die Kehrseite ist der Opportunismus. Die anstehenden Produktionsverhältnisse waren ihnen nicht im Blick. Diese betraten dann in Gestalt der bonapartistischen Bourgeoisie die Bühne. Ähnliches gilt für die mexikanische Revolution oder den Februarumsturz 1917 in Russland.

Es ist noch gar nicht ausgemacht, wohin der Hase der LINKEN läuft. Entweder will er sich nur an den Futterrüben des wie immer gewandelten herrschenden politischen Systems gütlich tun, oder er wagt

sich ins Freie des sozialistischen Aufbruchs, wie das Andrej Platonov für die frühe Sowjetunion meisterhaft beschrieb. Der ist freilich voller Wagnisse und Untiefen. Wer indes als Sozialist die kapitalistische Produktions-, Konsum- und Legitimationsmaschine unterschätzt und mit einem Salto im vorgestellten Wunschland landen will, den bestraft das Leben.

ND vom 26.7.2010

Gerhard Armanski ist Sozialwissenschaftler und lehrt in Poznan/Polen.

MILITÄREINSÄTZEN NICHT ZUSTIMMEN

Von Gregor Schirmer

Die Linkspartei definiert sich mit dem Programm-entwurf als eine radikal antimilitaristische politische Kraft. Es heißt dort: «Wir fordern ein sofortiges Ende aller Kampfeinsätze der Bundeswehr. Dazu gehören auch deutsche Beteiligungen an UN-mandatierten Militäreinsätzen nach Kapitel VII der UNCharta.» Ich verstehe diesen Satz so: Der bewaffnete Einsatz deutscher Soldaten wird nur zur individuellen und kollektiven Selbstverteidigung akzeptiert. Ansonsten soll sich Deutschland aus allen militärischen Konflikten heraushalten, aus Kriegen und aus bewaffneten Auseinandersetzungen unterhalb der Kriegsschwelle, aus zwischenstaatlichen Waffengängen wie aus Bürgerkriegen, aus NATO- oder EU-geführten Militäreinsätzen wie aus UN-mandatierten militärischen Maßnahmen. Deutschland soll seinen Beitrag zum Frieden und zur internationalen Sicherheit mit zivilen politischen, diplomatischen, ökonomischen, sozialen und kulturellen Mitteln leisten. Eine solche politisch-pazifistische Haltung hat ihren historischen Grund in der deutschen Verantwortung für das Völkergemetzel des Zweiten Weltkriegs und für Auschwitz. Sie steht im Einklang mit den Vereinbarungen der Antihitler-Koalition und hat das Grundgesetz auf ihrer Seite, das den Einsatz der Bundeswehr nur zur Verteidigung erlaubt. Völkerrechtlich ist eine militärische Abstinenz Deutschlands durchaus zulässig. Weder die UNO-Charta noch der NATO-Pakt noch der EU-Vertrag verpflichten Deutschland zum Waffendienst.

Ist diese Position lebensfremd, weil Deutschland politisch und ökonomisch ein «global player» ist, der zwangsläufig auch militärisch mitmischen muss? Oder ist sie deutsche Drückebergerei auf Kosten anderer, die ihren Kopf hinhalten müssen? Oder ist sie eine Missachtung solidarischer Verpflichtungen gegenüber Bündnispartnern, die eher mehr militäri-

sches Engagement der Bundesrepublik erwarten? Oder ist sie nur eine fromme Utopie, an die man glauben kann oder auch nicht? Die Linkspartei darf sich nach meiner Meinung auf solche Logiken nicht einlassen. Gegen die Einwände wiegt viel schwerer die Erkenntnis, dass mit militärischer Gewalt und Krieg keiner der Herausforderungen unseres Jahrhunderts wirksam zu begegnen ist.

Ich verkenne nicht, dass der UNO-Sicherheitsrat nach Kapitel VII der Charta das Recht hat, nach Feststellung einer Bedrohung oder eines Bruchs des Friedens oder einer Angriffshandlung (Art. 39) als letztes Mittel militärische Sanktionsmaßnahmen zu beschließen (Art. 42). Aber die dafür notwendigen Streitkräfte wurden ihm nie zur Verfügung gestellt, weder während des Kalten Krieges noch danach. Die dem Rat übertragene Hauptverantwortung für die Wahrung des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit (Art. 24) ist bei ihm in seiner gegenwärtigen Verfasstheit nicht gut aufgehoben. Seine Zusammensetzung widerspiegelt in keiner Weise die Staatenvielfalt der Gegenwart. Die «Dritte Welt» ist vollkommen unterrepräsentiert. Das Vetorecht und die ständige Mitgliedschaft von fünf Mächten ist nicht mehr zeitgemäß. Die Praxis der Mandatierung von Kampfeinsätzen ist von eigensüchtigen Interessen der Großmächte, vor allem der USA geleitet und selektiv. Der Sicherheitsrat muss demokratisiert und handlungsfähig gemacht werden, wenn seine Beschlüsse Akzeptanz erreichen sollen. Michael Brie hat in seiner Auflistung diskussionswürdiger Fragen (ND 22.3.10) geschrieben, die Ablehnung von Kampfeinsätzen der Bundeswehr einschließlich von militärischen Einsätzen nach Kapitel VII der UN-Charta sei «weitgehend Konsens in der Linken». Da bin ich mir nicht so sicher. Wer anstrebt, die Linkspartei 2013 oder später als Koalitionspartner in eine Bundesregierung zu bringen, wird wohl

oder übel Kompromissmöglichkeit in dieser Frage signalisieren müssen und wird sich das nicht vom Parteiprogramm verbieten lassen wollen. Dass der einzig denkbare große Koalitionspartner SPD seine prinzipielle Zustimmungsbereitschaft zu Kapitel-VII-Einsätzen der Bundeswehr für eine Liaison mit der Linkspartei auch nur infrage stellt, kann wohl für überschaubare Zeiten ausgeschlossen werden. Michael Brie meint, «natürlich bleibt das Problem, ob es nicht im Ausnahmefall militärische Interventionen geben kann, die auch durch DIE LINKE gefordert werden können». Er erinnert an das Beispiel des Eingreifens Vietnams in Kambodscha. Meine Antwort: Es ist für Linke politisch und moralisch unzulässig, einem Völkermord und anderen schwerwiegenden Verbrechen gegen die Menschenrechte und Kriegsgesetze – wo und von wem auch immer begangen – untätig zuzuschauen. Dagegen müssen und können alle zulässigen Mittel unterhalb der Schwelle militärischer Gewalt eingesetzt werden: Parlamentarische und außerparlamentarische Kämpfe, politisch-diplomatischer Druck, Waffenembargo, internationale Isolierung und Strafverfolgung der für die Verbrechen verantwortlichen Machthaber und schließlich auch Wirtschaftssanktionen, die möglichst nicht die Bevölkerung treffen. Wenn solche und ähnliche Maßnahmen konsequent durchgeführt würden, könnte Völkermord gestoppt werden. Krieg und Militärinterventionen sind weder politisch geeignet und erfolgversprechend, noch moralisch vertretbar und völkerrechtlich zulässig, um Menschenrechte durchzusetzen. Und

wenn trotzdem eine Neuauflage von faschistischem Massenmord und ein neues Auschwitz irgendwo in der Welt drohen? Mit Sicherheit auszuschließen ist das nicht. Die Geschichte wiederholt sich zwar nicht, ist aber auch nicht berechenbar. Wenn dieser schlimmste aller denkbaren Fälle eintritt, muss die Partei DIE LINKE von heute auf morgen eine Sondersitzung des Parteitags einberufen, um neu zu entscheiden. Diesen Sonderfall im Parteiprogramm zu regeln, ist nicht sinnvoll. Es geht darum, einem solchen Fall vorzubeugen, Krieg und Faschismus zu verhindern. Ich plädiere dafür, dass der Satz über die Ablehnung von Einsätzen der Bundeswehr so oder so stehen bleibt. Er ist für das Selbstverständnis der Partei DIE LINKE als Antikriegs-Partei von grundsätzlicher Bedeutung. Der Beschluss des Rostocker Parteitags stimmt mich optimistisch: «Wir geben damit dem Willen der Bevölkerungsmehrheit eine klare Stimme gegen Krieg, für ein Ende von Auslandseinsätzen der Bundeswehr, für Abrüstung und die Umwandlung von Rüstungsproduktion in zivile Produktion, gegen Rüstungsexporte und Militärinterventionen, für das Völkerrecht und das in ihm festgelegte Gewaltverbot in den internationalen Beziehungen, für zivile Friedenssicherung und eine Stärkung von Entwicklungszusammenarbeit und für eine zivile Außen- und Sicherheitspolitik Deutschlands und der Europäischen Union».

ND vom 2.8.2010

Gregor Schirmer ist Völkerrechtler und Mitglied des Marxistischen Forums und des Ältestenrates der LINKEN.

DER DEUTSCHE SONDERWEG

Von Lorenz Knorr

Es bleibt ein prägendes und fortwirkendes Faktum, dass ab 1789 zwei unterschiedliche geschichtsbestimmende Wege in Europa zu konstatieren sind. An der Französischen Revolution mit dem Sieg des aufsteigenden Bürgertums über die parasitäre Herrschaft von Thron und Altar schieden sich die Geister. Die einen hielten an den Verheißungen «Volkssouveränität, Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit» fest. Und das, obwohl der sich entwickelnde Kapitalismus diese Parolen fast in sein Gegenteil verkehrte. Immerhin entfaltete sich die bürgerlich-kapitalistische Demokratie – mit all ihren Problemen. Auch die rapid wachsende Arbeiterbewegung fand ausreichende politische Entfaltungschancen und zudem Anerkennung als gesellschaftliche Kraft.

In deutschen Ländern dagegen setzten die Feudalherrscher ihre Vorherrschaft fort bis 1918: mit

höchst autoritären Praktiken und das Volk als «Untertanen» behandelnd. Von «Souveränität» konnte nicht die Rede sein. Das Volk sei zur eigenen Schicksalsgestaltung nicht fähig; es bedürfe der Lenkung durch die «von Gott begnadeten Eliten», hieß es, diese seien zur Herrschaft berufen. Die bürgerliche Revolution von 1848 blieb auf halbem Wege stecken. Fortan flüchtete sich die große Mehrheit des Bürgertums unter die Fittiche feudaler Macht: vor dem aufsteigenden Proletariat, das mit den Parolen der Französischen Revolution von 1789 auftrat und der Ergänzung, dass die wichtigsten Produktionsmittel in die öffentliche Hand gehörten. Symbolisch: Das politische Rückgrat des Bürgertums blieb gebrochen, von einer kleinen Minderheit abgesehen.

Ein Friedrich Nietzsche mit seiner Abkehr von Wissenschaftlichkeit und den von ihm gesetzten Prio-

ritäten: Intuition, Instinkt und Mythos vermochte nur auf deutschem Boden derartigen Einfluss zu erreichen. Zurecht nennt man Nietzsche den «geistigen Vorläufer Hitlers». Wer die «Züchtung» des (deutsch-germanischen) «Übermenschen» proklamiert, «nur Herren und Knechte» kennt, Demokratie und Frieden als Entartung und «Schwäche» denunziert, musste verheerenden Einfluss auf das Denken und Verhalten erreichen: nicht nur auf das Bürgertum; auch der Adel «profitierte» von Nietzsches Irrlehre.

Es entsprach der Angst des seinen Abstieg befürchtenden Bürgertums, wenn Nietzsche jeden historischen Progress leugnete. Die ewige Wiederkehr des Gleichen verhieß die Fortdauer des vom Bürgertum mehrheitlich unterstützten Obrigkeitsstaat. Die deutsche Reichsgründung von 1870/71 verweist ebenfalls auf eine deutsche Besonderheit: verspätet, auf fremdem Boden, ohne Volk sowie mittels Krieg samt Annexionen. Mitgeholfen wurde am Niederschlagen der Pariser Kommune, dem ersten Versuch, eine völlig neue, von der gesellschaftlichen Basis her gestaltete Staatsmacht zu organisieren. Das Sozialistengesetz Bismarcks von 1878 bis 1890 wäre in keinem von 1789 geprägten Staat möglich gewesen. Es ist Teil der Besonderheiten der deutschen Entwicklung als Ausdruck des «deutschen Sonderwegs». Zur Ironie der Geschichte gehört, dass die deutsche Arbeiterbewegung durch dieses autoritär-obrigkeitsstaatliche Gesetz härter als sonst zusammengeschmiedet wurde und dass sie nachher ungleich stärker war als vorher. Die wirtschaftliche und politische «Aufholjagd», um «einen Platz an der Sonne» zu erkämpfen, brachte eine ungleich größere Aggressivität mit sich bei der versuchten Realisierung der von den Herrschenden gesetzten Ziele: Machtkonzentration durch Niederhaltung aller oppositionellen Akteure intern und größte Skrupellosigkeit in der Auswahl der Mittel in der internationalen Arena. Die spezifische Mischung von herkömmlicher autoritärer Feudalherrschaft und kapitalistischer Unterdrückungspraxis bzw. wirtschaftlicher Machtausübung ist in dieser Form mit total inhumanen Inhalten in anderen kapitalistischen Staaten nicht vorzufinden.

Die deutsche Arbeiterbewegung galt zweifellos zurecht als die wissenschaftlich bestgerüstete und an Marx/Engels orientierte, vorbildlich organisierte und im Emanzipationskampf auch höchst erfolgreich. Schon im deutsch-französischen Krieg von 1870/71 stimmten August Bebel und Wilhelm Liebknecht beispielhaft gegen Kriegskredite. Sie postulierten: «Diesem System keinen Mann und keinen Groschen!» Die Gefahr eines neuen höchst opferreichen Krieges wurde erkannt. Man warnte rechtzeitig, aber leider umsonst.

Was aber geschah 1914? «Burgfriedenspolitik» und Bewilligung der Kriegskredite. 1918 boten sich alle Voraussetzungen, das Parteiprogramm der SPD

mit Verstaatlichungsauftrag für die wichtigsten Produktionsmittel durchzusetzen. Jene wären zu entmachten gewesen, die später als «Totengräber» der Weimarer Republik fungierten. Ebert und Noske legten einen Grundstein für 1933, weil ihnen das Bündnis mit des Kaisers Generalen und Wirtschaftsbossen wichtiger war als das mit dem revolutionären Teil der Arbeiterklasse. Es sind nicht nur geschichtliche Vorgaben, die das barbarische Bündnis von Kapitalherren, Generalität und NS-Führungs-Clique ermöglichten. Die Alternative «Fortschritt zum Sozialismus oder Rückfall in die Barbarei» wirkte. Eine Zwangslage für den Faschismus gab es nicht. Die deutschen Faschisten fanden Vorbilder und Unterstützer in anderen Staaten. Nachwirkungen des deutschen Sonderwegs zeigten sich in der BRD und speziell nach der Annexion der DDR. Wenn leitende Helfer Hitlers wieder an die Schalthebel der BRD gelangten, so hat dies auch etwas mit Interessen der US-Führung zu tun: mit Antifaschisten war ihre gegen die UdSSR gerichtete Globalstrategie nach 1945 nicht zu realisieren. Das 131er Gesetz der BRD von 1951 vervielfältigte die Rehabilitierung und Reaktivierung von Hitlers Helfern. Contra Kommunisten und pro NS-Amtswalter blieb die Losung der CDU-Kanzler, nicht nur bis zum Verbot der KPD 1956. In keinem anderen europäischen Land außer dem faschistoiden Spanien und Portugal wäre dieses Verbot denkbar gewesen. Geschichtsblinder Antikommunismus als Staatsdoktrin, übernommen vom faschistischen Deutschland, prägte das politische Geschehen in der BRD.

Die von rechtskonservativen, deutschnationalen und faschistischen Akteuren geprägte CDU/CSU unterschied sich in ihren Reaktionen deutlich von anderen konservativen Parteien. In keiner derartigen Partei Europas fanden sich so viele Ex-Nazis bzw. Kollaborateure wie in der CDU/CSU: sie akzeptierten die Nachkriegsgrenzen nicht und wirkten als permanenter Störenfried in Europa. Sie strebten nach atomaren Vernichtungsmitteln, um ihre territorialen Ansprüche durchzusetzen. Sie diffamierten die SPD als «Handlanger Moskaus» und unterstellten ihr, den «Untergang Deutschlands» zu bewirken. Nach 1989/90 realisierte man die «Delegitimierung der DDR» und verhängte Berufsverbote gegen die einst «staatstragenden Akteure». Das Verhalten der größeren BRD in der EU ist nicht nur von der Kapitalexpansion geprägt, sondern zugleich von den Nachwirkungen des deutschen Sonderwegs. Es gibt viele Beispiele dafür, dass der deutsche Sonderweg seine Spuren bis in unsere Zeit in die politische Landschaft gräbt.

ND vom 2.8.2010

Lorenz Knorr war Bundessekretär der Sozialistischen Jugend Deutschlands – Die Falken und ist Mitglied der DKP.

KAPITALISMUS UND STAAT

Von Michael Heinrich

Die Entwicklung linker Parteien, die einst den Kapitalismus überwinden wollten, war im letzten Jahrhundert ein einziges Trauerspiel. Entweder sie rückten wie die Sozialdemokratie immer weiter von ihrer ursprünglichen Kritik ab, wurden zu bloßen Verwaltern der politischen Apparate und bemühten sich, eine reibungslose Kapitalakkumulation sicherzustellen, oder sie behielten wie die meisten kommunistischen Parteien ihre Kapitalismuskritik bei, verschrieben sich aber mit Haut und Haaren der Verteidigung eines autoritären und überaus repressiven Sozialismusmodells, das nicht einmal ansatzweise kritisiert werden durfte. Jene Parteien aber, die an einer radikalen Kritik sowohl des Kapitalismus wie des «Realsozialismus» festhielten, verschwanden in aller Regel in der politischen Bedeutungslosigkeit, sofern sie diese überhaupt je verlassen hatten.

Angesichts dieser Geschichte gibt es gute Gründe für die Skepsis und Distanziertheit, mit der heutzutage so manche, die sich in Gewerkschaften oder sozialen Bewegungen engagieren, den linken politischen Parteien begegnen. Insofern ist es alles andere als unwichtig, dass DIE LINKE in ihrem Programmwurf einerseits jeden autoritären Sozialismus ablehnt und andererseits gleich zu Anfang deutlich erklärt: «Wir kämpfen für einen Systemwechsel, weil der Kapitalismus ... auf Ungleichheit, Ausbeutung, Expansion und Konkurrenz beruht» (Seite 3 – alle Seiteziffern nach der ND-Beilage vom 27./28.3.2010).

GEGEN WELCHEN KAPITALISMUS?

Allerdings geht es nicht ganz so eindeutig weiter. Der letzte Absatz des Entwurfs wendet sich nur noch gegen den «ungehemmten Kapitalismus» (18), zwischendurch ist es vor allem der «Finanzmarktkapitalismus» (7), der kritisiert wird. Zwar heißt es zu Beginn des Abschnitts Demokratischer Sozialismus im 21. Jahrhundert «Der Kapitalismus ist nicht das Ende der Geschichte.» (8) Kurz danach ist aber davon die Rede, dass DIE LINKE eine Wirtschaftsordnung anstrebe, in der verschiedene Eigentumsformen ihren Platz haben sollen, «staatliche und kommunale, gesellschaftliche und private, genossenschaftliche und andere» (9).

Diesen Mix der Eigentumsformen muss DIE LINKE aber nicht erst als Fernziel anstreben, im real existierenden Kapitalismus gibt es ihn schon längst. Geradezu dementiert wird die grundsätzlich anti-kapitalistische Orientierung mit dem Satz: «Private Gewinnorientierung kann Produktivität und technologische Neuerung befördern, solange kein Unternehmen stark genug ist, Preise und Umfang des

Angebots zu diktieren.» (10) Findet die anfangs geäußerte Kapitalismuskritik ihre Erfüllung bereits in einer verschärften Kartellgesetzgebung? Dass uns der kleine Kapitalismus der produktiven Konkurrenz vor dem großen der unproduktiven Monopole retten soll, gehört jedenfalls seit eh und je zum Credo von Liberalismus und Neoliberalismus.

Auch wenn es im vierten Abschnitt unter der Überschrift «Linke Reformprojekte» heißt: «Soziale Ungleichheit der Einkommen und Vermögen sind nur gerechtfertigt, wenn sie auf unterschiedlicher Leistung beruhen oder als Anreiz für die Bewältigung gesellschaftlicher Aufgaben notwendig sind» (12), wird jeder Neoliberale aus vollem Herzen zustimmen. Zwar wird DIE LINKE für Leistung vielleicht andere Kriterien in Anschlag bringen wollen als die Neoliberalen; doch von der Marx'schen Einsicht, dass Lohn und Profit wenig mit Leistung zu tun haben, aber viel mit der (auch für das Kapital notwendigen) Reproduktion der Lohnabhängigen einerseits und der Ausbeutung eben dieser Lohnabhängigen andererseits, ist nicht mehr viel übrig geblieben.

Damit keine Missverständnisse entstehen: Es geht nicht um die Reinheit irgendwelcher Lehren, sondern schlicht und einfach um die Frage, was DIE LINKE als den zentralen Gegenstand ihrer Kritik betrachtet: den Kapitalismus als wirtschaftliches und gesellschaftliches System oder lediglich einige der Auswüchse dieses Systems. Den «Raubtierkapitalismus» und das «ungehemmte Gewinnstreben» der Banken zu kritisieren, gehört heute jedenfalls schon zum guten Ton staatstragender Ansprachen konservativer Bundespräsidenten.

Vielleicht ist dieses Hin- und Herschwanken nicht allein einer politischen Unentschiedenheit geschuldet, sondern auch einem analytischen Mangel. Die Systemlogik des Kapitalismus bleibt im gesamten Programmwurf erheblich unterbelichtet. Kapitalismus scheint vor allem ein Problem des zu großen Einflusses von Kapitalbesitzern und großen Konzernen zu sein. Gleich zu Anfang wird betont, dass sich DIE LINKE nicht den «Wünschen der Wirtschaftsmächtigen» (3) unterwerfen will; mehrfach wird die «Erpressungsmacht großer Konzerne» (4) hervorgehoben und die «aggressiver» gewordenen «Ansprüche der Kapitaleigner» (6). Dass der Kapitalismus aber auf einem systemischen Imperativ beruht, der Profitmaximierung, wird nicht so deutlich ausgesprochen. Dabei entspringt dieses Profitmaximierungsprinzip nicht aus der Gier der einzelnen Kapitaleigner, es wird ihnen vielmehr durch die Konkurrenz aufgezwungen – nur wer sich am Kampf um die höchsten Profite beteiligt, hat eine

ausreichende Grundlage für die Investitionen, die nötig sind, um in der nächsten Runde der Konkurrenz national und international mithalten zu können.

MIT WELCHEM STAAT?

Dem personalisierend aufgefassten Kapitalismus wird der Staat gegenübergestellt, der in der Perspektive des Programmentwurfs der Vertreter des Guten und Edlen sein sollte, dies aufgrund der Macht der Kapitaleigner und des Unwillens der regierenden Politiker aber leider nicht ist. «Die Möglichkeit demokratischer Einflussnahme und Mitgestaltung schwindet in dem Maße, wie die Macht der Konzerne und Finanzmogule zunimmt» (7), heißt es unter der Zwischenüberschrift «Aushöhlung der Demokratie».

Da würde man natürlich gerne erfahren, in welchem goldenen Zeitalter die Demokratie weniger ausgehöhlt war: In den 1960er Jahren, bevor der «Finanzmarktkapitalismus» so richtig in Fahrt kam und die außerparlamentarische Opposition gegen die Notstandsgesetze sowie die Unterstützung des Vietnamkrieges und des Schah-Regimes protestierte? Oder während des repressiven Antikommunismus der Adenauer-Ära? Die Schwierigkeiten, das goldene Zeitalter der noch nicht ausgehöhlten Demokratie zu finden, verweisen darauf, dass das Verhältnis zwischen Staat und Kapital doch etwas anders aussehen könnte, als es der Programmentwurf skizziert. Offensichtlich stellt man sich die Macht der «Konzerne und Finanzmogule» komplementär zur Macht des Staates vor: Steigt die Macht der einen Seite, vermindert sich die Macht der anderen. Konsequenterweise wird gefordert, die Macht der Konzerne zurückzudrängen, was insbesondere durch die Verstaatlichung privater Banken (11) und strukturbestimmender Großbetriebe (9) erfolgen soll. Während der Finanzkrise machten die staatlichen Landesbanken aber auch keine bessere Figur als die privaten Banken. Zwar wird an einer (einzigen) Stelle des Entwurfs erwähnt, dass öffentliches Eigentum keine «Garantie» (10) für ein anderes Wirtschaften sei, doch sei es dessen Voraussetzung.

Was aber hinzukommen müsse, damit die öffentlichen Unternehmen ein anderes Wirtschaften einleiten, bleibt vage. Es wird zwar in immer neuen Wendungen betont, dass der Einfluss der Kapitaleigentümer zurückzudrängen und derjenige der öffentlichen Hand auszudehnen sei. Wenn es aber darum gehen müsste, was denn konkret mit diesem größeren Einfluss gemacht werden soll, taucht nur die immer gleiche Zauberformel auf: «demokratische Kontrolle». Was soll nicht alles demokratisch kontrolliert werden: die Europäische Zentralbank, die Energieversorgungsunternehmen, die Daseinsvorsorge, schließlich sogar die Marktsteuerung und auch noch die Medien.

Wie soll das aber aussehen? Sollen die Parlamente über Veränderungen der Leitzinsen und die Energieträger abstimmen? Soll die gewählte Regierung Einfluss auf Personal und Inhalte der Medien nehmen (so wie vor nicht allzu langer Zeit Roland Koch beim ZDF)? Man hat den Eindruck, dass immer dann, wenn nicht so genau klar ist, was eigentlich passieren müsste, das Stichwort «demokratische Kontrolle» aus dem Hut gezaubert wird. Soll «demokratische Kontrolle» nicht zur leeren Phrase werden, müsste zumindest angedeutet werden, wer nach welchen Kriterien und in welcher Weise kontrollieren soll.

Beim Versuch, konkreter zu argumentieren, würde vielleicht auch deutlich werden, dass das Verhältnis von Staat und Kapital sich gerade nicht auf dasjenige des Einflusses unterschiedlicher Personengruppen (der Kapitalbesitzer auf den Staat, der Politiker auf die Wirtschaft) reduziert. Staat und Kapital stehen in einem strukturell begründeten, wechselseitigen Abhängigkeitsverhältnis, das auch ohne alle personelle Einflussnahme existiert. Kapitalistische Produktion hat den Staat in vielfältiger Weise zur Voraussetzung: als Garant des Eigentums und der Einhaltung von Verträgen, aber auch als diejenige Instanz, welche die materiellen Voraussetzungen der kapitalistischen Produktion bereitstellt, die vom Kapital nicht oder nur unzureichend produziert werden können, wie z. B. die verschiedenen Infrastrukturen, aber auch ein Bildungssystem, das ausreichend qualifizierte Arbeitskräfte liefert, ein Gesundheitssystem, das die beschädigte Arbeitskraft wieder verwertbar macht etc.

Der Staat ist seinerseits auf eine funktionierende Kapitalakkumulation angewiesen, nur dann entstehen ausreichend Steuereinnahmen und die Sozialausgaben halten sich in Grenzen. Auch ohne eine direkte Einflussnahme von «Konzernen und Finanzmogulen» ist deshalb jede Regierung gezwungen, die systemischen Imperative der Kapitalverwertung in der einen oder anderen Weise zu berücksichtigen. Nicht selten setzen daher linke Parteien, wenn sie endlich in der Regierung angekommen sind, in wesentlichen Punkten die Politik der gerade abgelösten Vorgänger fort. Damit soll nicht geleugnet werden, dass es durchaus unterschiedliche Formen des Kapitalismus und unterschiedliche Möglichkeiten der politischen Gestaltung gibt. Dass der Staat als «ideeller Gesamtkapitalist» (Engels) den formellen Ordnungsrahmen sowie diejenigen materiellen Voraussetzungen der Kapitalakkumulation bereitstellen muss, die das Kapital selbst nicht bereitstellen kann, heißt noch lange nicht, dass in jeder Situation klar wäre, wie diese Aufgabe am besten erfüllt werden kann. Dass inzwischen auch das politische Personal bis hin zum Bundespräsidenten vor ungehemmtem Kapitalismus und zu großer Bankenmacht warnt,

macht deutlich, dass es im Moment keineswegs klar ist, wie viel Regulierung nötig ist oder welches Gewicht der Bankensektor gegenüber dem industriellen Kapital haben soll. Nur dreht es sich bei diesen Debatten um eine Neujustierung der politischen Rahmenbedingungen des Kapitalismus und keineswegs um den Anfang von seinem Ende.

KEYNESIANISCHER WUNSCHZETTEL

Wenn DIE LINKE in solche Debatten einsteigt, dann sollte sie sich zumindest über deren Charakter Rechenschaft ablegen und sich überlegen, worum es ihr selbst geht: darum, den angeschlagenen Kapitalismus wieder funktionstüchtig zu machen, oder diese Schwäche dafür zu nutzen, Zugeständnisse an die subalternen Klassen zu erreichen, die ihnen sowohl das gegenwärtige Leben etwas erleichtern als auch die Bedingungen für zukünftige Kämpfe verbessern. Letzteres setzt voraus, dass man bereit ist, grundsätzliche Konflikte einzugehen. Stellenweise liest sich der Programmentwurf allerdings wie der keynesianische Wunschzettel an den Weihnachtsmann: als ob durch ausreichende Regulierung sowie einen verstaatlichten Finanzsektor (der selbstverständlich «demokratischer Kontrolle» unterworfen ist) ein Kapitalismus geschaffen werden könne, der alle Widersprüche versöhnt. Wer dieser Illusion

aufsitzt, wird die genannte Differenz in der Zielsetzung politischer Interventionen wohl gar nicht mehr wahrnehmen. Erst recht wird man die Bedeutung außerparlamentarischer Bewegungen verkennen: Zwar erwähnt der Programmentwurf, dass sich linke Politik auf außerparlamentarischen Druck von Gewerkschaften und sozialen Bewegungen stützen müsse (18), doch erscheinen diese als bloße Hilfstruppen für eine in Parlamenten stattfindende Politik. Soll das Ziel wirklich der zu Beginn des Entwurfs angekündigte «Systemwechsel» sein, dann sind die außerparlamentarischen, kapitalismuskritischen Bewegungen nicht bloß Hilfstruppen, sie sind vielmehr die Hauptakteure, von denen eine linke Partei, ob sie das nun will oder nicht, abhängig ist.

Dass diese Bewegungen im Programmentwurf kaum vorkommen, dass die Frage, wie eine den angestrebten Systemwechsel tragende Bewegung dauerhaft mobilisiert und unterstützt werden kann, nicht einmal gestellt wird, lässt daran zweifeln, wie ernst dieser Systemwechsel tatsächlich gemeint ist. Aber der Programmentwurf soll ja noch eine Weile debattiert werden.

ND vom 9.8.2010

Michael Heinrich ist Redakteur der Zeitschrift PROKLA und Mitarbeiter der MEGA-Edition.

GLEICHHEIT UND GESCHLECHTERGERECHTIGKEIT – WAS WILL FRAU MEHR?

Von Margarete Tjaden-Steinhauer

Ein Seiteneingang der «Galeria Kaufhof» in unserem schönen Städtchen gibt der Benutzerin und dem Benutzer einen kuriosen Anblick frei, den Anblick auf ein überwältigendes Arsenal von Büstenhaltern. Mich erinnert diese Gerätschaft an landwirtschaftliches Geschirr, an Joch und Kummet, mit denen tierliche Körperkraft von Menschen in ihren Dienst gezwungen wird. Weisen Büstenhalter nicht in dieselbe Richtung? Sind sie nicht ein Instrument, das zwar nicht den unmittelbaren Gebrauch von Körpervermögen bewerkstelligt, wie jenes landwirtschaftliche Geschirr, wohl aber die öffentliche Präsentation der besonderen prokreativen Körperpotentiale der Menschen mit weiblichem Körpergeschlecht? Und steckt in dieser Präsentation nicht die Präntention, diese Potentiale seien ein gesellschaftlich verfügbares Gut? Wohnt also dem Büstenhalter nicht eine ebensolche heteronome Verfügungsgewalt inne wie dem landwirtschaftlichen Geschirr? Sind Frauen in unserer Kultur also nicht ihre eigenen «Herrinnen» und auch nicht die ihres eigenen körperlichen Fortpflanzungspotentials wie

Männer Herren des ihrigen sind? Wenn sie diese Herrinnen wären, würde es weder die bürgerliche Ehe, noch die bürgerliche Familie geben. Beide sind nicht erforderlich, damit Frauen das besondere Fortpflanzungsvermögen, das ihr Körper dem männlichen Körper voraus hat, wirksam werden lassen können: Nachwuchs, neue menschliche Individuen zur Welt zu bringen. Und auch nicht dafür, diesen die notwendige Betreuung zukommen zu lassen. Wenn der Zweck des Instituts Ehe und der Institution Familie nicht darin liegen, überhaupt Nachwuchs hervorzubringen und ihn zu betreuen, worin liegt er dann? Allem Anschein nach doch darin, Frauen bzw. Mütter und ihren Nachwuchs Männern bzw. Vätern zur Verfügung zu halten. Denn ohne diese gesellschaftlichen Einrichtungen stünden Männer ohne Kinder da – worüber sicher so mancher Mann heute froh wäre.

Aber während die Väter Verfügung(sgewalt!) gewinnen, geben die Mütter die Verfügung, die sie über ihre prokreative Potenz und deren Gebrauch haben, aus der Hand. Kein Mann tut etwas der-

gleichen. Das Wort Familie beherbergt also eine eigenartige gesellschaftliche Anordnung von erwachsenen und heranwachsenden Menschen weiblichen und männlichen Körpergeschlechts, die den erwachsenen Letztgenannten die Verfügung über eine Naturpotenz verschafft, derer sie sonst nicht ohne weiteres habhaft werden könnten. Erwachsene weiblichen Körpergeschlechts sind nun dagegen von klein auf gehalten, sich der Verfügung über dasjenige zu enthalten, worauf Väter und Ehemänner mittels der gesellschaftlichen (Zwangs!) Institution Familie einen Anspruch erheben (können). So kommt es, dass ihre ureigenen körperlichen Fortpflanzungspotenzen ihnen entfremdet und verdinglicht werden und zwangsweise zu einer beliebig nutzbaren Sache gemacht werden, die jenen unmittelbar zu Diensten steht – und dies nicht erst in der bürgerlichen Gesellschaft. Und Frau bedenke, diese eigenartige Anordnung ist keine theoretische Handlungsanleitung, sondern alltägliches praktisches Tun und Lassen der beteiligten Individuen. Es ist eine – freilich in der Regel undurchschaute – Alltagspraxis, in der sich Frauen mit der gesellschaftlich institutionalisierten Zumutung von Selbstentfremdung und Dienstbarkeit abgefunden haben. Diese Anordnung, die – bei aller Liebe – eben auch die Grundlage der bürgerlichen Ehe und Familie bildet, ist weder eine Vorgabe der Natur – auch wenn sie als eine Art Natur erscheint –, noch ist sie ein Geschenk des Himmels – was manch einer wohl meint. Sie hat eine Geschichte von wenigen tausend Jahren, und sie ist in gesellschaftlich unterschiedlichen familialen Ausprägungsformen aufgetreten bzw. tritt heute noch auf. Ihr Ursprung dürfte in den Stadtgesellschaften des sumerischakkadischen Kulturkreises zu suchen sein, die sich seit dem Ende des 4. Jahrtausends vor unserer Zeitrechnung (v. u. Z.) im Süden Mesopotamiens herausbildeten. Jedenfalls ist eine entsprechende patriarchale Familie in den bis dato ältesten keilschriftlichen Fragmenten von Gesetzestexten um die Wende vom 3. zum 2. Jahrtausend v. u. Z. in Gesellschaften dieses Kulturkreises – voll entwickelt – fassbar. Es waren diese Gesellschaften, in denen ein bewässerungslandwirtschaftlicher (und zwar tierhalterischer und pflanzenbaulicher) Produktionsmodus in Gang gehalten und die Beziehungen der Menschen zu ihrer Um- und Mitlebewelt von einem ausbeuterischen und manipulativen Aneignungsregime dirigiert wurden. Hiervon waren auch ihre eigenen Beziehungen untereinander nicht verschont. Im Zusammenhang mit der väterlichen waren weitere gesellschaftliche Verfügungsgewalten aufgekommen, eine ökonomische, eine staatliche und eine das Wahrnehmungsvermögen betreffende (perzeptorische), die sich als ständige gesellschaftliche Einrichtungen etabliert hatten: in der Familie, dem Wirtschaftsunternehmen, der Staatsmacht und

den Instanzen der Wissensproduktion und -verwaltung. Es war ein Typus von Gesellschaft entstanden, dessen ausbeuterisches Gewaltregime sich in vier Facetten unterteilen lässt: in ein ökonomisches Aneignungsregime, ein staatliches Gebietsregime, ein patriarchales Fortpflanzungsregime und ein normierendes Wahrnehmungsregime.

Der Fortbestand der Gesellschaft wurde zu einer Angelegenheit der verschiedenen Machthaber. Unter dem patriarchalen Fortpflanzungsregime widerfährt dem Gebärvormögen die schon angesprochene Verdinglichung und das – wohlgemerkt menschengemachte – Schicksal einer scheinbar nach Belieben nutz- und verwertbaren Sache, ein Schicksal, das es zusammen mit den vielfältigen anderen Naturpotentialen teilt, die in den Griff des gewalttätig-ausbeuterischen Produktionsregimes geraten. Die Bedeutung, die das weibliche Fortpflanzungsvermögen für den Bevölkerungsbestand hat, gerät dabei dessen Besitzerinnen zum Nachteil: Es beginnt für diese eine institutionelle Gefangennahme in der patriarchalen Familie und die sexuell-prokreative Indienstnahme durch den väterlichen bzw. ehelichen Machthaber.

In den verschiedenen historischen Ausprägungsformen der patriarchalen Familie, die die von diesen südwest-asiatischen Anfängen ausgehende, westwärts gerichtete zivilisatorische Entwicklung u. a. auf dem europäischen Kontinent erbracht hat, sind diese institutionellen Gefangen- und Indienstnahmen, wie wir wissen, immer wieder erneuert worden. Das bezeugen historische Quellen etwa über die Familie in der griechischen und römischen Antike, in der deutschen mittelalterlichen Gesellschaft und in muslimischen Gesellschaften bis in die Gegenwart.

Auch die moderne bürgerliche Familie macht da keine Ausnahme. Und man komme nicht mit Gegenargumenten wie dem, Frau sei heute in Deutschland bezüglich der väterlichen Gewalt doch mit dem Kindsvater gleichberechtigte Inhaberin der sogenannten elterlichen Sorge. Oder mit dem, Frau gehe heutzutage in der BRD und anderen Gesellschaften in der Tradition des genannten Zivilisationsstranges doch aus freien Stücken eine Ehe ein und erfülle sich via Familiengründung ihren eigenen «Kinderwunsch». Abgesehen davon, dass noch so viel elterliche Sorge die patriarchale Verfügungsgewalt über die Kinder nicht aufhebt, unter deren Regime diese ähnlich wie das Gebärvormögen zu einer fremdbestimmten nutzbaren Sache gemacht werden, ist mit der rechtlichen Beteiligung an der «elterlichen Sorge» die sexuell-prokreative Dienstbarkeit der Ehefrau nicht zum Verschwinden gebracht. Und mit der Ehe(frei)willigkeit und dem Kinderwunsch der Frau hat es heutzutage auch keine ganz koschere Bewandnis; denn wie Jedermann weiß, tragen zu beidem Erziehung und Sozialisation ihren – nicht

ganz gewaltlosen – Teil bei. Ohne Zweifel ist eine Politik geradezu ein Muss, die den Abbau von gesellschaftlichen «Benachteiligungen» der Frauen betreibt; d. h. der Folgen, die sich mit ihrer sexuell-prokreativen Dienstbarkeit in den verschiedenen Entwicklungsetappen jenes Zivilisationsprozesses bis heute immer wieder neu – und in unterschiedlichen Erscheinungsformen – eingestellt haben: die wirtschaftliche Behinderung und ökonomische Abhängigkeit, die juristische Unterordnung und rechtliche Unmündigkeit, die politische Zurücksetzung und öffentliche Bevormundung der Frauen (ich weise zur Verdeutlichung auf zwei Komplexe im deutschen Strafrecht hin: das Prostitutionsreglement und den Schwangerschaftsabbruch) sowie, schließlich, das heteronome Frauenbild und die Aufspaltung (divide et impera!) der Frauen infolge der gesellschaftlichen Ächtung der gewerblichen sexuellen Dienstleistung.

Es ist nützlich, sich darüber im Klaren zu sein, dass diese «Benachteiligungen» ihren Ursprung in den angesprochenen institutionellen gesellschaftlichen Verfügungsgewalten haben. Bei deren Abbau sollten wir uns nicht allzu sehr auf die offizielle Strategie der top-down-Gleichstellung und das vielbeschworene Gleichheitslabel verlassen. Denn diese schleppen zum einen die falsche Vorstellung mit sich, jene Benachteiligungen gründeten letztlich in naturwüchsigen menschlichen Beschaffenheiten und seien keine institutionellen gesellschaftlichen Gewordenheiten. Und zum anderen nehmen sie «den Mann» (in diesem Fall eine klassifikatorische Fiktion, wie noch verdeutlicht werden soll) zum Maßstab für die Abbaubemühungen. Dieser Problematik sollten wir uns bewusst sein. Allerdings braucht sie uns nicht daran zu hindern, die offiziellen Versuche zum Abbau jener Benachteiligungen zu unterstützen – freilich kritisch und aus gehöriger Distanz.

Eine Politik, die die Interessen der Frauen ernsthaft und kompromisslos vertreten will, sollte auch auf der Hut sein vor dem Begriff Geschlechtergerechtigkeit. Der Begriff Geschlecht erfährt derzeit einen geradezu inflationären Gebrauch, was stutzig machen sollte. Denn der Begriff, der in immer neuen Kompositionen in die öffentliche Diskussion geworfen wird, meint nicht einen realen Gegenstand, der in der

außersprachlichen Wirklichkeit ein Dasein hat – die körperlichen Ausprägungen der Fortpflanzungspotenz beim Menschen und anderen tierlichen Spezies. Er ist kein in diesem Sinn realer, sondern im Gegenteil ein fiktionaler Begriff. Sein «Gegenstand» ist ein reines Gebilde der Imagination, eine Fiktion. Dieser fiktionale Geschlecht-Begriff hat eine Geschichte. Zunächst gab es (jedenfalls im deutschsprachigen Raum) eine als genealogisch zu kennzeichnende Denkweise, die mit Geschlecht die Fiktion einer gewissermaßen eingeschlechtlichen Menschheit in der Verkörperung eines «Stammvaters» propagierte. Sie ist im Übergang zur bürgerlichen Ära durch eine als biologistischklassifikatorisch bezeichnete Denkweise abgelöst worden, die von der Vorstellung einer geschlechtlich zweigeteilten Gattung Mensch ausgeht. Mann und Frau sollen die Verkörperungen dieser Gattung darstellen und zueinander in einem Geschlechterverhältnis stehen. Auf diese Weise kommt jetzt eine zweigeschlechtliche Gattung Mensch unter den klassifikatorischen Bezeichnungen «Mann» und «Frau» zustande, und werden alle Individuen entsprechend ihrem Körpergeschlecht auf zwei Geschlechterklassen aufgeteilt.

Es liegt auf der Hand, dass diese biologistisch-klassifikatorische Fiktion der Zweigeschlechtlichkeit eine Gleichheit zwischen Frau und Mann vortäuscht, die es realiter nicht gibt, weil, wie schon erwähnt, das körperliche Fortpflanzungspotential der Frauen mit dem Gebärvermögen nun einmal eine Fähigkeit besitzt, die demjenigen der Männer fehlt. Diese Vortäuschung redet nichts anderem das Wort als dem ideologischen Bestreben, die sexuelle Dienstbarkeit der (Ehe)Frauen zeitgemäßmodern unter dem Deckmantel formaler bürgerlicher Rechtsgleichheit fortzuschreiben. Und das Reden von Geschlechtergerechtigkeit ist ein ideologisches Manöver, das nur darauf hinausläuft, die «erniedrigte Stellung der Frau(en)» (Friedrich Engels), welche diesen als Menschen (im Unterschied zu Männern) mit jener Dienstbarkeit bis heute gesellschaftlich zugemutet wird, mit neuen Worten zu rechtfertigen.

ND vom 16.8.2010

Margarete Tjaden-Steinhauer ist Sozialwissenschaftlerin in Kassel.

GEGEN DIE MILITARISIERUNG DER DEUTSCHEN POLITIK

Von Christine Buchholz

Die deutsche Außen- und Sicherheitspolitik hat seit 1990/1991 einen deutlichen Paradigmenwechsel durchgemacht. Will DIE LINKE ihre Aufgabe als Anti-Kriegs-Partei erfüllen, muss sie sich mit die-

ser Entwicklung auseinandersetzen – auch im friedenspolitischen Teil des Parteiprogramms. Denn nur dann werden wir angemessen auf die Vorstöße der Bundesregierung wie den sechsmonatigen

Wehrdienst, die Rüstungsprojekte oder die immer häufigeren Einsätze im Rahmen von EU- oder UN-Missionen in aller Welt reagieren können. Die westdeutsche herrschende Klasse hat seit ihrer Niederlage im Zweiten Weltkrieg immer versucht, ihren politischen Spielraum auszudehnen, um ihre ökonomischen Interessen effektiver vertreten zu können. Unter den damaligen Bedingungen bedeutete das vor allem Westintegration, Wiederbewaffnung und NATO-Beitritt. Dabei haben alle Bundesregierungen versucht, eine eigenständige Rolle – durchaus auch im Konflikt mit den Verbündeten – zu spielen, sei es bei der Unterstützung der Nuklearprogramme in Südafrika und Brasilien, bei der Rüstungsexportpolitik oder bei der Währungs- politik.

Mit dem Ende der Blockkonfrontation und damit einhergehend der deutschen Vereinigung haben sich die globalen und regionalen Rahmenbedingungen geändert. Der Golfkrieg von 1991 bildete eine Zäsur. Er hat aufgezeigt, wie begrenzt der Einfluss des deutschen Kapitals international ist, solange Deutschland sich der direkten Kriegsbeteiligung verweigert. Die Bundesregierung zahlte, blieb aber ohne Einfluss auf die Nachkriegsordnung.

Seitdem sind die deutschen Regierungen bestrebt, systematisch die Fähigkeit zu erweitern, ihr wirtschaftliches Gewicht international auch durch den Einsatz von Waffengewalt zu flankieren. 1992 stand zum ersten Mal im Weißbuch der Bundeswehr, was Horst Köhler kürzlich auf den Punkt gebracht und wofür er viel Kritik geerntet hat: die Bundeswehr soll auch zur Sicherung und Durchsetzung wirtschaftlicher Interessen eingesetzt werden. In dem Maße, wie die Zahl der Verlierer des globalen Kapitalismus, des Klimawandels und der Wirtschaftskrise einerseits und die Verteilungskonflikte zwischen den Industriestaaten um die verbleibenden Ressourcen andererseits zunehmen, wird auch die Bedeutung von Krieg und Militär wachsen. Um Handelswege abzusichern und rohstoffreiche Gebiete und strategisch bedeutende Regionen zu kontrollieren, werden die Herrschenden noch mehr als bisher auf die Bundeswehr zurückgreifen wollen. Neben Afghanistan können wir das bereits heute auch vor Somalia und im Sudan beobachten. Im Sudan heizen die Industriemächte, allen voran die USA und China, einen Bürgerkrieg um die Kontrolle des ölreichen Südsudan an, indem sie verschiedene Seiten unterstützen. In Somalia kämpfen die Industriestaaten, zumindest zum Teil, um die Absicherung der Route durch den Suezkanal. Und überall ist die Bundeswehr mit dabei.

SALAMITAKTIK

Wesentliches Hindernis für eine Militarisierung der Außenpolitik war die tief verwurzelte Ablehnung jeglicher militärischer Gewalt in der deutschen Be-

völkerung nach den Verwüstungen und Toten des Zweiten Weltkrieges. Deswegen entwickelte die Bundesregierung Anfang der 90er Jahre eine «Salamitaktik» (Verteidigungsminister Volker Rühle), um Deutschland wieder kriegsfähig zu machen: Schrittweise Umstrukturierung der Bundeswehr zu einer «Armee im Einsatz» und sukzessive Gewöhnung der Bevölkerung «an Krieg, Tod und Verwundung», wie Generalinspekteur der Bundeswehr Wellershof es 1991 formulierte.

Auslandseinsätze begannen scheinbar harmlos mit einzelnen Sanitätären der Bundeswehr in Kambodscha und einem kleinen Kontingent in Somalia 1992 und 1993. Aber Schritt für Schritt wurden die Einsätze größer und gewalttätiger, bis zur ersten bundesdeutschen Beteiligung an einem Angriffskrieg gegen Jugoslawien 1999. Es ist symptomatisch, dass es einer SPD/Grünen-Regierung bedurfte, das auch innenpolitisch durchzusetzen. Die moralische Legitimation und der Verweis auf Menschenrechte, Demokratie und der geschichtsrevisionistische Vergleich mit Auschwitz haben Krieg wieder gesellschaftsfähig gemacht.

So bleibt bis heute der «Menschenrechtsimperialismus» wesentlich zur Legitimierung von Kriegen. Die öffentliche Erwähnung der simplen Tatsache, dass Kriege aus geopolitischen und letztlich ökonomischen Interessen heraus geführt werden, kostete Bundespräsident Köhler das Amt. Jedenfalls entdecken die Medien und die Politik überall dort, wo die «nationalen Interessen» einen Militäreinsatz erfordern, eine humanitäre Krise, Menschenrechtsverletzungen, Diktaturen, Bedrohungen für die Nachbarn oder gar einen «neuen Hitler», um einen Militäreinsatz als legitim darstellen zu können. Vergleichbare Missstände, die die Interessen der westlichen herrschenden Klassen nicht tangieren, gelangen derweil kaum ins öffentliche Bewusstsein. Fakt ist, westliche Militärinterventionen finden statt, wenn sich die so genannten nationalen Interessen der beteiligten Staaten durch diesen Einsatz fördern lassen.

NICHT IN UNSEREM NAMEN

Die Menschen, in deren Interesse die Einsätze angeblich durchgeführt werden, zahlen einen hohen Preis. Der Kosovo ist Protektorat der EU, serbische Bevölkerung wurde größtenteils aus dem Kosovo vertrieben, verbleibende serbische Bevölkerung befindet sich in einem Dauerkonflikt mit albanischen Nationalisten. Der Irak ist ein besetztes Land. Abgereichertes Uran von westlichen Waffen hat Landstriche verseucht, das Öffentliche ist privatisiert. Hunderttausende im Irak sind gestorben, um eine neoliberale, prowestliche Besatzung durchzusetzen. In Afghanistan hält die NATO in einem anhaltenden und blutigen Krieg eine korrupte und unbeliebte Regierung an der Macht, die sich in den

Provinzen auf die alten Kriegsherren und Drogenbarone stützt.

Aber auch die große Mehrheit der deutschen Bevölkerung profitiert nicht von den Kriegen. Wenn von «unseren» oder «nationalen Interessen» die Rede ist, sind damit immer jene der Konzerne und ihrer Eigentümer gemeint. Sie brauchen den Zugang zu Rohstoffen und Märkten, sie ernten die Profite, es ist in ihrem Sinne, wenn weltweit Ausbeutungs- und Unterdrückungsverhältnisse aufrecht erhalten werden. Die große Mehrheit – auch in Deutschland – bekommt lediglich die Rechnung präsentiert. Während die Bundesregierung bei arbeitslosen Eltern sparen will, veranschlagt der Bundeshaushalt für den Afghanistaneinsatz dieses Jahr 1,2 Milliarden Euro. Laut einer kürzlich veröffentlichten Studie des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW) wird dieser Krieg bis 2014, sollte die Bundeswehr bis dahin abgezogen sein, insgesamt 34 Milliarden Euro gekostet haben (inklusive vom DIW berechneten Nebenkosten). Das alles bezahlen wir mit unseren Steuergeldern.

MILITARISIERUNG DER GESELLSCHAFT

Neben den unmittelbaren Kosten der Einsätze und der Rüstung wird die Gesellschaft auch noch durch die zunehmende Militarisierung des öffentlichen Lebens belastet. Wir erleben in den letzten Jahren eine wahre Schwemme an öffentlichkeitswirksamen Veranstaltungen der Bundeswehr in Deutschland. Dabei sind öffentliche Gelöbnisse nur die Spitze des Eisberges. Jugendoffiziere haben im vergangenen Jahr 115.000 Schülerinnen und Schüler erreicht. Wehrdienstberater konnten in den Schulen gar vor 281.000 Jugendlichen auftreten. Die Zahl der Lehramtsanwärter, die Ausbildungsangebote der Bundeswehr nutzen, ist seit dem Jahr 2003 von 50 auf nunmehr 1073 hochgeschwollen. Weitere 3266 Lehrkräfte haben im vergangenen Jahr Fortbildungen beim Militär besucht.

Auf Initiative der Bundeswehr haben in den letzten zwei Jahren fünf Landesregierungen Kooperationsvereinbarungen im Bildungsbereich mit ihr abgeschlossen – in Nordrhein-Westfalen, Saarland, Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz sowie jüngst in Mecklenburg-Vorpommern. In Hessen steht die Unterzeichnung kurz bevor. Ziel der Abkommen ist es, die Nachfrage nach Jugendoffizieren an den Schulen zu erhöhen. Darüber hinaus arbeitet die Abteilung Öffentlichkeitsarbeit der Bundeswehr daran, die Verankerung der Bundeswehr in der Bevölkerung zu verbessern durch Präsenz und logistische Unterstützung auf Volksfesten und Messen, Zusammenarbeit und Partnerschaften mit Kommunen, Kooperation mit Vereinen. Im hessischen Stadtallendorf hat die Division Spezielle Operationen (DSO) beispielsweise eine Sporthalle und ein Schwimmbad gebaut, die örtliche Vereine

gegen ein geringes Entgelt nutzen können. All das dient der Legitimierung der heutigen Bundeswehr. Die Einsätze selbst sind unbeliebt, wie die Umfragen zur deutschen Beteiligung in Afghanistan belegen. Laut ARD Deutschlandtrend schwankt die Ablehnung in den letzten drei Jahren zwischen 54 Prozent und 72 Prozent – mit einer Tendenz zu mehr Ablehnung. Die Bundeswehr hingegen ist, auch als Ergebnis dieser Kampagnen, heute angesehenener als noch vor 20 Jahren. Laut einer Umfrage des Meinungsforschungsinstituts Allensbach vom Mai 2010 haben 51 Prozent der Deutschen «sehr viel» oder «ziemlich viel». Zutrauen in die Bundeswehr, der Bundestag kommt nur auf 34 Prozent, die Kirchen auf 39 Prozent.

Die Zustimmung ist bei jungen Menschen (15 bis 35 Jahre) überdurchschnittlich hoch, was sicherlich ein Ergebnis der Anstrengungen der Öffentlichkeitsarbeit der Bundeswehr ist und dazu beiträgt, frische Rekruten für die Bundeswehr zu gewinnen. Außerdem sehen wir, wie die Bundeswehr sich die immer trüberen Aussichten der jungen Menschen auf einen Arbeitsplatz zunutze macht, um die «Armee im Einsatz» als vielversprechenden Arbeitgeber zu profilieren. Ein überproportionaler Anteil der neuen Rekruten und Freiwilligen kommt aus strukturschwachen Regionen, insbesondere aus Ostdeutschland. Viele der Soldaten in den Auslandseinsätzen geben offen zu, dass sie des Geldes wegen ihr Leben riskieren und an den neuen Feldzügen der deutschen Armee teilnehmen. So sieht angebliche Freiwilligkeit im Kapitalismus aus.

FRIEDENSPOLITISCHE FORDERUNGEN

Das neue Programm der LINKEN muss diese Entwicklungen der Militarisierung der deutschen Politik in ihre Überlegungen einbeziehen und die programmatischen Forderungen entsprechend konkretisieren und zuspitzen.

Militäreinsätze lösen keine Probleme. Im Gegenteil, meist verschärfen sie die Probleme und schaffen neue Konflikte, um so mehr, als sie immer Teil der deutschen Interessenpolitik sind. Deswegen muss das Programm konsequent jeden Militäreinsatz ablehnen. Für die neue Interventionspolitik der deutschen Herrschenden ist die Frage Wehrpflicht ja oder nein völlig irrelevant. Die «Armee im Einsatz» setzt bisher ausschließlich auf Zeit- und Berufssoldaten, ebenso wie die britische und die US-Armee. Die Forderung nach der Abschaffung der Wehrpflicht ist trotzdem richtig, weil es sich um einen Zwangsdienst handelt. Die Abschaffung der Wehrpflicht ist aber kein Mittel gegen die Militarisierung der Außenpolitik und der Gesellschaft. Unser Ziel muss die Auflösung der Bundeswehr sein, dies sollte als Ziel auch programmatisch festgehalten werden. Schritte dahin sind die Reduzierung der Bundeswehr und der Umbau in

Richtung strukturelle Nichtangriffsfähigkeit. Eine eigenständige deutsche Rüstungsproduktion ist für die von potenziellen Rivalen unabhängige Interventionsfähigkeit der Bundeswehr essenziell. Deswegen, und auch um Friedenspolitik nicht gegen Arbeitnehmerpolitik ausspielen zu lassen, ist es dringend notwendig, die Debatten, die in der IG Metall in den 1970er und 80er Jahren über Rüstungskonversion geführt wurden, wieder aufzunehmen. Ein erster Schritt wäre ein komplettes Verbot von Rüstungsexporten. An dieser Stelle positioniert sich der Programmentwurf halbherzig, indem er nur das Verbot von Rüstungsexporten in Krisengebiete fordert. Rüstungsgüter werden aber

laufend in Krisengebiete weiterexportiert, auch wenn sie Deutschland in Richtung eines ruhigen Staates verlassen haben. Und Rüstungsexporte sind sowohl ein Instrument der Einflussnahme auf «befreundete» Staaten als auch ein Weg, zumindest einen Teil der Kosten für eine eigene deutsche Rüstungsproduktion auf andere abzuwälzen. Insofern muss die Forderung heißen: Verbot der Rüstungsproduktion.

ND vom 23.8.2010

Christine Buchholz ist Sozialwissenschaftlerin und Mitglied des Parteivorstands und der Bundestagsfraktion der LINKEN.

AVANTGARDE DES SELBSTVERZICHTS

Von Hans Janosch

Kritische Reflexion ist unabdingbar und hat wenig mit einem Hang zur Selbstmarterung zu tun. Seit ehedem besteht in unseren Reihen das Ideal einer Gesellschaft von Gleichen unter Gleichen. Die diesem Ideal folgenden Ansätze politischen Handelns haben in der Vergangenheit, gerade im Rahmen der großflächigen Sozialismusversuche, zu kaum beherrschbaren gesellschaftlichen Verwerfungen geführt. Wie gleich können die Menschen innerhalb der Gesellschaft sein? Man mag umgangssprachlich durchaus von Gleichen unter Gleichen sprechen und sich in der Bemühung dieses Ideals gefallen. Aber darauf hinwirkende Ansätze gesellschaftlicher Umgestaltung waren bislang zum Scheitern verurteilt. Die Annahme, Menschen seien in ihren kulturellen Äußerungen maßgeblich von den herrschenden Eigentumsverhältnissen geprägt, mag in vielerlei Hinsicht sowohl den aktuellen als auch den historischen Beobachtungen entsprechen. Allerdings ist es ein Fehler anzunehmen, die Eigentumsverhältnisse seien der einzige in diesem Sinne bestimmende Parameter.

Mit solcher Sichtweise entfremdet man sich von der Natur der Dinge. Es ist zu beklagen, dass die verschiedenen Ansätze, uns und die Dinge außer uns zu begreifen, maßgeblich von auch die Wissenschaft durchziehenden Lagern entwickelt wurden, ohne sich in konstruktiven Dialogen miteinander zu vergleichen. Man sollte unser kulturelles Erbe ganzheitlich begreifen und vom Standpunkt einer in vielen Punkten durchaus positiven Entwicklungsgeschichte aus neutral zu bewerten versuchen. Dürfen wir mit unseren Vorstellungen, wie Befreiung zu verwirklichen sei, die kulturelle Autonomie unserer Nächsten beschädigen? Die Menschen sind in einem wesentlich größeren Maße von ihrer regionalen Lebenswelt geprägt, als eine ausschließ-

lich auf den Eigentumsverhältnissen aufsetzende Weltansicht erfassen könnte. Dieser den Menschen mit seinem Lebensumfeld bestimmende Parameter der kulturellen Ausprägung ist zu berücksichtigen, sollen zukünftig politische Handlungsansätze entwickelt werden, die die Zustimmung der Menschen ermöglichen.

MUT ZUR STRUKTUREVOLUTION

Ein Sozialismus der Zukunft muss seinen demokratischen Charakter in der Dezentralität, in seiner Ausgestaltungsppluralität beweisen. Die Vergegenwärtigung der engen Verbindung von Mensch und Umwelt ist zudem heute auch aus ökologischen Beweggründen heraus eine nicht länger abzustreitende Notwendigkeit. Der Romantik der frühen ökologischen Bewegung sollte endlich eine rationale Grundlage besorgt werden. Versuchen wir, Materialismus zukünftig ganzheitlich zu denken und entfremden wir uns von der Entfremdung von der Natur der Dinge.

Die da oben! Die da oben in der Gewerkschaft, die da oben in der Politik, in der Partei, im Betriebsrat. Neuerdings klagen sogar die Amateure des deutschen Fußballbundes, die hohen Funktionäre da oben verlören zunehmend den Bezug zur sportlichen Basis – die da oben eben. In annähernd allen Organisationen ist festzustellen, dass die Basis der in ihnen zu ganz gleich welchem Zweck zusammengeschlossenen Menschen unzufrieden mit den in repräsentativen Organen getroffenen Entscheidungen ist. Lediglich die katholische Kirche war pfiffig genug, eine Art Unfehlbarkeitsdogma zu verankern. Dies macht die kirchliche Basis wohl auch nicht zufriedener. Im Zweifelsfall müssen Verbesserungswünsche und Klagen eben im guten Glauben an den Chef persönlich gerichtet werden. Opium des

Volkes. Diese Glücklichen. Im Allgemeinen ist den Menschen aber schon deutlich, alles Hoffen alleine führe eher keine Lösung herbei. Wenngleich diese Einsicht auch die wenigsten dazu zu bewegen scheint, ihren Ärger zu sublimieren. Was also die Wertigkeit der zumindest namentlich demokratischen Funktionäre in ihren zumindest namentlich demokratischen Organisationen anbelangt, so drängt sich die Frage nahezu auf. Wo unsere demokratischen Funktionäre doch alle so demokratisch sind, warum sind die Menschen an den Basen der unterschiedlichsten Organisationen so unzufrieden? Warum sind die Menschen in den Betrieben unzufrieden? Die sie in ihren gewerkschaftlichen Fachbereichen vertretenden Menschen sind doch in den allermeisten Fällen ganz unzweifelhaft der Bewegung verbundene Akteure. Gerade in den traditionell linkspolitisch geprägten Bereichen unserer Gesellschaft sind im allgemeinen außerordentlich humanitäre und feinfühlig Charaktere anzutreffen, die geschichtsbewusst sind und dem Faschismus keine Handbreit Platz lassen, die um die Wichtigkeit der Gleichberechtigung zwischen Mann und Frau wissen, die an Antikrisendemos teilnehmen und genau erklären können, woran unsere wirtschaftliche Verfassung krankt.

Und doch sind die Menschen so häufig unzufrieden. Dabei wäre eigentlich anzunehmen, dass so ausgeprägt demokratische, geschichtsbewusste und progressiv denkende Menschen – man ist fast geneigt, von Genossinnen und Genossen zu sprechen – wie gemacht dafür sind, ihre jeweiligen Basen zu vertreten, für sie Entscheidungen zu treffen, für sie zu denken – sie zu führen? Moment. Gut, es gibt organisatorische Notwendigkeiten. Aber es gibt Menschen, die eben diese mehr als Begründung für einen Mangel an demokratischen Entscheidungsstrukturen anführen als es tatsächlich organisatorische Notwendigkeiten gibt. Kann es im Endeffekt wohl sein, dass nicht in erster Linie der demokratische Charakter des Menschen, als vielmehr der demokratische Charakter der Strukturen, innerhalb derer er sich bewegt, den Unterschied macht? Den Unterschied zwischen den namentlich demokratischen und den tatsächlich demokratischen Systemansätzen. Mögen die wackeren Funktionäre unserer Gewerkschaften auch noch so feine Charaktere sein. Können sie wirklich die Sichtweisen der ihnen anvertrauten Mitglieder erfassen, sie auswerten, und entsprechend dann im Sinne des allgemeinen Interesses entscheiden? Ist es nicht vielmehr so, dass – selbst wenn repräsentative Strukturen in mehreren Ebenen organisiert sind, um der Basis möglichst nahe zu kommen – die unteren Ebenen den oberen zu gefallen trachten und die jeweils untersten Ebenen sich dennoch selbst erhöhen möchten, indem sie der Basis recht deutlich zu verstehen geben, sie selbst seien immerhin

noch Ebene, wohingegen der Rest schlicht Basis sei? Darf ggf. konstatiert werden, auch die völlig unbestritten progressiven und dem Grunde nach doch emanzipatorischen Regungen folgenden Akteure vergangener Sozialismusversuche hätten ein Problem damit gehabt, dass der fortschrittliche Charakter der einzelnen Köpfe nicht ganz mit dem Charakter der geschaffenen, bürokratischen Strukturen harmonierte? Sicherlich war dies ein Stück weit der Überzeugung geschuldet, man hätte doch zweifellos Recht in dem Ansinnen zur Verwirklichung all der hehren Ziele. Aber sich selbst und überhaupt dem erlauchten Kreis der aktiv Mitwirkenden hat man dabei dann in der Regel doch mehr Entscheidungskompetenz zugetraut als den Bürgern in ihren Städten oder aber den Arbeitern in ihren Fabriken. Stellen wir doch gemeinsam fest, auch weil es wichtig ist, nicht die gleichen Fehler zu wiederholen: Die da oben im Zentralkomitee, im Politbüro und so mancher Revolutionär im nicht existierenden Himmelhoch – die waren in den allermeisten Fällen auch nicht viel besser als die da oben in der Gewerkschaft, die da oben in der Politik, die da oben in den Unternehmen und die da oben beim deutschen Fußballbund es heute sind.

EIGENE VERANTWORTUNG VERDEUTLICHEN

Wenn es also einen Fehler gibt, der nicht wiederholt werden sollte, dann der, zentral gesteuerte Strukturen zu schaffen, ganz gleich, ob die Rede von der Wirtschaft oder der staatlichen Verwaltung ist. In sämtlichen uns heute bekannten Organisationen herrscht ein eklatanter Mangel an wirklicher Demokratie. Annähernd nirgends wird wirklich abgewogen, wo repräsentative Strukturen als Organisationsnotwendigkeit tatsächlich unabdingbar sind. Vielmehr werden repräsentative Strukturen unentwegt aus bürokratischer Engstirnigkeit heraus missbraucht, um die möglichen Entscheidungen der Vielen zu Gunsten der Entscheidungen der Wenigen zu beschädigen.

Ein Kernaspekt auf dem Weg in den demokratischen Sozialismus ist deshalb die Avantgarde des Selbstverzichts. Den Menschen muss ihr Schicksal in die eigenen Hände gelegt sein, denn es kann nicht das Ziel sein, die jetzigen kapitalistischen Eliten gegen die zukünftigen sozialistischen Eliten auf Grundlage der selben strukturellen Missstände auszutauschen, die schon den heutigen Zustand von Unmündigkeit in unserer Gesellschaft hervorgerufen haben.

Hand aufs Herz. Ist die Herausbildung einer mehrheitlich kleinbürgerlichen Lebensform in vielen europäischen Staaten der Nachkriegszeit nicht ein ordentliches Entwicklungsergebnis? Die Rede ist hier nicht vom biedereren Spießbürger und man muss doch dazu raten, ihn nicht ständig überall entde-

cken zu wollen. Die 68er haben ihn längst aus seiner gesellschaftlichen Stellung vertrieben. Die gemeinsamen Integrationsfaktoren von historischem Erbe, Familie, Schule und hinreichender guter Lohnarbeit haben die Menschen auf einen friedenserhaltenden gleichen Nenner gebracht und das durch diese Faktoren erreichte Maß an kollektiver Befindlichkeit scheint ausreichend. Ausreichend kollektiv und ausreichend frei gleichermaßen.

Die Entwicklung des sozialen Gefüges war bis weit in die 70er Jahre hinein gerade in Deutschland positiv und erst die neoliberale Wende hat diese positive Entwicklung in ihr Gegenteil verkehrt. Dies sollte anerkannt werden, wenn man Konzepte finden will, die einerseits ein benötigtes Maß an Veränderung ermöglichen, andererseits aber bewährte gesellschaftliche Zusammenhänge nicht unnötig beschädigen. Die Erfahrungen aus 30 Jahren neoliberaler Misswirtschaft zeugen heute deutlich von der dringenden Notwendigkeit einer demokratisch kontrollierten Wirtschaft.

So ist es auch nicht allzu weit hergeholt, über die Ausgestaltung der Wirtschaft mit demokratischen Räten nachzudenken. Dabei sollen nicht alte politische Dogmen bemüht werden. Es geht um die nüchterne Antwort auf Gegenwartsprobleme. Und die Antwort heißt gesellschaftliche Einflussnahme auf die Abläufe der Wirtschaft, begründet in der nunmehr festgestellten Unvernunft eben jener Kapitalisten, die all die Entwicklungsfortschritte einer zivilen Gesellschaft aus mehr als sechs Jahrzehnten

durch völlig ungezügelter Profitgier in Frage stellen. Nicht die, die nun nach Antworten suchen, bedrohen die lange funktionierenden Strukturen unserer Republik. Die Kapitalisten bedrohen sie.

Es macht letztlich keinen Unterschied, ob hier von den Spekulanten an den Märkten oder von Managern großer Unternehmen die Rede ist. Die einen mögen das Casino erst richtig in Gang gesetzt haben. Die anderen haben die Folgen jahrzehntelang als alternativlos dargestellt und Millionen lohnabhängiger Menschen mit Auslagerungen, Arbeitszeitverlängerungen, nicht selten gleich mit Arbeitsplatzvernichtung malträtiert und machen es noch. Alle spielten das Spiel rücksichtslos und haben die Welt beim Aufbau ihres fiktiven Kartenhauses in Richtung Zusammenbruch getrieben. Dennoch drängt sich abseits der Stück für Stück an Konsequenz gewinnen den Antworten auf diese Probleme das Moment der Verantwortung auf. Nachdenklichkeit ist durchaus angebracht. Wie weit darf man gehen? Wie weit muss man gehen? In aller Nüchternheit und Demut, in Verdeutlichung der uns zufallenden Verantwortung und im Wissen um die Wertigkeit eines anhaltenden gesellschaftlichen Friedens steht dennoch die Einsicht, dass es notwendig und legitim ist, das Mehrheitsinteresse durchzusetzen. Allein diese Feststellung ist schon annähernd Programm genug!

ND vom 30.8.2010

Hans Janosch ist ver.di-Vertrauensmann und Mitglied des Kreisvorstandes der LINKEN in Aachen.

INTERNATIONALISMUS ALS GRUNDLAGE

Von Bodo Zeuner

Es ist durchaus bezweifelbar, ob die Linkspartei überhaupt ein Grundsatzprogramm braucht, ob Wahlprogramme sowie möglichst klare und begründete Aussagen und Forderungen zu politischen Sachthemen und ideologischen Debatten nicht ausreichen, um der Partei genügend Profil zu geben. Besonders albern wird es, wenn Journalisten und Politiker aus dem politischen mainstream der Partei DIE LINKE das Fehlen eines Grundsatzprogramms ankreiden – als seien die Parteiprogramme von CDU, SPD, FDP etwa Leitlinie von deren realer Politik oder auch nur zentraler Bestandteil von deren Selbstverständnis.

DIE LINKE hat, wenn ich es recht sehe, zwei gute Gründe, dennoch nach einem umfassenden, grundsatzprogrammatischen Text zu streben, die beide etwas mit «politischer Identität» zu tun haben. Nach außen kann ein Programm eine «Profil-Identität» fördern: Es wird in öffentlichen Debatten und Kont-

roversen leichter, gegenüber Angriffen, Verlockungen, Unterstellungen und Fehldeutungen auf den Programmtext zu verweisen, der als verbindliche Grundlage beschlossen ist. Nach innen geht es um eine «Wir-Identität», mit den bekannten positiven und negativen Folgen: Am Programm, bzw. dem Vorwurf des Verstoßes dagegen, sollte sich entscheiden lassen, wer dazu gehören darf und wer nicht. Vielleicht könnte das Grundsatzprogramm der LINKEN aber auch etwas mehr bieten, nämlich eine utopische Orientierung. Dabei ginge es selbstverständlich nicht um «sozialutopisch ausgemalte Bilder eines kollektiven Glücks» (Habermas), sondern um eine real fundierte Utopie, die sowohl in dem, was Menschen heute wünschen und moralisch für richtig halten, wie in dem, was heute historisch möglich und notwendig ist, ihre Grundlagen hat. Ich plädiere dafür, dass DIE LINKE sich zu einer radikalen internationalistischen menschenrechtlichen Utopie

als Leitlinie ihrer Politik bekennt, also sich in ihrer politischen Praxis auch an dieser Leitlinie messen lässt. Der Ausgangspunkt könnte sein, die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte von 1948 mit ihrem Kernsatz «Alle Menschen sind gleich an Würde und Rechten geboren» ernst zu nehmen. Die Gründung der UNO und dieses Bekenntnis zu weltbürgerlicher Egalität war ein Reflex auf die Verbrechen des Nationalsozialismus und des japanischen Imperialismus nach deren Niederwerfung.

Dass sich die Sieger des Weltkriegs zu global gleichen Menschenrechten bekannten, zeigt ein Bedürfnis, positiv zu formulieren, was man will, und sich dabei von der Menschenverachtung der besiegten Mörder und Faschisten abzusetzen. Gleichwohl war diese Erklärung kein politisches Handlungsprogramm. Schon die Großmachtdominanz in den Institutionen der UNO und der auf Ungleichheit beruhende und Ungleichheit verstärkende Kapitalismus standen der Realisierung des universal-egalitären Ziels entgegen. Aber aufgerichtet wurde dennoch 1948 ein utopisches Leitbild, das nicht einfach als «völlig unrealistisch» verdrängt werden konnte. Es blieb ein «utopisches Gefälle» (Habermas) erhalten. 60 Jahre danach ist das Gefälle nicht geringer geworden, aber die andere Seite der realistischen Utopie – die objektive Möglichkeit und Notwendigkeit – eines globalen egalitären Internationalismus hat an Gewicht gewonnen. Wer in der Tradition der Arbeiterbewegung, in die die Linkspartei sich stellt, gegen Ausbeutung, ökonomische Macht, soziale Ungerechtigkeit, ökologische Katastrophentätigkeit und ökonomische Krisenhaftigkeit des gegenwärtigen globalen Kapitalismus angehen, ja diesen Kapitalismus durch eine menschenwürdigere Gesellschaftsordnung ablösen will, der ist genötigt, von vornherein global zu denken.

Und das heißt nicht nur, dass sich etwa die Gewerkschaften, was schwer genug fällt und bisher nur ansatzweise erreicht ist, global aufstellen, weil das Kapital schon längst global agiert. Es heißt auch nicht nur, nach Elementen verbindlicher globaler Regulierung von Märkten und Finanzströmen zu suchen und diese zu stärken. Globales Denken heißt vielmehr vor allem, das Marxsche Ziel, alle Verhältnisse zu beseitigen, in denen der Mensch ein entwürdigtes und geknechtetes Wesen ist, auf die Weltgesellschaft auszudehnen. Alles andere, nämlich dergleichen auf nationaler Ebene zu versuchen, wie die alten Arbeiterbewegungen Europas (die teilweise auch den Kolonialismus als zivilisatorische Mission begrüßt haben), ist realitätsfremd und daher strategisch falsch – jedenfalls für eine Partei, die nicht primär Stimmen maximieren, sondern für politische Ziele werben will. Was also wäre, wenn die Linkspartei sich von vornherein als internationalistische, kapitalismuskritische Menschenrechtspartei definieren würde? Deren

erste Sätze im Parteiprogramm könnten dann etwa lauten: «Wir treten ein und kämpfen dafür, dass alle Menschen auf dieser Erde gleiche Menschenrechte, gleiche Lebens- und Entwicklungschancen und gleiche demokratische Mitwirkungschancen haben. Wir sehen als Haupthindernis auf dem Weg zu diesem Ziel den globalisierten Kapitalismus und den weiterhin ungehemmten Ausbau militärischer Beherrschungs- und Bedrohungsmacht an. Wir als in Deutschland wirkende Partei werben um Überzeugung der deutschen Wählerinnen und Wähler, aber wir verstehen uns dabei als politische Kraft, die nicht nur die Interessen der deutschen Bürgerinnen und Bürger vertritt, sondern sich vom Grundsatz der weltweiten Gleichheit der Chancen und Rechte der Menschen leiten lässt.»

Das würde bedeuten, dem Prinzip des Internationalismus und der universalen Gleichheit eine grundlegende Querschnittsfunktion für alle programmatischen Forderungen zu verleihen. Analog zu und in Übereinstimmung mit «gender mainstreaming» müsste ein «world citizen mainstreaming» als oberstes Handlungsprinzip für Politik entwickelt werden. Das könnte heißen: Der Bereich «Internationales» müsste unter «Weltinnenpolitik» an den Anfang gestellt werden.

Basis- und Völkerinternationalismus müsste als förderungswertes Ziel der deutschen, von der Linkspartei gewollten Politik hervorgehoben werden. Internationale Solidarität mit für ihre Rechte und Lebenschancen eintretenden und kämpfenden Menschen überall auf der Welt müsste Programmziel, auch für die Vergabe öffentlicher Mittel in Deutschland, sein. Es dürfte keine Forderungen im Programm geben, die nur den in Deutschland lebenden Menschen nutzen, den außerhalb Deutschlands lebenden Menschen aber schaden, etwa: Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft. Der Programmentwurf wird solchen Anforderungen nur teilweise gerecht. Am besten gelingt der globale und internationale Bezug im Teil über die Krisen des Kapitalismus. Hier wird eine profunde Analyse der Weltwirtschaftskrise am Beginn des 21. Jahrhunderts gegeben, und die Kritik macht auch vor dem Export-Nationalismus der Bundesrepublik Deutschland nicht halt. Dass auch die deutschen Gewerkschaften dafür eine Mitverantwortung tragen, dass sie durch Lohnzurückhaltung und mangelnden Widerstand gegen staatliche Niedriglohnpolitiken zu gesamteuropäischem Lohn- und Sozialdumping beigetragen haben, darüber wird allerdings, man will den Wunschpartner nicht vergraulen, der Mantel des Schweigens gedeckt. Der Fall der Staatserpresung Griechenlands aus diesem Frühjahr konnte im Programmentwurf noch nicht vorkommen. Wenn er, was notwendig wäre, eingearbeitet wird, gäbe dies eine Chance, etwas mehr über die Notwendigkeit internationaler Solidarität der abhängig Arbeitenden

und ihrer Organisationen bei der Abwehr von mit Verschuldung begründeten Verschlechterungen zu sagen. An vielen Stellen des Entwurfs leuchten die globalen und internationalen Dimensionen kurz auf, etwa zur Ökologie, als Kritik an dem Emissionshandel als zynischem Tauschgeschäft von Umweltverschmutzung gegen Armut, und natürlich in den Passagen zu Imperialismus und Krieg. Es wird gesehen, dass es auch weltweit die Notwendigkeit einer «gesellschaftlichen Alternative» im Sinne eines «demokratischen Sozialismus» gebe. Dem Bekenntnis zu universalistisch-egalitären Menschenrechten kommt der Entwurf am nächsten, wenn er formuliert: «Heute besteht die Möglichkeit, jedem Menschen ein Leben in sozialer Sicherheit und Würde zu gewährleisten. Not und Elend können überall auf der Welt überwunden werden.» Aber konkreter, konkret-utopischer wird es hier nicht: Wie, in welchen Schritten, mit welchen Mitteln und von welchen Akteuren diese Möglichkeit realisiert werden sollte, dazu erfährt man zu wenig. Auch zu internationalen Organisationen, global governance, transnationalen Regulierungen bleibt der Programmentwurf meist blass und konventionell. Es werden beispielsweise nicht einmal die Core Labour Standards der International Labour Organization (ILO) als mögliche Schritte zur Eindämmung weltweiter kapitalistischer Ausbeutung erwähnt.

Überhaupt gerät die internationale und globale Dimension umso mehr aus dem Blick, je genauer Forderungen formuliert werden. Hier geht es für ein Grundsatzprogramm sehr ins Detail, kein Politikfeld bleibt unerwähnt, und dabei dominiert völlig der innenpolitisch-deutsche Diskurs. Immerhin gibt es zum Thema «Einwanderungsland Deutschland» ein klares Bekenntnis: «Wir setzen uns ein für gleiche politische und soziale Rechte für alle in Deutschland und der Europäischen Union lebenden Menschen, denn politische und soziale Rechte sind Menschenrechte». Die EU-Abschottung wird, wenn auch etwas plakativ, kritisiert: «Wir wollen keine Festung Europa.» Nein, nationalistische Töne, auch nicht im naiven Sinne, man wolle «das Beste für Deutschland», finden sich im Entwurf nicht. Allerdings bleiben die internationalistischen Bezüge in den auf Einzelpolitiken bezogenen Teilen meistens Beiwerk, mehr oder weniger zufällig eingestreut. Und voll-

ständig an den Rand gedrängt wird die internationale Dimension, wenn am Ende Bedingungen für Regierungsbeteiligungen formuliert werden. Derartiges gehört ja nicht unbedingt in ein Parteiprogramm, aber wenn man es schon hineinschreibt, dann ist das gewiss ein Lackmustrtest dafür, was man als Partei besonders ernst nimmt und was nicht. Koalitionsbedingungen sind demnach Mindestlohn, Abwehr von Überwachungsstaat, Verbesserung der Lage der ärmeren Bevölkerungsgruppen und keine Beteiligung an Kriegen und Kampfeinsätzen der Bundeswehr im Ausland. – So weit, so gut. Interessanter ist, was nicht den Rang einer Bedingung für Regierungsbeteiligung haben soll, etwa die im Programmentwurf mehrfach genannte Forderung nach Einlösung des Versprechens, mindestens 0,7 Prozent des Sozialprodukts für Entwicklungshilfe einzusetzen, die Forderung, die Regierung möge sich für eine wirksame internationale Regulierung der Finanzmärkte einzusetzen, die Forderung, die Festung Europa zu schleifen ... Alles nicht wirklich ernst gemeint, nicht wirklich mit Priorität ausgestattet? Am Ende sei betont, dass ich mit der Forderung nach einem universal-menschenrechtlichem Internationalismus als Grundelement des Programms keineswegs eine «Utopie» im schlechten Sinne, also das Bekenntnis zu einem weltfremden Nirgendwo vertrete. Internationalismus hat innerhalb der Arbeiterbewegung und ihrer Parteien eine lange Tradition. Auch hier könnte man von einem «Utopiegefälle» sprechen: Die Praxis war regelmäßig anders als das Programm, aber sie kam von der programmatischen Forderung auch niemals ganz los. Warum sollte «Internationalismus» heute mehr Wirkungskraft haben, mehr sein als ein Lippenbekenntnis wie eh und je? – Weil unter den Bedingungen kapitalistischer Globalisierung die Idee des Internationalismus immer realistischer wird. Weil die Wirklichkeit zum Gedanken drängt – und hoffentlich auch der Gedanke zur Wirklichkeit. Dies zu befördern, wäre eigentlich Zweck einer Partei, die die Wirklichkeit verändern und nicht nur in der Konkurrenz um Wählerstimmen und politische Ämter gut abschneiden will.

ND vom 6.9.2010

Bodo Zeuner ist Politikwissenschaftler und kam von den Grünen zur LINKEN.

AUF DER SUCHE NACH EINEM FEMINISTISCHEN PROJEKT

Von Regina Stosch

Als die 60 Teilnehmerinnen der Frauenarbeitskonferenz der LINKEN in Bielefeld im März 2010 den Programmentwurf in den Händen hielten und lasen,

war Enttäuschung spürbar. Eine genaue Betrachtung des Entwurfs aus einer sozialistisch-feministischen Perspektive soll die Gründe erläutern. Die

Frage, wie eine konsequente feministische und antipatriarchale Politik im 21. Jahrhundert formuliert sein müsste, ist nicht leicht zu beantworten. Feminismus gilt als unsexy, als retro, hoffnungslos altbacken, insbesondere bei jüngeren Frauen und bei Frauen mit DDR-Sozialisation. Dennoch: Die Frauenbewegung ist nach wie vor die größte und radikalste der neuen sozialen Bewegungen. In einer Perspektive der Transformation kommt ihr eine zentrale Rolle zu. Einer feministischen, antipatriarchalen und antirassistischen Partei stellt sich die Aufgabe, die Verschränkung von Geschlechterverhältnissen und Produktionsverhältnissen, aber auch die Verwobenheit (Intersektionalität) verschiedener Differenzen zu thematisieren und Lösungen zu suchen, kollektiv und individuell. Frigga Haug setzte sich im Vorfeld des Programmwerfs mit 30 namhaften feministischen Wissenschaftlerinnen in Verbindung, um sie einzuladen, die Programmdebatte zu begleiten. Es hagelte Absagen. Die meisten wollten mit einer Partei nichts zu tun haben, schon gar nicht mit der LINKEN. Daraufhin schrieb sie 100 engagierte weibliche Intellektuelle in aller Welt an und bat sie, «Thesen zu einem linken feministischen Projekt heute» zu schreiben. Das Ergebnis ist lesenswert und erscheint in Kürze unter dem Titel «Briefe aus der Ferne» im Argument-Verlag. Anknüpfungspunkte für feministische und antipatriarchale Politik Kapitalismuskritik bleibt unvollständig, ohne die Bedeutung der Geschlechterverhältnisse für die Beständigkeit des Systems herauszuarbeiten. Geschlechterverhältnisse sind als Produktionsverhältnisse Voraussetzung für die Kapitalverwertung. Sie bestimmen «Fragen von Arbeitsteilung, Herrschaft, Ausbeutung, Ideologie, Politik, Recht, Religion, Moral, Sexualität, Körper, Sprache ... Daher kann im Grunde kein Bereich sinnvoll untersucht werden, ohne die Weise, wie Geschlechterverhältnisse formen und geformt werden, mit zu erforschen.» (Frigga Haug in: Historisch-Kritisches Wörterbuch des Marxismus, 2001) Produktion und Reproduktion sind miteinander verzahnt. «So wird ein feministisches Projekt einer Linken heute nicht bei der Gleichstellung der Geschlechter in der schlecht verwalteten und barbarischen Gesellschaft beginnen, sondern bei der Arbeit als dem menschlichen Stoffwechsel mit der Natur und ihrer Verteilung. Dafür müssen wir als erstes gegen den bornierten Blick streiten, der nur das als Arbeit zählt, was heute in der Form der Lohnarbeit geregelt ist. Alle Arbeit in der Gesellschaft gehört besichtigt und ihre Verteilung gerecht angegangen.» (Frigga Haug, Briefe aus der Ferne, 2010)

Fragen der Reproduktion einer Gesellschaft als «Frauenfragen» zu betrachten, ist reaktionär. Der Reproduktionsbereich umfasst den privaten Bereich, Kindererziehung, Ernährung, Freizeit, persönliche Beziehungen, Sexualität und nicht zuletzt den

Bereich der öffentlichen Daseinsvorsorge. Die Frage der Vereinbarkeit von Familie und Beruf ist keine Frauenfrage, sondern eine allgemeine Frage von Produktion und Reproduktion einer Gesellschaft.

DIFFERENZEN VERSCHRÄNKT BEARBEITEN
Rasse-Klasse-Geschlecht überlagern sich und stützen bzw. behindern sich gegenseitig. Kein Mensch ist nur Frau oder Mann allein. Kein Mensch ist nur Erwerbslose/r allein. Kein Mensch ist nur Migrantinnen und Migranten allein. Geschlechterverhältnisse und andere Diskriminierungs- und Herrschaftsverhältnisse sind verwoben. «Wir liegen alle übereinander», so Judith Butler in der Volksbühne am 26. Juni 2010. Mit der Kategorie Geschlecht verändert sich die Analyse des Themas, aber auch die politische Praxis. Gesellschaftliche Bündnisse verschiedener diskriminierter Gruppen sind möglich und wichtig.

Intersektionalität bedeutet, die strukturellen Merkmale patriarchaler Kultur, nationaler Verfasstheit und kapitalistischer Wirtschaftsweise nicht einzeln, sondern in ihrem Zusammenhang zu betrachten. Die Möglichkeiten des Kapitals, Mehrwert zu akkumulieren, basieren sowohl auf einem patriarchalen und asymmetrischen Geschlechterverhältnis als auch auf der primären Akkumulation, die durch Kolonialisierung ermöglicht und durch den nachfolgenden Imperialismus garantiert wurde.

DURCHFÖRSTUNG DES PROGRAMMS

Bei dieser Vielzahl der Ansatzpunkte für eine feministische Politik in der LINKEN wird deutlich, warum die Frauen in Bielefeld enttäuscht waren. Im Programmwurf finden sich Sätze wie «Es gibt immer noch kein ausgeglichenes und gerechtes Verhältnis zwischen den Geschlechtern. Nach wie vor beeinflussen die traditionellen Rollenklischees das Leben von Frauen und Männern, beeinträchtigen ihre Lebensqualität und Chancen in der beruflichen und sozialen Entwicklung.» Es ist nicht das Rollenklischee, es sind die Produktionsverhältnisse, in denen die Individuen sich vergesellschaften und die sie reproduzieren. Das Emanzipationsziel ist nicht ein ausgeglichenes und gerechtes Verhältnis der Geschlechter, sondern eine Gesellschaft, in der jegliche Unterdrückung aufgehoben und ein gutes Leben für alle möglich ist. Ist Gleichheit der Geschlechter wünschenswert als Gleichheit in der Konkurrenz und der Unterdrückung? Wie ist Geschlechtergerechtigkeit zu fassen, wenn nicht als allgemeine Emanzipationsperspektive für die ganze Gesellschaft?

DAS FEHLEN DER GESCHLECHTER-VERHÄLTNISSE

Der zentrale Satz «Geschlechterverhältnisse sind Produktionsverhältnisse» fehlt, auch die Analyse der Zusammenhänge. Stattdessen heißt es: «Ins-

besondere die Arbeitsbedingungen, die schlechtere Bezahlung und lange Arbeitszeiten benachteiligten Frauen und verfestigen das traditionelle Geschlechterverhältnis.» Warum ist das so? Wem nützt es? Wie konstruiert sich gesellschaftliche Arbeitsteilung? Frauenunterdrückung geht zwar durch die Individuen hindurch, ist aber keineswegs ein individuelles oder Beziehungsproblem, sondern drückt ein gesellschaftliches Verhältnis aus. Auch der Querblick macht deutlich: Eine Kapitalismusanalyse ohne Geschlechterverhältnisse bleibt unvollständig und allgemein. Globalisierungsprozesse sind nicht geschlechtsneutral, wie das Programm suggeriert. Sie wirken sich auf Frauen und Männer unterschiedlich aus und realisieren sich über die Geschlechterordnung. Neue Diskriminierungsstrukturen sind entstanden und müssen in zusammenhängendem Denken aufgelöst werden, wie die Chiffre «weiße Frau mit migrantischer Haushalts-hilfe» deutlich macht.

VOLLSTÄNDIGE WURZELN?

Bei den Wurzeln des demokratischen Sozialismus gelingt es nicht, das Erbe der Frauenbewegung aufzunehmen. Ziele und Erkenntnisse des sozialistischen Feminismus verschwimmen unter den Begriffen «Emanzipation» oder «andere emanzipatorische Bewegung». «Eine neue Frauenbewegung bildete sich, um gegen patriarchale, Frauen unterdrückende und benachteiligende Strukturen im Öffentlichen wie im Privaten zu kämpfen.» (Programmentwurf) Hier werden Ursache und Wirkung verwechselt: In welcher konkreten gesellschaftlichen und ökonomischen Situation entsteht die Frauenbewegung? Was sind die Ziele einer sozialistischen Frauenpolitik? Richtet sich der Kampf gegen «Strukturen» oder gegen Verhältnisse, die patriarchale Unterdrückung reproduzieren? Die Befreiungsperspektive, die die Frauenbewegung der Gesellschaft anbietet, sucht man vergeblich: «Demokratischer Sozialismus orientiert sich an den Werten der Freiheit, Gleichheit, Solidarität, an Frieden und sozialökologischer Nachhaltigkeit.»

TRADITIONELLE ROLLENVERTEILUNG UND HETERONORMATIVITÄT

Stattdessen wird im Absatz «Gleichheit und Geschlechtergerechtigkeit» das Ziel der klassischen Familie postuliert. Die Realität von Patchworkfamilien, Queers und Transgender taucht hier nicht auf, es ist eine Perspektive der Heteronormativität. Anders im Absatz Antidiskriminierungsgesetz: «Neben verheirateten sind unverheiratete Eltern und Patchwork-Familien und auch die Partnerschaften von Lesben, Schwulen, Bisexuellen und anderen, die sich nicht in die gängigen Geschlechterrollen einfügen, als Erziehende anzuerkennen.» Damit ist der Programmentwurf nicht stringent und konsis-

tent. Das Gleiche gilt für die Intersektionalität, die Verschränkung der Diskriminierungen von Rasse-Klasse-Geschlecht. Unterdrückung wird formuliert, aber nicht verbunden. «In vielen Ländern nehmen Rassismus und Faschismus, Antisemitismus und Islamfeindlichkeit zu. Migrantinnen und Migranten sind von menschenrechtswidrigen Abschiebungen bedroht. Repressive Elemente in der Innenpolitik werden ausgeweitet.» (Programmentwurf)

PATRIARCHAT IN DER DDR?

Eine Analyse des Entwicklungsstandes der Frauenemanzipation in der DDR fehlt im Programmentwurf. In der DDR zeigten sich erhebliche Fortschritte beim Abbau von Chancenungleichheit in den Qualifikationschancen, Berufschancen, Aufstiegschancen, Einkommenschancen und politischen Teilnahmenschancen sowie eine Auflockerung der traditionellen Arbeitsteilung in der Familie – allerdings als «Emanzipation von oben», bewusst und planmäßig herbeigeführt: «paternalistisch gesteuert» – «Das Patriarchat hat sich selbst gemäßigt.» (Rainer Ferchland in: Patriarchat in der DDR, 2009). Dieses Erbe aufzuarbeiten, ermöglicht zum einen das Zusammenwachsen von west- und ostdeutscher Frauenbewegung und zum anderen die Einbeziehungen von Erfahrungen, die bisher unbearbeitet sind, z. B. Ansätze geschlechtsneutraler Erziehung in der DDR.

DAS POSITIVE ZUM SCHLUSS

Positiv hervorzuheben ist das Bekenntnis zur Utopie, zum Entwurf der 4-in-1-Perspektive (Frigga Haug), der zwar nicht von allen, aber von vielen Frauen und Männern in der LINKEN geteilt wird: «Erwerbsarbeit, Arbeit in der Familie, die Sorge um Kinder, Partner und Freunde, die Teilhabe am kulturellen und politischen Leben und schließlich individuelle Weiterbildung und Muße sind wesentliche Lebensbereiche. DIE LINKE will für alle Menschen die Möglichkeit schaffen, diese Lebensbereiche in selbstbestimmter Balance zu verbinden.» (Programmentwurf) Auch klare Forderungen sind Konsens: Gleiches Entgelt für gleiche und gleichwertige Arbeit, Abschaffung des Ehegattensplittings, Erhöhung der Frauenerwerbsquote, öffentliche Maßnahmen zur Förderung von Kindern, ein Gleichstellungsgesetz auch für die Privatwirtschaft. «Alle politischen Entscheidungen und Vorschläge müssen systematisch danach beurteilt werden, welche Auswirkungen sie auf Frauen und auf Männer haben werden.» (Programmentwurf) Und zu guter Letzt schreibt das Programm die Quote fest: «Quotierung bleibt ein wichtiges Mittel zur Förderung der Geschlechtergerechtigkeit.»

AUSBLICK

Das weitgehende Fehlen von Verknüpfungen (Kapitalismus/Patriarchat; Produktion/Reproduktion; Differenzen wie Geschlecht, Rasse, Klasse) und die un-

zulängliche Berücksichtigung feministischer Politik im Programmwurf spiegeln die Situation des feministischen Projekts in der Gegenwart wider. Wenn DIE LINKE in die Offensive kommen will, sind eine Aufarbeitung der Kernaussagen des sozialistischen Feminismus und eine Überarbeitung des Programmwurfs unter einem konsequenten frauenpolitischen Blickwinkel notwendig. Solange bei der Analyse des Kapitalismus die Verknüpfung

der Unterdrückungs- und Diskriminierungsstrukturen unvollständig bleibt, wird die praktische Politik in konkreten gesellschaftlichen Auseinandersetzungen geschwächt, da Widerstandspotenziale nicht gebündelt werden können.

ND vom 13.9.2010

Regina Stosch ist Trainerin für politische Bildung und Mitglied im Landesvorstand Bayern der LINKEN.

FREIHEIT DURCH SOZIALISMUS?

Von André Brie

Oskar Lafontaines auf dem Cottbuser Parteitag verwendete Losung «Freiheit durch Sozialismus!» war eine notwendige Antwort auf die seit vielen Jahrzehnten verfochtene Behauptung von Konservativen und Liberalen «Freiheit oder/statt Sozialismus». Zugleich wurde damit ein Grundmangel der kapitalistischen Gesellschaft und der «neoliberalen» Politik gebrandmarkt: Freiheit ohne soziale Gerechtigkeit und Gleichheit, Freiheit, die soziale Ausgrenzung und Spaltung einschließt, praktiziert, sogar voraussetzt, ist zum einen Herrschaftsfreiheit der großen Konzerne, Banken, Fonds und Vermögen, zum anderen fehlen ihr die sozialen Voraussetzungen der Freiheit für alle. Einer der einflussreichsten Propagandisten dieser Politik, Peter Sloterdijk, ging in seinem «bürgerlichen Manifest» vor einem Jahr so weit, politische Rechte wieder (wie im späten 18. und im 19. Jahrhundert) direkt an Eigentum und Vermögen zu binden. Er forderte den «Aufbruch der Leistungsträger» (die er nicht an gesellschaftlicher Leistung, sondern am Steueraufkommen misst), ihre «Zentralstellung» in Politik und Gesellschaft durch einen «neuen Gesellschaftsvertrag» und die Überwindung des «Systems der Leistungsträgerverleumdung». Sloterdijk rief zu einer Mobilisierung auf, «in deren Verlauf sich die Gruppe der steueraktiven Bürger ihrer Bedeutung und Verantwortung für den Gang der Dinge in einem bisher unbekanntem Maß bewusst wird»; der «Leistungsträgerkern der deutschen Population» solle sich «in Zukunft nicht nur fiskalisch stark mitgenommen» fühlen, sondern «auch politisch, sozial und kulturell gewürdigt» wissen.

Albert Camus fand dafür schon vor Jahrzehnten seine literarischen Bilder: «Bei uns in Westeuropa, zum Beispiel, steht die Freiheit offiziell hoch im Kurs. Nur gemahnt sie mich unwillkürlich an jene arme Verwandte, der wir in gewissen bürgerlichen Familien begegnen. Die Verwandte ist verwitwet, sie hat ihren naturgegebenen Beschützer verloren. Also hat man sie aufgenommen, ihr ein Dachstüb-

chen zugewiesen und ihr Zutritt zur Küche gewährt. Zuweilen zeigt man sie sonntags in Gesellschaft vor, um zu beweisen, dass man der Tugendhaftigkeit nicht entbehrt und kein Unmensch ist. Aber im übrigen, und insbesondere bei feierlichen Gelegenheiten, ist sie gebeten, die Klappe zu halten. Und wenn ein zerstreuter Polizist sie auch ein bisschen in dunklen Ecken vergewaltigt, macht man kein Aufhebens davon; sie ist noch ganz andere Dinge gewöhnt, vor allem vom Hausherrn, und schließlich lohnt es sich nicht, deswegen Scherereien mit der Obrigkeit zu kriegen.»

Die Situation ist nicht neu, ihre Verschärfung ist es. Kein Zweifel, DIE LINKE ist – wie in ihren Ursprüngen im 19. Jahrhundert – gefordert, die Freiheit zu verteidigen und für ihre komplexen sozialen, gesellschaftlichen und internationalen Bedingungen zu ringen. Doch man muss Camus weiterlesen: «Im Osten ist man da allerdings offener vorgegangen. Man hat ein für allemal mit der armen Verwandten abgerechnet und sie in einen Wandschrank hinter Schloss und Riegel gesetzt.

Es heißt, in ungefähr einem halben Jahrhundert werde man sie wieder hervorholen, sobald die ideale Gesellschaft endgültig eingerichtet sei. Dann sollen ihr zu Ehren Feste gefeiert werden. Aber meiner Ansicht nach wird sie dann ein bisschen von Moten zerfressen sein, und ich fürchte sehr, dass man sie nicht mehr verwenden können.» Können wir sie noch verwenden nach einem Sozialismus und Parteikommunismus, die die politischen Freiheitsrechte so gründlich missachteten und auch nach dem «halben Jahrhundert» nicht fähig waren, sie hervorzuholen? Noch einmal Albert Camus: «Ja, das entscheidende Ereignis des 20. Jahrhunderts bestand darin, dass die revolutionäre Bewegung die Werte der Freiheit aufgab, dass der Sozialismus der Freiheit immer weiter vor dem Sozialismus des Cäsarentums und des Militärs zurückwich.»

Freiheit durch realisierten Sozialismus hat es bisher nicht gegeben. In den staatssozialistischen Län-

dern wurde sie als existenzielle Bedrohung angesehen, in Chile ist sie blutig weggeputzt worden. Die früheren SED-Mitglieder in der deutschen Linken haben jedenfalls bleibenden Grund, sich aktiv, nicht abgenötigt, sehr kritisch mit dem Verhältnis der sozialistischen Linken zur Freiheit auseinander zu setzen, zumal hier auch ein unausgeschöpfter Erfahrungsschatz besteht, wie Sozialismus und sozialistische Politik nicht funktionieren können und nicht funktionieren dürfen. Dieser Erfahrungsschatz kann für die neuen, zeitgemäßen Antworten nach Freiheit, Individuum und gesellschaftlicher Gleichheit wichtige Beiträge liefern. Und wer mit den ehemaligen SED-Mitgliedern zusammengeht, wie die früheren WASG-Mitglieder, Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten, Grüne und undogmatische Kommunistinnen und Kommunisten, wird – unabhängig von der eigenen kritischen Praxis gegenüber dem gescheiterten osteuropäischen Sozialismus – in diese Verantwortung aufgenommen. Die regierenden kommunistischen Parteien verhielten sich besonders negativ zu den politischen Freiheitsrechten, aber auch in anderen linken Bewegungen und Gruppen war eine starke Staatsorientierung nicht selten Ausgangspunkt für ein ambivalentes oder passives Verhältnis zum Ausbau individueller Freiheitsrechte, zu individuellen Selbstverwirklichungs- und Emanzipationsansprüchen.

Auch wenn in weiten Teilen der Bevölkerung und der Linkspartei angesichts zunehmender sozialer Spaltung und des entfesselten Marktradikalismus gegenwärtig andere Fragen im Vordergrund stehen und stehen müssen: Die nach 1989/90 von der PDS angestrebte Neugewinnung sozialistischer Politik als einem tiefen Bruch mit der SED-Politik wird an nichts mehr gemessen als an ihrem Verhältnis zur Freiheit und der Glaubwürdigkeit, Unumkehrbarkeit und Konsequenz ihrer Selbstkritik. Und ihr Erfolg wird durch nichts mehr entschieden als durch die reale, die praktische Lösung einer gleichgewichtigen Verknüpfung von Sozialismus und Freiheit. Es wird keine sozialistische Perspektive mehr geben außer einer libertären.

Tatsächlich ist das Verhältnis der Linken zur Freiheit nicht einfach. DIE LINKE definiert sich seit eh und je aus der Empörung über Verhältnisse, «in denen der Mensch ein erniedrigtes, ein verlassenes, ein verächtliches Wesen ist» (Marx). Es geht ihr – zu Recht – um die Verhältnisse. Die missachteten kollektiven sozialen Rechte, soziale Gleichheit und ihre gesellschaftlichen und politischen Erfordernisse – oder in stalinistischer Pervertierung: die «Sache» – waren ihr entscheidender Bezugspunkt, das Kollektiv (die Arbeiterklasse und die Partei sowie deren kollektive «Transmissionsriemen») waren ihre Subjekte. Heinrich Heine wurde vom Kommunismus angezogen, obwohl er ihm die Wahrung

der individuellen Rechte nicht zutraute, weil er überzeugt war, dass die alte Gesellschaft zugrunde gehen müsse, «wo die Selbstsucht gedieh, wo der Mensch vom Menschen ausgebeutet wurde». In einer Gesellschaft, in der die Freiheit der Einzelnen in sehr starkem Maße von ihrem Geldbeutel, ihrer wirtschaftlichen und medialen Macht bestimmt werden, Millionen Menschen durch die Fesseln sozialer Abhängigkeit, durch soziale Ausgrenzung und Vereinsamung, durch Arbeitslosigkeit, Behinderung, durch Herkunft, Geschlecht oder durch ihr Alter politische Rechte nicht wirksam wahrnehmen können oder ihre Folgenlosigkeit erleben, muss DIE LINKE auch künftig und offensichtlich mit größter Dringlichkeit die Verwirklichung der sozialen Rechte und ökologischer Alternativen einfordern.

Marx und Engels stellten die soziale Frage in den Mittelpunkt ihrer Analysen und ihres politischen Wirkens. An vielen Stellen ihrer frühen Schriften, bei Engels auch im Spätwerk, wird die Freiheitsfrage jedoch gleichrangig und eng verknüpft mit dem Ziel gesellschaftlicher Gleichheit behandelt. Im «Kommunistischen Manifest» definierten sie die kommunistische Perspektive als «eine Association, worin die freie Entwicklung eines jeden die Bedingung für die Freiheit aller ist.» Auf eine Losung gebracht, hieße das «Sozialismus durch Freiheit!»

Dagegen wurde und wird auch heute nicht selten eingewandt, dass es sich dabei nur um das Ziel handeln könne, dass sozialistische Politik und eine nichtkapitalistische gesellschaftliche Perspektive sich angesichts des Widerstandes der großen Privateigentümer und ihrer Herrschaft über den Staat nicht ohne Repression durchsetzen ließen. Diese Erkenntnis ist in der Linken auch heute alles andere als unumstritten. Der vielfach verehrte linke Theoretiker Slavoj Žižek kritisiert beispielsweise den demokratischen Bezug der Antiglobalisierungsbewegung und meint: «...irgendwann wird man den selbstverständlichen Bezug auf «Freiheit und Demokratie» problematisieren müssen.»

Die osteuropäische Sozialismusgeschichte jedoch beweist, dass dieser Weg in die Entstellung von Sozialismus und zu seinem Scheitern führen muss. Ohne offenen und öffentlichen Meinungsstreit, ohne die politische Freiheit und Emanzipation und umfassende demokratische Selbstentscheidung der Menschen lassen sich weitreichende politische und gesellschaftliche Wandlungen nicht durchsetzen und sichern. Sozialistische Politik und Sozialismus können nur durch die Attraktivität und Überzeugungskraft ihrer Alternativen, Freiheits- und Demokratiegewinne eingeschlossen, bestehen. Rosa Luxemburg erkannte das bereits 1918 in ihrer Analyse «Zur russischen Revolution» aus eigener intensiver Erfahrung und mit unglaublich

konkreter Weitsicht: «Ohne allgemeine Wahlen, ungehemmte Presse- und Versammlungsfreiheit, freien Meinungskampf erstirbt das Leben in jeder öffentlichen Institution, wird zum Scheinleben, in der die Bürokratie allein das tätige Element bleibt.» Der heutige, sehr weitreichende soziale, kulturelle, wirtschaftliche und internationale Wandel macht die Neuaneignung der Freiheit durch die sozialistische Linke, gleichgewichtig zum gesellschaftlichen Gleichheits- und Gerechtigkeitsgrundsatz, noch notwendiger. Soziale und kulturelle Ausdifferenzierung, starke und sehr unterschiedliche individuelle Lebensansprüche verlangen nach neuen Lösungen für soziale Probleme auf fast jedem Gebiet, die diese Unterschiedlichkeit mit den Grundsätzen der gesellschaftlichen Gleichheit, Gerechtigkeit und Solidarität verbindet. Natürlich muss DIE LINKE Widerstand gegen die neoliberale Zertrümmerung des Staates und der Politik leisten und für ihre demokratische, soziale und ökologische Durchsetzungsfähigkeit gegen die Banken, Fonds und großen Konzerne eintreten. Aber ihr Ziel muss auf neue Weise vor allem die Stärkung der Gesellschaft, der zivilgesellschaftlichen Organisationen und Individuen auch gegenüber dem Staat sein.

Auch die Träger gesellschaftlicher Veränderungen sind sozial, kulturell und organisatorisch außerordentlich heterogen geworden. Ohne demokrati-

schen Pluralismus, Freiheit und Achtung der Andersdenkenden, «ungehemmtes, schäumendes Leben» (Rosa Luxemburg) werden die so differnten sozialen und politischen Subjekte gesellschaftlicher und politischer Alternativen nicht zusammenkommen und eine emanzipatorische Teilhabe der Menschen unmöglich sein. Eine solche eigene Kultur und Praxis der Linkspartei wäre dafür ein notwendiges Beispiel.

Freiheit und Gleichheit sind die Pole der Linken. Fehlt einer der beiden, oder ist er schwächer, wird der Dynamo linker Politik nicht den notwendigen politischen Strom erzeugen, den die heutige Gesellschaft mehr braucht denn je. Mit Johano Strasser lässt sich schließen: «Es war die große Leistung von Neuzeit und Moderne, den Freiheiten im Plural, die im Grunde Privilegien waren, den universellen Anspruch auf Freiheit entgegenzusetzen. Seitdem kann die Leidenschaft für die Freiheit nur noch überzeugen, wenn sie mit der Leidenschaft für die Gerechtigkeit gepaart ist. Beide Leidenschaften fließen im Gleichheitsgedanken zusammen.» Das wäre: Sozialismus durch Freiheit, Gleichheit, Gerechtigkeit und Solidarität.

ND vom 20.9.2010

André Brie ist Friedensforscher und war Abgeordneter der LINKEN im Europäischen Parlament.

DIE VERGESELLSCHAFTUNG DER BANKEN KONKRET DENKEN

Von Axel Troost

Im Programmentwurf der Partei DIE LINKE wird die demokratische Kontrolle des Finanzsektors und seine Verpflichtung auf das Gemeinwohl als eines der zentralen linken Reformprojekte identifiziert. Einige Eckpunkte sind im Programmentwurf bereits benannt. Ausgangspunkt ist, den Finanzsektor als eine notwendige Infrastruktur, als ein «öffentliches Gut» zu begreifen, dessen «Bereitstellung daher eine öffentliche Aufgabe» ist. Daher soll es in Zukunft nur noch «Sparkassen, Genossenschaften und staatliche Großbanken» geben. «Private Banken müssen deshalb verstaatlicht, demokratischer Kontrolle unterworfen und auf das Gemeinwohl verpflichtet werden. Durch strikte Regulierung ist zu gewährleisten, dass der Bankensektor in Zukunft wieder seinen öffentlichen Auftrag erfüllt».

Nicht zuletzt aufgrund der gebotenen Kürze eines Parteiprogramms ist im Programmentwurf kein detaillierteres Vorgehen beschrieben, wie dieses Ziel zu erreichen ist. Ich will im Folgenden dazu einige Überlegungen unterbreiten, wie ein Einstieg in eine andere Bankenwelt aussehen könnte und

wie die Partei dabei mit dem Begriff der Verstaatlichung umgehen sollte.

DIE KERNFUNKTIONEN EINES BANKENSEKTORS DER ZUKUNFT

Eine Neuordnung des Bankwesens braucht zuerst eine Neubestimmung bzw. Rückbesinnung hinsichtlich der ökonomischen Kernfunktionen des Bankensektors. Es waren vor allem die Finanzmärkte, die in den vergangenen Jahrzehnten falsche Leitbilder etabliert haben: Shareholder Value, schlanker Staat, Standortkonkurrenz und Steuere Wettbewerb. Genau diesen Prozess gilt es umzukehren und den Finanzsektor wieder auf die Rolle eines Dienstleiters für die Gesamtwirtschaft zurückzustützen. Die Kernfunktionen des Bankensektors sind dementsprechend erstens die Sicherstellung eines zuverlässigen und kostengünstigen Zahlungsverkehrs einschließlich einer entsprechenden Bargeldversorgung. Zweitens müssen Banken auf die Rolle als Kapitalsammelstellen zurückgeführt werden, die für Sparerinnen und Sparer sichere, verständliche

und nachhaltige Sparmöglichkeiten bieten, statt mit deren und bankeigenem Geld riskante Geschäfte zu tätigen. Drittens müssen Banken ihre Finanzierungsfunktion erfüllen, indem sie die Investitionen der Unternehmen und des Staates zu annehmbaren Bedingungen über Kredit finanzieren. Diese Kernfunktionen des Bankensektors lassen sich mit den Schlagworten Zahlungsverkehr, Ersparnisbildung und Finanzierung (nachfolgend als ZEF-Funktionen bezeichnet) umreißen. Die gesamte Debatte um die überfällige strikte Regulierung der Banken muss von diesen Kernfunktionen ausgehen. Das Ziel muss sein, den Finanzsektor in seinem Volumen erheblich zu schrumpfen und seine ökonomische wie politische Machtposition zurückzudrängen. Als Dienstleister für Realwirtschaft und Gesellschaft darf der Finanzsektor nicht mehr als Ort eigenständiger Wertschöpfung gelten, sondern muss als gesamtwirtschaftlich notwendige Infrastruktur begriffen werden. Es ist Aufgabe staatlichen Handelns, die Funktionsfähigkeit dieser Infrastruktur sicherzustellen.

PRIVATBANKEN: ABSCHALTEN!

WIE STEHEN DIE BANKEN IN DEUTSCHLAND HEUTE DA? EIN BLICK IN DIE DREI SÄULEN:

Öffentlich-rechtliche Institute: Die Sparkassen haben sich wenig an riskanten Finanzgeschäften beteiligt und bilden gerade in der Krise das Rückgrat der Kreditversorgung für kleine und mittelständische Unternehmen (KMU). Die überwiegende Zahl der Landesbanken hat unverantwortlich riskante Geschäfte im globalen Finanzcasino gemacht, die nichts mit ihrem ursprünglichen Geschäftsauftrag zu tun hatten.

Genossenschaften: Die Genossenschaftsbanken haben sich, abgesehen von einigen Verlusten ihres Zentralinstituts DZ Bank, in der Krise ebenfalls gut bewährt. Die Volks- und Raiffeisenbanken leisten, ähnlich den Sparkassen, einen wichtigen Beitrag zur Kreditversorgung.

Die privaten Banken als dritte Säule schneiden insgesamt am schlechtesten ab. Die Commerzbank und viele der Spezialbanken wie z. B. IKB und Hypo-Real-Estate hätten die Finanzkrise aus eigener Kraft nicht überlebt. Und ohne die Rettungspakete der US-Regierung wäre auch die Deutsche Bank mit ihrem US-Geschäft ebenfalls in schwere Schieflage geraten. Schon vor der Krise und umso mehr heute erbringen die privaten Banken den geringsten Dienst an der (für die?) Realwirtschaft. Wenn also der gefährlich überdimensionierte Finanzsektor schrumpfen muss, dann sollten einerseits die Geschäftsbereiche der Landesbanken, die das riskante Kapitalmarktgeschäft betreiben, geschlossen werden. Andererseits sollten die privaten Banken so weit als möglich durch Insolvenz aus dem Bankensektor ausscheiden. Ein Ausscheiden der privaten Banken durch Insolvenz wird aber nicht immer

möglich sein, denn eine Commerzbank kann man nicht einfach in die Insolvenz schicken. Die Folgewirkungen sind so schwer abschätzbar, dass man das nicht «einfach mal ausprobieren» kann. Im Fachjargon wird dieses Dilemma mit dem Begriff «Systemrelevanz» umschrieben. Um Schlimmeres zu verhindern, müssen «systemrelevante» private Banken notfalls mit öffentlichen Mitteln gestützt werden. Bei den Landesbanken muss die öffentliche Hand als Eigentümer und Gewährträger ebenfalls nachschießen. Diese Stützungen sind in der Bevölkerung und auch in der parteipolitischen und außerparlamentarischen Linken zurecht sehr unbeliebt. Es muss daher auch im Programmwurf deutlich gemacht werden, dass die Verstaatlichung von systemrelevanten privaten Banken kein Wert und Zweck an sich ist, sondern vielmehr eine bedauerliche Notwendigkeit. Viel lieber, so sollten wir zum Ausdruck bringen, wollen wir private Banken in die Insolvenz gehen und verschwinden sehen. DIE LINKE braucht nicht in erster Linie ein Verstaatlichungs-, sondern ein Abwicklungsprogramm für private Banken. Es ist ähnlich wie in der Energiewirtschaft: Wir wollen die Vergesellschaftung der Energiekonzerne, aber nicht um mit deren Atommeilern schmutzige Oligopolgewinne für die öffentliche Hand zu «erwirtschaften». Und genauso, wie wir die Atommeiler abschalten wollen, so sollten wir auch die privaten Banken unverzüglich abschalten.

TRANSFORMATION DER BANKEN

Einen praktischen Vorschlag, wie dies erfolgen könnte, hat der Arbeitskreis Wirtschaft, Finanzen, Steuer, Energie und Umwelt der Bundestagsfraktion der LINKEN jüngst in einem Diskussionspapier dargelegt («Den Bankensektor neu ordnen – und mit der Vergesellschaftung beginnen»), abrufbar unter www.axel-troost.de). Ausgangspunkt muss ein rückhaltloser Kassensturz der Banken sein. Nur wenn klar ist, wie viel Substanz in den einzelnen Banken übrig ist, kann ein Vertrauen zurückkehren. Deswegen müssen die Banken zu einer schonungslosen Offenlegung ihrer Verlustrisiken ohne Bilanzierungstricks genötigt werden. Dabei werden die Banken vielfach enorme Verluste ausweisen müssen, die sie mit ihrem knappen Eigenkapital nicht schultern können. Die betroffenen Banken sind dann bilanztechnisch insolvent.

In diesem Moment muss ein neues Abwicklungs- und Restrukturierungsverfahren für Banken greifen, das nach Aufzehrung des kompletten Eigenkapitals – d. h. eines Totalverlusts der Aktionäre – in einem zweiten Schritt auch eine Beteiligung der Bankgläubiger an den Verlusten vorsieht. Gläubiger inklusive Einleger sollten zunächst nur im Umfang der gesetzlichen Einlagensicherung von zukünftig 100.000 Euro entschädigt werden. Für darüber hinausgehende Forderungen können an-

teilige Verlustbeteiligungen, veränderte Rückzahlungsbedingungen etc. festgesetzt werden.

Nur wenn die Verlustbeteiligung der Aktionäre und Gläubiger nicht ausreicht, um den Zusammenbruch eines systemrelevanten Instituts abzuwenden, sollte der Staat den verbleibenden Rest der Bank mit frischem Stammkapital stützen. Als dann neuer und alleiniger Eigentümer der Bank muss er sofort im Sinne der genannten Kernaufgaben «Zahlungsverkehr, Ersparnisbildung und Finanzierung» (ZEF) entschlossen die neue Geschäftspolitik bestimmen. Dabei ergibt sich ein Dilemma. Die Sparkassen und Genossenschaftsbanken verfolgen das genannte Geschäftsmodell ZEF sehr erfolgreich für Privatpersonen und kleine und mittelständige Unternehmen. Es kann nicht sinnvoll sein, dass eine staatlich getretete Großbank nun ausgerechnet den Banken das Wasser abgräbt, die der Vergesellschaftung deutlich näher sind, nämlich den Sparkassen und Genossenschaftsbanken. Der Ausweg besteht allein darin, ZEF-Dienstleistungen für Großkunden bereitzustellen.

Auf genau dieselbe Kundschaft müssen sich aber auch alle Überlegungen konzentrieren, wenn man für die Landesbanken ein gemeinwohlerträgliches ZEF-Geschäftsmodell finden will. In der Summe wird der Staat nicht darum herumkommen, ein integriertes Konzept für verstaatlichte Privatbanken und Landesbanken zu finden, das dem real existierenden Bedarf von ZEF-Dienstleistungen für diesen Kundenkreis entspricht. Das kann und muss im Einzelfall dazu führen, dass Geschäftsbanken, die aus dem Sachzwang der Systemrelevanz verstaatlicht wurden, geschlossen oder mit anderen Teilen von ehemaligen Privat- oder Landesbanken zusammengeführt werden müssen.

UND WIE SIEHT DAS KONKRET AUS?

Auf lokaler Ebene sollten die öffentlich-rechtlichen Sparkassen einerseits und die genossenschaftlichen Volks- bzw. Raiffeisenbanken andererseits erhalten bleiben und für ihr jeweiliges Territorium im Wettbewerb stehen.

Auf der regionalen Ebene sollten aus den (in die öffentliche Hand überführten) Geschäfts- und Landesbanken neue Spar-Regional-Kassen geformt werden. Parallel dazu kann die genossenschaftliche Säule Regional-Genossenschaftsbanken ins Leben rufen. Die hier skizzierte Neuordnung des Bankensektors kommt daher explizit ohne bundesweit tätige Banken aus. Viele wünschenswerterweise einheitliche Finanzdienstleistungen (wie z. B. die flächendeckende Bargeldversorgung an Geldautomaten) können durch eine Stärkung der Zusammenarbeit innerhalb der jeweiligen Säule bundesweit einheitlich angeboten werden, bzw. werden das schon heute. Ob lokal oder regional: Öffentlich-rechtliche und genossenschaftliche Banken werden nach dem Vorbild

der Sparkassen in ihren Satzungen verbindlich auf Gemeinwohlorientierung und auf ein Geschäftsmodell entsprechend den ZEF-Kernfunktionen festgelegt. Die Kontrollorgane (Verwaltungs- bzw. Aufsichtsräte) der Banken müssen pluralistischer werden und stärkere Mitwirkungs- und Kontrollrechte erhalten. Neben Politikerinnen und Politiker und von Parteien benannten «Expertinnen und Experten» müssen in den Verwaltungsräten öffentlich-rechtlicher Banken Vertreter gesellschaftlicher Organisationen wie z. B. Gewerkschaften, Naturschutz- und Umweltverbände, Verbraucherschützer, soziale Einrichtungen und Bewegungen etc. sitzen. Die Mitglieder der Kontrollorgane müssen eine demokratische Legitimation haben, ggf. durch direkte Wahl. Neben diesen Kontrollorganen sollten zusätzliche, über die einzelnen Regionalinstitute hinausreichende Beiräte eingerichtet werden, die z. B. über Fragen der gesamtwirtschaftlichen Kreditsteuerung oder über die Entwicklung einzelner Sektoren und Branchen beraten.

Diese Stärkung des Verbundgeschäfts ermöglicht trotz der im Vergleich zu heute dezentraleren Bankenstruktur auch weiterhin große Finanzierungen und die Begleitung beim Auslandsgeschäft. Mit Blick aufs Ausland ist aber anzustreben, dass deutsche Unternehmen im Ausland nach Möglichkeit auf das Fachwissen der dortigen (dann hoffentlich ebenfalls vergesellschafteten) Banken zurückgreifen, wie wir es umgekehrt für geboten halten, dass ausländische Unternehmen in Deutschland auch mit den hiezulande vergesellschafteten Banken zusammenarbeiten. In Europa sind daher mittelfristig lose und möglichst dezentral ausgerichtete, europaweite Verbände von ähnlich gelagerten öffentlichen und genossenschaftlichen Banken erstrebenswert.

OHNE KOMPETENZ UND ENGAGEMENT KEINE KONTROLLE

Ein demokratisch kontrolliertes Bankwesen steht und fällt mit den Menschen, die den nötigen Sachverstand und das gesellschaftliche Engagement mitbringen, diese Kontrolle auszuüben. Dazu müssen wir als LINKE bei uns selbst anfangen und unsere Kompetenzen zur Kontrolle der Banken ausbauen und wirksam einsetzen. Die Vertreter der LINKEN in den Aufsichtsgremien der Sparkassen und anderer Banken können heute die ersten Träger dieses Demokratisierungsprozesses sein. Viele müssen folgen. Dabei müssen sie von der Partei aber tatkräftig unterstützt und begleitet werden.

ND vom 27.9.2010

Axel Troost ist Geschäftsführer des Bremer Progress-Instituts für Wirtschaftsforschung und Mitglied des Parteivorstandes der LINKEN und der Linksfraktion im Bundestag.

EIN PAAR BESSERE REGELN REICHEN NICHT

Von Sahra Wagenknecht

Kaum war der Entwurf für ein neues Parteiprogramm der Linken veröffentlicht, schäumte es im politischen Establishment. Besonders wütend fiel die Reaktion der SPD aus. Generalsekretärin Nahles machte im Entwurf «DDR-Nostalgie» und «kleinbürgerliche Allmachtsphantasien» aus. SPD-Vize Scholz spricht von einem «Programm voller wilder Worte und unerwachsener Verstaatlichungsforderungen». Der wirtschaftspolitische Sprecher, Garrelt Duin, hält den Entwurf für «komplett gaga». «Neokommunistische Grundzüge» wittert der Parlamentarische Geschäftsführer Oppermann und stellt fest: «Wenn das Programm so kommt, dann wird es auf sehr lange Sicht keine Zusammenarbeit der SPD mit der Linkspartei auf Bundesebene geben können». Und SPD-Chef Gabriel macht klar, was er erwartet: «Die Reformer müssen endlich mal kämpfen um ihre Partei! Ob sie sich durchsetzen, werden wir erst wissen, wenn DIE LINKE endlich ihr Grundsatzzprogramm beschließt.» Soweit, so verständlich. Der vorliegende Programmentwurf hat ein klares Profil. Er ist antikapitalistisch und beharrt auf der Möglichkeit einer sozialistischen Wirtschaftsordnung mit veränderten Eigentumsverhältnissen. Er sagt eindeutig und ohne Hintertürchen Nein zu jedweden Kriegseinsätzen. Er formuliert antineoliberale Reformschritte und Haltelinien linker Politik: Privatisierungen, Sozial- oder Personalabbau dürfen von einer Linken, die ihre Glaubwürdigkeit nicht verspielen will, nicht mitgetragen werden. Er besteht auf der Notwendigkeit außerparlamentarischer Gegenwehr, von Demonstrationen bis zum politischen Generalstreik. Dass dieses Programm die Machthabenden erbost, verwundert nicht. Die oberen Zehntausend und ihre Medienkonzerne haben Angst vor einer politischen Kraft, die die Einkommensmillionäre und Vermögenden nicht länger mästen will und ein Wirtschaftssystem infrage stellt, welches Reiche reicher und die Mehrheit ärmer macht. Furcht vor einer starken Linken hat auch die SPD, die von Steinmeier über Heil bis zu Gabriel und Nahles von Leuten angeführt wird, die an der Umsetzung des brutalsten Sozialabrisssprogramms der bundesdeutschen Geschichte persönlich beteiligt waren und die unverändert zum Kern der Agenda 2010 stehen: Hartz IV, Zerschlagung der gesetzlichen Rente, Billigjobs und natürlich Kriegseinsätze. Nichts empfindet die SPD so sehr als Bedrohung wie eine erstarkende LINKE, die sie mit konsequenten Positionen vor sich hertreibt. Ihr Wunsch, dass DIE LINKE sich schwächt, indem sie ihr Profil verwässert, ist daher verständlich. Allerdings wären wir außerordentlich schlecht beraten, wenn wir diesem Wunsch folgen würden.

Unterdessen hat der Programmentwurf auch aus den eigenen Reihen manch harsche Reaktion erfahren. Für Klaus Lederer entwirft er eine «Horrorwelt, die von einigen hundert Unternehmen und Individuen beherrscht wird und sich am Abgrund befindet.» Und für das Forum Demokratischer Sozialismus (fds) zeichnet der Entwurf «das Bild eines Kapitalismus, der nur destruktiv ist und keinerlei Reformfähigkeit besitzt».

Tag für Tag sterben auf diesem Planeten ungefähr 100.000 Menschen an Hunger oder seinen Folgen. Etwa eine Milliarde Menschen sind chronisch unterernährt. Mindestens 100 Millionen wurden allein infolge der Finanzkrise zusätzlich in Armut gestürzt. Jean Ziegler beschreibt die Situation so: «Das Recht über Leben und Tod dieser Milliarden von Menschen üben die Herren des globalisierten Kapitals aus. Durch ihre Investitionsstrategien, ihre Währungsspekulationen, die politischen Bündnisse, die sie eingehen, entscheiden sie Tag für Tag darüber, wer das Recht hat, auf diesem Planeten zu leben, und wer dazu verurteilt ist, zu sterben.» Malt, wer das Grauen, die Armut, die Kriege, die milliardenfach zerstörten Lebensperspektiven beschreibt, eine «Horrorwelt»?

Auch in den Industrieländern ist der Traum vom «Wohlstand für alle» ausgeträumt. Der Lebensstandard von Mehrheiten sinkt, für manche dramatisch. In den USA liegen die realen Jahreseinkommen von etwa 90 Prozent der Bevölkerung kaum oberhalb des Niveaus der siebziger Jahre. Von jedem Dollar, um den das Realeinkommen zwischen 1976 und 2007 gewachsen ist, flossen 58 Cent in die Taschen des reichsten ein Prozent. Nicht viel besser in Deutschland. Die reale Lohn- und Gehaltssumme liegt trotz der gefeierten neuen Arbeitsplätze – mehrheitlich Mini oder Billigjobs – auf dem Niveau von 1991. Konzerne fahren Forschungs- und Entwicklungsausgaben zurück, um die Dividende für die Shareholder hochzuhalten. Großbanken finanzieren lieber aberwitzigste Finanzwetten als innovative Kleinunternehmen.

Der Kapitalismus befindet sich in seiner tiefsten Krise seit den 30er Jahren, und die Ursache dieser Krise liegt nicht in ein paar fehlenden Regeln, sondern im Profitprinzip: Solange privatkapitalistisches Eigentum die Wirtschaft dominiert, entscheiden nicht gesellschaftliche Bedürfnisse, sondern allein die erwartete Rendite darüber, welche Investitionen stattfinden und welche unterbleiben, welche Arbeitsplätze vorläufig gesichert sind und wessen soziale Existenz vernichtet wird. Die Financial Times Deutschland (FTD) rechtfertigte den Ölkonzern BP, der mit seiner missglückten Bohrung im Golf von

Mexiko ein ökologisches Desaster angerichtet hat, folgendermaßen: «Selbst wenn er wollte, der Chef von BP könnte gar nicht einfach auf die umstrittenen Tiefwasserbohrungen verzichten. Er ist in seiner Funktion nicht der Gesellschaft verpflichtet, sondern seinen Arbeitgebern: den Eignern des Ölkonzerns. ... Wenn ein Unternehmen eine moralische Entscheidung trifft, die Rendite kostet, wird es langfristig nicht wettbewerbsfähig sein und von skrupelloseren Rivalen aus dem Markt gedrängt.» Wahrscheinlicher noch ist, dass der Chef von den Anteilseignern vorher einfach ausgetauscht würde. Insofern ist es nicht nur eine billige Rechtfertigung, wenn der ehemalige Kapitalmarktchef der Dresdner Bank seine Spekulationsorgien so rechtfertigt: «Wissen Sie, was passiert wäre, wenn ich in den guten Zeiten gesagt hätte, diese Papiere sind gefährlich? Man hätte mich rausgeschmissen.»

Der – auch von der Systemkonkurrenz erzwungene – sozialstaatliche Kompromiss kam in die Krise, als die Profitraten zu sinken begannen, weil das extreme Wachstum der Nachkriegsjahre nicht fortgeschrieben werden konnte. Der Neoliberalismus hat die Profite durch Lohndrückerei, Steuerdumping, Privatisierung und Deregulierung wieder nach oben getrieben. Die aufgrund sinkender Masseneinkommen verlorene Kaufkraft wurde durch wachsende Verschuldung ersetzt.

Heute sind private wie öffentliche Haushalte so hoch verschuldet, dass dieses Modell an seine Grenze gekommen ist. Hier liegt der tiefere Grund der aktuellen Krise.

Zugleich hat der globalisierte Kapitalismus zu einer extremen Konzentration ökonomischer Macht geführt. 500 Wirtschaftsgiganten kontrollieren etwa die Hälfte der globalen Wirtschaftsleistung. Daher setzt im heutigen Kapitalismus nicht mehr die Politik die Rahmenbedingungen für die Unternehmen, sondern die Konzerne schaffen sich das ihnen genehme und für sie profitable Umfeld und zwingen staatlichem Handeln den von ihnen gewünschten Rahmen auf. Sicher, diese Wirtschaftsmonster wurden von den Zauberlehrlingen der neoliberalen Politik aus der Flasche gelassen. Aber jetzt sind sie da. Jetzt blockieren sie mit ihrer Macht und ihrem Einfluss jede grundlegende Veränderung, die ihren Interessen widerspricht. Das bedeutet nicht, dass die Politik sich in den gesetzten Rahmen fügen muss. Es bedeutet lediglich, dass eine Veränderung der Entwicklungslogik nur möglich ist, wenn dem Kartell der Wirtschaftsgiganten die Grundlage seiner Macht entzogen wird: das Eigentum an den wirtschaftlichen Ressourcen und Kapazitäten dieser Welt.

Utopisch ist nicht das Ziel einer Überwindung des Kapitalismus. Utopisch ist es, unter heutigen Bedingungen immer noch zu glauben, durch ein paar bessere Regeln ließe sich die Deutsche Bank zum

Mittelstandsförderer und Eon zum Vorkämpfer einer solaren Energiewende machen. Das spricht nicht dagegen, für Regeln zu kämpfen, solange man für weitergehende Forderungen keine gesellschaftliche Machtbasis hat. Es ist ebenso sinnvoll, die Banken zu verpflichten, höheres Eigenkapital vorzuhalten, wie es hilfreich wäre, in Deutschland einen Mindestlohn, eine Erhöhung von Hartz IV oder eine Millionärssteuer durchzusetzen. Man darf sich nur nicht einreden, dass durch solche Maßnahmen dem Kapitalismus eine andere Logik der Entwicklung aufgezwungen wird. Jede neue Regel oder Steuer setzt in den Konzernzentralen ganze Stäbe in Aktion, die sich mit nichts anderem als den Umgehungsmöglichkeiten beschäftigen. Ein Großteil der «Finanzinnovationen» hat keinen anderen Zweck als regulatorische Vorschriften zu umgehen oder Steuern zu sparen. Das herrschende Ungleichgewicht zwischen Wirtschaft und Politik und die damit verbundene Aushöhlung der Demokratie ist nur durch eine Neuordnung des wirtschaftlichen Eigentums zu überwinden. Wer den Leuten einredet, es gäbe eine kleinere Lösung, macht ihnen etwas vor.

Der Programmwurf fordert öffentliches Eigentum in der Daseinsvorsorge, der Infrastruktur, der Energiewirtschaft und dem Finanzsektor. Außerdem wird die Vergesellschaftung «weiterer strukturbestimmender Bereiche» durch kommunales, genossenschaftliches und Belegschaftseigentum verlangt. Tatsächlich sind diese Ziele kaum viel weitergehender als die vieler Landesverfassungen. So fordert etwa Artikel 52 der Saarländischen Landesverfassung: «Schlüsselunternehmungen der Wirtschaft (Kohlen-, Kali- und Erzbergbau, andere Bodenschätze, Energiewirtschaft, Verkehrs- und Transportwesen) dürfen wegen ihrer überragenden Bedeutung für die Wirtschaft des Landes oder ihres Monopolcharakters nicht Gegenstand privaten Eigentums sein ... Alle wirtschaftlichen Großunternehmen können durch Gesetz aus dem Privateigentum in das Gemeinschaftseigentum übergeführt werden, wenn sie in ihrer Wirtschaftspolitik, ihrer Wirtschaftsführung und ihren Wirtschaftsmethoden das Gemeinwohl gefährden.» Im Grunde wäre das ein Auftrag, mindestens alle Dax-Konzerne zu vergesellschaften, deren Renditefixierung seit Jahren deutlich «das Gemeinwohl gefährdet».

Um öffentliches Eigentum zu diskreditieren, wird oft auf Beispiele öffentlicher Unternehmen verwiesen, die ebenso profitorientiert (Vattenfall) oder spekulationsfreudig (Landesbanken) agieren wie private. Aber niemand hat behauptet, dass öffentliches Eigentum per se ein Garant für vernünftiges Wirtschaften ist. Das ist es nur, wenn es zusätzlich vernünftigen Regeln und demokratischer Kontrolle unterworfen wird. Eine Überwindung kapitalistischen Eigentums ist keine Garantie, aber es ist

die Voraussetzung dafür, dass überhaupt andere Prioritäten gesetzt werden können. Nach einer Umfrage des Meinungsforschungsinstituts emnid vom August 2010 wünschen sich 88 Prozent der Deutschen eine «neue Wirtschaftsordnung». Der Kapitalismus sorge weder für «sozialen Ausgleich» noch für den «Schutz der Umwelt» oder «sorgfältigen Umgang mit Ressourcen». Einen Teil der Menschen, die so denken, haben wir nach Gründung der LINKEN als Wähler unserer Partei gewonnen. Immer mehr allerdings wenden sich ab vom eingefahrenen Politbetrieb, den sie als korrupt und beliebig empfinden. Diese Menschen muss DIE LINKE erreichen, wenn sie – in Verbindung mit gesellschaftlichen Protestbewegungen – zu einem tatsächlichen Machtfaktor werden will. Aber gerade sie haben kein blindes Vertrauen mehr. Sie haben einfach zu oft erlebt, dass ihnen Oppositionsparteien das Blaue vom Himmel versprechen, nach der Wahl aber das Gegenteil tun. Wer annimmt, DIE LINKE sei eine Partei wie alle anderen, der erwar-

tet von ihr auch das gleiche wie von allen anderen: also nicht viel. DIE LINKE kann die wachsende Zahl der Nichtwähler nur erreichen, wenn sie eine Politik macht, die aus den üblichen Mustern herausfällt. Das schließt ein, zu den eigenen Grundsätzen zu stehen und sich nicht darum zu kümmern, ob sie SPD oder Grünen gefallen. Es schließt ein, die Verhältnisse nicht, wie alle anderen, schönzureden, sondern ihre Brutalität und Hässlichkeit beim Namen zu nennen. Das schließt ein, an der bedingungslosen Ablehnung von Krieg festzuhalten und die Entscheidung darüber auch nicht zu vertagen, wie das fds es sich wünscht. Und es schließt ein, immer wieder deutlich zu machen, dass der Kapitalismus nicht alternativlos ist. Die Grundausrichtung des Programmentwurfes sollte daher nicht verwässert werden.

ND vom 4.10.2010

Sahra Wagenknecht ist stellvertretende Parteivorsitzende und Bundestagsabgeordnete der LINKEN.

GRETCHENFRAGE FÜR DIE LINKE

Von Raju Sharma

Nun sag, Genosse, wie hältst du's mit der Religion? Gerade für uns Linke eine elementare und wichtige Frage – eine aussagekräftige Antwort darauf enthält der Programmentwurf leider nicht.

Neun Zeilen kurz ist der Absatz, der sich dem Thema «Kirchen und Religionsgemeinschaften» widmet; neun Zeilen, die nebulös und schwammig bleiben. Dabei gibt es eine Vielzahl an Fragen, die konkreter Antworten bedürfen: Soll die Kirchensteuer abgeschafft oder beibehalten werden? Soll in den Schulen konfessioneller Religionsunterricht als Pflichtfach angeboten werden oder als freiwilliges Zusatzfach? Kann Gott in der Präambel des Grundgesetzes toleriert werden oder gehört der Gottesbezug gestrichen? «Staat und Kirche sind getrennt» heißt es im Entwurf. Was also folgt daraus?

Nicht viel, bisher. Nicht nur im Entwurf, auch in unserer politischen Arbeit hat DIE LINKE nur wenig dafür getan, damit das laizistische Prinzip konsequent umgesetzt wird. Die Zurückhaltung mag damit zu tun haben, dass DIE LINKE zu Recht bemüht ist, das Vertrauen der Religionsgemeinschaften zurückzugewinnen, das durch die SED und das durch sie begangene Unrecht an Kirchen und Gläubigen zerstört wurde. Als Rechtsnachfolgerin der SED müssen wir uns mit dieser Schuld auseinandersetzen und glaubhaft machen, dass wir heute jede Form des Glaubens respektieren und unterstützen. Bereits 1990 hat der Parteivorstand der PDS die

Wichtigkeit des Themas erkannt und sich eindeutig zu Religionen und Kirchen positioniert. In einem Beschluss vom 15. März heißt es: «Wenn wir um das Gespräch bitten, um Vertrauen werben und gemeinsames Handeln wollen, geschieht das im Wissen um unsere Mitverantwortung an einer verfehlten Politik der SED, die tragische Schicksale, Benachteiligung, Verdächtigung und ohnmächtige Betroffenheit auslöste. Wir bekennen uns zur Mitschuld an der bisherigen Politik und bitten die Gläubigen, die Kirchen und Religionsgemeinschaften um Versöhnung». Wie berechtigt deshalb Vorsicht und Sensibilität im Umgang mit Religionsgemeinschaften auch sind – die Trennung von Staat und Kirche und die daraus resultierenden Forderungen müssen unser erklärtes Ziel sein. Die Kunst liegt darin, deutlich zu machen, dass das laizistische Prinzip der Religionsfreiheit nicht zuwiderläuft – im Gegenteil. Erst, wenn sich der Staat aus dem Glauben konsequent heraushält und kein Bekenntnis bevorzugt, kann Religionsfreiheit diskriminierungsfrei gelebt werden.

In der bundesdeutschen Wirklichkeit kann davon aber nicht die Rede sein. Der christlichen Religion wird gegenüber anderen Glaubensgemeinschaften ein Vorrang eingeräumt, und es ist durchaus nicht gesellschaftlicher Common Sense, dass daran etwas geändert werden soll. Denn vermutlich sehen nicht nur CDU-Anhänger im Christentum viel mehr

als eine Religion: nämlich den Grundstein der westlichen Kultur. Dass vor diesem Hintergrund eine konsequente Gleichbehandlung beispielsweise mit dem Islam bei einer Mehrheit wohl nicht unbedingt auf Gegenliebe stoßen würde, hat die Debatte um die unsäglichen Sarrazin-Thesen erst jetzt wieder überdeutlich gemacht.

Auch dieser Frage muss sich DIE LINKE stellen: Sind wir uns einig, dass wir als Fundament der für uns alle gültigen Werte den Humanismus sehen, oder beziehen wir uns auch auf das Christentum? Nur wenn ersteres der Fall ist, werden wir den Bereich des Schwammigen verlassen. Erst dann werden wir überzeugend für die Trennung von Staat und Religion eintreten und Worten auch Taten folgen lassen.

Zu tun gibt es genug: Ein wichtiges Thema ist die Kirchenfinanzierung. Ist es akzeptabel, dass der Staat für die katholische und die evangelische Kirche die Kirchensteuer einzieht? Oder sollten alle Religionsgemeinschaften ihre Mitgliedsbeiträge selbst eintreiben – wie jede andere nichtstaatliche Organisation auch? Vielleicht geht es aber auch ganz anders – wie zum Beispiel in Italien und in Spanien: Dort kann der Steuerpflichtige wählen, ob seine Steuergelder der Kirche oder einer sozialen Einrichtung zufließen sollen. Wie auch immer wir uns positionieren – eine Debatte darüber muss geführt und am Ende eine Entscheidung getroffen werden.

Problematisch im Bereich der Finanzierung ist aber nicht nur die Kirchensteuer. Die katholische und evangelische Kirche erhalten eine weitere, wenig bekannte Unterstützung aus allgemeinen Steuermitteln: die sogenannten «Staatsleistungen». Sie beruhen auf einem Beschluss aus dem Jahr 1803, der für Enteignungen der Kirchen zugunsten weltlicher Herrscher Entschädigungen vorsah: Als Ausgleich für die säkularisierten Kirchengüter wurden die Sachmittel und Gehälter der Geistlichen bezahlt sowie die kirchlichen Baulasten getragen. Und das ist auch heute, 200 Jahre später, nicht anders. Fast eine halbe Milliarde Euro geben die Länder jährlich aus. Und das, obwohl die Zahlungen längst abgegolten sein sollten. Die Bundesregierung ist laut Grundgesetz nämlich dazu verpflichtet, ein Bundesgesetz zu erlassen, das die Ablösung der Staatsleistungen an die Kirchen auf Länderebene regelt. Die schwarz-gelbe Koalition aber sieht keinen Handlungsbedarf, wie sie mich auf Anfrage wissen ließ: «In den neueren Kirchenverträgen der Länder sind die Staatsleistungen einvernehmlich neu und in vereinfachter Form geregelt. Insoweit wird für den Bundesgesetzgeber kein Handlungsbedarf gesehen.»

Tatsächlich steht die Bundesregierung mit ihrer Handlungsunlust nicht allein – bereits in der Weimarer Reichsverfassung war der Verfassungsauftrag

zur Ablösung formuliert. Aber keine deutsche Regierung sah sich bis heute veranlasst, die Staatsleistungen einzustellen. Zu groß war und ist offenbar die Angst bei allen Parteien, es sich mit den mächtigsten Kirchen zu verscherzen. Anders ist nicht zu erklären, warum es auch von keiner Oppositionspartei jemals einen ernsthaften Vorstoß zur Ablösung der Staatsleistungen gab.

Ich möchte das gern ändern. Mit einem Gesetzentwurf zur Ablösung möchte ich, dass wir Linke zeigen, dass wir es ernst meinen mit der Trennung von Staat und Kirche – ohne zu poltern und ohne das Gefühl zu vermitteln, dass wir die Kirchen angreifen wollen. Natürlich ist das nicht leicht, und es ist viel Fingerspitzengefühl dazu notwendig, aber es ist möglich. Von verschiedenen Kirchenvertretern wurde mir bereits Gesprächsbereitschaft signalisiert. Auch unter manchen Landespolitikern sind die Staatsleistungen kein Tabuthema mehr. Zum Beispiel in Schleswig-Holstein. Dort strebt die schwarz-gelbe Landesregierung eine Kürzung der Zahlungen um zehn bis fünfzehn Prozent an. Wolfgang Kubicki, FDP-Chef im schleswig-holsteinischen Landtag, tritt sogar für eine Ablösung der Staatsleistungen ein. Er beruft sich auf einen Beschluss seiner Partei aus dem Jahr 1974, der die Ablösung durch eine Einmalzahlung vorsah und bis heute Bestand habe. Auch in Niedersachsen, im Saarland und in Brandenburg stehen die Staatsleistungen auf dem Prüfstand. Wie erfolgreich die Länder in ihren Bemühungen sein werden, solange es kein Bundesgesetz gibt, ist jedoch fraglich. Die Verpflichtungen beruhen auf Verträgen und Konkordaten, die in vielen Fällen «Ewigkeitsklauseln» enthalten oder einseitig kaum kündbar sind. Vor allem aber besteht unter den meisten Verfassungsrechtlern die Auffassung, dass die Länder erst dann tätig werden dürfen, wenn der Bund seinem Auftrag nachgekommen ist und ein Gesetz zur Ablösung nach einheitlichen Grundsätzen verabschiedet hat. Diese Grundsätze könnten so aussehen: Zur Ablösung der Staatsleistungen gewähren die Länder den Kirchen eine einmalige Entschädigungszahlung, die auch in Raten gezahlt werden kann. Als Entschädigungssumme wird das Zehnfache des Jahresbetrages festgesetzt, der zur Zeit des Inkrafttretens des Gesetzes gezahlt wurde. Die Summe wäre ein Kompromiss zwischen der teilweise vertretenen Meinung, dass das Zwanzigfache angemessen sei, und andererseits der Auffassung, nach der die staatlichen Leistungen bereits abgegolten und die Zahlungen ersatzlos einzustellen sind. Bei Ratenzahlung darf die Hälfte des bisher gezahlten Jahresbetrags nicht unterschritten werden – die Zahlungen wären also spätestens nach zwanzig Jahren abgegolten und die Länder hätten einen großen Spielraum, um eigene, an den jeweiligen Haushaltserfordernissen orientierte Ab-

lösungsregelungen zu treffen, die sie gegebenenfalls auch mit den betroffenen Kirchen abstimmen und aushandeln können.

Die Einstellung der Zahlungen würde die Kirchen zudem nicht wirklich hart treffen – schließlich sind sie finanziell ausgesprochen gut ausgestattet: Kirchenrechtsexperte Carsten Frerk hat ermittelt, dass das Gesamtvermögen der beiden großen Kirchen fast 500 Milliarden Euro beträgt. Allein durch die Kirchensteuer nahmen die evangelische Kirche im Jahr 2008 4,5 Milliarden Euro ein, die katholische Kirche 5,2 Milliarden. Auch muss nicht befürchtet werden, dass die Kirche als Träger sozialer Einrichtungen unter dem Verlust der Staatsleistungen leiden würde: wie jeder andere Träger werden die Kosten hierfür vom Staat zum Großteil übernommen – ganz unabhängig von den in Frage stehenden Staatsleistungen.

Ich bin gespannt, wie der Gesetzentwurf innerhalb der Fraktionen im Bundestag und in den Landtagen diskutiert wird – und ich hoffe, dass es dabei auch um die grundsätzlichen Fragen gehen wird. Die Klärung unserer Haltung ist notwendig, denn sie wird bei jeder neuen parlamentarischen Initiative zu Religion und Kirche erneut eine Rolle spielen. Wie steht es zum Beispiel um § 166 StGB, den «Gotteslästerungsparagrafen»? Ich würde ihn gern abgeschafft sehen. Für mich macht es keinen Sinn, Religionsgemeinschaften in höherem Maße zu schützen als andere Gruppen wie etwa Gewerkschaften, politische Strömungen oder ethnische Gruppen. Auch hierzu erarbeite ich derzeit einen Gesetzentwurf – aber ich kann nicht sicher sein, dass die Mehrheit der Partei meine Ansicht

teilt. «DIE LINKE achtet die Kirchen und Religionsgemeinschaften, ihren besonderen Auftrag und ihre Unabhängigkeit», heißt es im Entwurf. Könnte mein Vorhaben zur Abschaffung des § 166 StGB als «Missachtung» der Religionsgemeinschaften und ihres «besonderen Auftrags» missverstanden werden? Und es gibt eine Vielzahl weiterer Fragen, zu denen wir keine erkennbare Position entwickelt haben.

Halten wir es für richtig, dass die Taufe eines minderjährigen Kindes die rechtsverbindliche und kostenpflichtige Mitgliedschaft in der Kirche zur Folge hat und der Kirchenaustritt in vielen Ländern gebührenpflichtig ist? Ist es mit dem Grundgesetz vereinbar, dass die Bayerische Verfassung als Bildungsziel die «Ehrfurcht vor Gott» formuliert? Wie reagieren wir, wenn trotz anders lautender Gerichtsentscheidungen Kruzifixe weiterhin in öffentlichen Gebäuden an den Wänden hängen? Entspricht es unserem Verständnis von Glauben, wenn Geistliche beamtenrechtliche Sonderprivilegien genießen und Richter ihre Staatstreue mit einer religiösen Vereidigungsformel unter Beweis stellen dürfen? DIE LINKE braucht eine klare Haltung, wie sie zur Religion steht – wie ernst es ihr ist mit der Trennung von Staat und Kirche, mit einer konsequenten Gleichbehandlung aller Glaubensrichtungen inklusive des Nichtglaubens, mit dem Bekenntnis zum Humanismus als Grundlage unserer Gesellschaft. Im Entwurf ist diese Klarheit bisher nicht zu finden.

ND vom 11.10.2010

Raju Sharma ist Bundestagsabgeordneter und Bundesschatzmeister der LINKEN.

NEUSTART ERFORDERLICH

DIE DIGITALE GESELLSCHAFT IM PROGRAMMENTWURF DER LINKEN

Von Halina Wawzyniak, Sebastian Koch und Katja Jösting

Die Welt hat sich verändert. Was als allgemeine Weisheit daherzukommen scheint, hat den Programmentwurf der Linken leider nicht ganz erreicht. Denn der erste Entwurf des Programms geht vom Fortbestand der Industriegesellschaft als Leitbild aus – Veränderungen durch die digitale Gesellschaft gibt es in ihm nicht. Die Fokussierung auf die Industriegesellschaft wird besonders deutlich im Abschnitt III «Demokratischer Sozialismus im 21. Jahrhundert». Die hier benannten vier Schwerpunkte würden kaum für einen Demokratischen Sozialismus des 20. Jahrhunderts ausreichen, für den des 21. Jahrhunderts reichen sie erst recht nicht. Denn es fehlt komplett die Auseinandersetzung mit einem der wichtigsten Impulse gesellschaftlicher

Transformationsprozesse dieses Jahrhunderts: die gesellschaftlichen Veränderungen und Herausforderungen, die mit der Digitalisierung nahezu aller Lebensbereiche verbunden sind. In keinem der vier Punkte wird auch nur andeutungsweise auf die veränderten bzw. sich absehbar verändernden Arbeits- und Lebensweisen eingegangen.

Die Herausforderungen an eine Gesellschaft, die im digitalen Zeitalter angekommen ist und in der es mehr und mehr um Erlebnisproduktion denn materielle Produktion geht, werden im vorliegenden Programmentwurf lediglich unter dem Punkt IV «Reformprojekte» gestreift. In wenigen Sätzen werden neue Medien als produktiv gekennzeichnet und der Bedarf einer demokratischen Kontrol-

le bei gleichzeitiger Vielfalt und Freiheit postuliert. Im Kern lassen sich die wenigen Aussagen darauf reduzieren, dass DIE LINKE jedem Menschen den Zugang zum Internet und seinen Inhalten ermöglichen will. Das ist richtig und wichtig, aber nicht einmal ein Stück des Kuchens, dessen Bäckerei wir doch eigentlich wollen. Wer wie die Sozialistische Linke in ihrer Stellungnahme meint, dass «der Programmentwurf (...) Antworten auf die wichtigsten Entwicklungen unserer Zeit gibt», der liegt mindestens an der Stelle falsch, wo es um Antworten auf die Veränderungen durch die digitale Gesellschaft geht. DIE LINKE muss Antworten auf die Veränderung der Arbeitswelt, der Wirtschaftsordnung, der Medienlandschaft und -nutzung sowie die Herausforderungen für die sozialen Sicherungssysteme, die sich durch die Digitalisierung der Gesellschaft ergeben, finden. Das Internet ist nicht mehr nur ein Hobby von wenigen technikversierten Experten, sondern ein konstituierender Bestandteil unserer Gesellschaft. Wer diese Entwicklung ignoriert und sich Antworten verweigert, wird bald gesellschaftspolitisch isoliert sein. Zu den Fakten: Im Jahr 2010 sind 72 Prozent der über 14-jährigen Deutschen online, den größten Zuwachs gibt es bei den 60- bis 69-jährigen. Für die 14- bis 49-Jährigen ist der Internetzugang quasi eine Selbstverständlichkeit, deren Anteil bewegt sich zwischen 97 und 84,5 Prozent. Außer Berlin belegen in der Verteilung der Bundesländer die ostdeutschen Bundesländer die letzten Plätze. Es gibt einen deutlichen Zusammenhang zwischen Einkommen und Internetnutzung. 92 Prozent aller Menschen mit einem monatlichen Haushaltseinkommen über 3.000 Euro nutzen regelmäßig das Internet, aber nur knapp über 50 Prozent der Menschen mit einem Haushaltseinkommen mit weniger als 1.000 Euro. Hier besteht ein genuiner Anknüpfungspunkt für eine linke Politik, die stets die sozial Benachteiligten im Blick haben muss. Der Zugang zu Wissen und Information und die aktive Teilhabe an der Gesellschaft werden zunehmend über das Internet realisiert.

Da die Teilhabe an der Gesellschaft nicht vom Geldbeutel der Menschen abhängig sein darf, müssen wir mindestens für einen kostenfreien Internetzugang in öffentlichen Räumen eintreten. Dazu gehören insbesondere Schulen und Universitäten, Bibliotheken und Rathäuser. Eine Debatte über den Zugang zum Internet und dessen Nutzung wird aber in der Partei und daraus abgeleitet im Programmentwurf nicht ernsthaft geführt.

Wenn im Programmentwurf über die Grundversorgung mit lebensnotwendigen Leistungen gesprochen wird, muss auch ein gesicherter Zugang zu den Informations-, Kommunikations-, und Teilhabemöglichkeiten des Internets als Ziel definiert werden, ebenso die Bewahrung des freiheit-

lichen Charakters des Internets. DIE LINKE muss die Bedeutung des Internet zur Kenntnis nehmen und sich für einen gleichberechtigten Zugang aller Menschen, ob arm oder reich, ob in der Stadt oder auf dem Land, einsetzen. Doch damit ist es nicht getan. Sowohl in der Renten- als auch in der Gesundheits- und Arbeitslosenversicherung wird im Programmentwurf auf die paritätische Finanzierung durch Unternehmen und Arbeitnehmer abgestellt. Angesichts gesellschaftlicher Veränderungen in der Arbeitswelt müsste DIE LINKE aber darüber debattieren, ob ein steuerfinanziertes Solidarsystem diesen Veränderungen nicht gerechter würde. Beim Festhalten an der paritätischen Finanzierung der Solidarsysteme in Zeiten zunehmender Selbständigkeit und einem wachsenden Teil von Freelancern und Solo-Selbständigen ist es gerade dieser Personenkreis, der mit großen finanziellen Belastungen und finanziellen Unsicherheiten durch schwankende und unregelmäßige Einkommen konfrontiert ist.

Bei Beibehaltung der Parität im bisherigen Sinne muss dieser Personenkreis den Arbeitnehmer und Arbeitgeberanteil für die Solidarsysteme zahlen – häufig ein fast unmögliches Unterfangen. Ein steuerfinanziertes Solidarsystem muss auch kein Abschied von der paritätischen Finanzierung sein, denn über eine gerechte Unternehmensbesteuerung könnte der Anteil der Arbeitgeber an der Finanzierung der Solidarsysteme sichergestellt werden. Eine steuerfinanzierte Sozialpolitik birgt sicher Risiken, das ist aber kein Grund, sie nicht zu debattieren, denn in der Debatte lassen sich eben diese Risiken genauer beleuchten.

Der Programmentwurf spricht ganz explizit von einer drohenden De-Industrialisierung und weiter steigender Arbeitslosigkeit. Dabei entsteht zumindest der Eindruck, dass DIE LINKE für Industrialisierung eintreten müsse und die Industriegesellschaft als Leitbild der Zukunft betrachtet und bewahren will. Das halten wir für falsch. «Der Übergang von der Industriegesellschaft zu einer post-industriellen Gesellschaft ist in vollem Gange.», so der Sachverständige der LINKEN, Professor Dr. Wolfgang Coy, in einer Anhörung der Enquete-Kommission «Internet und Digitale Gesellschaft» im Bundestag. Vor diesem Hintergrund erscheint uns das Reformprojekt «De-Industrialisierung zu verhindern und Arbeitsplätze im verarbeitenden Gewerbe zu sichern» ein wenig wie Maschinenstürmerei. Es wird unbestreitbar immer einen gewissen Anteil Arbeitsplätze im verarbeitenden Gewerbe geben, aber es ist nicht sinnvoll, mit aller Macht dem technischen Fortschritt trotzen zu wollen und Automatisierungspotentiale gänzlich abzulehnen.

Vielmehr muss es darum gehen, für Menschen, die diese Tätigkeiten bislang ausgeübt haben, alter-

native Möglichkeiten gesellschaftlich sinnvoller und selbstbestimmter Beschäftigungen zu entwickeln. Und wenn es im Programmentwurf in Abschnitt II heißt, dass die «Krisen der kapitalistischen Marktwirtschaft (...) Massenarbeitslosigkeit und Einkommensverluste zur Folge» haben, ist dies nicht falsch. Es wird aber negiert, dass mit der digitalen Revolution und damit der weiteren Technisierung von Abläufen jede Gesellschaftsform damit konfrontiert wäre, dass bestimmte Arbeitsplätze wegfallen. Dass der Kapitalismus darauf keine Antwort findet, ist ein Problem – dass der Programmentwurf dies bisher ebenso wenig versucht, ist enttäuschend. Es wird zu Recht beklagt, dass «informelle und prekäre, unterbezahlte und sozial ungesicherte Arbeit zur Normalität» wird. Doch wo ist die Lösung?

Die Lösung, die zum Beispiel berücksichtigt, dass durch die Verbreitung des mobilen Internet und die Etablierung des mobilen Büros die Grenzen zwischen Arbeit und Freizeit zunehmend verschwinden. Es gibt sie nicht, weil es das Problem nicht gibt. Zumindest im Programmentwurf, denn dieser geht uneingeschränkt davon aus, dass die Grundlage der Arbeitswelt eine abhängige Beschäftigung ist und bleibt. Er blendet aus, dass es einen zunehmenden Anteil von selbständigen Kreativen gibt, auf die das Leitbild der abhängigen Beschäftigung nicht passt. Eine Linke muss sich Gedanken machen, was sie im Hinblick auf Arbeitsplatzsicherheit, Arbeitszeit und Bezahlung für diesen Personenkreis fordert, will sie weiter gesellschaftlich anschlussfähig bleiben.

Der Programmentwurf verweist darauf, dass nicht alle den Zugang zu modernen Medien haben – ohne allerdings einen Vorschlag zu unterbreiten, wie dies verändert werden kann. Stattdessen geht er schnell zu den «alten Massenmedien» über.

Tatsächlich wäre interessant zu betrachten, wie sich im Rahmen der digitalen Gesellschaft deren Einflussmöglichkeiten verändern. Die Kommunikation in Form von E-Mail, sozialen Netzwerken, Blogs oder Chats nimmt zu. Hier findet mehr und mehr Meinungsbildung statt. Ohne dass die sogenannten Massenmedien Einfluss verloren haben? Die Möglichkeiten des Lernens und Wissens, der Themensetzung und der öffentlichen Meinungsbildung über das Internet werden im bisherigen Entwurf ausgeklammert. Dabei werden die klassischen Massenmedien insbesondere im Printbereich unserer Einschätzung nach zunehmend an Einfluss verlieren. Sie werden nicht mehr hegemonial, wie im Programmentwurf formuliert, «bestimmen, was wir lernen und wissen, worüber wir reden und was wir meinen sollten».

Sicherlich bestimmen sie mit, aber sie bestimmen nicht mehr allein darüber. Beispiele sind hier der Widerstand gegen die Vorratsdatenspeicherung

und die überwältigende Teilnahme an der Online-Petition gegen das Netzsperrengesetz. DIE LINKE muss sich den neuen Möglichkeiten des Netzes öffnen, die gesellschaftlichen Potentiale herausstellen und verteidigen.

Schließlich kommt sie damit an die Frage, wie offen das Netz gestaltet sein soll und welche nationalen und internationalen Regulierungen zum Erhalt des libertären Charakters eines offenen weltumspannenden Informations- und Kommunikationsnetzes nötig sind. Das Eintreten gegen Internetzensur hat hier eine Haltelinie markiert, ohne allerdings programmatisch abgesichert zu sein. Dennoch war, ist und bleibt diese Position richtig.

Soweit im Programmentwurf von Demokratie und ihrer Verbesserung die Rede ist, wird auf die klassischen, bekannten Instrumente verwiesen. Bei der Forderung nach Volksentscheiden und Runden Tischen sowie Wirtschafts- und Sozialräten wird allein auf physische Anwesenheit gesetzt, die die parlamentarische Demokratie ergänzt. DIE LINKE muss aber die Chancen der digitalisierten Gesellschaft für neue Formen politischer Beteiligung und Entscheidungsfindung herausstellen und fördern. Leider schweigt der Programmentwurf in weiten Teilen zu den Möglichkeiten demokratischer Öffentlichkeit und Kontrolle mit Hilfe des Internet. Auch zu neuen Konzepten wie Open-Data, also der allgemeinen und freien Zugänglichkeit zu nichttextlichem Material, wie Karten, Formeln und Berechnungen, findet sich nichts im Entwurf.

Wenn es um eine demokratische Öffentlichkeit geht, wenn es darum geht, die Vertreterinnen- und Vertreter-Demokratie zu erweitern, dann dürfen die neuen Möglichkeiten für Information und Kommunikation nicht außen vor gelassen werden. DIE LINKE könnte beispielsweise fordern, dass vor der Beschlussfassung von Gesetzen zwingend auch eine Debatte außerhalb der Parlamente geführt werden muss. Vor der Beschlussfassung sollten Bürgerinnen und Bürger auch mittels neuer Medien ihre Positionen und Vorschläge in den Gesetzgebungsprozess und in Verwaltungshandeln einbringen können. Wir sind zuversichtlich, dass DIE LINKE dies in absehbarer Zeit für den Programmentwurf auf der eigenen Internetseite allen Interessierten ermöglicht. Und dann beginnt hoffentlich auch eine breite Debatte über die Erarbeitung netzpolitischer Positionen der LINKEN für einen demokratischen Sozialismus im 21. Jahrhundert, der auch vor dem Internet nicht halt macht.

ND vom 18.10.2010

Halina Wawzynika ist stellvertretende Vorsitzende und Bundestagsabgeordnete der LINKEN;

Sebastian Koch und Katja Kösting sind Mitarbeiter in ihrem Bundestagsbüro.

PLÄDOYER FÜR EINE LINKE EUROPÄISCHE PERSPEKTIVE

Von Gabi Zimmer

Das Wichtigste an einem Parteiprogramm ist die Debatte davor. Diese alte Weisheit hat sich 2003, als es um das Chemnitzer Programm der PDS ging, bestätigt. So ist auch jetzt etwas zugespitzt zu fragen: Wollen wir die Programmdebatte nutzen, um gemeinsam unsere Identität als Parteimitglieder und das Profil unserer Partei auszuprägen? Oder wollen wir einen innerparteilichen Machtkampf führen und «Zaunpfähle einschlagen»? Und weiter: Wollen wir DIE LINKE als einen Dachverband widerstreitender Strömungen gestalten oder als einen Zusammenschluss von Menschen, die gemeinsam die Gesellschaft grundsätzlich umgestalten wollen? Wenn wir dauerhaft gemeinsam linke Politik entwickeln wollen, um gesellschaftliche Probleme zu lösen, müssen wir uns für den Zusammenschluss entscheiden. Ein Dachverband wird früher oder später an Konflikten zerbrechen, wie die Geschichte oft genug gezeigt hat.

Der vorliegende Entwurf des Parteiprogramms ist ein Kompromiss. Das ist nicht problematisch. Problematisch ist, dass er wohl eher der Kompromiss von Strömungen als ein Zwischenergebnis gemeinsamer Verständigung ist. Die Mehrheit der Partei – darunter auch ich – sieht sich keiner Strömung zugehörig. Sie will ein Programm, das es ihnen erlaubt, im Alltag überzeugend zu erzählen, warum sie Mitglieder der Partei DIE LINKE sind und was diese Partei will. Wenn es um die Identitäten von Parteimitgliedern geht, dreht es sich insbesondere um Auseinandersetzung mit Geschichte und Gegenwart, um Bezüge auf Traditionen und Ziele gesellschaftlicher Entwicklung. Da scheint mir die Frage «Woher wir kommen, wer wir sind» im Entwurf nicht ausreichend emanzipativ-internationalistisch beantwortet, zu wenig europäisch. Die Arbeiter- und die Frauenbewegung in Europa sind nicht nationalstaatlich entstanden.

Man kann sich daher auch nicht überzeugend auf Karl Marx und Rosa Luxemburg beziehen, um dann die eigene Geschichte vor allem als Geschichte der deutschen Sozialdemokratie und des gescheiterten Versuches DDR zu erzählen. Beide haben mit europäischer Geschichte zu tun und DIE LINKE mit linken Bewegungen in Europa. Mehr als nur fahrlässig ist es, die Vorstellungen von einem demokratischen Sozialismus im 21. Jahrhundert aus vorrangig nationalstaatlicher Sicht entwickeln zu wollen. Dieser wird auch und insbesondere aus Kämpfen gegen Neokolonialismus erwachsen müssen, insbesondere gegen europäischen Neokolonialismus.

Bei unseren europäischen Freundinnen und Freunden wird man wohl auf eine gewisse Verständnislosigkeit stoßen, wenn man über «globalen Kapitalis-

mus» und seine «Konsequenzen für Deutschland» redet. Geht es nicht erstens um Menschen statt um Länder? Sind es nicht insbesondere Akteure in unserem Land, die für die globalen sozialen und ökologischen Verwerfungen Verantwortung tragen? Und warum wird nicht das Gewicht Deutschlands in der EU thematisiert? Warum ist unser Ringen um die Entwicklung der Europäischen Union zu einem zivilen und solidarischen globalen Akteur keine zentrale und daher durchgängige Orientierung des Programmentwurfes? Schade. Wenn es so bliebe, verzichtete DIE LINKE darauf, als eine europäisch-globale und emanzipatorische sozialistische Partei denken und handeln zu wollen.

Sie spräche damit gerade jene jungen Menschen nicht an, für die es schon selbstverständlich geworden ist, über den nationalen Rahmen hinaus sich in der Welt zu bewegen, und die sich durchaus als Europäerinnen und Europäer fühlen. Gerade unter ihnen gibt es nicht wenige, die von der Partei DIE LINKE erwarten, dass sie ihre Vorstellungen von einem anderen Europa aus linker Perspektive unterbreitet. Das ist um so wichtiger, da der – wenngleich ambivalente – friedenspolitische Glanz, den die Gründer der EU ihrem Projekt zu verleihen vermochten, zunehmend verblasst und die kalten Strukturen eines immer mehr von globalen Konzern- und nationalstaatlichen Machtinteressen beherrschten Gebäudes hervortreten lässt. Die Merkels, Sarkozys und Barrosos haben offenbar kein Interesse am «Europa für alle». Es wird wesentlich von der Entwicklung der Europäischen Union abhängen, ob menschheitliche Existenzfragen solidarisch zugunsten der heute global Schwächsten beantwortet werden. Das Programm einer modernen linken Partei in Deutschland muss seine Aussagen zur Europäischen Union daher stärker aus der Sicht jener formulieren, die die Solidarität der sozial und global Stärkeren am dringlichsten brauchen. Wir können uns nicht lediglich auf Aussagen zu Zielen und Institutionen der EU beschränken. Der Alltag von ca. 493 Millionen Menschen wird tiefgreifend durch die Europäische Union bestimmt. Sie produzieren etwa 20 Prozent des globalen Bruttoinlandsproduktes. 15 Länder der Europäischen Union tätigen über 45 Prozent der weltweiten ausländischen Direktinvestitionen und haben einen Anteil am Weltkapitalimport von über 20 Prozent. Zugleich stellen die Mitgliedstaaten der EU, vor allem ihre Großmächte, fast ein Viertel des militärischen Personals auf dieser Welt. Sie produzieren mehr als 16 Prozent der globalen CO₂-Emissionen und betreiben insbesondere mit ihren Europäischen Partnerschaftsabkommen neokoloniale Politik. Mit den Verträgen von

Maastricht (1992), Amsterdam (1997) und Nizza (2000) haben sich EU-Mitglieder einen rechtlichen und politischen Rahmen gegeben, um für drei verschiedene «Unionssäulen» übergreifende Zielsetzungen zu verfolgen.

Säule 1: Entwicklung des Binnenmarktes, die Wirtschafts- und Währungsunion, die binnenmarktflankierenden Politiken (wie die Außenwirtschaftspolitik, die Sozialpolitik, die Kohäsionspolitik sowie Zugangspolitiken) und die binnenmarktangeregten Politiken (z. B. Umwelt-, Gesundheits- und Verbraucherpolitik) sowie die Sektorpolitiken (Landwirtschaft, Verkehr, Atomenergie).

Säule 2: Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik. Säule 3: polizeiliche und justizielle Zusammenarbeit in Strafsachen.

Mit dem Inkrafttreten des Lissabonner Vertrages hat die EU auch die Rechtsfähigkeit erlangt. Deshalb ist es unabdingbar, in unserem Parteiprogramm klare und keineswegs randständige Aussagen zur EU als politischen Handlungsraum und zur europäischen Integration zu treffen. Der Begriff «europäische Integration» findet sich im Entwurf nicht einmal. Dabei geht es doch gerade um eine Vertiefung der Integration, eine Einbeziehung aller Mitgliedstaaten und nicht etwa um ein «Kerneuropa».

Klar muss sein: Jede und jeder in Europa und in der Welt sollen selbstbestimmt in Würde und solidarisch miteinander leben können. Die Europäische Union kann Wesentliches dafür leisten, dass die großen Probleme der Gegenwart demokratisch, solidarisch und gerecht gelöst werden. Ein anderes Europa ist möglich – wenn es gelingt, die Politik und Entwicklung der Europäischen Union zu verändern, sie an Frieden und zivilen Konfliktlösungen zu orientieren, an Demokratie, Gleichstellung der Geschlechter, an sozialer Sicherheit, ökologischer Nachhaltigkeit und an einer Wirtschaft, die den Menschen dient.

In Europa kämpfen heute viele Menschen für ihren Arbeitsplatz, ihre soziale Sicherung, gegen die Erhöhung des Renteneintrittsalters.

Sie wehren sich dagegen, dass die Folgen der Wirtschafts-, Währungs- und Finanzkrisen auf die Bevölkerungsmehrheiten abgewälzt werden, wie zum Beispiel auf die 80 Millionen Armen in der EU, unter ihnen 19 Millionen Kinder. Die Verursacher der Krisen, Banken und Börsenspekulanten werden dagegen gleichzeitig entschuldigt. Das betrifft die Menschen in Griechenland, Portugal, Spanien, Irland, Italien, Ungarn ebenso wie in Frankreich, Großbritannien oder eben in Deutschland. In Europa kämpfen zahlreiche Menschen für Frieden und die Respektierung der UN-Charta, für die Wahrung des Völkerrechts, für den Erhalt und die Gesundung der natürlichen Lebensgrundlagen. Sie kämpfen für ihre sozialen, politischen und individuellen Rechte, für die Bürger- und Menschenrechte der Schwachen und Gedeemütigten wie zum Beispiel der Roma und für die soziale Gleichstellung der Geschlechter.

DIE LINKE muss ihrerseits dazu beitragen, dass die Kämpfe gegen neoliberale Politik in den Kommunen, Regionen und Mitgliedstaaten zunehmend auch auf der Ebene der EU geführt werden. Auf der Basis einer solidarischen Erneuerung der EU sollte DIE LINKE drei große Ziele verfolgen: Die Rahmenbedingungen für europäische, nationalstaatliche, regionale und lokale Entwicklungen demokratisch zu gestalten, «die Wirtschaft» an sozialen Interessen und ökologischen Erfordernissen zu orientieren und die EU als ausschließlich zivilen globalen Akteur agieren zu lassen.

In der EU und Europa eine «wirksame Gegenhegemonie schaffen», ist wesentlich mehr als sich auf eine Europäische Verfassung und eine «europäische Wirtschaftsregierung» zu fixieren. Das verlangt, auf allen politischen Ebenen für einen Politikwechsel zu kämpfen. Deshalb sollte die Aussage im Programmentwurf «Entscheidend für die Durchsetzung eines Politikwechsels ist ... die bundespolitische Ebene» gestrichen werden. Sie wertet das lokale antifaschistische Engagement ebenso ab wie die Arbeit im Europäischen Parlament, die Aktivitäten unserer Bürgermeisterinnen und Bürgermeister oder von Linken im Eurobetriebsrat oder in der europäischen Bewegung für Klimagerechtigkeit. Im Parteiprogramm der PDS hieß es: *«Die PDS befürwortet die europäische Integration und die Erweiterung der Europäischen Union auf einer demokratischen, sozialen, ökologischen und zivilen Grundlage. Sie sieht in ihr eine Chance für eine supranationale Organisation, die dazu beitragen kann, Frieden, Freiheit und Gleichheit für die Bürgerinnen und Bürger der Europäischen Union und weltweit zu fördern. Das friedliche Miteinander ihrer Völker und Staaten ist ein zivilisatorisches Gut, für dessen Bewahrung und Weiterentwicklung sich die PDS nachhaltig engagiert. Deshalb bekämpft sie alle Tendenzen, die Europäische Union in eine Militärmacht zu verwandeln, den Sozialstaat zu zerstören und die Demokratie abzubauen.»* Die Partei DIE LINKE sollte nicht dahinter zurückfallen. Europäische Kämpfe sind kein Ersatz für starke linke Parteien, Gewerkschaften und soziale Bewegungen in den verschiedenen Staaten und Regionen auf nationaler Ebene. Die Schwäche der europäischen Linken rührt nicht zuletzt aus ihrer gegenwärtigen und bereits lang anhaltenden Zersplitterung und Schwäche in den EU-Mitgliedstaaten her. Gemeinsame europäische Kämpfe wie die gegen Armut und soziale Ausgrenzung oder für die Einführung EU weiter sozialer und ökologischer Mindeststandards und Mindestlöhne würden wiederum die Anziehungskraft linker Kräfte auch auf regionaler und nationaler Ebene stärken. DIE LINKE ist daher gefordert, sich mit Herz und Verstand für ein anderes Europa zu engagieren. Nicht nur auf lokaler und nationaler Ebene, sondern auch auf EU-Ebene müssen neue Kräfteverhältnisse entstehen. Das bedeutet nicht zuletzt, eine europäische Vision

aus linker Perspektive zu entwickeln. Das schließt aus, linke europäische Politik einfach als Verlängerung nationaler Politik zu entwickeln. Das erfordert, sich mit europäischen Lebensweisen, Kulturen, Traditionen, mit unterschiedlichen europäischen Erfahrungen in den Kämpfen für eine breite Demokratisierung und die Gestaltung der sozialen und ökologischen Lebensverhältnisse vertraut zu machen. DIE LINKE sollte in der EU einen politischen

Raum zur Verteidigung, Erneuerung und Erweiterung des Sozialstaates und für heutige antikapitalistische Kämpfe sehen. Kurzum, sie sollte danach streben, eine linke Kultur des europäischen Alltags zu entwickeln.

ND vom 25.10.2010

Gabi Zimmer ist Abgeordnete der LINKEN im Europäischen Parlament.

ÜBER DIE FRIEDLICHE BEILEGUNG VON STREITIGKEITEN

Von Jan van Aken

DIE LINKE ist sich einig: Wir sind die Partei des Friedens. Wir lehnen Kampfeinsätze der Bundeswehr ab. Punkt. Dafür würden auf jeder Ortsversammlung und jedem Parteitag gefühlte 150 Prozent unserer Mitglieder stimmen. Und gerade das Friedensthema ist für sehr viele Linke eine echte Herzensangelegenheit, bei der die Emotionen hochkochen und die Einsatzbereitschaft besonders groß ist. Beim Frieden kennen wir keine Kompromisse. Das Problem ist nur, dass die Partei sich oft nicht einig ist, wenn es um die Details geht – wichtige Details, die im wirklichen Leben eine ganz reale und entscheidende Rolle spielen können. Sollen Bundeswehrsoldaten im Sudan stationiert werden, um dort den Nord-Süd-Friedensprozess abzusichern? Sollen die Vereinten Nationen eine Küstenwache am Horn von Afrika organisieren, um an Stelle der NATO und der EU dort den Schiffsverkehr zu sichern? Mit diesen Fragen sind wir als Bundestagsfraktion konfrontiert, und hier werden immer wieder Differenzen innerhalb von Fraktion und Partei offenbar. *Eines vorweg*: Das hat nur manchmal etwas mit der Frage «Regieren oder Opponieren?» zu tun. Ich persönlich hätte zum Beispiel kein prinzipielles Problem mit einer Regierungsbeteiligung der LINKEN, würde aber sehr rigide und klar definierte Grenzen für Auslandseinsätze ziehen. Es ist also weniger eine taktische Diskussion als eine von Weltanschauung und unterschiedlichen politischen Linien geprägte. Im Mittelpunkt der Diskussion stehen oft die Kapitel VI und VII der Charta der Vereinten Nationen. Das Kapitel VI der UN-Charta trägt die Überschrift: «Die friedliche Beilegung von Streitigkeiten» (vielleicht sollten wir der Satzung der LINKEN auch mal ein solches Kapitel anfügen?). Vereinfacht gesagt sind Einsätze nach Kapitel VI Blauhelm-Einsätze, bei denen die UN-Truppen nicht in einem Krieg oder Konflikt kämpfen, sondern – in der Regel nach einem Krieg – mit Zustimmung aller Beteiligten den Friedensprozess unterstützen¹. Dazu gehört zum Beispiel die Überwachung eines Waffenstillstands, die Entwaffnung von ehemaligen Kriegsparteien mit

deren Zustimmung oder die Kontrolle von entmilitarisierten Zonen. Gewalt darf dabei von UN-Kräften ausschließlich zur eigenen Selbstverteidigung angewandt werden. Auch die Blauhelme werden unterschiedlich gesehen in unserer Partei: Persönlich habe ich kein Problem mit solchen Blauhelm-Einsätzen (war ich doch früher bei den Vereinten Nationen selbst mal eine Blaumütze), aber es gibt auch Stimmen in der Partei, die grundsätzlich gegen jede Art von Auslandseinsätzen sind – auch gegen diese. In Kapitel VII der UN-Charta geht es demgegenüber um den Einsatz bewaffneter Truppen zur «Wahrung oder Wiederherstellung des Weltfriedens». Erlaubt ist dabei auch, so wörtlich in Artikel 46, die «Anwendung von Waffengewalt» – auch über die Selbstverteidigung hinaus.

DIE LINKE hat sich wiederholt gegen solche Einsätze ausgesprochen. Doch nicht immer so klar und eindeutig, wie manche glauben und wie es auch erforderlich wäre: Denn mal lehnen wir «Kampfeinsätze mit Berufung auf Kapitel VII» ab (Programatische Eckpunkte), mal «Auslandskriegseinsätze» (Bundestagswahlprogramm), ohne dass diese Begriffe klar definiert sind. Genau das hat auch zu dem unterschiedlichen Abstimmungsverhalten der Bundestagsfraktion in Sachen Sudan geführt. Im Juli dieses Jahres haben sich 25 Abgeordnete unserer Fraktion bei der Abstimmung zum Bundeswehreininsatz im Süd-Sudan enthalten, obwohl es sich um einen Einsatz der Bundeswehr nach Kapitel VII der UN-Charta handelt. Ein Argument war, dass die Bundeswehr dort nicht kämpft und es sich nicht um einen Kriegseinsatz handelt. Ich halte das für einen großen Fehler. Der UNO-Einsatz im Süd-Sudan (UNMIS) erfolgt zumindest in Teilen nach Kapitel VII – so steht es wörtlich in der Resolution des UN-Sicherheitsrates und im Mandat des Bundestages. Dort wird der Einsatz von Gewalt über die Selbstverteidigung hinaus eindeutig genehmigt, unter anderem zum Schutz von Zivilpersonen. Letzteres mag naive Gemüter zu dem Glauben verführen, ein solches Mandat könne akzeptiert oder zumindest

toleriert werden. Doch wenn wir erst einmal anfangen, zwischen «guten» und «schlechten» Kampfeinsätzen zu unterscheiden, werden wir es früher oder später nur den Grünen und der SPD nachmachen, die mit den hanebüchensten Begründungen noch jeden Kampfeinsatz rechtfertigen. Zwar gleicht der Einsatz von einer Handvoll Bundeswehrsoldaten im Süd-Sudan momentan eher einem Blauhelm-Einsatz. Bislang waren die Soldaten dort auch nicht in Kämpfe verwickelt. Es ist jedoch völlig falsch, die Abstimmung über ihr Mandat davon abhängig zu machen, wie dieses Mandat derzeit umgesetzt wird. Entscheidend ist doch, was das Mandat zulässt – die Situation im Sudan kann in kürzester Zeit eskalieren und die UNMIS-Soldaten können schon bald aktiv in Kämpfe verwickelt sein. Auch dass die UNO seit Jahren nur noch Blauhelm-Einsätze verabschiedet hat, die ganz oder teilweise auf Kapitel VII beruhen, darf kein Grund dafür sein, dem einen oder anderen Einsatz nach Kapitel VII zuzustimmen, weil er ja «irgendwie» ganz friedlich und «eigentlich» wie ein Kapitel VI-Einsatz verläuft. Wenn eine gewaltfreie Blauhelm-Mission sinnvoll ist, dann soll sie auch eindeutig nach Kapitel VI mandatiert werden und damit Kampf- oder Kriegseinsätze definitiv ausschließen. Was lehrt uns das? Erstens müssen wir in der Debatte um Auslandseinsätze der Bundeswehr präziser werden. Begriffe wie «Kriegs»- oder «Kampfeinsätze» und unsere roten Linien müssen klarer definiert werden. Ich persönlich bin dafür, grundsätzlich jeden Einsatz nach Kapitel VII abzulehnen, ohne dass er noch diffus als «Kriegseinsatz», «Kampfeinsatz» oder sonstwie qualifiziert werden muss.

Auf dieser Basis kann auch die Debatte um Auslandseinsätze von taktischen Überlegungen zur Frage der Regierungsbeteiligung freigehalten werden. Falls sich diese Frage 2013 oder 2017 tatsächlich stellen sollte, wird es konkret um die laufenden Auslandseinsätze der Bundeswehr gehen. Mit Ausnahme von UNMIS sind wir uns alle einig, dass es eine Regierungsbeteiligung nur geben kann, wenn diese Einsätze sofort beendet werden. Mit trennscharfen «roten Linien» zu Kapitel VI und VII gilt es, diesen Konsens auch hinsichtlich UNMIS (wieder) zu vervollständigen. Egal, worüber mit SPD und Grünen je verhandelt werden sollte: In der Friedensfrage darf und wird es keine faulen Kompromisse mit der LINKEN geben. Eine andere Kontroverse in der Fraktion betrifft internationale Polizeieinsätze. In vielen Punkten sind wir uns einig: So finden wir die Ausbildung von Polizeikräften im Ausland prinzipiell in Ordnung – aber nur in engen Grenzen. Es muss ausgeschlossen sein, dass Polizisten in einem laufenden bewaffneten Konflikt bzw. Krieg ausgebildet werden. Das geschieht derzeit in Afghanistan, wo Afghanen zu Polizisten ausgebildet, aber faktisch wie Soldaten im Krieg eingesetzt werden – meist als schnell verheiztes Kanonenfutter. Ebenfalls muss ausgeschlossen sein, dass Deutschland Polizisten

für undemokratische oder menschenrechtsverletzende Regimes ausbildet oder paramilitärische Polizeiapparate unterstützt. Kontrovers diskutieren wir jedoch Auslandseinsätze deutscher Polizisten in «operativer» Mission, also in unmittelbarer Polizeifunktion. Ganz konkret wird die Frage bei der Piraten-Bekämpfung vor Somalia. Wir als LINKE sind geschlossen gegen den Bundeswehreininsatz dort (die Mission ATALANTA), haben aber in der Vergangenheit eine UN-Küstenwache vor dem Horn von Afrika für den Schutz der zivilen Schifffahrt vorgeschlagen. In Deutschland ist die Küstenwache Polizeiaufgabe, insofern wäre das ein operativer Polizeieinsatz. Einerseits ist es richtig, dass das Piraterieproblem nicht polizeilich oder militärisch gelöst werden kann. Es gibt viele Ursachen für die Piraterie, nicht zuletzt der illegale Fischfang europäischer Flotten vor den Küsten Somalias. Insofern kann das Problem tatsächlich nur langfristig und politisch gelöst werden. Andererseits ist es den gekidnappten Seeleuten wohl herzlich egal, wo die tieferen Ursachen des somalischen Konfliktes liegen. Ihnen muss hier und jetzt praktisch geholfen werden. Wir als Partei des Völkerrechts können dieses Problem nicht einfach aussitzen, Rechtsbrüche ignorieren und auf eine grundsätzliche Lösung in ferner Zukunft verweisen. Wir haben auch die Verpflichtung, dem Völkerrecht – hier: dem Piraterieverbot – Geltung zu verschaffen. Da ist der nicht-militärische Einsatz einer Küstenwache, unter Kontrolle der UNO und damit befreit von möglichen nationalstaatlichen Partikularinteressen, eine denkbare Lösung. All diesen Fragen müssen wir uns als Fraktion und als Partei frei von taktischen Vorbehalten stellen, denn sie können im wahrsten Sinne des Wortes kriegsentscheidend sein: Es geht darum, ob wir jetzt Entscheidungen fällen, die eine schleichende Entwicklung hin zur Befürwortung von Kriegseinsätzen möglich machen oder nicht. Wenn wir nicht wie SPD und Grüne als Bettvorleger der Bundeswehr enden wollen, müssen wir unsere friedenspolitischen Grundsätze unmissverständlich formulieren – in der tagespolitischen Arbeit ebenso wie in unserem Grundsatzprogramm. 1. Wer es komplizierter (und präziser) möchte: Bisher gibt es keine Mandate, die sich formalrechtlich explizit auf Kapitel VI berufen. Neben den sog. «friedenserzwingenden» (peace enforcing) Einsätzen nach Kapitel VII gibt es «friedenserhaltende» (peace keeping) Einsätze, die außerhalb der Charta «zwischen» Kapitel VI und VII geschaffen wurden – sozusagen nach «Kapitel sechseinhalb» (Dag Hammarskjöld). Ihr Hauptmerkmal ist die einverständliche Regelung mit den Konfliktparteien ohne Zwangsmittel. Ein Beispiel ist die UNFICYP-Mission auf Zypern.

ND vom 1.11.2010

Jan van Aken leitet als stellvertretender Fraktionsvorsitzender den Arbeitskreis Internationale Politik der LINKEN im Bundestag.